ak

Angola: Ende des Krieges? S. 30

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 301 12. 12. 88 C 9479 E 5 DM

# Streikwelle an Hochschulen




!

Streiks, Demos, Besetzungen, Go-ins, Vollversammlungen, Vorlesungssprengungen, freie Sender, autonome Arbeitsgruppen — die Bildungswüste lebt auf, die Monotonie des Hochschulalltags ist gebrochen. Verblüfft registrierten die InitiatorInnen der ersten, anfangs noch schüchternen Initiativen das Echo, das sie fanden. Binnen weniger Tage multiplizierten sich dezentrale Versammlungen unzufriedener StudentInnen zu riesigen VVs, traten die Fachbereiche serienweise in Streik. Die Streikenden fanden für sich basisdemokratische Strukturen, tagten nahezu in Permanenz, produzierten Transparente, Flugblätter, Zeitungen und klemmten sich hinter die Telefone, um die KommilitonInnen andernorts zu informieren: Die Aktionswelle ging quer durch die BRD und Westberlin. Überall gleichen sich die Anlässe: überfüllte Hörsäle, ausfallende Lehrveranstaltungen, Stellenkürzungen, Wohnungsnot. Aber es geht um mehr als die materiellen Verschlechterungen, verschärft durch rigide staatliche Sparpolitik bei stark wachsenden Studentenzahlen. Die Studierenden lehnen sich gegen den Anpassungsdruck der modernen Lernfabriken auf. Sie wehren sich gegen den herrschenden Sozialdarwinismus, der den sog. Stärksten eine bürgerliche Karriere verspricht, während der Mehrheit die Arbeitslosigkeit winkt. Sie akzeptieren nicht die kritiklose Aneignung reaktionärer Inhalte, sie wollen mit der Dummheit des akademischen Patriarchats brechen. Für diese Ziele haben sie in den kapitalistischen Bildungsinstitutionen keine Chance. Sie nutzen sie.

Berichte von den Unis Westberlin und Frankfurt auf den Seiten 4 und 5.

## Biblis, Stade — Beinahe-GAU im Atomskandal

Fast genau mit einem Jahr Verspätung erfährt die Öffentlichkeit von einem Beinahe-GAU im Atomreaktor Biblis A und das auch nur durch einen Artikel der US-Fachzeitschrift „Nucleonics Week". Die inländische Geheimhaltung funktioniert perfekt. Immer noch blendet die Medienöffentlichkeit die konkrete politische Situation aus, in der sich der Störfall in Biblis am 16./17. Dezember 1987 ereignete. Damals steuerte der Atomskandal Hanau/Mol seinen ersten Höhepunkt an: ständig neue Meldungen über falsch deklarierte und über die gesamte Republik verstreute radioaktive Abfallfässer. Biblis war der Beinahe-GAU mitten im Atomskandal. Zur Erinnerung: Am 18. Dezember mußte Töpfer die Hanauer Transnuklear mit dem Entzug der Transportgenehmigung stillegen. In dieser Situation hätte eine Bekanntmachung, in Biblis habe sich gerade ein schwerer Störfall ereignet, nur zur Stillegung des Reaktors führen können.

***Reportage***
*Günter Zint besuchte kurdische Flüchtlingslager und berichtet über Aktionen für politische Gefangene*
*S. 27*

## GRÜNE: Tunnel am Ende des Lichts

„Die zunächst nur politische, jetzt auch moralische Ausgrenzung der Linken in der eigenen Partei geht Hand in Hand mit der Öffnung hin zu den Rechten anderer Parteien. Der Unterschied zwischen Realos und Aufbruch ist dabei nur: Die einen verfassen Glückwunsch-Telegramme an die SPD; die anderen Kandidaturvorschläge an die CDU." Christian Schmidt schrieb dies in einer auf dem Karlsruher Parteitag nicht gehaltenen Rede, die wir dokumentieren. Er kündigte auch an: Wird der Stil der Abwahldebatte mehrheitsfähig, dann hau ich ab. Doch abhauen will „nach Karlsruhe" niemand von den linken Grünen. Aber die Diskussion um die linksgrünen Perspektiven hat erneut begonnen.

Nicht in Lethargie verfallen, sondern den bevorstehenden Durchmarsch der Rechten in der Partei stoppen will *Jutta Ditfurth*. Sie hofft auf einen „Neuanfang" als Signal zur Vernetzung der Linken und Radikalökologen. Die nicht-grüne Linke sei zur Verantwortung gegenüber der weiteren Entwicklung der Partei herausgefordert.

Ist die grüne Tendenz nach rechts unumkehrbar, fragt *Thomas Ebermann*. Eine definitive Antwort will er nicht geben, doch überwiegt der Pessimismus. So freudlos das grüne Innenleben auch sei, so wenig könne man außerhalb der Grünen auf bequeme, rasche Erfolge hoffen. Beide Möglichkeiten will Ebermann verfolgt wissen.

*Christian Schmidt* befürchtet, komme nicht frischer Wind von außen, die Vermiefung in der Partei. Programmatisch müsse ein gemeinsamer, gangbarer Weg zwischen Systemopposition und ernsthafter Reformpolitik diskutiert werden. Auch er hofft auf ein Eingehen der nicht-grünen Linken auf die Möglichkeiten, mit den Grünen zu arbeiten.

*Verena Krieger* sieht keinen qualitativen Bruch, der die Perspektive weg von den Grünen begründen könnte. Für die Linke sei jetzt auch eine Chance zum Neuanfang gegeben, wenn sie sich aus der Polarisierung zwischen ihrem rechten und dem Fundi-Flügel lösen könne.

Der Schock war größer, sagt *Ellen Olms*, als es die nüchterne Einschätzung der Situation in den Grünen zulasse. In neun von elf Landesverbänden sieht sie eine nicht-linke Mehrheit. Ein vermeintlicher Neuanfang hätte den definierten Bruch mit der bisherigen Politik erfordert, der sei jedoch nirgends zu entdecken. Im Bundestag machten sich die Grünen tendenziell als Opposition überflüssig, die Widerstandswirkung der Partei lasse nach.

Linke Grüne diskutieren nach Karlsruhe

Beiträge und Interviews von und mit

Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann, Christian Schmidt, Verena Krieger, Ellen Olms S. 6

## PALÄSTINA
## Ein Volk gründet seinen Staat

Zu Beginn des zwölften Monats der Intifada proklamierte der Palästinensische Nationalrat die Gründung des Staates Palästina. Dieser Staat solle „ein arabischer Staat" sein, heißt es in der Gründungserklärung, und er solle ein „parlamentarisches, demokratisches Regierungssystem" erhalten, „das auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung und der Gründung von politischen Parteien beruht".



Die vom Nationalrat zu erwartende und auch erfolgte indirekte Anerkennung Israels wurde schon im Vorwege von Israel für irrelevant erklärt. Nicht ohne Grund, ist doch die *Nicht*anerkennung des jüdischen Staates durch die arabische Welt im allgemeinen und die PLO im besonderen ein wesentliches Mittel des realen Zionismus, die faktisch von tiefgreifenden sozialen, ethnischen und religiösen Widersprüchen zerrissene jüdisch-israelische Gesellschaft zusammenzukitten. In diesem Sinne wäre eine *direkte* und für alle jüdischen Israelis verständliche Anerkennung ohne den Umweg über UNO-Resolutionen zweckmäßiger und wirkungsvoller gewesen.

Der Schlüssel zur Realisierung der palästinensischen Nationalrechte liegt nun in Israel, liegt bei der jüdischen Bevölkerung dieses Landes, die für eine friedliche Lösung gewonnen werden muß. Seite 24

***DKP***
*Wählt die Parteimehrheit durch? Die Sorgen der „Erneuerer" sind berechtigt.*
*S. 34*

***Baltikum***
*Massenbewegung für Perestroika und Glasnost*
*S. 29*

***§ 129a***
*gegen Veranstaltungsanmelder, Anwälte, linke Aktivisten und Presse*
*S. 16*

## Celler Bombenausschuß:

# Zwischenbericht deckelt weiter

**Niedersachsens neuer Innenminister Josef Stock hat sein Debüt gegeben. Er machte klar, daß er da weiter machen will, wo Hasselmann aufgehört hatte. In einer Aktuellen Stunde im niedersächsischen Landtag am 19.10.88 zum Thema „Rechtsverletzungen durch die Polizeiführung", bei der es um die Methoden der „Sonderkommission Zitrone" (siehe Arbeiterkampf 299), ging, da erklärte Stock vor dem Plenum: Es ist fraglich, „ob es tatsächlich Rechtsverletzungen gegeben hat".**

Im Rahmen der „Soko Zitrone" hatte die Polizei zusammen mit dem Geheimagenten Werner Mauss Dritte zu Brandanschlägen anzustiften versucht. Dabei wurde so massiv gegen geltendes Recht verstoßen, daß selbst der Ausschußvorsitzende des 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Heiner Herbst (CDU), gegenüber der „Nordsee-Zeitung" erklärte: *„Die niedersächsische Polizei habe wohl erneut rechtliche Grenzen eindeutig überschritten."*

Während Stock von der Polizei begangene Rechtsverletzungen öffentlich nicht zugeben mag, da wartet just zu dem Moment der Sonderermittler des Innenministeriums, der Oberstaatsanwalt Hans-Dieter Jeserich, mit seinem Zwischenbericht auf, den er für das Innenministerium anläßlich des Celler-Bombenausschusses erstellte. Indirekt stellt Jeserich seinem neuen Innenminister eine deutlich Rüge aus.

### Ermittlungen auch gegen hohe Polizeibeamte

Jeserich, der eine interne Arbeitsgruppe im Innenministerium leitete, kommt in einem 75seitigen Bericht zu dem Ergebnis, daß eine Vielzahl von Polizeibeamten, bis hoch in die Spitzen des Landeskriminalamtes und des Innenministeriums sich „in einer Vielzahl von Fällen offenbar strafbar gemacht oder gegen das Disziplinarrecht verstoßen haben". (HAZ, 28.11.88) Das den Polizeibeamten und auch einem Staatsanwalt zur Last gelegte Sündenregister geht über Strafvereitelung im Amt, Freiheitsberaubung, versuchte Aussageerpressung, Unterschlagung bis hin zur Falschaussage und Gefangenenbefreiung.

Jeserich, der die Zusammenarbeit der niedersächsischen Behörden mit dem Geheimagenten Werner Mauss untersuchen soll, hat sich dabei bisher fast ausschließlich mit den Vorgängen um die „Soko Zitrone" beschäftigt. Damals wollte die Polizei zusammen mit Mauss die mafiaähnlich arbeitende „Pizza-Gang" durch den Einsatz von verdeckten Ermittlungen dingfest machen. Große Erfolge konnte das LKA damals nicht verbuchen. Was man hatte, daß waren „Täter", die ohne Tat unschuldig jahrelang in griechischen Gefängnissen einsitzen mußten, weil das LKA mit Mauss eine angeblich versuchte Brandstiftung inszenierte.

Der Oberstaatsanwalt Jeserich steht auf dem Rechtsstandpunkt, daß die Tätigkeit eines „Agent Provocateurs" bei der Strafverfolgung an sich erlaubt ist, aber für ihn hat sich das LKA und Mauss „offenbar nicht an die anerkannten Regeln (...) gehalten." (HAZ, 28.11.88).

Durch den Einsatz eines Vorzeigegeldes von 380.000 DM sollten zwei angebliche „Berufsverbrecher" dazu gebracht werden, eine Luxusjacht in Griechenland anzuzünden. Wie Jeserich ermittelte, „seien die griechischen Behörden nicht über die vorausgegangene ‚agent-provocateur'-Tätigkeit informiert worden. Dies habe der oberste Polizeichef Griechenlands über die griechische Botschaft mitgeteilt" (Neue Presse, 29.11.88). Dadurch könnte u.a. der Straftatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt sein, weil so „die Vorgeschichte der Tat bei der Verurteilung der beiden Täter durch griechische Gerichte nicht strafmildernd berücksichtigt werden konnte" (taz, 28.11.88).

Weiter stellt Jeserich fest, daß „Rechtshilfeersuchen in dieser Angelegenheit beim Niedersächsischen Minister der Justiz nicht feststellbar" sind (Bericht, S.29). D.h. es wurde „gegen Regelungen bestehender Rechtshilfeabkommen verstoßen" (Bericht, S. 30).

Stattdessen wurde der kleine Dienstweg a la Mauss beschritten, die sogenannte Athen-Connection. Mauss übergab „dem Leiter Interpol Athen (...) — in Gegenwart von KD Müller und wohl auch KHK a.D. Hoffmann — ein Fernsehgerät und einen Staubsauger, womit der griechische Polizist ‚geschmiert' werden sollte" (Bericht, S. 26).

In dem Bericht geht Jeserich auch der Frage nach, daß einer der sogenannten „Berufsverbrecher", V. Pilleri, während der Untersuchungshaft „schwer mißhandelt worden" sein soll. „Ihm sollen Knochenbrüche an der Hand zugefügt und Zähne ausgeschlagen worden sein." (Bericht, S. 24) Mißhandelt wurde der Untersuchungsgefangene von zwei griechischen Beamten. Ob dies auf Veranlassung des Kriminaldirektors Müller geschehen ist, konnte bisher nicht geklärt werden. „Ein Ermittlungsverfahren ist nicht eingeleitet worden", stellt Jeserich in seinem Bericht fest. (Bericht, S. 25). Offenbar hat die Staatsanwaltschaft Hannover aber total luschig untersucht, denn gegenüber Jeserich hat der ehemalige Polizeibeamte Hoffmann ausgesagt, daß eine Vernehmung von bestimmten Zeugen, die er namentlich benennt, „weiterführende Erkenntnisse erbringen könnte" (Bericht, S. 25).

Ein PKW-Händler, den Mauss unter seinem damaligen Decknamen „De Troch" durch Bedrohungen zum „Kronzeugen" aufbauen wollte, hatte 1982 Anzeige bei der Polizei erstattet. Er sei „folgendermaßen bedroht worden: (‚—do mir mein Bauch lieb wäre —") und „sie hätten Möglichkeiten" (bericht, S.44). Es kommt nach Jeserich Strafvereitelung im Amt gegen diejenigen Beamten in Betracht, die von dem Sachverhalt Kenntnis hatten.

Weiter legt Jeserich dar, daß sich der Kriminalhauptkommissar Linkogel vor dem 10. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß offenbar „einer falschen uneidlichen Aussage schuldig gemacht hat". Linkogel hatte dem Ausschuß verheimlicht, trotz mehrmaliger Nachfrage durch die Abgeordneten, daß er für Mauss in Sachen Seveso-Giftfässer mit der französischen Polizei in Paris zusammengearbeitet hat. (Bericht, S. 74).

### Keinen Schritt weiter

Das, was Jeserich in seinem Bericht präsentiert, enthält im Grunde nichts neues, jedenfalls von den Fakten her. Jeserich wandelt im Grunde auf den Spuren des Celler Bombenausschusses und zieht dessen Bilanz im strafrechtlichen Sinne.

Eigene Erkenntnisse kann Jeserich nicht vorweisen, und da wo der Untersuchungsausschuß nicht weiterkommt, da stockt — wie man heute wohl sagen muß — Jeserich auch. So z.B. bei dem „Todesermittlungsverfahren ‚Conny Freund'". Freund wurde 1973 in Hannover verhaftet. Nach der Vorführung vor dem Haftrichter am 26.10.73 wurde Freund wegen angeblichen Konsums von Valium-Tabletten in das Clementinenkrankenhaus eingeliefert. Zwei Polizeibeamte waren mit der Bewachung von Freund beauftragt und trotzdem, oder gerade deswegen, stürzte er aus einem Fenster zu Tode. Am 2.3.88 sagte der ehemalige Polizeibeamte Hoffmann vor Jeserich aus, daß sich wohl selbst im LKA „eine Legende gebildet" hat, „daß Freund angeblich aus dem Fenster gestoßen worden sei. Auch Mauss sei in jener Sache wohl tätig gewesen. Genaueres müsse der Kollege Harald Müller (Abt. 3, LKA) angeben können." Das hat der Kollege Müller aber offenbar nicht gemacht. Für Jeserich „besteht kein Anlaß, dieser Angelegenheit weiter nachzugehen." (Bericht, S.69/70)

Das niedersächsische Innenministerium scheint seine bisherige Taktik ein wenig geändert zu haben. Das sture, end- und tatenlose Aussitzen der Affären soll geändert werden. Nun wird wohldosiert den Affären nachgegangen. D.h. die gröbsten Skandalfiguren werden nicht mehr um jeden Preis gehalten, sondern werden bei Vergehen, die öffentlich ruchbar geworden sind, zur Verantwortung gezogen. Nach zwei verschlissenen Innenministern in 5 Jahren Untersuchungsausschüssen wg. Mauss, hat man sich für die Spielart des gewiefteren Vertuschens und des Bauernopfers entschlossen.

Jeserich will seinen Abschlußbericht im März 1989 vorlegen und der neue Innenminister hat verkündet, daß er die Polizei umstrukturieren will und daß ab sofort die Privatwirtschaft die Verbrechensbekämpfung der Polizei nicht mehr mit Prämien und „Kopfgeldern" beeinflussen darf. Ob es das bringt?

**He./KB Göttingen**

# Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin

Am 29.1.1989 finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den 12 Bezirksparlamenten statt. Wäre da nicht der erneute Skandal um die überbordenden Schnüffeleien des Westberliner Verfassungsschmutzes gegenüber SPD, DGB, AL und „taz" — das Wahlvolk müßte mehr Krampf als Wahlkampf über sich ergehen lassen.

Denn mit Ausnahme dieses beherrschenden innenpolitischen Themas, vom rechtssozialdemokratischen Abgeordneten Pätzold gut getimed in die Debatte gebracht, herrschte bislang eher die Langeweile vor. Die CDU verspricht dem Volk „jede Menge Zukunft", die SPD wirbt einträchtig für mehr „Freiheit" und die AL für ein Leben mit Träumen.

Allerorten ist klar, daß sich an den bestehenden parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen nichts gravierendes ändern wird. Die CDU/FDP-Koalition verfügt über eine stabile Mehrheit, die wohl kaum zu erschüttern sein wird. Den Wohnungsbauskandalen („Berliner Sumpf") hat der damalige Senat zwei Senatoren geopfert, die Neuwahl-Kampagne der AL scheiterte. Auch die Aufhebung der gesetzlichen Mietpreisbindung, die massiven Polizeieinsätze in Kreuzberg oder anläßlich des Reagan-Besuchs, die Schließung oder (Teil)Privatisierung von Krankenhäusern usw. haben den Senat zwar kurzzeitig etwas aus der Fassung bringen, nicht aber erschüttern können.

Auch falls Innensenator Kewenig doch noch über den Verfassungsschutz-Sumpf stürzen sollte, wird die parlamentarische Opposition davon nur in geringem Maße profitieren können.

Die Westberliner SPD tut nach wie vor alles, um in der Opposition zu bleiben. Ihr selbstgestecktes Wahlziel lautet bescheiden, die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern. Von Reformaufbruch und Konfrontation gegen die CDU keine Spur, dafür modische Anbiederungsversuche an die FDP und wirtschaftspolitische Modernisierungsvorschläge für einen attraktiven „Standort Berlin", die sich überhaupt nicht von der Politik der CDU/FDP unterscheiden. SPD-Spitzenkandidat Momper wurde vor einigen Monaten öffentlich vom Westberliner DGB-Vorsitzenden Pagel als „nicht wählbar" bezeichnet, als er die Lohnverzichtsthesen von Oskar Lafontaine zu popularisieren versuchte. Und gegenüber der AL probiert es die SPD mit einer Totschweige-Taktik.

### Auch die AL hat ihre Krise...

Ob die AL die chronische Schwäche der SPD, die bei den letzten Wahlen 32,4 % erzielte, für sich nutzen kann, wird selbst in den eigenen Reihen eher skeptisch beurteilt. Daß eine rot-grüne Option selbst rein rechnerisch nicht ansteht, weiß auch sie. Den Zustand der SPD bezeichnet die AL als *„ernüchternd"*, die Ablösung des derzeitigen Senats habe sie *„längst aufgegeben"*. Unter den gegebenen Verhältnissen bleibe den Wählern nur, eine Oppositionspartei zu wählen, die auch Oppositionspolitik mache, die AL — so steht's im verabschiedeten Kurzwahlprogramm.

Eher ins Reich der Phantasien gehören die rot-grünen Pflichtübungen der AL, die im Wahlprogramm auftauchen. Die Ablösung des amtierenden Senats solle an der AL *„nicht grundsätzlich scheitern"*, im Falle rot-grüner Mehrheiten sei die AL zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereit, wenn *„dies mit konkreten Schritten zur Einleitung einer ökologischen und sozialen Politik verbunden ist"* — was immer das auch heißen mag. Dabei komme es der AL jedoch nicht auf die *„Teilhabe am Regierungsgeschäft"* an, sondern darauf, ob die SPD bereit sei, Reformschritte durchzusetzen. Da schimmert ganz vage ein bißerl unpräzise „Tolerierung" nebst einem Hauch der Stamm'schen Null-Lösung durch, wobei die Diskussionen um die berühmte Bündnisaussage der AL vor dem Hintergrund der 'mathematischen' Aussichtslosigkeit eine nur untergeordnete Rolle spielte.

Auch ansonsten zeigten die letzten Mitgliederversammlungen der AL, wo über Programm und Kandidaten gestritten wurde, daß die tiefgreifende, latente Krise der Grünen auch die Spree-Alternativen erfaßt hat. So lockten die einst gut besuchten und berüchtigten Programm-Marathons in diesem Jahr, obwohl auf eine Wochenend-VV zusammengestrichen, nur noch 150 AL-Mitglieder am ersten, gar 60 am zweiten Tag an, wobei es dem Realo-Flügel sogar gelang, seinen Programm-Entwurf zum Leitantrag zu erheben.

Nach erheblichen Einwänden der linken IgelInnen, u.a. an der allzu laschen Kritik an der SPD-Politik und dem Koalitions-Freibrief, zogen sich die Kontrahenten zurück und legten der nächsten Mitgliederversammlung ein Kompromißpaket vor, das bezeichnenderweise erst nach der Kandidatenwahl für das Abgeordnetenhaus ohne große Diskussion verabschiedet wurde.

Das Programm selbst beschränkt sich auf Aussagen zu acht Themen vom obligatorischen „ökologischen Umbau" bis zur Kultur.

Auch zur heiligen Säule der Grünen, der Gewaltfreiheit, wird Stellung genommen. Im verabschiedeten Programm findet sich der Versuch einer differenzierten Sichtweise dieses Problems, in der auch die Kompromisse zwischen strikt gewaltfreien und eher linkeren Positionen durchschimmern. Protest und Widerstand, heißt es da, ließen sich *„nicht auf staatlich festgeschriebene Legalität festlegen"* und eine *„prinzipielle Ablehnung von gewaltförmigem Widerstand würde außer acht lassen"*, daß Staaten schon immer Gewaltanwendung nach innen und außen betrieben haben. In den „Leitlinien" für künftige Aktionen möchte die AL „autonome Gruppen" nicht grundsätzlich von gemeinsamen Aktionen ausschließen, da es u.a. Situationen geben könnte, *„in denen auch die friedlichsten BürgerInnen zur Notwehr greifen"*. Im jeweiligen Einzelfall müsse geprüft werden, ob Bündnisse und Aktionen mit militanteren Teilen der Linken möglich sind oder nicht. Auf *„Distanzierungsrituale"* möchte sich die AL nicht einlassen, wohl aber *„Gegenposition"* beziehen, ohne andere Gruppen auszugrenzen.

*„Berlin rüstet ab"* heißt für die AL *„vor allem, daß die Gewaltanwendung des Staates abgebaut werden muß."*

Die KandidatInnen der AL für das Abgeordnetenhaus wurden ohne größere Konflikte gewählt. Mit Heidi Bischoff-Pflanz ist eine profilierte AL-Linke, die sich in der Flüchtlingsbewegung („Aktion Fluchtburg") engagiert, zur Spitzenkandidatin gekürt worden. Insgesamt überwiegen bei den künftigen Parlamentariern Personen aus dem „Mitte-Links"-Spektrum der AL.

In den Bezirken gibt es zuhauf Probleme, die Listen für die Bezirksparlamente aufzufüllen, denn parallel zu den Grünen ist auch die AL von einem inneren Auszehrungsprozeß betroffen. Am eher rechten Rand werfen AL-Aktivisten das Handtuch oder ziehen sich klammheimlich zurück, weil ihnen die Liste nach wie vor zu „fundamentalistisch" ist, sich nicht deutlich von den Autonomen abgrenzt; aber auch viele linke AL-Mitglieder verlassen die Partei, gefrustet von parlamentarischer Langeweile, verschlissen von abstoßenden parteiinternen Querelen. Abgesehen von einigen wenigen Bereichen wie dem Ausländerbereich mit einer prononciert linken, beispielhaften Flüchtlingspolitik, einer neu aufgenommenen Antifa-Arbeit und diversen Kampagnen, die vom Geschäftsführenden Ausschuß in Zusammenarbeit mit wenigen anderen Aktivisten betrieben werden, beschäftigen sich die personell ausgedünnten Bereichsgruppen vorwiegend mit parlamentarischem Alltagskram, während die Bezirksgruppen mit Mühe und Not die jeweilige, ziemlich unbedeutende und aufreibende Parlamentsarbeit aufrechterhalten.

Politisch gewinnen Realos und die sogenannten „unabhängigen Linken" in den Grünen aus Ex-GIM-Mitgliedern plus anderen AL'lern deutlich an Boden, während die versprengten AL-Linken sich zum Teil angesichts der allseits beschworenen Krise der Partei mehr und mehr zurückziehen, teils punktuell bei sinnvollen Aktionen und Kampagnen eingreifen.

Und Wahlkampfstimmung, die in den zurückliegenden Wahlkämpfen zusätzliche MitgliederInnen mobilisieren konnte, kommt nicht so recht auf, weil es um nichts geht.

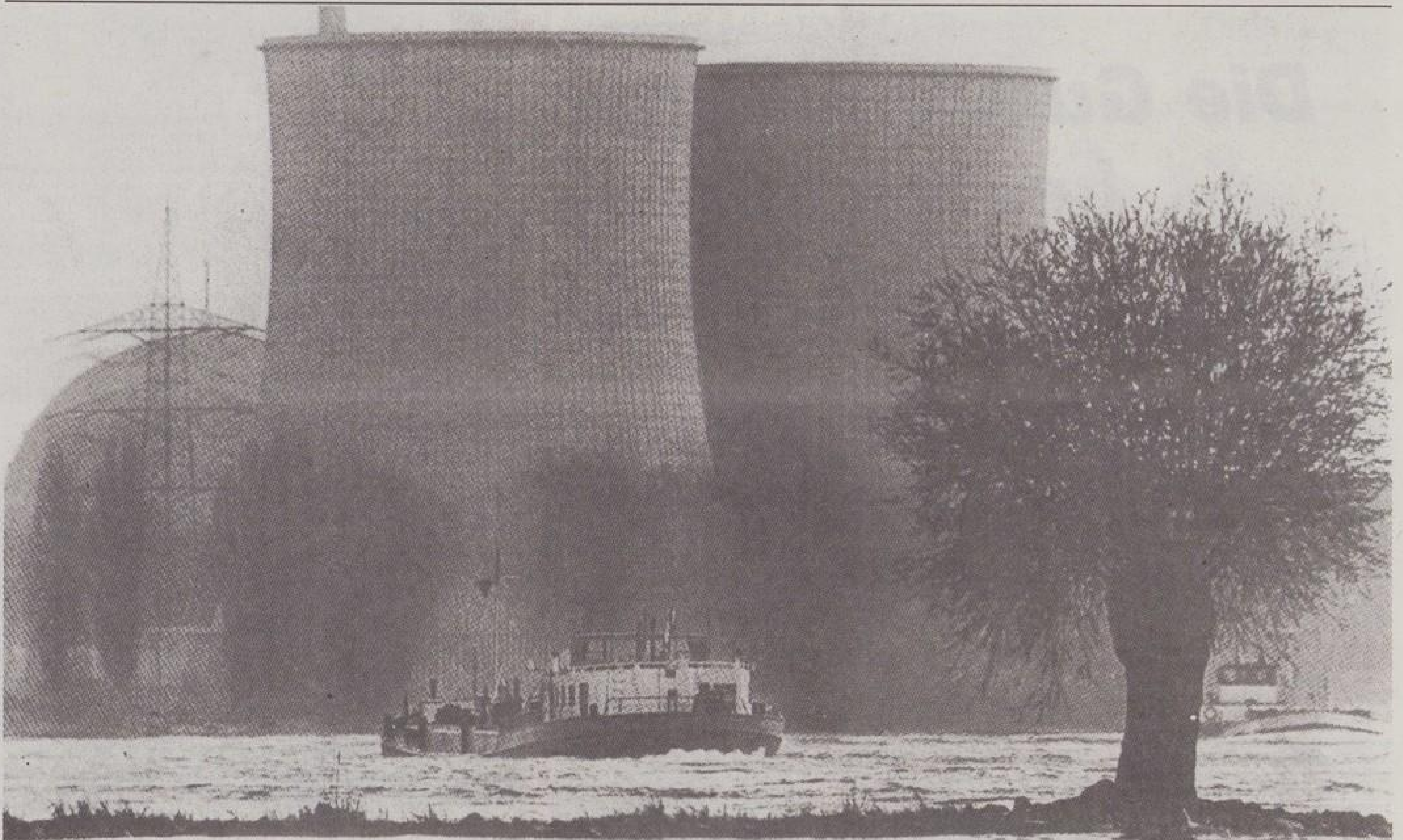
**D./Westberlin**

**Impressum:**

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.



# Biblis, Stade — Beinahe-GAU im Atomskandal

**Fast genau mit einem Jahr Verspätung erfährt die Öffentlichkeit von einem Beinahe-GAU im Atomreaktor Biblis A und das auch nur durch einen Artikel der US-Fachzeitschrift „Nucleonics Week". Die inländische Geheimhaltung funktioniert perfekt. Immer noch blendet die Medienöffentlichkeit die konkrete politische Situation aus, in der sich der Störfall in Biblis am 16./17. Dezember 1987 ereignete. Damals steuerte der Atomskandal Hanau/Mol seinen ersten Höhepunkt an: ständig neue Meldungen über falsch deklarierte und über die gesamte Republik verstreute radioaktive Abfallfässer. Biblis war der Beinahe-GAU mitten im Atomskandal. Zur Erinnerung: Am 18. Dezember mußte Töpfer die Hanauer Transnuklear mit dem Entzug der Transportgenehmigung stillegen. In dieser Situation hätte eine Bekanntmachung, in Biblis habe sich gerade ein schwerer Störfall ereignet, nur zur Stillegung des Reaktors führen können. Damit wäre Töpfers Krisenmanagement, eine wohldosierte Schocktherapie, erheblich durcheinandergeraten. Womöglich wäre der Patient an einer Überdosis kollabiert. Der hessische Umweltminister Weimar saß mitsamt seinem Ministerpräsidenten Wallmann — der noch heute die behördeninterne Behandlung des Störfalls rechtfertigt — wohl schon auf dem Schleudersitz. Aber diese konkrete Situation, aus der die Geheimhaltung erfolgte, ist kein Thema.**

Heute gibt es in der bundesdeutsche Presse einen kurzen Aufschrei: *„Bonn verheimlicht Atom-Störfall"* (taz, 5.12.88), und die zuständigen Minister, Töpfer und Weimar samt Staatssekretären, weisen den offen zutage liegenden Tatbestand der Geheimhaltung und Vertuschung mit Entrüstung in der Stimme zurück. *„Eine umfassende Unterrichtung der zuständigen Stellen sei der Beweis dafür, daß von Geheimhaltung nicht die Rede sein könne"* (FAZ, 8.12.88). Dann wird aufgezählt: Die Aufsichtsbehörden des hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit hätten *„schon im Dezember anhand der Betriebsprotokolle ein ‚nicht ordnungsgemäßes Verhalten der Betriebsmannschaft' festgestellt und eine Aufklärung der Vorkommnisse eingeleitet".* Der Betreiber selbst habe *„im Rahmen der Meldefristen die in der Bundesrepublik zentral für die Sammlung und Bewertung von Störfällen zuständige Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) informiert".* Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) habe *„im Sommer den Vorfall dann eingehend überprüft"* und *„auch die internationalen Behörden seien umfassend mit Informationen versorgt worden"* (FAZ, 6.12.88). Daß die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden diese Informationen als „Industriegeheimnis" deklarierten, wie es in dem Artikel der „Nucleonics Week" heißt, was bedeutete, daß die internationalen Atomenergiebehörden *„den Störfall nicht öffentlich diskutieren oder das Land und den betroffenen Reaktor benennen konnten"* (FR, 7.12.88), wird dezent verschwiegen.

Doch die bundesdeutsche Presse gibt sich zufrieden. Von Geheimhaltung fortan kein Wort mehr. Eigentlich sei der Informationspflicht genüge getan worden. Allenfalls geht es noch darum, daß nicht *auch* noch die Öffentlichkeit informiert worden ist. Der Atomstaat hat sich informiert. Ein Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit besteht scheinbar nur *neben* dem Atomstaat. Ein Informationsbedürfnis *gegen* den Atomstaat steht nicht zur Debatte.

Aber auch in der Frage, wer, wann, wen im Atomstaat worüber informiert hat, wird gelogen, was das Zeug hält. Das hessische Umweltministerium ist als zuständige Aufsichtsbehörde am 22.12.87 über einen angeblichen „Normalstörfall" informiert worden. Gleich am nächsten Tag wurde in aller Eile dennoch — obwohl es sich nur um ein normales Vorkommnis gehandelt haben soll — beim TÜV Bayern eine Studie über den Störfall in Biblis Block A in Auftrag gegeben. Ein außergewöhnlicher Vorgang angesichts „normaler Vorkommnisse". Weimar will von all dem erst am 22. April 1988, also mehr als vier Monate später, erfahren haben (FR, 7.12.88). Sein Staatssekretär gibt dagegen an, bereits am 23. März informiert gewesen zu sein und Minister Weimar sofort — zunächst mündlich — von den Vorgängen unterrichtet zu haben (FAZ, 6.12.88). Andererseits heißt es, bereits *„am 8. Januar 1988 informierte der hessische Umweltminister die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), eine private Gesellschaft, die zugleich aber amtliche Störfall-Meldestelle des Umweltministers in Bonn ist."* (Zeit, 9.12.88) Minister Töpfer will allerdings, obwohl seine Meldestelle ebenfalls spätestens seit Januar auf Stand gesetzt war, auch erst am 28. April informiert gewesen sein (Stern, 8.12.88).

Auffällig ist, daß die führenden Atompolitiker Töpfer und Weimar, sowie dessen Atombürokrat Popp, behaupten, erst Monate nach dem Abkühlen des Atomskandals informiert worden zu sein, obwohl ihre Dienststellen bereits von Beginn an in forsche Aktivitäten dazu verwickelt waren. Es hat den Anschein, daß auf jeden Fall dem Eindruck begegnet werden soll, daß man einen Beinahe-GAU mitten im Atomskandal bewußt verschwiegen hat.

### Beinahe-GAU nach Vorschrift

Bezüglich des Störfalls selbst dominieren gleichfalls Lügen. Systematisch wird versucht, den Störfall auf menschliches Fehlverhalten zu reduzieren und die angeblich zu keinem Zeitpunkt bestehende Gefahr zu beschwören. Der Störfall sei, heißt es nach Darstellung des hessischen Umweltministeriums, *„weniger durch das technische Versagen als vielmehr durch das dabei aufgetretene ‚menschliche Fehlverhalten' brisant und bedeutsam"* geworden. *„Schwerwiegender als die ‚Betriebsstörung' seien die im Zusammenhang mit den damaligen Vorgängen aufgetretenen ‚Fehleinschätzungen' und fehlerhaften Konsequenzen' des Reaktor-Bedienungspersonals"* zu bewerten (FAZ, 6.12.88).

Immer wieder wird der Blick auf die Tatsache gelenkt, daß hier drei Schichten des Reaktorpersonals offenen Auges gepennt und trotz roten Lichts den Reaktor angefahren hätten. Das wisse jedes Kind: bei Rot über die Ampel ist eine Ordnungswidrigkeit. Und so wurde denn auch verfahren. Im Januar seien *„Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen neun Mitarbeiter des Reaktors eingeleitet"* worden, die *„in den nächsten Wochen"* abgeschlossen würden. Die dabei mögliche Bußgeldhöhe bezifferte Popp auf rund 500 Mark (FR, 7.12.88). Als menschliches Fehlverhalten wird von den politisch Verantwortlichen auch der entscheidende Handgriff des Reaktorpersonals dargestellt, bei dem für Sekunden ein GAU einkalkuliert wurde. Das rote Licht zeigte ein offen stehendes Ventil zwischen Primärkühlkreislauf und Nachkühlsystem an. Dieses Nachkühlsystem, das in Biblis die Brennstäbe bei abgeschaltetem Reaktor kühlen soll, ist nur für niedrigen Druck und niedrige Temperaturen konstruiert. Das heißt: Wenn das zartgebaute System den vollen Druck des mit Vollast arbeitenden Kraftwerks zu spüren bekommt, bricht es unweigerlich in Stücke. Bei dem offenstehenden Hauptventil trennte nur noch ein zweites Absperrventil den unter Hochdruck stehenden Primärkreis von der Nachkühlung. Die Nachkühlung befindet sich aber außerhalb des stahlumhüllten Sicherheitsbehälters. Das heißt: Der Reaktor hätte, wenn das zweite Ventil ausgefallen wäre, sein Kühlwasser ins Freie ausgedampft — samt aller darin enthaltenen Radioaktivität. Die Brennstäbe wären trockengelegt worden, und so hätte es zu einer Kernschmelze kommen können. Die zur Beruhigung immer wieder aufgeführten drei weiteren Notkühlsysteme wären in kürzester Zeit nichts mehr Wert gewesen, weil das ins Freie verdampfte Kühlmittel zum Kühlen gefehlt hätte.

Im entscheidenden Handgriff versuchte die 3. Reaktorschicht, das Hauptventil zum Schließen zu bringen, indem sie das 2. Ventil kurzzeitig öffnete, was den Druck vom Hauptventil nehmen sollte. Das mißlang, und eine unbekannte Menge radioaktiven Kühlwassers wurde freigesetzt. Nur dem glücklichen Umstand, daß das 2. Ventil wieder geschlossen werden konnte und nicht wie das Hauptventil ebenfalls klemmte, ist zu verdanken, daß in Biblis die Eskalation des Störfalls zum GAU ausgeblieben ist. Für Sekunden war der Weg dorthin schon freigemacht.

Diese Operation des Betriebspersonals wird heute von Töpfer und anderen als „Fehlverhalten" und „unvorschriftsmäßig" dargestellt und kritisiert (FAZ, 6.12.88). Das stimmt mit dem Artikel der Fachzeitschrift „Nucleonics Week" nicht überein. Dort wird dieses Vorgehen als *„korrekt nach dem Betreiber-Handbuch"* beschrieben (FR, 7.12.88). Das heißt aber: Die Gefahr eines GAU war in Biblis sozusagen vorschriftsmäßig einkalkuliert. Es gab im Betreiberhandbuch den GAU auf Befehl. Letzlich wird konsequent der Blick vom eigentlichen Problem abgelenkt. Bei einer mangelhaften Auslegung des Nachkühlsystems für die Drücke und Temperaturen des Primärkreislaufs handelt es sich um einen Systemfehler — einen von vielen, die dieses System zum Fehler macht. Und wenn in Biblis oder anderswo Ventile klemmen und sich nicht schließen lassen, wenn es zu Leckagen an Schweißnähten kommt und Rohrleitungen platzen, liegt das nicht in erster Linie an mangelhafter Bedienung, sondern daran, daß Biblis A mit Baujahr 1974 genau wie Stade mit Baujahr 1972 Schrottreaktoren sind, die nur über unverantwortliche, verbrecherische Bedienungsvorschriften noch in Betrieb gehalten werden können.

Geradezu folgerichtig kam am 8.12. die Meldung, daß auch in Stade *„ein gravierender Störfall der Kategorie ‚eilt' nicht wie vorgeschrieben umgehend gemeldet worden"* war. Auch dort handelte es sich um ein defektes Ventil, durch das im nichtatomaren Teil der Anlage am 27. Mai ein Leck in der Speisewasserleitung entstanden war. Gleichzeitig wurde eine Turbinenschnellabschaltung im September öffentlich. Es war zu gefährlichen Vibrationen an den Frischdampfleitungen des AKWs gekommen: nach Auskunft der Wissenschaftler von der hannoverschen Gruppe Ökologie auch das ein *„Vorläufer für einen schweren Unfall"* (taz, 8.12.88).

Auf die heimlichen Störfälle in Stade hatte der schleswig-holsteinische Atomminister Jansen mit den Worten aufmerksam gemacht: *„Wir können das nicht verdeckt halten, und wir können nicht Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit setzen"* (FR, 8.12.88). Mittlerweile zeigt sich, daß Jansen mit dem ausgestreckten Finger auf das niedersächsische Stade nur vom Dreck vor der eigenen Tür ablenkte. Wie anderswo hatte es im letzten Jahr auch in Krümmel und Brunsbüttel — letzterer mit Baujahr 1974 wie Biblis ebenfalls ein Schrottreaktor — nachträglich hochgestufte Störfälle der Kategorie „eilt" gegeben.

Zusammen zeigen die Störfälle in Biblis wie in Stade, daß sich neben den „gewöhnlichen" zunehmend altersbedingt notwendige Störfälle häufen, die die Risiken dieser Technik über die systembedingten Gefahren hinaus, wie die eines mangelhaft ausgelegten Nachkühlsystems in Biblis, ins Immense steigern. Gleichzeitig wird das immer marodere atomare System mit einem immer ausgeklügelteren politischen Krisenmanagement auf den Beinen gehalten. Mit den Mitteln des Betrugs, der Lügen, der Geheimhaltung gewährleistet der Atomstaat den Betrieb der Atomindustrie, während die sich anhäufenden Skandale und Beinahekatastrophen wohldosiert und selektiv abgearbeitet werden. Die Medien greifen die zugeworfenen Informationshäppchen begierig auf, vermarkten sie zum Skandal, und indem sie die Blicke auf die Details lenken, verhindern sie ein politisches Bewußtsein, das sich gegen dieses atomare System richtet.

**rh.**

**Sonntag, den 18.12.88, 15 Uhr**
**Kundgebung**
**vor dem Atomkraftwerk**
**gegen das Atomkraftwerk Biblis**
Veranstalter: Bürgerinitiativen, Grüne u.a. der Region

## FU Westberlin:

# Die Gummibärchen beißen zurück



Polizei räumt das von StudentInnen besetzte Haus in Berlin-Dahlem (6.12.88)

**Jugendliche Spritzigkeit wollte die Leitung der Freien Universität in Westberlin mit ihrem Emblem zum 40jährigen Jubiläum ausdrücken — dem Ergebnis merkt man in erster Linie die Bemühung an: Zu dem reißerischen Slogan „Forschung — Spitze! Studieren — dufte!" wählte die FU-Bürokratie das passende Wappentier: ein traniges, bebrilltes Gummibärchen. Die Identifikation der StudentInnen mit dem Jubiläums-Aufkleber läuft genau wider die Absicht seiner Erfinder: „So hätten sie uns wohl gerne. Als Gummibärchen: klein, süß, beliebig verformbar, und man kann ihnen genüßlich den Kopf abbeißen! Doch da haben sie sich geschnitten." (1)**

Seit knapp zwei Wochen ist Bewegung in die Freie Universität gekommen. Der Steppenbrand, den der liberale „Tagesspiegel" befürchtet hatte (2), ist ausgebrochen und weitet sich seit Anfang Dezember täglich aus. Was am 29.11. mit knapp 30 StudentInnen am Lateinamerika-Institut begann, hat mittlerweile auf die gesamte FU mit ihren 36 Fachbereichen, die Technische Universität, die Hochschule der Künste, diverse Fachhochschulen und auch auf den Schülerbereich übergegriffen. Was hier passiert ist und worum es im einzelnen geht, läßt sich nur bei genauerer Betrachtung und — angesichts der sich überstürzenden Ereignisse, kursierenden Gerüchte und der allgemeinen Konfusion — auch dann nur schwer sagen.

### Vorlesungen in der U-Bahn

### Vorlesungen in der U-Bahn

Institute werden besetzt und bewohnt, der Lehrbetrieb bestreikt, StudentInnen organisieren autonome, selbstbestimmte Seminare und ziehen zu Tausenden vor das Schöneberger Rathaus, um den Rücktritt von Wissenschaftssenator Turner und FU-Präsident Dieter Heckelmann zu fordern. Seit langer Zeit wird in Westberlin wieder ein Haus besetzt, auf dem Wittenbergplatz und in U-Bahnhöfen halten die StudentInnen öffentliche Vorlesungen ab. Stimmung und Bild der Vollversammlungen an der FU entsprechen einem Konzert von Michael Jackson in der Olympiahalle, die Hörsäle quellen über.

Direkte Auslöser der plötzlichen Revolte waren Beschlüsse des Kuratoriums der Universität, die im November im Rahmen der sogenannten „Strukturreform" gefallen sind. Diese Reform, die Präsident Heckelmann im April 1987 als uniweite „Entbürokratisierungsmaßnahme" einleitete, entpuppte sich schnell *„als geplanter letzter Akt einer Säuberungsaktion gegen die noch vorhandenen kritischen, emanzipatorischen Ansätze an der FU"* (3). Dementsprechend betreffen die Kuratoriumsbeschlüsse von November Institute mit linker Tradition, die nicht nur Heckelmann selbst, sondern auch einem Großteil des aus Senatoren, Parteien, Kapital, Gewerkschaften und Uni-Vertretern zusammengesetzten Gremiums nicht ins Konzept einer *„zukunftsorientierten Universität"*, eines *„Wirtschaftsdienstleistungszentrums mit angeschlossener Lehrtätigkeit"*, passen (4). Zwei psychologische Institute sollen wiedervereinigt werden, um in einer Wissenschaftseinheit Psychologie wieder eine rechte Mehrheit zu erreichen, die dann über Lehrinhalte und Stellenbesetzungen alleine entscheiden kann. Der Studiengang Lateinamerikanistik soll in den Riesenfachbereich Romanistik eingegliedert werden, um den vom Lateinamerika-Institut praktizierten kritischen, interdisziplinären Ansatz (d.h., daß zur Literaturwissenschaft auch ökonomische, soziologische, historische und politische Aspekte hinzugezogen werden) zugunsten eines traditionsgemäß sendungsbewußten Eurozentrismus unmöglich zu machen.

Die StudentInnen der Lateinamerikanistik reagierten prompt. Am Tag nach der Kuratoriumsentscheidung bedachten sie den Romanistikprofessor Klaus Hempfer, Mitglied der rechtsradikalen „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NoFU) und Drahtzieher des Beschlusses, mit einigen Eiern und garnierten ihn anschließend mit Ketchup und Mehl. Daraufhin erklärten sie ihr Institut für besetzt und begannen, an anderen Fachbereichen für ihre Belange zu mobilisieren.

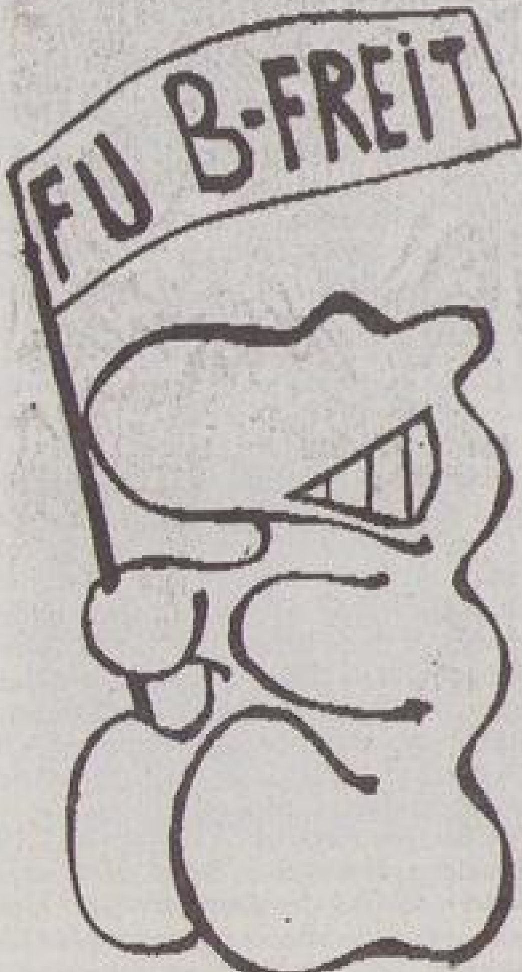
### Sieg über die 70er Jahre

Vielleicht war es das bevorstehende Jubiläum zum 40jährigen Bestehen der Universität, von vielen StudentInnen angesichts der miserablen Studienbedingungen als Provokation empfunden, das die rasende Ausbreitung der Protestwelle ermöglichte. Am 2. Dezember nahmen 2.000 StudentInnen an einer Vollversammlung teil, am Abend waren 17, am nächsten Tag 23 Institute besetzt. Während der offiziellen Feierstunde am Sonntag versammelten sich 4.000 Leute zum *„Akademischen Schmähakt"* vor dem Audimax, das von der Polizei abgeriegelt war. Der AStA-Vorsitzende, der als Alibi-Student am Jubiläum teilnehmen durfte, verzichtete auf die ihm zugestandene zehnminütige Redezeit und forderte die Honoratioren auf, sich draußen an der Kundgebung zu beteiligen. Dort sprach Professor Helmut Gollwitzer zu den StudentInnen und ermutigte sie, weiterzumachen und „noch viel politischer" zu werden. Während Heckelmann sich drinnen zufrieden darüber äußerte, daß die Lage an der Hochschule sich heute im Vergleich zur *„überzogenen Mitbestimmung und einseitigen Politisierung"* der 70er Jahre konsolidiert habe (5), ärgerten sich die StudentInnen draußen über die schrittweise Zurücknahme der einmal erkämpften Freiräume. *„Außerhalb der Gründungsphase und der Modernisierungsphase nach 1968 liefen und laufen bisher noch alle StudentInnengenerationen gegen die Mauern faschistischer und obrigkeitsstaatlicher deutscher Erbschaft und bürgerlicher Herrschaftstechnik an, wenn sie Demokratie und nicht nur ‚Mitbestimmung' forder(t)en. Die Autonomie der Hochschule, jener alte Un-Begriff, der nur allzu oft der nostalgischen Verklärung der realen Vorgänge gedient hatte, (…) ist vor dem Hintergrund zahlloser*

*der nur allzu oft der nostalgischen Verklärung der realen Vorgänge gedient hatte, (…) ist vor dem Hintergrund zahlloser*

*Staatseingriffe und der Funktionalisierung von Wissenschaft und Hochschule für ökonomische bzw. Herrschaftsinteressen zur hohlen Phrase verkommen"* (4).

Nach der Kundgebung zogen die StudentInnen in die Innenstadt, um den Heckelmännern das Buffet zu verleiden. Noch am selben Tag besetzte die studentische Wohnungsnot AG eine Villa im Diplomatenviertel Dahlem, Podbielskiallee 2. Die BesetzerInnen machten auf die Verschärfung der Wohnsituation in Westberlin seit der Aufhebung der Mietpreisbindung Anfang des Jahres aufmerksam, die 200.000 Wohnungssuchende und 10.000 Obdachlose hervorgebracht hat. Neben dem AStA solidarisierten sich auch die AL und Teile der Kreuzberger Szene mit den BesetzerInnen, die sofort begannen, die seit fünf Jahren leerstehende Villa wieder herzurichten. Alle Wohnungslosen wurden aufgefordert, sich selbst Wohnraum zu verschaffen (6). Entgegen dem Versprechen von Innensenator Kewenig, keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden, hielten sich die BesetzerInnen 48 Stunden lang in der Podbielskiallee 2. Gegen 6.00 Uhr früh am Nikolaustag rückte die Polizei zur Räumung an. Ca. 200 Leute wurden, zum Teil brutal, aus der Villa gezerrt, das Mobiliar zerstört, zwei Drittel der BesetzerInnen zur Personalienfeststellung mitgenommen und einige dem Haftrichter vorgeführt (7). Daß sich draußen vor dem Haus nur ein mageres Häuflein von 150 Personen zu einer Solidaritätskundgebung zusammenfand, ist ein Ausdruck dafür, wie unterschiedlich die Motive und Hintergründe der streikenden StudentInnen sind. Für viele liegt eine Hausbesetzung weit jenseits der Legitimitätsgrenze, die sie sich für ihre Aktionen gesetzt haben.




Auf einer überquellenden Vollversammlung am Nachmittag des 6. Dezember — mittlerweile waren an der FU alle Institute besetzt, an der TU begannen ArchitektInnen und InformatikerInnen, nachzuziehen — fand ein Forderungskatalog von 14 Punkten tosenden Applaus. Neben der Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse wollen die StudentInnen mehr Geld vom Staat, die Revision der jüngsten Hochschulgesetze und viertelparitätische Mitbestimmung in allen Uni-Gremien. In der Wissenschaft fordern sie kritische Interdisziplinarität, insbesondere die Zusammenarbeit von Geistes- und Naturwissenschaften, und keine Trennung von Forschung und Lehre bzw. die Abschaffung der Forschung aus Drittmitteln, also z. B. der Industrie. Die Gesundheitsreform mit ihren negativen Auswirkungen auf die studentische Krankenversicherung soll zurückgenommen werden. Frauen sollen bis zu einer Quotierung von 50% bevorzugt eingestellt, an allen Fachbereichen Frauenforschung durchgeführt werden. Auch Faschismusforschung, die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der einzelnen Institute, die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strömungen an der FU und die Gleichstellung von AusländerInnen in allen Lebensbereichen fordern die StudentInnen. Ergänzt wird der Katalog von der Rücktrittsforderung an Präsident Heckelmann und Wissenschaftssenator Turner.

Ein kleiner Exkurs über die rechtsextremen Strömungen an der FU lohnt sich. Heckelmann, der 1983 zum Uni-Präsidenten avancierte, wurde trotz einer Af-

Ein kleiner Exkurs über die rechtsextremen Strömungen an der FU lohnt sich. Heckelmann, der 1983 zum Uni-Präsidenten avancierte, wurde trotz einer Af-

färe, die er mit seinem Pressereferenten gegen seinen Amtsvorgänger Lämmert eingefädelt hatte, im Dezember 1987 wiedergewählt — mit den Stimmen der „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NoFU), deren Mitglied er auch ist (4). Die NoFU, die 1969 als reaktionäres Gegengewicht zur Studentenbewegung gegründet wurde, wurde dadurch bekannt, daß sie „schwarze Listen" von linken Studenten an Behörden und Betriebe im ganzen Bundesgebiet verschickte (8). Heute treffen sich dort z.B. der Historiker Nolte, der Politologe R. Löwenthal (SPD) und Herr Christians aus dem Vorstand der Deutschen Bank (9). Selbstverständlich sind auch Eberhard Zahn und Klaus Hempfer, Initiatoren der Strukturreformbeschlüsse von November, prominente Mitglieder in dieser illustren Riege.

### Umarmungspolitik statt Räumung

Die Reaktion dieser Herren auf den plötzlichen Aufstand ihrer Gummibärchen war bisher moderat, während Innensenator Kewenig und so manchem Berliner Polizisten der Räumungsknüppel in der Handfläche juckte. Im Gegenteil, Präsident Heckelmann äußerte in mehreren Stellungnahmen vor der Öffentlichkeit vollstes *„Verständnis für die Grundhaltung der Studenten, die gegen überfüllte Hörsäle, das Studium unter Überlastbedingungen, die Wohnungsnot und die BaföG-Verschuldung demonstrieren"* (10). Hier wird Gemeinsamkeit beschworen, Verständnis geäußert, Betroffenheit geheuchelt. Alles in der Hoffnung, daß die rührigen StudentInnen ganz von selbst wieder zu einer amorphen, klebrigen Masse von Gummibärchen werden, spätestens, nachdem sie an Weihnachten dem Konsum frönen konnten und bei Mama und Papa einer Gehirnwäsche unterzogen wurden.

Wie erfolgreich diese Umarmungspolitik letztendlich sein wird, muß sich noch erweisen. An manchen, vorwiegend naturwissenschaftlichen Fachbereichen sollen Vollversammlungen über die Fortsetzung des Streiks entscheiden. Bisher haben sich die StudentInnen geweigert, mit der Universitätsleitung zu verhandeln und sich in der Öffentlichkeit darauf beschränkt, ihre Forderungen vorzutragen. Einige dieser Forderungen sind inzwischen unter den StudentInnen selbst heiß umstritten: Das Verbot für Gen-, Rüstungs- und Nuklearforschung wurde mit den Stimmen der NaturwissenschaftlerInnen aus dem Katalog gekippt, die Forderungen nach Abschaffung der Drittmittelforschung und nach Mindesteinkommen für alle (statt elternunabhängigen BaFöGs nur für Studierende) mußten einstweilen zurückgestellt werden.

Studentinnen, die eigene Frauenräume besetzt haben, Frauenvollversammlun-

weilen zurückgestellt werden.

Studentinnen, die eigene Frauenräume besetzt haben, Frauenvollversammlun-

gen abhalten und sich dagegen wehren, daß in den entstandenen Strukturen, wie z.B. dem Besetzungsrat, vorwiegend Männer sitzen und reden, werden Spaltungsabsichten vorgeworfen, an manchen Fachbereichen werden Frauenresolutionen von gemischten Plena abgelehnt.

Da der AStA von undogmatischen Linken geführt wird und den Streikenden seine Infrastruktur zur Verfügung stellt, haben konservative Studentenvereinigungen wie der RCDS einige Tage gebraucht, bis sie richtig in Erscheinung traten. Mittlerweile tauchen ihre VertreterInnen jedoch in den Diskussionsforen und Vollversammlungen auf und bringen unter Hinweis auf die „schweigende Mehrheit", als deren Abgesandte sie sich betrachten, Diskussionen zum Erlahmen. Auch sie wenden sich — ganz wie Heckelmann — bedauernd gegen die Form des Protestes, also Streik und Institutsbesetzungen. An konservativeren Fachbereichen tauchen gefälschte Flugblätter mit dem offiziellen Kopf des AStA auf, die rotzig-plump Anarchie und Revolution ausrufen. Mit solchen demagogischen Abschreckungsmaßnahmen *„soll verhindert werden, daß Leute sensibilisiert werden und nachdenken, was an dieser Hochschule passiert"*, so der AStA in einer Stellungnahme. Als weiteren Sabotageakt hielten die beiden studentischen Vertreter des Kuratoriums — Angehörige des konservativen „sozialliberalen Hochschulverbandes" und Befürworter der Strukturreform im Kuratorium — ohne jegliches Mandat eine Pressekonferenz im Namen der gesamten FU-Studentenschaft ab, wo sie Dialogbereitschaft und Gemeinsamkeiten mit Professoren und Universitätsleitung betonten.

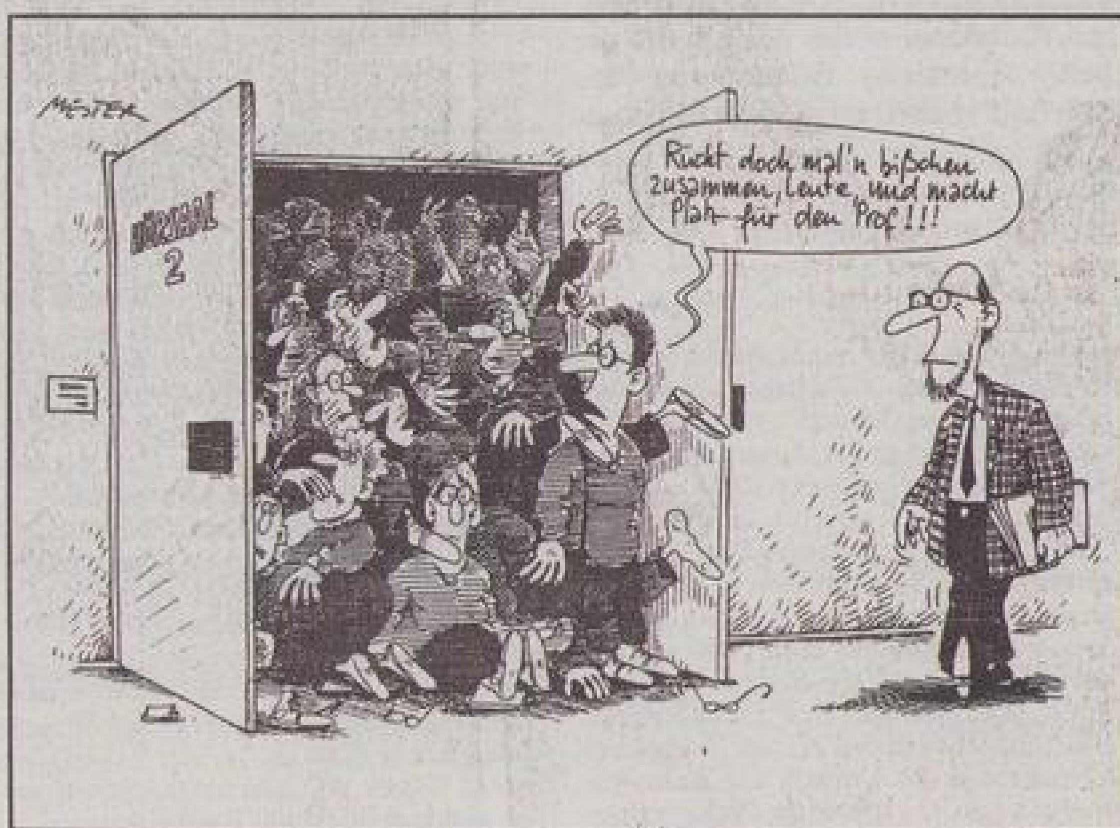
Wenn auch der Blick ins Innere ein etwas mulmiges Gefühl hinterläßt, so haben die StudentInnen doch auch Fakten

Wenn auch der Blick ins Innere ein etwas mulmiges Gefühl hinterläßt, so haben die StudentInnen doch auch Fakten

geschaffen: Sie beschränken sich nicht auf passiven Streik, sondern an der FU finden in diesen Tagen bis zu 300 selbstorganisierte Seminare, Hearings und Veranstaltungen täglich statt. Autonome Strukturen wie ein Besetzungsrat, der die Beschlüsse der Plena an den Fachbereichen koordiniert, ein Kulturrat, ein Presserat sind entstanden. Täglich erscheint die Streikzeitung „Besetzt" mit aktuellen Berichten, Stellungnahmen und neuen Terminen. Da die Telefonverbindungen zum Teil von unbekannter Hand lahmgelegt werden, wird an einem uni-weiten Funknetz gebastelt. Fast möchte man sich zu dem etwas pastoralen Schlußwort hinreißen lassen, dem Titel „Freie Universität" sei, zumindest für einige Tage, ein wenig Substanz gegeben worden.

**mir., Westberlin**

**Anmerkungen:**
1) Aus einem Redebeitrag auf der Spontandemo zum Schöneberger Rathaus am 6.12.88, an der sich ca. 5.000 StudentInnen beteiligten.
2) „Tagesspiegel", 6.12.88
3) „Besetzt", Streikzeitung der StudentInnen an der FU Berlin, 5.12.88
4) AStA-Sonderzeitung des AStA-FU, „Titanic in voller Fahrt", Dez. 88
5) „FAZ", 5.12.88
6) Pressemitteilung des AStA-FU vom 5.12.88
7) Pressemitteilung der BesetzerInnen vom 6.12.88
8) Uwe Wesel in der „taz", 6.12.88
9) Flugblatt der Fachschaftsinitiative am Institut für Psychologie der FU, Dez. 88
10) „Tagesspiegel", 7.12.88



# Ende der Gleichgültigkeit

**„*Allgemeiner Konsens: Die Lage ist beschissen, wir müssen was unternehmen*", berichtet eine Informationsschrift des Zentralen Fachschaftsrates an der Uni Frankfurt über die erste Aussprache von StudentenvertreterInnen am 14.11.88. Schon vorher allerdings waren Fachhochschulen in Hessen in Streik getreten. Am 30.11. hat der Ausstand praktisch die gesamte Uni erfaßt. 6000 bis 7000 Leute versammeln sich in der Frankfurter Kongreßhalle, angemietet von der Universitätsleitung, um das nebenstehend abgedruckte Forderungspaket „für eine neue Universität" zu verabschieden. Nachdem der konservative AStA (Giraffen und RCDS) längst an den Rand gedrängt war und seine Räume den Streikenden zur Verfügung stellen mußte, gab auch der Universitätspräsident Ring die Illusion auf, die Kontrolle über das Streikgeschehen behalten zu können. Während Ring für Vernunft, Augenmaß und Streikabbruch plädierte, um die sog. Öffentlichkeit nicht zu verprellen, sprach ihm der Zentrale Fachschaftsrat ausdrücklich und per Massenflugblatt das Mandat ab, im Namen der StudentInnen zu verhandeln. Selbstbewußt wurde der Streik verlängert; auch im neuen Jahr soll unbefristet ein Tag in der Woche für studentische Aktionen freibleiben. Neben Demonstrationen und Straßentheater in der Innenstadt drangen StudentInnen in das Haus der „Frankfurter Rundschau" ein, um mit der Redaktion zu diskutieren, es gab spontane Besuche in der Alten Oper und beim Schauspiel im Bockenheimer Depot, wo sich die Schauspieler solidarisierten, ein illegaler Sender brachte viermal täglich Streiknachrichten. Scheinbar nebenbei — aber bedeutsam für die politische Orientierung der Aktionen — wurde ein Vortrag des ehemaligen Bundeswehrgenerals Graf Baudissin gesprengt, der sich heute als Friedensforscher vorstellt. Dabei geht es um ein Lieblingsprojekt von Unipräsident Ring und Suhrkamp-Verleger Unseld: Eine Veranstaltungsreihe „Beruf als Erfahrung", für die ursprünglich auch Hermann J. Abs, deutscher Oberbanker, vorgesehen war, sollte der Jugend bewährte konservative Leitbilder vermitteln. Die „FAZ", die zuvor noch den unpolitischen Charakter des Streiks gepriesen und die Isolierung linker Hochschulgruppen beschworen hatte, war enttäuscht. In rund hundert neu gebildeten Basisgruppen haben inzwischen intensive Diskussionen um das politische Selbstverständnis der StudentInnen begonnen. Die Kritik am Wissenschafts- und Lernbetrieb gibt sich nicht mehr mit der Rolle der Lückenbüßerin und des Alibis zufrieden.**




Vortragsreihe gesprengt: Vergeblich interveniert der Frankfurter Unipräsident für einen ehemaligen General

# Streik als Erfahrung

(...)
Fragen, die bisher wenig in den Blick rückten, sind solche nach der Funktion von Hochschule in der Gesellschaft, den Forschungsinhalten und der sozialen Situation von Studierenden. Wir müssen bei der berechtigten Forderung, den Bildungsetat zu vergrößern, immer mitdiskutieren, welche Wissenschaft für wessen Interessen mit welchen Inhalten ausgebaut werden soll. Wenn beispielsweise der Unipräsident in einer Rede über „*Universitäre Ausbildung für den europäischen Markt*" Studenten als „*maßgeschneiderte Produkte, das heißt Absolventen, die für ganz bestimmte, mehr oder weniger eng begrenzte Aufgaben hoch qualifiziert ausgebildet sind*" bezeichnet, muß die studentische Linke, die immer auf ein Moment universitärer Bildung besteht, das die Reflexion gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse über den Tellerrand des Fachidioten hinaus als notwendig erachtet, ihre Position so genau entwickeln, daß der Verdacht möglicher Gemeinsamkeiten mit solchen ökonomistischen Ansichten gar nicht erst entstehen kann. Daß sich Ring selbst diskreditiert, wird völlig offenbar, wenn seine Lüge auf der letzten Vollversammlung, er selbst sei gegen den Numerus Clausus, in Rechnung gestellt wird. In seiner Rolle als Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz stimmte der Parteifreund Möllemanns für die Einführung des NC's in Betriebswirtschaftslehre.

(...)
Es bleibt einer der vielen Skandale dieser Gesellschaft, daß in einer Situation, in der die Folgen von Technologieprodukti-
der die Folgen von Technologieprodukti-
on immer bedrohlichere Ausmaße annehmen, die Reflexionswissenschaften und die Reflexion in den Wissenschaften konsequent abgebaut werden.

Die immer stärkere Trennung von Forschung und Lehre bedeutet einerseits den Ausschluß der StudentInnen aus dem Forschungsprozeß und degradiert sie andererseits zur passiven Ausbildungsmasse im Lehrbetrieb. Die Universität, die mehr und mehr als Wissenschaftsfabrik nach bildungsökonomischen Gesichtspunkten umgebaut wird, macht den einzelnen Studenten zum Halbfertigprodukt, das durch den Qualifikationsprozeß in der Hochschule veredelt werden soll.

(...)
Welches Ausmaß diese Objektivierung studentischer Subjekte im notwendig falschen Bewußtsein neokonservativer Reformstrategen angenommen hat, zeigt die Äußerung des CDU-Fraktionschefs im hessischen Landtag, Nassauer, vor wenigen Tagen, auf hochqualifizierten Nachwuchs in diesen Sparten aber sei die rohstoffarme Bundesrepublik im allgemeinen und Hessen mit seinem Streben nach der „Nummer eins" in der Republik ganz besonders angewiesen. Zuvor expliziert Nassauer, an welche Sparten er denkt: In-
Nassauer, an welche Sparten er denkt: In-
formatik, technische und andere naturwissenschaftliche Fächer, und behauptet, der stärkste Andrang und damit auch die schlechtesten Verhältnisse herrschten ausgerechnet in jenen Studienfächern, deren Absolventen nach allgemeiner Einschätzung die besten Beschäftigungsaussichten hätten. So kann er unvermittelt studentischen Protest enteignen. Bedeutet Empörung über unerträgliche Studiensituationen immer, Anpassungswünschen technokratischer Modernisierer das Wort zu reden?

(...)
Zum Jobben genötigte StudentInnen bieten gerade die Anspruchslosigkeit, die ein Dienstleistungszentrum wie Frankfurt verstärkt fordert: billig, allzeit bereit und jederzeit zu feuern. Wir arbeiten zu Minimallöhnen, ohne Sozialversicherung und nehmen auch die absurdesten Jobs in Kauf. („*Weihnachtsengel, weiblich, unter 1,70 m*" oder auch „*Bedienung für Privatparty, dunkelhäutig*" — Angebote des studentischen Schnelldienstes Ffm). Die Wirtschaft stellt sich darauf ein. Es gibt Gewerbezweige und Unternehmen, die ohne StudentInnen kaum noch vorstellbar sind (Taxi, Telefon-Marketing etc.).

Studieren und Arbeiten — das heißt, immer weniger die Möglichkeit zu haben, sich auf ein Studium einzulassen und seine Inhalte selbst zu finden. Studieninhalte können nur noch konsumiert werden, zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Verabreichten ist keine Zeit. Gleichzeitig werden uns an den Arbeitsplätzen nützliche „Tugenden" wie Anpassungsfähigkeit, Fügsamkeit und „Zähnezusammenbeißen" gelehrt.

„Tugenden", die auch bei der Wohnungssuche gefragt sind: Dann etwa, wenn Studis sich auf beschissene Mietverträge einlassen, sich gegenüber Vermietern und Maklern verkaufen müssen, um an den überteuerten Abstellkammern Frankfurts zu partizipieren. Einerseits wird Wohnraum vernichtet oder zweckentfremdet (so auch durch die Frankfurter Universität), andererseits orientiert sich die städtische Wohnungsbaupolitik an „*anspruchsvollen Ein-Personen-Haushalten*" (so OB Brück Juli 1988). Damit wird für die große Mehrheit der HochschülerInnen ein Leben in der Stadt unmöglich und nicht nur für sie: Arbeiterfamilien, Arbeitslose, Jugendliche, ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge werden von den „konsumorientierten neuen Mittelschichten" (Grünen-Jargon) verdrängt. Um ihre Arbeitsplätze in der City zu erreichen, müssen sie längere An-
zu erreichen, müssen sie längere An-
fahrtswege, höhere Kosten und noch weniger freie Zeit in Kauf nehmen. Eine ganze Wohnkultur verschwindet aus der Innenstadt. Es bleiben Banken, Geschäftszentren, Versicherungen, Yuppies und Bonzen. (...)

Ob wir unsere beschissene Situation verändern können, muß ausgetestet werden.

**Aus einem Flugblatt der Linken Liste an der Uni Frankfurt**




**Resolution der studentischen Vollversammlung der Johann Wolfgang Goethe-Universität am 30.11.88 (die Reihenfolge bedeutet keine Rangfolge):**

1. Bereitstellung von angemessener räumlicher, personeller und sachlicher Ausstattung entsprechend der gewachsenen Zahl der Studierenden.
2. Verbesserung der Studiensituation durch Einstellung von studentischen und akademischen TutorInnen mit angemessener Bezahlung und tariflich abgesicherten Verträgen. Anerkennung der erbrachten Leistungen durch die Möglichkeit der Vergabe von Scheinen.
3. Beseitigung der akuten Wohnungsnot durch Bereitstellung billigen, bedürfnisgerechten Wohnraums. Gleichberechtigung der ausländischen StudentInnen bei der Verteilung von Zimmern an Studierende.
4. Änderung des BAFÖG-Gesetzes unter studentischer paritätischer Mitbestimmung.
5. Abschaffung sämtlicher Auswahlmechanismen:
— Aufhebung der Regelstudienzeit
— Abschaffung der Studiengebühren
— inhaltliche Veränderung der Zwischenprüfungen unter Mitarbeit der studentischen Vertreter
— freier Zugang zu den Hochschulen.
6. Wir sprechen uns für die Bildung von Frauenräten in allen Fachbereichen und der Gesamtuni aus und fordern, ausreichende Mittel zur besseren institutionellen Absicherung dieser bereitzustellen.
7. Der Ausbau feministischer Forschung und Lehre in allen Fachbereichen soll strukturell verankert werden.
8. Bevorzugte Einstellung von Frauen bei der Besetzung von Lehrstühlen und MitarbeiterInnenstellen, um dem männlichen Übergewicht auf diesen Stellen entgegenzuwirken.
9. Vermittlung von Forschung und Lehre in gegenseitiger Reflexion, so daß einerseits der Ausschluß der Studierenden aus dem Forschungsprozeß und andererseits ihre Herabsetzung zur passiven Ausbildungsmasse im Lehrbetrieb aufgehoben wird.
10. Entscheidende Mitbestimmung von StudentInnen an Lehrinhalten und Forschungsprojekten. Verteilung von Forschungsgeldern (insbesondere der Drittmittel) unter studentischer Kontrolle.
11. Wir fordern die Einrichtung eines studentischen Instituts zur Förderung kritischer Interdisziplinarität mit entsprechender Ausstattung. Gesellschaftlich relevante Forschungsfelder, die sich in diesem Zusammenhang anbieten, könnten sein:
— Problematiken und Risiken der Genforschung
— Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft
— das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie
— eine Technikfolgenforschung, die schon in den Prozeß der Technologieentwicklung selbst eingreift
— Funktionsweise und soziale Auswirkungen von neuen Medien und Massenkommunikationsmitteln
— feministische Wirtschaftskritik.
12. Gleichberechtigte Studienbedingungen auch für diejenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.
13. Schaffung von Kindertagesstätten an Hochschulen für alle Kinder, deren Eltern studieren wollen.
14. Schaffung von behindertengerechten Einrichtungen in der ganzen Universität.
15. Zurücknahme aller Verordnungen, die universitäre Verteilungskämpfe provozieren, insbesondere der Kapazitätsverordnung.

*„Unserer gegenwärtigen Streikbewegung ist es bisher nicht gelungen, eine ihren Aktionen adäquate Theorie zu formulieren. Selbst die sinnlichen Manifestationen vermögen nicht das abstrakte Unbehagen innerhalb der universitären Verhältnisse zu konkretisieren: Sie verpuffen im leeren Raum. Der Bewegung fehlt noch die unabdingbare politische Form, da sie ihre ökonomistischen Forderungen nicht konsequent weiterdenkt. Ihr fragmentiertes Bewußtsein ist die gedankliche Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Teilung der Arbeit innerhalb des wissenschaftlichen Produktionsprozesses. Es hat die Form akademischen Standesbewußtseins vereinzelter Spezialisten, die um ihre Marktchancen konkurrieren. Das Leiden an den Zuständen entspricht dem des jungen Werther: ‚Was mich am meisten neckt, sind die fatalen bürgerlichen Verhältnisse. Zwar weiß ich so gut als einer, wie nötig der Unterschied der Stände ist, wie viel Vorteile er mir selbst verschafft: nur soll er mir nicht eben gerade im Wege stehen, wo ich noch ein wenig Freude, einen Schimmer von Glück auf dieser Erde genießen könnte'.*

*Wir können freilich der gleichen Melancholie verfallen wie Werther, dessen Schicksal allen bekannt sein dürfte, oder aber wir wagen den Versuch, die Verhältnisse zu ändern, die dem Glück entgegenstehen."*

**Redebeitrag, Informationsschrift zum aktiven Streik, Streikausschuß Uni Frankfurt**



Vidiotie an der Uni

# War Karlsruhe die Rechtswende der Grünen?

**Fast alle lieben die Grünen, weil diese ihren linken Flügel stutzten; denn: wenn sie nicht prozentschwächer werden, so doch reputierlicher und berechenbarer. „Spiegel“ sei dank haben die Grünen also ihre Finanzsünder geschaßt und erhalten bürgerliches Lob dafür: *„Anderswo“*, so der Kommentator der „Hamburger Morgenpost“, *„bekommen die Steuersünder den Parteivorsitz, bei den Grünen verlieren sie ihn immerhin schon wegen 10.000 Mark“*, die Moral der Partei stimme also noch.**

„Schäbig und verlogen“ nannte der aus der Partei ausgetretene Schatzmeister Hermann Schulz die Debatte, die u.a. zu seinem Sturz geführt hat. Niemand, so betonten die Vorstandsstürmer vom „Aufbruch 88“, niemand habe irgendjemandem persönliche Bereicherung vorwerfen wollen. Nein, nein, das gerade nicht; die wenigen Anklagen (in Karlsruhe vorgetragen von den Abgeordnetinnen Angelika Beer und Verena Krieger) gegen den eigentlichen politischen Skandal — die individuelle Einbehaltung zehntausender DM Vorteilnahme aus parlamentarischer Tätigkeit — blieben bei der grünen Delegiertenmehrheit ohne Wirkung. Deshalb hat der „Morgenpost“-Kommentator auch unrecht: Daß von den grünen Bereicherern niemand sofort in den Vorstand kommen wird, liegt allein in einem Relikt aus Gründungszeiten der Partei begründet, dem Verbot der Verknüpfung von Wahlmandat und Parteiamt. Die neugrüne Mehrheitsmoral, massiv von den Bürgerlichen gefeatured, regt sich über Ab-

Fortsetzung nächste Seite

## Dokumentation

# Grüne zwischen Glückwunschtelegrammen an die SPD und Kandidatenvorschlägen an die CDU

## Eine (nicht gehaltene) Rede von Christian Schmidt in Karlsruhe

Es ist Wesenselement dieser Finanzaffäre, daß die zuerst erhobenen Anklagepunkte schon verdrängt wurden. Sie lauteten: „Griff in die Parteikasse“, „Langfinger“, „gnadenlos freies Belegwesen“, „abgesahnt“. Nach bisherigen Untersuchungen bleibt davon: Rechtswidrige Verträge in Wittgenstein, schlampige Abrechnung bei einem BuVo-Mitglied 1982-86 sowie einige andere, ich sag' mal, formale Verstöße buchhalterischer oder protokollarischer Art.

Als Falschmeldung oder Lüge erwies sich der überwältigende Rest:

Es gab kein gnadenlos freies Belegwesen, es gab keine persönliche Bereicherung; es bestätigte sich nicht einmal das gutbürgerliche Gerücht, daß wer schon Fundamentalist ist, mit Sicherheit auch klaut.

Viele GRÜNE waren über diese Ergebnis-
se ehrlich erleichtert; einige waren ehr- Viele GRÜNE waren über diese Ergebnis-
se ehrlich erleichtert; einige waren ehrlich genug, ihre Enttäuschung zu bekunden. Christine Bernbacher(1) sagte, nachdem so wenig rausgekommen war, sie fände den Untersuchungsbericht fade.

Ich will auch dies betonen: Daß fast alles im Rechnungswesen der Bundesgeschäftsstelle professionellen Ansprüchen genügte, ist nicht Verdienst der Bundesvorstände, sondern der MitarbeiterInnen in der Buchhaltung und von Herrmann Schulz(2). Ich darf ihnen jetzt, wegen Befangenheit, nicht danken. Aber ich danke Gott, daß *sie* verantwortlich waren und nicht diejenigen, die jetzt das Fehlen buchhalterischer Querverweise skandalös finden, aber bis gestern nicht einmal wußten, was das ist, und vorgestern noch in ihrem Landesverband Belege im Schuhkarton sammelten oder Bierdeckel ablieferten mit dem Vermerk „Für Fressen und Saufen“. Das sind jetzt die größten Schreihälse.

### „Finanzskandale fundamentalistischer Langfinger“

Einen der größten Saubermänner muß ich anführen, um die politische Berechtigung bestimmter formaler Verstöße zu veranschaulichen. Im Februar 1988 erhielten wir die Rechnung für ein Flugticket nach Maputo, Mosambik. Die Reise war im BuVo nie beantragt worden. Buchhalterisch korrekt also: Zahlung verweigern, der Antragsteller soll aus eigener Tasche zahlen. Sein Name war übrigens Lukas Beckmann. Er kriegte die fünfeinhalbtausend Mark, weil das Projekt politisch vernünftig war. Inzwischen wissen wir, daß jede Untersuchungskommission sowas streng rügt — nur Lukas selbst hat diesmal den „tiefen Sumpf“ als „Feuchtbiotop“ akzeptiert.

Zweiter Vorwurf: Der BuVo ist mit dem Finanzskandal falsch umgegangen. Zweierlei ist daran richtig. Wir haben öffentlich einen Mitarbeiter als Schuldigen benannt. Weil er anwesend ist: Lothar, wir bedauern das und entschuldigen uns noch einmal in aller Form dafür. Der andere Fehler, wir haben nicht offensiv zu den Arbeitsverträgen mit Drogenabhängigen Stellung genommen. Auch der BHA hat das gerügt, der BuVo hat's akzeptiert.

Was wir nicht akzeptieren können: Dieselben Leute, die im Juni geschrien haben: „BuVo im Finanzskandal“, alles „tiefer Sumpf“, nur die „Spitze des Eisberges“, sagen jetzt, wo weder ein Sumpf noch ein Eisberg gefunden wurde: selbstverständlich war da nichts dran. Was wir allein kritisieren ist, daß Ihr alles dementiert habt. Z.B. sagen das heute auch Grösch(3) und Bernbacher. Im Juni haben die aber von uns nicht nur Dementis gefordert, sondern sofort „eidesstattliche Erklärungen, daß die im Spiegel erhobenen Vorwürfe nicht der Wahrheit entsprechen. Das war die Forderung der Realos damals. Andererseits: Was wäre erst losgewesen, wenn nach der Spiegel-Veröffentlichung der BuVo gesagt hätte: Kein Dementi! Wir lassen alles im Raum stehen, monatelang, bis alles untersucht ist. Spätestens im September wäre der BuVo im Strudel undementierter Gerüchte abgesoffen. Sagt ehrlich, daß Euch genau daran gelegen war.

Ich muß ein Wort sagen zum „Spiegel“: Enthüllungsjournalismus ist nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil. Die Frage ist nur: Hat der „Spiegel“ mit seinem Titel „Einmalig schweinisch“ einen GRÜNEN Finanzskandal enthüllt, oder betreibt er eine politische Kampagne? Über den angeblichen Finanzskandal könnt Ihr




selbst urteilen. Was die Kampagne angeht, folgende Fakten: Der „Spiegel“ hat 1987 noch in 27 Nummern über GRÜNE Politik berichtet, 1988 nur noch viermal; aber auch viermal über „Finanzskandale fundamentalistischer Langfinger“. Gleichzeitig hat der „Spiegel“ uns Vorsitzende nie zur Sache befragt; seine Redakteure waren weder auf der Pressekonferenz noch auf dem BHA, als der Untersuchungsbericht vorgestellt wurde. Ich selbst habe um Gespräche in Hamburg nachgesucht — Fehlanzeige. Recherchieren ist nicht gefragt, gefragt ist nur Material für die Kampagne „Nieder mit den GRÜNEN!“.

Dritter Vorwurf: Wir haben versucht zu vertuschen, die Kommission unter Druck gesetzt. Zu den Fakten: Zu allen angeblichen Skandalen hat der BuVo umgehend Untersuchungskommissionen eingerichtet, insgesamt bis heute fünf; obwohl wir die eine oder andere für überflüssig oder zu aufwendig hielten. Herrmann (Schulz) hat einmal sein Veto eingelegt aus haushaltrechtlichen Gründen, die inzwischen ausgeräumt sind. Aber keine Kommission, kein Institut hat bisher selbst Klage geführt, daß ihnen nicht jeder Einblick gewährt, jede Akte zugänglich gemacht wurde. Der Vertuschungsvorwurf kam immer von Dritten; teilweise mit dem absurden Appell an die Kommission: Gebt doch endlich zu, daß Ihr vom BuVo unterdrückt wurdet!

Vierter Vorwurf: Wir hätten Angestellte ins Messer laufen lassen und in Arbeitgeber-Manier gefeuert. Zur Selbstanzeige Lothar Kämper(4), die ihm angeblich aufgeschwatzt worden ist: Erste Tatsache ist, mit der ausschlaggebenden Selbstanzeige hatte der BuVo überhaupt nichts zu tun. Die stand nämlich im „Spiegel“ vom 13. Juni. Kämper bestätigt darin: Ja, es gab rechtswidrige Verträge. Die förmliche Selbstanzeige dann ist, alle Fachleute wissen das, schlichter Rechtsschutz, also ein Mittel zur Strafvermeidung, hier zugunsten von Kämper. Das ist alles. Was die Entlassungen angeht: Tatsache ist, der BuVo hat von Anfang an befristet eingestellt. Kämper selbst bezeugt das in seiner Dokumentation, die Euch vorliegt. Er hat das auch als Bauleiter in einem Schreiben an den Betriebsrat 1986 selbst so befürwortet. Aber 1988 war von Befristung plötzlich keine Rede mehr. Und deshalb haben wir im Mai ihnen klipp und klar gesagt: Nein, mit Bauende ist definitiv Schluß. Von „Spiegel“ und Finanzen war da noch gar keine Rede. Die These, die „Spiegel“-Enthüllungen hätten Entlassungen bewirkt, ist also absolut wahrheitswidrig. Vom Zeitablauf her denkbar ist nur das Umgekehrte: Die angekündigten Entlassungen waren Grund, „Spiegel“-Enthüllungen zu veranlassen.

### Statt rechtswidriger Arbeitsverträge...

Fünfter Vorwurf: Der BuVo hat es in einem halben Jahr nicht geschafft, den „Finanzskandal“ vom Tisch zu kriegen. Ja, wer hat denn die Finanzgerüchte dauernd auf den Tisch gepackt? Im Juni waren es Frankfurter Realos, die tischten das „gnadenlos freie Belegwesen“ auf; ist jetzt vom Tisch. Lukas Beckmann tischte auf: Alles ein tiefer Sumpf; auch eine Lüge.(Charlotte) Garbe: „Schludrig — nach dem Motto: Hilfst Du mir, helf ich Dir“; ebenfalls Quatsch. Im September tischt Ute Stöffler auf: Kommission „unter Druck“ gesetzt. Die Kommission dementiert. Stawitzky tischt auf: „Wenn die meine Akten kriegen, kommt noch viel mehr raus.“ Bisher: Fehlanzeige. Lukas Beckmann, mit der Untersuchungskommission unzufrieden, tischt sein Dossier auf, gerade rechtzeitig, um zu verhindern, daß mit dem Kommissionsbericht weitgehend reiner Tisch gemacht wird. Und so geht das weiter. Und jetzt kommen dieselben Leute, die ein halbes Jahr nichts anderes zu tun hatten, als die Presse mit Finanzgerüchten zu versorgen, und klagen: Der BuVo kommt nicht aus den Schlagzeilen. Das ist doch nur noch Heuchelei!

Zum sechsten Vorwurf, Umbau Wittgenstein, der noch untersucht werden soll, nur soviel: Nach erstem Eindruck steht fest, die alternative Bauweise hat Mehrkosten verursacht. Die Millionen-Investition verursacht Bauchschmerzen. Viele sind geneigt, nachträglich (Rainer) Trampert Recht zu geben, der damals als einziger gegen Wittgenstein gestimmt hat. Aber: hört auf mit der Heuchelei, in Theoriepapieren über soziale Experimente und Zukunftswerkstätten zu schwadronieren, um dann sofort nach der kapitalistischen Treuarbeit zu schreien, wenn das Experiment Kosten verursacht!

Zusammenfassend: Wer nur sachlich prüft, muß zu dem Urteil kommen: Nein, es gab und gibt keinen GRÜNEN Finanzskandal. Das Dementi des BuVo vom Juni war vielleicht zu mutig, aber in den Kernaussagen realitätskonform. Es wurden von früheren und dem jetzigen BuVo auch Fehler gemacht. Sie — wie der BHA — zu kritisieren, ist demokratische Selbstverständlichkeit. Aber laßt uns auch dies festhalten: Diejenigen, die seit dem Juni mit skandalträchtigen Gerüchten an die Presse gegangen sind, waren entweder
Presse gegangen sind, waren entweder
mutige Aufklärer oder erbärmliche Verleumder. Auch darüber könntet Ihr heute urteilen.

Damit komme ich zum politischen Teil. Als Leitmotiv nehme ich den verlogensten Satz der letzten Monate. Er lautet: „Das Thema GRÜNE Finanzen eignet sich nicht zum Strömungsstreit.“ Er ist so wahr wie der Satz: „Verleumdungen eignen sich nicht zum Rufmord.“ Dabei will ich nicht alles, was an politisch motivierter Kritik kam, als Rufmord einstufen. Manche Kritiker waren aufrichtig empört. Für die ist das so:

Wenn in Wittgenstein Steuer und Sozialversicherung um einige Zehntausend Mark beschissen werden, reden sie von Finanzskandal, fordern Rücktritte und schweigen über soziale Gesichtspunkte. Wenn aber in der Bundestagsfraktion von Abgeordneten einige Hunderttausend Mark zu wenig an die Ökofonds fließen, dann ist *nur* die Rede von „sozialen Härtefällen“, aber keine Sau kommt auf die Idee, Rücktritte zu fordern. Da äußert sich ein Rechtsbewußtsein, das total versklavt ist vom staatlichen Gewaltmonopol.

Auf der Linie liegt auch, was der Sprecher der „Aufbruch“-Gruppe, Sellin, im BHA sagte: Für *sein* positiv ausformuliertes Staatsverständnis mache es keinen Unterschied, ob Lambsdorff bei Pharma-und Rüstungskonzernen abkassiert, oder ob GRÜNE die Steuer bescheißen, um Ex-Junkies ein paar hundert Mark mehr zuzustecken. Das meint er ehrlich. Aber wie Trampert sagte, die sich darin äußernde bigotte Staatsfrömmelei — die ist der eigentliche politische Sumpf, in den GRÜNE geraten sind.

### ... Lieber rechtsgültige Werbeverträge mit Porsche

Ich weiß auch: Einige sind nur verärgert über die rechtswidrigen Arbeitsverträge mit Junkies; politisch einhandeln werden sie sich aber die rechtsgültigen Werbeverträge mit Porsche.

Selbstverständlich geht es nicht nur um kontroverses Rechts-und Staatsverständnis. Andere GRÜNE, die Vergleiche gezogen haben, führten Schlimmeres im Schilde. Joschka (Fischer) z.B. nahm Reginas (Michalik, BuVo-Mitglied) Äußerung, wegen rund zehntausend Mark ungezahlter Sozialabgaben nicht zurücktreten zu wollen, zum Anlaß, das mit Flick-Schmierereien zu vergleichen. Da äußerte sich nicht des Ex-Ministers Staatsverständnis, sondern nur politische Niedertracht. Dasselbe bei Cohn Bendit und Kretschmann, die uns öffentlich als Barschels hinstellten. Merkt die Partei eigentlich noch, was da passiert? Innerparteiliche GegnerInnen werden mit Verbrechern auf eine Stufe gestellt, und es geht kein Aufschrei durch die Partei! Verbietet denen endlich das Maul! Ich sage Euch: Wenn das hier auch noch mit Mehrheit honoriert wird, dann hau ich ab, so schnell ich kann.

Die Methode des politischen Rufmords spielt inzwischen die Hauptrolle beim Kampf gegen die sog. Fundi-Strömung, nicht nur beim Thema Finanzen. Wer ermessen will, wie weit die „GRÜNE Streitkultur“ auf den Hund gekommen ist, muß darauf achten, wie Realos und „Aufbruch“ ständig die Politiker anderer Parteien als politische Partner klassifizieren, die sog. Fundis aber zu politischen Parias abstempeln. Bei Antje Vollmer, die angeblich die GRÜNEN Flügel versöhnen will, geht das so:

Nach dem Oldenburger Parteitag schrieb sie: Wenn das, was Regina und Anne äußerten, Macht bekommt, dann geht sie ins Exil, egal wohin. Ein Jahr danach ur-
ins Exil, egal wohin. Ein Jahr danach ur-
teilt sie in einem Nachruf auf Strauß, der habe sich außenpolitisch zum Liberalen gewandelt; sei aber zu früh gestorben, um auch innenpolitisch liberales Profil zu entwickeln. Und dieses Freund/Feind-Schema war kein Einzelfall: 1987 forderte sie, als der BuVo neu zu wählen war: „Boykottiert das Hauptquartier!“ Jetzt, bei der Neuwahl zur Präsidentschaft des Bundestags, war sie zu jeder konstruktiven Zusammenarbeit bereit; schlug Biedenkopf vor und verstummte erst, als die CDU sie mit der Alternative Süßmuth bis aufs Hemd blamiert hatte.

Was ich sagen will: Die zunächst nur politische, jetzt auch moralische Ausgrenzung der Linken in der eigenen Partei geht Hand in Hand mit der Öffnung hin zu den Rechten anderer Parteien: Der Unterschied zwischen Realos und Aufbruch ist dabei nur: Die einen verfassen Glückwunsch-Telegramme an die SPD; die anderen Kandidaturvorschläge an die CDU.

Laßt uns deshalb den Kern des Konflikts benennen: Das Thema GRÜNE Finanzen eignet sich nur deshalb als politischer Dauerbrenner, weil damit die Chance eröffnet wird, die Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene umzudrehen. In einem Papier von Dietrich Wetzel wurde nachgedacht über zwei rechte Alternativen: Die einen sind der Meinung, daß neue Mehrheitsverhältnisse nur via Urabstimmung herstellbar sind. Die anderen: Das geht schneller, schon auf der nächsten ordentlichen BDK. Jetzt haben sich Fischer und Vollmer geeinigt: Am schnellsten geht das über den erzwungenen Rücktritt auf dieser BDK.

Für den Fall, daß das Unternehmen nach dem Scheitern der Rücktrittsforderung in Offenburg 1985, der mißglückten Übernahme des BuVos 1987 auch diesmal wieder schief geht, ist das übliche Szenario bereits vorprogrammiert. Rezzo Schlauch letztes Wochenende: Wenn die Abwahl mißlingt, werden wir uns „bewußt und spürbar von der Bundesebene abkoppeln“. Genau das ist die unerträgliche realpolitische Erpressung gegen GRÜNE Politik seit Jahren: Entweder die Mehrheit weicht den Forderungen der Schilys, Schlauchs etc. — oder sie spalten die Partei.

So ist die Lage. Ihr müßt heute entscheiden, ob Ihr dem Druck nachgebt. Am Ende des Perspektivkongresses, auf dem Gott sei Dank politisch diskutiert wurde, war ich optimistisch: Der Versuch, aus den GRÜNEN eine Zierpflanze im bürgerlichen Vorgarten zu machen, hat keine Chance; Wir bleiben das GRÜNE Unkraut. Ich bleibe dabei, Ihr hoffentlich auch.

**Anmerkungen:**
1) Früheres Mitglied des Bundesvorstandes
2) Schatzmeister der Grünen seit 1981
3) Früheres Mitglied des Bundesvorstandes
4) Bauleiter Hans Wittgenstein

# Grünes Trauerspiel

von Ellen Olms

Auf dem Karlsruher Parteitag ist der mehrheitlich fundamentalistische Bundesvorstand der Grünen mit knapper Mehrheit gekippt worden, was von allen Linken in den Grünen zurecht als politische Niederlage begriffen wird.



Daß und wie der BuVo nach dem Stellen der Vertrauensfrage zurücktrat, besagt mehr über den Zustand der Grünen als die etwas kurzatmig gegriffenen Analysen, die derzeit die Runde machen. Die Mehrheit der Delegierten erteilte dem BuVo eben nicht eine Absage allein wegen der „Schlammschlacht" um die sogenannte Finanzaffäre, auch wenn diese Debatte die ganze Verlogenheit, Heuchelei und Biedermannskultur bei den Grünen bloßlegte; es war ein Sieg der sich „realpolitisch" nennenden Strömung — ein Erfolg, der diesem Flügel mit dem „Aufbruch" im Schleppnetz Auftrieb für das strategische „Mitte"-Rechts-Bündnis zur weiteren Transformation der Partei geben dürfte.

Es ist zu kurz gegriffen, wenn nun die linken Grünen einfach zur Tagesordnung übergehen und das Hauen und Stechen bei den BuVo-Neuwahlen fortsetzen wollen. Es reicht auch nicht aus, so zu tun, als handele es sich um die erste bedeutende Niederlage der Linken in den Grünen. Inhaltliche Niederlagen gab es beispielsweise in der Frage des Atomausstiegs anläßlich des Tschernobyl-Parteitags, wo an der „Sofortausstiegs"-Forderung geknabbert wurde; Stratmann und die „Müttermanifest"-Frauen erwirkten eine Verwässerung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 mit konservativen Lebensschutz-Positionen; vor den letzten Wahlen zum Bundestag setzte sich der unselige „Brief an unsere Wählerinnen und Wähler" von Antje Vollmer als Bündnisaussage durch, während Tolerierungsforderungen scheiterten. Die Kette der Niederlagen ließe sich fortsetzen.

Kritisch zu hinterfragen wäre auch die Stellung des BuVo in der Partei selbst. Gegenüber den 43 Bundestagsabgeordneten mitsamt der über 200 MitarbeiterInnen war er prinzipiell, da nicht hauptamtlich, immer unterlegen, trotz des demagogischen Geredes von der „Linienpolizei" seitens der Realos. In der Frage des Strafmaßes für Vergewaltigungen in der Ehe, in der Palästina-Debatte setzte sich die Realo-Mehrheit der Fraktion über die vergeblichen Interventionen des BuVo hinweg. Nicht nur gegenüber der Fraktion, auch gegenüber der Gesamtpartei gelang es dem BuVo in den letzten Jahren kaum noch, politisch gegenzusteuern oder gar für bestimmte Kampagnen zu mobilisieren. Dieser Trend wurde seit der ersten „Spiegel"-Veröffentlichung im Juni dieses Jahres über angebliche Betrugsmanöver des BuVo noch verstärkt. Seit diesem Zeitpunkt war dieser BuVo fast ausschließlich mit der Nachprüfung von Quittungen und Belegen beschäftigt — also kurzerhand kaltgestellt, zermürbt. Was soll ein „fundamentalistischer" BuVo auch gegen eine Partei ausrichten, in der es nicht nur eine „schweigende", sondern auch eine „strukturelle konservative Mehrheit" in zumindest 9 der 11 Landesverbände gibt? Politisch war der BuVo, oder die Linie des BuVo, längst in der Minderheit, wenn es um die Beeinflussung der Widerspruchsentwicklung in den Grünen ging und darum, ob die Grünen in der alltäglichen Politik noch im Sinne der verschiedenen Protest- und Widerstandsbewegungen intervenieren, oder objektiv als Integrations- und Ordnungsfaktor auftreten. Der Aufruf Waltraut Schoppes an die Autonomen, „werft eure Zwillen weg", entspricht weit eher dem spießbürgerlichen Milieu dieser Partei, als die kritische, aber solidarische Auseinandersetzung mit diesem Spektrum.

Die politischen Akzente, die wichtigsten Vorstöße und Interventionen auf die „Gestaltung" grüner Politik kamen von den Realos, während die Linken in den Grünen zunehmend in die Defensive gerieten.

Mag sein, daß der „fundamentalistische" BuVo sich selbst überschätzte, daß seine Rolle und Bedeutung in der Partei aber vor allem von vielen Linken überbetont wurde. Umso größer daher auch die unmittelbare Schockwirkung der Linken auf die Karlsruher Ereignisse.

Eine „Wende" war es nicht, sondern eher Ausdruck des Zustands und der politischen Kräfteverhältnisse in der Gesamtpartei. Der von allen Flügeln und Pseudo-Flügeln („Aufbruch") nach dem BuVo-Rücktritt verkündete „Neuanfang" bei den Grünen verkennt die Lage total, leugnet sie und kommt daher auch zu falschen Schlußfolgerungen. Einen „Neuanfang" kann es nur geben, wenn es ein Ende einer bestimmten Entwicklung gab, einen Bruch. Auf beides können die Grünen in ihrer jüngsten Entwicklung nicht verweisen. Was hat sich denn so ausschlaggebend verändert, welche Faktoren begründen den nun vielbeschworenen „Neuanfang"? Die Mehrheitsverhältnisse in den Grünen sind eindeutig und unumkehrbar. Wer sich realpolitische Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie Landesvorstände zulegt, die fast überall über stabile Mehrheiten verfügen, sollte sich keine weiteren Illusionen machen.

Wer im Deutschen Bundestag anläßlich der Haushaltsdebatte noch hinter sozialdemokratischen Kritiken an der Politik der Bundesregierung zurückfällt, an der Steuerreform nur noch die falsche Verwendung der Steuern, jedoch noch nicht einmal die gesellschaftliche Umverteilung anprangert, der hat ausgespielt, macht die Grünen „überflüssig".

Nein, ein jetzt beschworener „Neuanfang" ist nicht in Sicht und auch nicht möglich, wenn mensch sich ein realistisches Bild vom Zustand der Grünen macht. Die jetzige Phase der Grünen läßt eher erwarten, daß ein kräftiges Hauen und Stechen, die Mobilisierung der jeweiligen Bataillone zur Neubesetzung des BuVo und des späteren programmatischen „Umbaus" der Grünen erfolgt. Die derzeitige „Ruhe" ist trügerisch.

Die gesamte Diskussion der Linksgrünen kreist um die Frage der optimalen Interventionsmöglichkeiten *in* den Grünen.

Weder die Frage, was linke Politik in den Grünen noch bringt, noch die Frage, ob die Grünen sich nicht vielleicht schon mehr als Hemmnis linken Protests und Widerstands erwiesen haben und sich erweisen werden, wird ernsthaft diskutiert.

Eine nüchterne Bilanzierung der Möglichkeiten und entscheidenden Grenzen linker Politik in den Grünen müßte auch abwägen, ob ein taktischeres, nüchternes, leidenschaftsloses Verhältnis, eine Reduktion auf punktuelle Intervention in den Grünen an bestimmten Fragen und Kampagnen, wenn sie mit den Grünen möglich sind, den Linken mehr und erweiterte Handlungsspielräume eröffnen würde als die zeitraubende und uneffektive Taktiererei in dieser Partei. Das würde auch den Blick dafür öffnen, daß es außerhalb der Grünen genügend Widerstands- und Protestpotential gibt, bei dem es sich mehr als bei den Grünen lohnt, politischen Protest zu organisieren.

Ohnehin erschöpfte sich die eigentliche Stärke der Linken in den Grünen, abgesehen von einigen programmatisch-inhaltichen Erfolgen auf Parteitagen, in ihrer Fähigkeit, im Bündnis mit anderen Strömungen der Linken Widerstand und Proteste zu organisieren. Beispiele hierfür in der letzten zeit waren die Anti-IWF/Weltbank-Kampagne oder die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz", an denen die linken Grünen zusammen mit anderen Kräften mitgewirkt haben.

An diesen Polen und Strängen stärker zu intervenieren und dabei ein „entkrampfteres" Verhältnis zu den Grünen zu entwickeln, wäre eine mögliche Perspektive für die Linken in den Grünen.

An den linken Rändern der Partei vollzieht sich dieser Prozeß, wenn auch schleichend und in geringem Umfang, bereits.

Nach den bisherigen Äußerungen der sogenannten „Undogmatischen Linken", die um jeden Preis an die Grünen fixiert sind, den „Radikalökologen" um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran, die ausgerechnet angesichts der latenten Krise der Grünen Optimismus ausstrahlen und auch dem Hamburger Trabergespann, die in äußerst zurückhaltender und vorsichtiger Weise leichte Absetztendenzen in die Diskussion brachten, steht jedoch zu befürchten, daß das grüne Trauerspiel weitergeht.

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

rechnungs-Unregelmäßigkeiten und (kleine) Ungesetzlichkeiten auf, nicht über die individuellen Bereicherungsaktionen aus politischer Tätigkeit. In der Hamburger Schweinskampagne von Medien und GAL-Realos um den Rücktritt Thea Bocks ist sie, die der Finanzierung politischer Aktivitäten der Partei über 50.000 DM vorenthielt, das gequälte Opfer von Partei-„Stalinisten".

Als am 2. Dezember eine (knappe) Mehrheit der Karlsruher Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen für die Debatte um den sogenannten Finanzskandal stimmte, verknüpfte die linke und „fundamentalistische" Mehrheit im von der Auseinandersetzung des letzten halben Jahres sichtlich angeknacksten Bundesvorstand (BuVo) diese Debatte mit der Vertrauensfrage. 186 gegen 216 Stimmen ging diese schief. Der tiefe Fall, die innerparteiliche Thermidor-Stimmung der Linken, hat mit der Bedeutung des Bundesvorstands als Bastion *(„letzte Bastion einer aussterbenden Position"*, höhnte Klaus Hartung in der „taz") gegen den kaum noch bestrittenen Anpassungsweg der Partei in den meisten Landesverbänden und der Alltagspolitik der Grünen zu tun. Fällt sie, und vorläufig ist sie das, bleibt für die Linken bei den Grünen nicht mehr viel an Machtpositionen, zumal „ihre" Landesverbände Hamburg und Westberlin nur noch ein Schatten einstiger linksgrüner Blüte sind.

### Das Bündnis „Aufbruch"/Realos

Ein solches Bündnis gegen die Linken habe es nicht gegeben, behaupten Vertreter der Strömung um Vollmer/Fücks. Das ist gelogen. Schon seit langem steuerten beide Strömungen getrennt das gleiche Ziel an. Was Antje Vollmer sehr frei nach Mao *„Boykottiert das Hauptquartier"* nannte, war bei den Realos die Erneuerung der Partei *„an Haupt und Gliedern"*. Für die „Aufbruch"-Gruppe war zunächst das *„strömungsneutrale"* Image Voraussetzung für die *„Aufmischung der alten Fronten"* (Antje Vollmer). Obwohl die führenden Köpfe des „Aufbruch" den Realos allemal näherstehen, als den Linken, wußten und wissen sie nur zu gut, daß sie nur in formaler Unabhängigkeit von diesen die Chance hatten, die Parteimehrheit zu repräsentieren. Das Projekt „Urabstimmung über Strömungsmanifeste" in der Partei hat dem „Aufbruch" in dem Moment einen Schub gebracht, als die Realos Ende Oktober aus taktischen Gründen den Schulterschluß mit der Abstimmungs-Unsinnigkeit vollzogen. Auf einem gemeinsamen Treffen signalisierte der hessische Realo Dietrich Wetzel die Unterstützung des Urabstimmungsprojekts, da dessen Nichtzustandekommen *„das gesamte reformpolitische Lager innerhalb der Grünen schwächen würde"*. Im Tausch für diese Unterstützung würde man allerdings, so Wetzel, *„ein positives Signal für enttäuschte Wähler"* durch *„neue Mehrheitsverhältnisse in den Parteigremien"* erwarten. Die Gemeinsamkeit beförderte den Anstieg der Zahl der Kreisverbände (notwendig: 120, ein Drittel laut Satzung, 100 waren in Karlsruhe erreicht), die sich für die Urabstimmung aussprachen. Damit war die gemeinsam angestrebte Neubesetzung des Vorstands abgemachte Sache, die Beteuerung, die Thematisierung des „Finanzskandals" erfolge jenseits des grünen Strömungsstreits, mehr oder weniger Tarnung für dieses Vorhaben gegen die Parteilinke. Vor Karlsruhe häuften sich die Rücktrittsforderungen an den BuVo: Prominenteste Befürworter waren Joschka Fischer, Lukas Beckmann, Antje Vollmer. Anfang Dezember verlangten sechs grüne Landesvorstande personelle Konsequenzen. Nichtsdestotrotz behaupten die Ausleger des „Aufbruch" in die Parteilinke hinein, Ralf Fücks und Marieluise Beck-Oberdorf, in einer Erklärung, man habe *„sich zu keinem Zeitpunkt an Allianzen zum Sturz des bisherigen Bundesvorstands beteiligt"*.

Aus „prinzipiellen radikaldemokratischen Erwägungen" sei „Aufbruch" inhaltlich nicht festgelegt, wirbt Antje Vollmer erfolgreich für die grüne Gründungsparole EVI („Einheit in der Vielfalt"). Sicherlich ist die Gruppe heterogener und strategisch weniger festgelegt als die Pressure-Crew der Realos um Schily und die Hessen. Doch so offen, wie diese für Bündnisse, sind „Aufbruch"-VertreterInnen allemal: sowohl Richtung SPD als auch der „dynamischen" CDU-Teile (A. Vollmer: Biedenkopf als Bundestagspräsident; mehrere Grüne haben für Rita Süßmuth im Bundestag gestimmt). Vollmer und Christa Nickels stehen für Anbiederung an die katholische Kirche, Lukas Beckmann hatte schon vor Jahren dafür plädiert, der CDU ihr Monopol auf Christentum streitig zu machen. Vergegenwärtigt man sich, daß der Baden-Württemberger Spitzen-Realo Fritz Kuhn (brandheißer Tip für den neuen Bundesvorstand; neben ihm werden noch Realo-Citoyen Udo Knapp und der strömungsunabhängige Realo Norbert Mann gehandelt) vor zwei Jahren tabubrecherisch das Bündnis mit Lothar Späth propagiert hat, so dürfte der größere Abstand der maßgeblichen Aufbrecher zu den Linken und die deutliche Nähe zu den Realos ins Auge fallen. Mit den Worten Hubert Kleinerts: zentrale Einigungsmomente seien die Gewaltfreiheit und die Bereitschaft, *„unter bestimmten Umständen Regierungsverantwortung zu übernehmen"* (Bonner Rundschau, 6.12.).

„Aufbruch" war Eisbrecher für die Niederlage der Linken und Katalysator für die Realos. Die Grünen als „ökologische Reformpartei" sieht der Anhänger der „ökologischen Marktwirtschaft", Hubert Kleinert, in dieser neuen innerparteilichen Bündniskonstellation nahen. Eine *„historische Zäsur"* erkennt Joschka Fischer mit der Karlsruher Personalentscheidung, die in eine *„strukturelle Mehrheit umgesetzt werden müsse"*: Modell Hessen/Frankfurt, das Ausschalten und Niedermachen der Fundis und Linken. Eine Spaltung der Grünen gäbe es nicht, *„allerhöchstens eine Abspaltung. Aber auch da glaube ich aufgrund der hessischen Erfahrung nicht dran."* Was die Karlsruher Minderheit betreibe, sei *„lärmendes Getöse"*.




### Lärmendes Getöse?

Ob er da recht hat? Woher die neuen Bündnispartner ihren Optimismus für einen Neuanfang bis zu den entscheidenden Wahlen 1990 (dann erst lassen sich diese wahlarithmetisch beurteilen) nehmen, ist offenkundig: zusammen repräsentieren sie die Mehrheit der Parteibasis. Rätselhaft bleibt, woher Jutta Ditfurth den Optimismus für einen Neuanfang der Linken/Fundis nimmt, insbesondere nach den hessischen Erfahrungen. Zumal die Linke Fischers Kalkül des „lärmenden Getöses" zu einem Teil in Karlsruhe bestätigt hat, als sie entgegen ihrer Erklärung den weiteren Verlauf des Parteitags nicht boykottiert hat. Fast 200 Personen beteiligten sich in Karlsruhe an den Beratungen der Linken nach der BuVo-Abwahl und während der Auszeit. Sie waren sich in der ersten Aufwallung fast alle einig, nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Allerdings erwies sich diese Einheit schnell als brüchig. Hieß es in der von Christian Schmidt vorgetragenen Erklärung noch, daß sich die grüne Linke auch die Frage stellen müsse, *„ob und welche linke Politik mit dieser Grünen Partei aufgrund ihrer strukturellen Entwicklung noch möglich ist"*, distanzierten sich die „Undogmatischen" vom „Linken Forum" nur wenige Stunden später mit ihrer Stellungnahme „Es ist nicht alles links, was jammert!". Das Bündnis der Hamburger linken Mitte (Stamm/Reents) mit den Westberliner Ex-Trotzkisten sülzt in bekannter stammscher Manier (wir vermuten, daß solcherart Gesülze auch den ehemaligen GIMlern nicht fremd ist) verbalradikal gegen die Widersprüchlichkeiten in der Fundilinken. Erneut — wie schon in der Wahlbündnisdebatte Grüne/SPD — wird eine Äquidistanz zu Fundis und Realos vorgegeben. Die Linke bei den Grünen sei in eine Sackgasse „hineingedrängt" worden und habe „sich auch selbst mit hineinmanövriert", heißt es ausgewogen. Zweck der Übung war es, sich von den vor allem von Thomas Ebermann vorgetragenen Überlegungen abzusetzen, wieweit es angesichts der realen grünen Entwicklung zukünftig für die Parteilinke eine *ausschließlich* auf die Grünen bezogene Perspektive geben dürfe. Die Ablehnung des Realo-Durchmarschs dürfe nicht *„in einer diskussionstötenden Schulterschlußmentalität erstickt"* werden, so das „Linke Forum". Statt dessen verfolge man weiterhin den Ansatz, *„über inhaltliche Diskussionen aus der festgefahrenen Situation herauszukommen"*, verweisen die „Undogmatischen" auf ihre bisherigen Aktivitäten, mit denen die Partei „von unten" aufgeforstet werden soll. So kann man den derzeitigen Machtkampf in der grünen Partei auch verniedlichen.

Man geht vermutlich nicht fehl, daß das Absetzen der linken Mitte von Fundis und Ökosozialisten stark von der machtpolitischen Überlegung geleitet ist, potentiell vakante Plätze bei den Grünen einzunehmen — auch wenn das Forum in der Linken mit ähnlicher Biederkeit gegen parteiübliche Intrigen wirbt, wie der „Aufbruch" in der Gesamtpartei. Die Bonner Filiale des Forums im Büro Ludger Volmer hatte bereits vor Karlsruhe Gespräche mit „Aufbruch"-Leuten um die künftige BuVo-Besetzung geführt. In Karlsruhe ging das so weit, daß Volmer nach der Abwahl bereits um eine Interimslösung bis zur Neuwahl verhandelt hat (was dem Vernehmen nach auf Intervention von Stamm unterblieb). Eine eigenständige strategische und inhaltliche Position des „Linken Forums" ist bislang eine bloße Fiktion. Es bezieht seine Möglichkeiten derzeit nur aus der Linksabgrenzung und der Scheinoption auf eine linksgrüne Perspektive jenseits von Fundis/Ökosozialisten, sozusagen Auffangbecken für all jene Linken bei den Grünen, die eine Frage nicht zu stellen wagen: die mögliche Erschöpfung der Grünen für linksgrüne Politikgestaltung. Diese Diskussion ist nach Karlsruhe eröffnet.

**hr.**

### Wie geht's weiter?

Der Bundeshauptausschuß (BHA) der Partei wird aus seinen Reihen einen kommissarischen Bundesvorstand wählen. Im BHA waren zwar Fundis/Linke bislang in der Mehrheit, doch hatten sich die Gewichte bereits nach ‚rechts' verschoben. Der Trend wird nun dadurch befördert, daß die Mitglieder des alten Bundesvorstands nicht mehr stimmberechtigt sind. Sodann wird die nächste Bundesdelegiertenkonferenz im März vorbereitet, auf der der „Neuanfang" personell durch Vorstandswahlen bestätigt werden soll.

Die Linken wollen — alle Strömungen gemeinsam — Ende Januar/Februar ein bundesweites Treffen (vermutlich) in Hamburg abhalten, auf dem die unterschiedlichen Positionen und ein mögliches gemeinsames Vorgehen diskutiert werden soll.

# „Ich habe die Hoffnung, daß nun Leben in die Diskussion kommt“

## Interview mit Verena Krieger

*Verena, die linken Grünen haben in ihrer „Erklärung“ auf der BDK in Karlsruhe vom Beginn des „Durchmarsches der Rechten“ gesprochen. Trifft diese Einschätzung zu?*

Darüber hat es bereits eine kontroverse Diskussion auf dem Linkentreffen gegeben. Ich glaube, daß die „Erklärung der Linken“, die Christian auf dem Parteitag vorgetragen hat, eher eine Beschreibung der Intention von „Aufbruch“ und Realos ist als eine Beschreibung dessen, was auf dem Parteitag *real* stattgefunden hat. Auf



der einen Seite gab es tatsächlich unpolitische Momente auf der BDK — einen Unmut, der vom Bundesvorstand ganz kraß unterschätzt worden ist; der sich nicht ausschließlich gegen den Bundesvorstand selbst richtete, sondern vielmehr Ausdruck der allgemeinen Ohnmacht und Hilflosigkeit gegenüber allem, was „die in Bonn machen“, ist. Dieser Unmut ist am schwächsten Punkt, dem Bundesvorstand, zum Ausdruck gekommen und hat sich dort materialisiert. Ich glaube, wer das nicht dazu sagt, bewertet das Ergebnis nicht richtig und auch einseitig. Auf der anderen Seite glaube ich aber schon, daß auf dieser BDK eine neue Qualität der Auseinandersetzung stattgefunden hat — weniger im Hinblick auf die Schmierigkeit und Verlogenheit. Das hatten wir immer schon, wenn auch nicht so konsequent durchgehalten über mehrere Stunden hinweg. Neu war — meines Wissens das erste Mal in der Parteigeschichte —, daß sich die Mehrheit eines Parteitags dafür entschieden hat, sich an der von den Medien produzierten öffentlichen Meinung zu orientieren und gegen die eigenen Leute zu stimmen. Im Wissen, daß die Vorwürfe von den Fakten her nicht haltbar sind, und wissend, daß sie dabei von Realos und „Aufbruch“ instrumentalisiert werden für politische Ziele, die nicht unbedingt die ihren sind. Diese Bereitschaft, sich anzupassen an den Druck, der durch die öffentliche Meinungsmache entstanden ist, gab es bei den Grünen natürlich immer schon. Aber der Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und Anpassungsdruck ist bislang bei den Grünen sehr oft zugunsten der Inhalte aufgelöst worden. Und hier ist erstmals bei einer zentralen Frage radikal und in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Implikationen zugunsten der „öffentlichen Meinung“ entschieden worden. Das ist meiner Ansicht nach rechte Politik, auf diese Art zu denken und zu entscheiden. Insofern kann man schon von einer Rechtswende sprechen, aber nicht in dem umfassenden Sinne, wie es in der „Erklärung“ benannt worden ist.

*Kommen wir zur Frage der weiteren Perspektive der Linken in den Grünen. In der Karlsruher „Erklärung der Linken“ wird gesagt, ob und welche linke Politik in den Grünen noch möglich sein würde. Waren das Drohgebärden? Oder Anzeichen einer vorsichtigen Absetzbewegung? Wie siehst Du das?*

Ich glaube, diese Formulierung war in erster Linie das Resultat des Erschreckens über den Verlauf der Debatte und des Ärgers über das Ergebnis, und viele, die dafür gestimmt haben, haben das zwei Tage später schon nicht mehr so gesehen. Ich möchte behaupten, daß sowohl diese Formulierung als auch der im übrigen mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß, man wolle sich nicht an der Europadebatte beteiligen, verständliche emotionale Reaktionen, aber eigentlich unpolitische Aussagen sind; verbalradikale Phrasen, hinter denen nicht wirklich substantiell ernsthafte Überlegung steckte. Es hat sich ja bei der Europadebatte sehr schnell gezeigt, daß sich innerhalb kürzester Zeit die Mehrheit der Linken doch daran beteiligt hat. Das heißt also genau das, was ich vorher befürchtet hatte, daß erst eine radikale Attitude vorgetäuscht und anschließend zur Tagesordnung übergegangen wird, hat sich bewahrheitet. Ich behaupte, daß das gleiche für die Aussage gilt, wollen wir in den Grünen bleiben?

Ich bin der Meinung, daß wir den Kampf innerhalb der Grünen vorerst weiterführen — das heißt nicht, daß ich mich darauf festlegen und mich schicksalhaft an den Grünen festketten möchte. Aber das resultiert aus der Einschätzung, die ich vorhin schon gesagt habe: daß in Karlsruhe gar kein so qualitativer Bruch stattgefunden hat.

*Wie beurteilst Du insgesamt den Zustand der Linken in den Grünen?*

Ich habe den Eindruck, daß dieser Parteitag auch für die Linke die Chance zu einem Neuanfang bedeutet. Man maß sehen, daß die Lage außerordentlich festgefahren war — abgesehen davon, daß es eine Spaltung innerhalb der Linken gegeben hat in „fundi-orientierte“ und sogenannte „undogmatische“ Linke. Das Fundi-Lager hat seit langem praktisch nur noch darüber funktioniert, daß es eine Festlegung auf eine Linie gab, die die einzig richtige war und jede auch nur kleinste Abweichung, selbst in taktischen Fragen, sofort als Verräterschaft gewertet und behandelt worden ist. Dadurch wurde eine Zwangsloyalität erzeugt — verstärkt durch entsprechende Reaktionen der Realos. Beispiel: Dieser dumme Spruch von Jutta von der Sehnsucht des Staates nach dem Terror, der von Linken eigentlich gar nicht unterstützt werden konnte, und wo dann die Reaktion der Realos mit der Forderung nach einem „positiv entwickelt formulierten Staatsverständnis“ eine Zwangsloyalität erzeugt hat, die überhaupt keine Substanz hatte. Und die meiner Ansicht nach in der Konsequenz, weil es mehrere solcher Fälle gab, für die Linke schädlich war — vor allen Dingen auch für die innerlinke Demokratie.

Ich behaupte, daß im Fundi-Flügel überhaupt keine demokratischen Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozesse mehr stattgefunden haben, und ich vermute, daß ein Grund für die Niederlage des Bundesvorstands ist, daß er diese Politik von der linken Basis aufs Butterbrot geschmiert bekommen hat. Das bedeutet auch, daß ich die sogenannten „unabhängigen Linken“ als Produkt der Fehler der Fundis sehe, die nun bestimmte Bedürfnisse und einen berechtigten Unmut artikulieren. Meine Kritik dieser „Unabhängigen“ besteht darin, daß sie — abgesehen davon, daß sie mit Leuten Bündnisse eingehen und Leute beteiligen, die rechte Politik machen wie zum Beispiel Eckhard Stratmann — die Frage: Inwieweit sind die Grünen für die Linke akzeptabel als eine Partei, die emanzipatorische Prozesse vorantreiben will, daß sie sich diese Frage gar nicht mehr stellen. Sie setzen ihre Bejahung immer als a priori gegeben voraus und stellen damit nicht nur sich, sondern die gesamte Linke in eine Situation des reinen Mehrheitsbeschaffers für die „Mitte“, begeben sich in die völlige Abhängigkeit von der Partei und sie werden damit auch das, was innerhalb der Grünen als „links“ gilt, letztendlich immer abhängig machen von dem, was als Durchschnitt jeweils konjunkturell bei den Grünen gerade angesagt ist.

Ich sehe nun die große Chance aufgrund der veränderten Situation darin, daß — was im letzten Jahr überhaupt nicht mehr möglich war — jetzt wieder möglich wird, daß erzwungen wird, daß die verschiedenen Flügel innerhalb der Linken nicht mehr daran vorbeikommen, sich wieder miteinander auseinanderzusetzen und gemeinsam zu tagen — auch wenn es weiterhin getrennte Treffen geben wird, was ich überhaupt nicht als problematisch empfinde. Ich habe die Hoffnung, daß nun Leben in die Diskussion kommt, daß wieder Luft zum Atmen da ist; Luft, gemachte Fehler zu kritisieren und damit auch wieder nach vorne zu diskutieren. Diese Chance bietet sich jetzt und ich denke, die Hardliner der beiden Flügel, etwa Jutta Dithfurt auf der einen und Ludger Volmer auf der anderen Seite, sehen das sicherlich nicht gerne. Aber ich glaube, daß die Perspektive der Linken gerade darin liegt, die gemeinsame Diskussion wieder in Gang zu bringen.

# „Ohne frischen Wind von draußen der Vermiefung innen ausgesetzt“

## Interview mit Christian Schmidt, Ex-Vorstandssprecher der GRÜNEN

*Was war los in Karlsruhe, Ausrutscher oder neuer grüner Trend?*

Karlsruhe hat kenntlich gemacht, was sich an Veränderungen bei den Grünen vollzogen hat. Das heißt: das Trommelfeuer auf den Fundamentalismus mit dem Finanzskandal als I-Tüpfelchen obendrauf hat gesellschaftlich und in den Grünen Wirkung gezeigt, und mit der Abwahl des Bundesvorstands Erfolg gehabt. Wobei ich mal offenlassen will, wieviel individuelle oder kollektive Fehler der BuVo gemacht hat, was dies befördert hat.

*Warum aber hat die Delegiertenmehrheit diesmal so konsequent gegen euch gestimmt, während sie in vergleichbaren Situationen den BuVo als Korrektiv in der Partei betrachtete?*

Wenn ich mich gedanklich in die Motive Delegierter hineinversetze, die vor eineinhalb Jahren einen linken BuVo gewählt und jetzt abgewählt haben, glaube ich zum ersten nicht, daß sie gänzlich andere Menschen geworden sind. Zweitens glaube ich, daß beim verleumderischen Charakter der Finanzdebatte was hängengeblieben ist und zum dritten — politisch am interessantesten —, daß diese linken Grünen seit zwei Jahren unter Trommelfeuer stehen, weil der „Fundamentalismus“ zur Ersatzdroge für den traditionellen Antikommunismus gemacht worden ist. Er ist auch als Schuldiger für den Durchmarsch der SPD denunziert worden. Die Niederlagen der Grünen in den letzten Monaten haben in vielen Köpfen einen Druck erzeugt, daß sich in der Partei etwas verändern müsse, um wieder zum Erfolg zu kommen. Der BuVo wurde zum Opfer solch trügerischer oder „berechtigter“ Hoffnungen.

*Was ist mit dem Eigenanteil der zerstrittenen Linken in den Grünen an einer Entwicklung, bei der die, die sie bislang gestützt, sie jetzt gestürzt haben?*

Die Fehler und Pannen unserer Politik betrachte ich nicht als ursächlich für die jetzige Entwicklung; zumal unsere Politik innerparteilich über Jahre ‚erfolgreich‘ war; während unsere linken Kritiker in der Partei eher eine mosernde Randerscheinung waren. Ich halte es für wichtiger zu analysieren, daß wir als Linke bei den Grünen unter extrem schwierigen Bedingungen Politik machen. Viele einstmals mitarbeitende Linke haben sich von den Grünen abgewandt. Dazu hat beigetragen, daß sich die SPD in der Wählerresonanz parlamentarisch wieder durchgesetzt hat; beigetragen hat der abnehmende Schwung der oft beschworenen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaftslinken.



Eine solche Ursachenanalyse ist wichtiger als die Bewertung unserer Fehler; als da wären: die Kräfteverhältnisse überschätzende Verbalradikalismen — z.B. den Sofortausstieg ohne wenn und aber von der SPD zu fordern. Sicher war es auch ein Fehler, daß wir nach der Gemeinheit der Abwahl die Losung ausgegeben haben: Wir gehen nicht zur Tagesordnung Europaprogramm über! Denn wir hätten wissen müssen, daß wenn man bei den Grünen weiter Politik machen will, gar nichts anderes übrigblieb als uns den unmittelbar folgenden Tagesordnungspunkten Europaprogramm und -Kandidaten zu stellen.

*Wie stabil schätzt du die Basis für die neue Parteitagsmehrheit in den Grünen ein, hat sich da in den letzten Monaten nachhaltig etwas verändert?*

Da bin ich vorsichtig in der Einschätzung, weil ich seit 1982 zu oft gehört habe, daß die Grünen rechts sind und nach links entwickelt werden müssen. Hätte das gestimmt, würden sie sich heute demnach superrechts entwickeln. Das ist Unsinn. Sicherlich ist die Herausbildung der Realopolitik eine Rechtsentwicklung bei den Grünen. Auch die Kontroversen bei den Linken bedeuten ein Abrücken von bisheriger Politik. Alle Strömungen und alle Manifeste haben eine gemeinsame Grundidee: die bisherige grüne Programmatik nach rechts hin zu verändern. Das gilt auch für die „Undogmatische Linke“. Bei ihnen ist es zwar weniger in den inhaltlichen Programmaussagen feststellbar, wohl aber daran, daß ihre Texte dominiert werden von der Idee notwendiger Abgrenzung von Trampert/Ebermann/Ditfurth. Auch sie signalisieren insofern ein Abrücken von vermeintlich linksradikaler Politik bei den Grünen.

Wichtiger als der unsinnige Streit, wer am linkesten ist, sind Antworten auf folgende Fragen: Gibt es nach dem Scheitern der Tolerierungspolitik resp. dem Durchmarsch der SPD noch vertretbare parlamentarische Perspektiven? Und: Wie gehen wir damit um, daß im Unterschied zu 1982 keine Indentität von Ini-Bewegung und GAL-Wahlbewegung da ist, sondern „Parteiladen“ und „Bewegungsumfeld“ beängstigend auseinanderdriften.

*Wieweit ist das heute mit der GAL und den Grünen als Ganzes möglich?*

Was numerisch möglich ist, lasse ich mal offen. Mehrheiten „irgendwie“ jenseits der Realos sind sicher möglich. „Die Mehrheit!“ als Leitmotiv führt allerdings zu völliger politischer Verflachung — nach dem Motto: Wen könnten wir noch einbinden? Ohne „Kampf um Mehrheiten“ bleiben wir zahnlos; aber es macht keinen Sinn, z.B. Mehrheiten für Trampert herzustellen, ohne die Kriterien für eine linke grüne Politik geklärt zu haben. Das Problem ist also: Auch wenn wir die Mehrheit bekommen, können wir nicht sagen: Das heißt „Fortsetzung der 'erfolgreichen' Tolerierungspolitik“ oder „Fortsetzung der gelungenen Symbiose von Bewegungs- und Parlamentspolitik“. Beides ist nicht der Fall. Und derzeit gibt es kein Patentrezept, wie wir z.B. eine produktiven Bezug zu Linken und Bewegungen herstellen können.

*Aber ihr könnt doch machen was ihr wollt: die nichtgrüne Linke wird nach Karlsruhe weniger und nicht mehr Bezug auf die Grünen haben. Was macht ihr konkret, wenn bei der Neuwahl der BuVo als Korrektiv entfällt, die Linken in der Minderheit sind?*

Das ändert m.E. strukturell nichts an unseren Problemen. Denn so oder so halte ich die Grünen für ein wichtiges Arbeitsfeld linker Politik. Ich verstehe auch nicht die Schadenfreude mancher Linker: „Endlich sind die linken Grünen am Ende!“ Gerade die sollten dreimal überlegen, wie eine grüne FDP politische Arbeitsbedingungen im Fall Hafenstraße, Atomdebatte oder Sicherheitsgesetze beeinflußt. In den Siebzigern folgten auf die Integration der APO in die sozialliberale Realpolitik Berufsverbote und Anti-Terror-Gesetze. Ich will keine Wiederholung. Egal ob wir Linke bei den Grünen ein Drittel oder 51 Prozent kriegen, besteht die Dramatik der Situation in der Tatsache, daß wir ohne frischen Wind von draußen der Vermiefung drinnen völlig hilflos ausgesetzt sind. Auch ich gehe davon aus, daß wir derzeit draußen keine attraktiven Gesprächspartner sind. Der Makel der Erfolglosen haftet uns an. Andererseits: Gibt es in Hamburg — oder im Ruhrgebiet — jenseits von Zirkeln „erfolgreiche Oppositionspolitik“; oder ist deren Fehlen die Misere der Gesamtlinken? Und wenn letzteres der Fall ist, muß Aufgabe sein die Rekonstruktion einer politischen Kraft, die diese Rolle ausfüllen kann. Ich will ausloten, ob und wo Bereitschaft dazu besteht, diesen Weg zu gehen. Wir müssen sehen, ob das mit einer innerparteilichen Aufgabenstellung, vor allem der programmatischen Integration von Systemopposition und ernstzunehmender Reformpolitik, in Einklang zu bringen ist.

*Durch welche Prozesse könnte dieser Teufelskreis zwischen schwindendem linken Interesse an den Grünen und eurer öden Flügeldebatte überwunden werden, wie wollt ihr die Öffnung für Ökosozialismus erreichen?*

Richtig ist: Wenn ein Flügel sagt: „Reform an Haupt und Gliedern — oder wir machen den Laden kaputt“, bist Du ziemlich machtlos. Die einzige Hoffnung ist dann, daß sich eine breite Parteimehrheit dagegen zur Wehr setzt und daß sie dabei von draußen unterstützt wird. Daran müssen wir arbeiten. Das ist nicht nur ökosozialistische Strömungspolitik, sondern verfolgt, z.B. in Hamburg, das Ziel, die „Durchgeknallten“ auf beiden Seiten zu bändigen. Denn die Abbruch-Mentalität findest Du ja nicht nur bei Thea Bock.

Zur Orientierung der Ökosozialisten: Wir wissen, daß wir ohne Impulse von draußen keinen Neuanfang hinkriegen. Also entweder es finden sich draußen Leute, die mit uns für ein linkes grünes Projekt kämpfen, oder wir müssen uns mittelfristig politischen Projekten jenseits der Grünen zuordnen. Und was wir dabei mit Linken draußen bereden müssen, ist erstrangig die Frage des Wertes einer linke politische Strömungen bündelnden Partei und des begrenzten Nutzens einer parlamentarischen Option. Beides ist nach acht Jahren grüner Politik in Frage gestellt, und das will ich nicht beschönigen mit dem Satz: „Seit meiner Abwahl weiß ich endlich, wie es bergauf geht.“

# „Bloß nicht in Lethargie verfallen"

von Jutta Ditfurth



Der Sturz des Bundesvorstands war eine inhaltliche Niederlage der GRÜNEN Linken, der ÖkosozialistInnen, RadikalökologInnen und Feministinnen. Zum Rücktritt aufgefordert wurden Personen als TrägerInnen von politischen Positionen. Gekämpft wurde von der Parteirechten mit geschlossenem Visier; ihre bisherigen Niederlagen in inhaltlichen Fragen veranlaßten sie, mit den miesesten Diffamierungen, mit Lug und Betrug zu arbeiten. Aber nur ein sehr geringer Teil der Delegierten wußte nicht, was gespielt wurde. Bei dieser Minderheit gab es die Bereitschaft, der öffentlichen Meinung die eigenen Positionen zu opfern, weil der Wille von einer bürgerlichen Öffentlichkeit gehätschelt zu werden wichtiger war als vielleicht geteilte Positionen. Der Mehrheit ging es nicht um „gnadenlos freies Belegwesen", sondern um gnadenlose Verschärfung der 218-Position. Vorwürfe wegen angeblicher Veruntreuung oder Unterschlagung sollten in Wirklichkeit die antikapitalistische Grundorientierung wegfegen, genau wie die Ablehnung der Nato oder eine radikale ökologische Position, die die Chemieproduktion umwälzen will. Diese Mehrheit auf der Bundesversammlung hat nachvollzogen, anstatt sich dagegenzustellen, was sich an gesellschaftlicher Entwicklung vollzieht: ob Memmingen oder die Terrorisierung von Gentechnik-KritikerInnen, ob die Verwässerung ökologischer Politik, die Hetze gegen gesellschaftliche Opposition oder die Neu-Rechtfertigung der Ausbeutung der Dritten Welt („Konkurrenzfähigkeit des bundesdeutschen Kapitals").

Abgesehen von subjektiven Motiven vom „Endlich-nicht-mehr-kämpfen-wollen" oder „auch-mal-dazu-gehören" ist der strategische Hintergrund derer, die von Realos und „Aufbruch 88" die Hetzkampagne gegen die Linken fahren, der unbedingte Drang in die Koalitionsfähigkeit mit der SPD. Da die sich aber längst mindestens sozialliberal entschieden hat, geht das nur von rechts. Warum spräche Fischer sonst nicht nur von einer „GRÜNEN FDP" sondern jetzt nach Karlsruhe auch von einer „Wende" der GRÜNEN? Ein horrender Fehler wäre es jetzt, das Feld kampflos zu räumen, Zorn und Wut, ja. Aber Rückzug würde den Durchmarsch der Rechten erst 100%ig vollziehbar machen.

Und der steht an. Wie die einzelnen Schritte aussehen, halte ich noch für offen. Brutales Durchknallen ist drin, genau wie zähe Salamitaktik. Man will vielleicht nicht zu offen als Schlächter der bisherigen GRÜNEN Partei in die Geschichte eingehen. Es könnten Umwege genommen werden, z.B. dadurch, daß ein oder zwei Linke in den künftigen Bundesvorstand handlungsunfähig eingebunkert würden. Hessische Erfahrung heißt, damit zu rechnen, daß es sogenannte Linke gibt, die für die Realos die nützlichen Idioten spielen, weil sie glauben, sich bei diesem Deal rüberzuretten. In Hessen gab es eine Gruppe um Rolf Ascheberg, der über die anderen Linken in Hessen dieselbe Mischung aus falschen Zitaten und opportunistischem Stuß verbreitete wie jetzt Harald Wolf, Michael Stamm und Jürgen Reents in ihrem Papier. Die Ascheberg-Gruppe (z.T. Stamm-Leute) hat bei den Auseinandersetzungen um den Tod von Günter Sare den Hardliner-Realos um Fischer mit wenigen Stimmen die Mehrheit zur Befriedung (!) des Konfliktes verschafft. Dafür kamen sie in den Landesvorstand. Aber die Gruppe um Stamm und die Trotzkisten ist klein, und ich denke, daß die Linken, die links reden *und* eine linke Praxis haben, linke Bündnisse schließen, bei aller Unterschiedlichkeit auf dem Linken-Treffen die große Mehrheit haben werden.

Für die Linken, die RadikalökologInnen, die ÖkosozialistInnen, die Feministinnen usw. steht jetzt an: bloß nicht in Lethargie verfallen! Es muß klar sein, daß der Kampf um DIE GRÜNEN als ein widersprüchliches, aber in wichtigen Fragen linkes und radikales Projekt nicht von einigen wenigen geführt werden kann.

Ich möchte nicht, daß sich etliche in den Bundesarbeitsgemeinschaften abstrampeln und andere, vielleicht weil sie vor Ort vereinzelt rackern, individuell resignieren. Die hessischen, und ich glaube, auch die bayerischen und die baden-württembergischen Linken sind froh, daß es endlich einen Schub für eine bundesweite Vernetzung gibt. Denn unsere Verhältnisse waren bisher ungleichzeitig.

Wir müssen diskutieren: Wie schätzen wir die gesellschaftliche Entwicklung ein? Welche Gegenstrategien stehen an? Sind DIE GRÜNEN in diesem gesellschaftlichen Zusammenhang ein Instrument der Befriedung und ein Filter für Unruhe und Revolte oder ist mit ihnen gesellschaftliches Terrain zu erweitern, in dem dann Menschen ihre Interessen mit anderen organisieren können, in dem Gegenkonzepte entstehen, sich eine Widerstandskultur entfalten kann, die politische Auseinandersetzungen erträglich oder sogar lustvoll macht?

„Neuanfang" meint eigentlich nur: die Chance der Organisierung wahrnehmen, die eigene Praxis in den GRÜNEN zu reflektieren, die Isolation vieler einzelner linker Menschen in den Grünen aufzuheben. Und während wir das machen, müssen wir gleichzeitig in sehr unterschiedlicher Weise die Herausforderung nach zwei Seiten richten: auch an die GRÜNEN, die unseren Inhalten nahestehen, ohne so ein artikuliertes linkes Selbstverständnis haben, aufgrund anderer Sozialisation und Biographien. Für viele sind DIE GRÜNEN die erste politische Erfahrung, und sie haben sich in Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre nach links hin entwickelt. Auch wir sind nicht als lupenreine Linke vom Himmel gefallen. Und die Herausforderung, die wir aussprechen sollten, ist die an die linken außerhalb der GRÜNEN, Autonome, Frauengruppen, Gentechnik-Kritikerinnen, radikale Gewerkschafter, 3.-Welt-Gruppen usw.: damit sie ihre Verantwortung besser nutzen, auf die möglicherweise sehr schnellen, dramatischen Vorgänge in den GRÜNEN Einfluß auszuüben. Einige Linke haben zu sehr die bequeme Haltung: „das-haben-wir-doch-schon-immer-gewußt-daß-sich-DIE-GRÜNEN-nach-rechts-entwickeln". Das könnten wir auch sagen: im ambivalenten Charakter der GRÜNEN ist das immer drin gewesen. Aber der Streit bei den GRÜNEN war lange offen, ist es zu einem großen Teil noch, der Prozeß ist widersprüchlich und empfindlich, d.h. äußerst beeinflußbar. Und die Linken in den GRÜNEN müssen vielerorts außerparlamentarische Praxis wieder entfalten und andererseits diese radikalen Inhalte und Formen in DIE GRÜNEN wieder einbringen.

Ich hätte gern, daß *allen*, egal, welche Konsequenz sie daraus ziehen, eines sehr deutlich ist: eine bürgerliche GRÜNE Partei verschärft das politische Klima für die gesamte linke Opposition, beschleunigt Rechtsentwicklungen, legitimiert staatliche Repressionen, spaltet hier und dort, gibt zur Kriminalisierung frei.

D.h. fast das unwichtigste am Sturz des Bundesvorstandes ist der Bundesvorstand. Das wichtigste sind unsere Grundlagen für die notwendigen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in den kommenden Jahren. Und zentrale Entscheidungen fallen in den kommenden Monaten. So oder so.



„Was wäre gewesen, wenn wir die Mehrheit gehabt hätten?"

Thomas Ebermann



Darüberhinaus jedoch — und das sehe ich als *zentral* — verstellen Momentaufnahmen den Blick auf eine schleichende, aber stetige Entwicklung der Grünen, die linke Politik in eine subalterne Rolle

letzt im Bundestag vom Grafen Lambsdorff als die guten und politikfähigen Grünen gelobt werden — jedenfalls solange sie den „Fundamentalismus" in unserem Landen bekämpfen

Rechtsentwicklungen, legitimiert staatliche Repressionen, spaltet hier und dort, gibt zur Kriminalisierung frei.

D.h. fast das unwichtigste am Sturz des Bundesvorstandes ist der Bundesvorstand. Das wichtigste sind unsere Grundlagen für die notwendigen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in den kommenden Jahren. Und zentrale Entscheidungen fallen in den kommenden Monaten. So oder so.

Marsch von der Oktoberrevolution in den bürgerlichen Repräsentativstaat.

vmk Verlag Marxistische Kritik Postfach 2111 8520 Erlangen

# „Was wäre gewesen, wenn wir die Mehrheit gehabt hätten?"

Thomas Ebermann



Der Parteitag *hätte* anders ausgehen können. Der Vorstand *hätte* mit knapper Mehrheit im Amt bestätigt werden können. Wahrscheinlich *hätten* einige Sprecher der Parteilinken vor dem Parteitag nur in dramatischen Worten auf die drohende Abwahl des Vorstandes hinweisen müssen, und dreißig Delegierte unserer Strömung wären — mehr aus Pflicht und weniger aus Lust — zusätzlich gekommen. Vielleicht hätten auch zwei oder drei besonders gelungene Reden zur Verteidigung des Vorstands oder ersatzweise ein sogenannter „schwerer taktischer Fehler" der Realos gereicht, das eingetretene Ereignis umzukehren. Solche und ähnliche Feststellungen lassen sich unendlich facettenreich variieren. Sie können münden in einer spezifischen Selbstberuhigung: Es habe sich eigentlich nichts oder nicht viel geändert, die Linke müsse sich besser organisieren, untereinander mehr und solidarischer diskutieren und so eine eingetretene Niederlage relativ rasch ausgleichen.

Ich halte das für ganz falsch. Praktisch hätte ein, der Abwahl knapp entgehender Vorstand bis zum Ende seiner regulären Amtszeit sich mit den denkbar gehässigsten Attacken aus der Partei, denen grandiose Medienunterstützung sicher gewesen wäre, herumschlagen müssen. An politischer Initiative wäre so gut wie nichts möglich. Das war ja auch seine objektive Lage spätestens, seit dem Sommer '88, eigentlich schon länger.

Darüberhinaus jedoch — und das sehe ich als *zentral* — verstellen Momentaufnahmen den Blick auf eine schleichende, aber stetige Entwicklung der Grünen, die linke Politik in eine subalterne Rolle drängt. Die Verlaufsform ist nicht erstrangig die programmatische Revision grüner Politik (diese erfolgt historisch bekanntlich immer als Schlußpunkt einer Entwicklung), sondern die alltäglichen Botschaften grüner Politik an die Gesellschaft erfüllen in wachsendem Maß die Funktion der Reintegration in das vorgefundene ökonomische und politische System, weniger die Desintegration und das Aufbrechen alter Sicht- und Handlungsweisen.

Die Gegnerschaft zur Nato ist programmatisch bei den Grünen festgeschrieben, öffentlich größere Aufmerksamkeit erlangen jedoch diejenigen, die die Nato zum Instrument des Friedens zu transformieren versprechen.

Lafontaines Offensive für Lohnverzicht und mehr Nacht- und Wochenendarbeit wird von einem grünen Parteitag recht gut zurückgewiesen, öffentlich dominant sind die Grünen, die Lafontaine über alle Maßen loben. Es sind die gleichen, die den ökologischen *Kapitalismus* propagieren, ohne sich um die Programmatik der Grünen zu kümmern. Die gleichen haben zur Beendigung des Volkszählungsboykottes aufgerufen, gegen den Beschluß der Partei; fordern prinzipiell die Ablehnung jedes Bündnisses mit den Autonomen; suchen stattdessen den konstruktiven Dialog mit der Spitze der katholischen Kirche; und sorgten sich, daß der neu zu wählende Bundestagspräsident eine *integre* christdemokratische Persönlichkeit sein möge. Einen wie Weizsäcker, der für uns alle spricht und uns ein wenig stolz sein laßt auf „unseren" Staat, gedacht war da an Biedenkopf, aber auch Rita Süssmuth erhielt viele Stimmen aus der Bundestagsfraktion der Grünen.

Vieles von alledem ist nicht gerade brandneu. Was langsam aber merklich wächst, ist die Unlust oder das Unvermögen der Partei, gegen rechte Eskapaden ihrer berühmtesten Vertreter zu protestieren, geschweige denn diese politisch zu bestrafen. Für diesen Tatbestand gibt es mehrere Gründe: Politische Zustimmung zu den „Tabubrechern", linke Ermüdung, sich immer wieder gegen die Rechtsentwicklung der Grünen zu stemmen, wahlpolitischer Opportunismus, nicht diejenigen allzu sehr beschädigen zu wollen, die wenigstens noch in den Medien und zuletzt im Bundestag vom Grafen Lambsdorff als die guten und politikfähigen Grünen gelobt werden — jedenfalls solange sie den „Fundamentalismus" in unserem Landen bekämpfen.

*Ist diese Tendenz umkehrbar?* Ich weiß es nicht ganz genau. Ich kann meinen Pessimismus leichter und schlüssiger begründen als meine Hoffnungen, durch verbesserte linke Arbeit die Grünen wieder mehr zu einem Instrument emanzipatorischer Politik zu machen. Die Linken haben am Rande des Karlsruher Parteitags beschlossen, Anfang '89 auf einer Konferenz zu diskutieren, *ob* und *wie* sie ihre Arbeit bei den Grünen fortsetzen wollen. Der Beschluß muß ernstgenommen, die *ganze* Fragestellung aufrecht erhalten werden. Ich will kein Zerwürfnis mit Freunden, mit denen ich jahrelang um linke und linksradikale Positionen bei den Grünen gekämpft habe. Ich will diejenigen respektieren, die sehr stark betonen, daß insbesondere in kleineren Städten und auf dem Land fortschrittliche Arbeitszusammenhänge außerhalb der Grünen kaum möglich erscheinen. Ich will einen kollektiven Prozeß, keine individuelle Egozentrik, die einem „Promi" leichter fiele. Und ich weiß, daß es außerhalb der Grünen keinen bequemen und rasch erfolgversprechenden Ort linker Politik gäbe. Ich sehe, wie sich diejenigen abstrampeln, die bei den „Autonomen" für Politisierung und gegen blinden Aktionismus agieren; ich sehe, vor welchen Problemen oppositionelle Gewerkschafter stehen, die gegen Lafontaines Moderinisieren und Rappes andersartige Industriefreundlichkeit Eigenständigkeit gewinnen wollen. Ich sehe wie politisch oft sehr gute Analytiker wie meine alten Freunde aus dem KB oft praktisch interventionsunfähig sind; wie schwer es diejenigen haben, die aus der Krise der DKP einen Weg gegen Betonköpfe und neue Sozialdemokraten suchen. Wie schwer es ist, politische Bürgerinitiativen aktionsfähig zu halten, wenn nicht große Kampagnen wie gegen den IWF ins Haus stehen. Und ich schätze es, durch die Grünen oftmals die Möglichkeit zu haben, nicht überhört zu werden. Aber letzteres darf nicht dominant sein, wie auch nicht die Tatsache, durch die Grünen eine materiell recht gut ausgestattete linke Arbeitsmöglichkeit vorzufinden. Weder Feigenblatt, noch „alternder" Juso kommen in Frage, entweder wir haben die Kraft, die grüne Partei deutlich mitzuprägen — oder wir nehmen eine neuen Anlauf.

# Kalender

### 3. KB-Kongreß

Am 14. und 15. Januar veranstaltet der KB seinen **3. Kongreß** in Hamburg. Mitglieder und Sympathisanten des KB sind dazu eingeladen; desgleichen Freunde und „Ehemalige", die wir allerdings um Anmeldung bitten. Politische Organisationen werden gesondert eingeladen.
Zur Debatte stehen die Rechenschaftslegung und Bilanz der politischen Aktivitäten und organisatorischen Entwicklung des KB im Zusammenhang mit der innen- und außenpolitischen Entwicklung und der Situation der Linken in der Bundesrepublik.
Anmeldung: KB, Lindenallee 4, 2000 HH 20, Tel. 040 / 43 53 20

### Geschichte des KB

Die KB-Jugend lädt alle Interessierten jungen GenossInnen und SympathisantInnen zu einem **Seminar zur Geschichte des KB** und der „Neuen Linken" ein. Es findet statt von Freitag, 16.12. bis Sonntag, 18.12. in Northeim (liegt zwischen Göttingen und Hannover). Die Teilnahmekosten belaufen sich auf DM 20,- für die Übernachtung, dazu kommen die Kosten für Essen und Anfahrt (eventuell auch über Umlage zu finanzieren). Es soll darum gehen, sich einen Überblick über die politischen Diskussionen in den 70ern zu verschaffen, ohne deren Kenntnis die Entstehung und Politik des KB nicht gewürdigt werden kann.
Weitere Informationen und Anmeldung: KB-Jugend c/o HSV, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040 / 68 17 02.

### Revolutionäres Subjekt

„Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?" — mit dieser Fragestellung wird sich ein **Schulungsseminar** des KB Baden-Württemberg in der Zeit vom 1. bis zum 8.1.1989 auseinandersetzen, bei dem neben der gemeinsamen Erörterung der aktuellen Fragestellungen zum Thema „Revolutionäres Subjekt" auch der Urlaub nicht zu kurz kommen soll. Als Schulungsort ist ein Haus in schöner Umgebung mitten im Pfälzer Wald ausgewählt worden.
Kostenbeitrag: 250,- für Verdienende, 180,- DM für Nichtverdienende.
Anmeldung über die KB-Gruppen in Baden-Württemberg oder Jürgen Hammer, C 3, 19, 6800 Mannheim.

### Neofaschismus

Das Bündnis „Bremerinnen und Bremer gegen Faschismus" ruft zum 28./29. Januar 1989 zu einer bundesweiten **Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus** in Bremen auf. Anlaß zu der Initiative ist die Kandidatur faschistischer Organisationen zur Europawahl. Ziel der Konferenz ist es, zu „beratschlagen, was wir gegen die Kandidatur und die Gefahr des Einzugs alter und neuer Nazis in das Europaparlament tun können; wie man Rassismus — einer Grundlage faschistischer Politik — begegnen kann; ob wir uns über eine Kampagne gegen Rassismus und Neofaschismus verständigen können; ob und wie wir die Arbeit antifaschistischer Initiativen und Organisationen besser vernetzen können" (aus dem Aufruf).
Information und Anmeldung: Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 2800 Bremen, Tel. 0421/38 29 14

# GAL-Realos und Counter-Journalismus

## — Über einen politischen Vernichtungskampf —

**Die GAL-Linken-feindliche Presse hatte kräftig mobilisiert. Etwa 500 Mitglieder, so viele wie seit Jahren nicht, kamen zur Beratung der GAL-Situation nach der Karlsruher Abwahl und der Kampagne zum „Fall Thea Bock" am 11.12. auf die Mitgliederversammlung. Doch das vorhergesagte Schlachtfest gegen die Linke fand nicht statt. Im Gegenteil stellte eine überwältigende Mehrheit fest, daß die Vorwürfe gegen den GAL-Landesvorstand nicht stimmen. Der Vorstand sei im Umgang mit Thea Bock bis an die Grenzen der Solidarität gegangen. Die GAL fordere weiterhin das Geld zurück. Die Presse *wollte* keine Fakten berichten. Der Vorwurf des „Berufsverbots" für Thea und der „politischen Erpressung" sei falsch, niemand in der GAL habe den Anspruch auf Politik als Beruf. Dem Vorstand wurde das Vertrauen ausgesprochen.**

**Alle Anträge aus dem Realolager auf Schuldenerlaß und Null- und Nichtigerklärung der sogenannten Nebenabsprache (Herstellung von Öffentlichkeit über die Schulden) scheiterten mit deutlicher Mehrheit; nicht zuletzt deswegen so deutlich, weil sich die GAL-Realos nicht von den politischen Schmutzvorwürfen abgesetzt haben, die insbesondere ihre Vorstandsvertreter verbreitet hatten. Besonders krass war die Blamage für Vorständlerin und Pressekronzeugin Rosemarie Broderius, als ihre Beteiligung an der Formulierung des Schuldanerkennungsverfahrens von Thea Bock bekannt wurde.**

**Im Anschluß an diese Debatte und Abstimmung verlasen die Vorstandsmitglieder Kurt Edler und R. Broderius vorbereitete, umfangreiche Rücktrittserklärungen. Sie enthielten politische Rundumschläge mit deutlicher, medienwirksam vorgetragener Schwerpunktsetzung, der Vorstandsmehrheit ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt und mangelnde Abgrenzung vom ‚terroristischen Umfeld' vorzuwerfen. Offenkundig war, daß diese eingeplante Absetzung nicht aus der Debatte an diesem Tag entstanden war, und daß — vermutlich in Anlehnung an das Karlsruher „Erfolgsrezept" — Thea Bock und die Finanzen für das Ziel Linken-Sturz benutzt werden sollten.**

**Ein Abstimmungssieg für die linke Mehrheitsströmung in der GAL, über dessen Bedeutung für die weitere Arbeit derzeit niemand eine Prognose wagt.**




Foto: argus

Steht die GAL Hamburg vor dem Zerfall? Seitdem die Abgeordnete Thea Bock aus der GAL aus-, der Bürgerschaft zurück-und dem Vernehmen nach in die Grünen Hessen eingetreten ist, wird diese Frage öffentlich debattiert. Zuvor war schon die Nachrückerin Eva Brandes vorgeblich wegen des schlimmen Klimas in der GAL ausgetreten. Im November hatten Thea Bock und Adrienne Goehler gegen das Landesvorstandsbegehren, stufenweise die Rotation (die die Frauenfraktion geschlossen im Februar 1989 vollziehen will) durchzuführen, einen Parlaments„streik" gemacht; d.h. sie haben die SPD-/CDU-/FDP-Abgeordneten damit bestraft, sich keine GAL-Rede anhören zu müssen. Die mutig Streikenden sahen durch das Ansinnen ihres Vorstands, in Fraktionsrechte einzugreifen, die „Machtfrage" innerhalb der GAL gestellt. Der Vorstand wiederum hatte mit ziemlicher Sicherheit das — vermutlich dementierte — Motiv, den Übergang auf eine befürchtete 8:0-Realo-Mehrheit bei den Nachrückerinnen durch Halten einiger Fundi-Frauen zu verzögern. Ja, so un-nachvollziehbar, un-sinnig, nervig und un-politisch geht es in der GAL zu. Im Bezirk Altona sind sechs Jugendliche von insgesamt sieben Vorstandsmitgliedern aus Protest gegen die dortigen Realos zurückgetreten. Politisch ist die GAL zunehmend profillos und skandalgeprägt.

Dabei bräuchte sie dringend ein vernünftiges Agieren der Linken; denn Realos in der Partei und ihre Freunde in den Medien, vom „Spiegel", der offenkundig exklusiv Thea Bocks Austrittserklärung reserviert hat (was ihr zehntägiges Schweigen erklärt), über die „Hamburger Morgenpost" bis hin zur „taz", führen einen *politischen Vernichtungsfeldzug* gegen die einstmals linksgrüne, heute desolate und blockierte Hochburg GAL.

Entscheidend am „Fall Thea Bock" ist allerdings die Chancenlosigkeit einer dermaßen geschwächten GAL gegenüber einer Schweinskampagne in den „linken" Medien, die Feldzügen der Springerpresse alle Ehre macht. Es lohnt, Medien und Akteure dieser Counter-Aktion genauer vorzustellen.

Am 1. Dezember, hervorragend vor der Karlsruher Abwahl des grünen Vorstands placiert, trat Thea Bock spektakulär aus. Anlaß war eine Aktion vom Vortag in der Bürgerschaft, bei der 40 Leute wegen des Sabot-Prozesses gegen Fritz Storim im Rathaus gegen den Prozeß und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen demonstriert haben und anschließend vor der Polizei in die GAL-Fraktionsräume geflüchtet sind. Das Geheule der Parlamentarier, die nicht selten unter zu wenig Aufmerksamkeit leiden, war fast einhellig: Mit Vergleichen wie „Nazis", „SA-Horden" (SPD-Busse) demonstrierten sie Geschichtsbewußtsein. Der GAL wurde der Vorwurf gemacht, diese Aktion gedeckt, möglicherweise eingefädelt zu haben. Thea Bock hat sich distanziert und für den Fall, daß sich die Mithilfe von GALiern erweise, in der *„Hamburger Morgenpost" (MoPo)* — abgesprochen mit Lokal-Polit-Redakteur Tom Janssen — Konsequenzen gefordert.

Als dies in der GAL kritisiert wurde, erfolgte einen Tag später ihr Rück- und Austritt, vermeldet in der MoPo, verkündet von dem Journalisten *Tom Janssen*, ein enger Bekannter von Thea Bock, von ihm wird noch die Rede sein. Aus dem GAL-Innenleben wird das Vorstandsmitglied *Kurt Edler*, selbsterklärter Basisdemokrat und einer von jenen ca. zwanzig GALiern, die seit deren Gründung 1982 immer einen Posten in der Partei hatten, zum mediengefragten Kronzeugen der Opferthese: Thea Bock, das Opfer der GAL-Linken. Von „taz" („Verwesungsgeruch") über MoPo, „Hamburger Abendblatt" bis FR erscheinen Nachrufe auf die Politikerin Thea Bock („Abendblatt": Neben Inge Meysel und Heidi Kabel gehört sie zu den bekanntesten Hamburger Frauen) und die GAL. CDU-Perschau nennt sie *„ein gerades und anständiges Mädchen"*. *Tom Janssen* setzt in der SPD-MoPo sein Rührstück fort: stundenlang habe Thea Bock sich gequält. Er schildert seine Jeanne d'Arc *„unvergessen, wie sie auf einer Demonstration zur Hafenstraße zitternd und voller Angst, aber ungemein mutig zwischen einer schlachtbereiten Demonstranten- und Polizeireihe stand, Frieden forderte — und erhielt"* (3.12.).

*„Ihre unbedingte Ehrlichkeit"* (Janssen) erhielt dann einen Dämpfer durch die pietätlose BILD-Zeitung vom selben Tag. Die schlagzeilte nämlich: „Thea Bock: 50.000 DM Schulden bei der GAL" und enthüllte öffentlich, was Insider schon seit Wochen wissen (und aufmerksame AK-Leser ohne Namensnennung in AK 300 „Von Mäusen und Sparschweinen" S. 13 nachlesen können). Thea Bock hatte zum Zeitpunkt ihres Rücktritts 52.000 DM Schulden bei der GAL. Jetzt begann das eigentliche Rollback. Eine Erklärung der linken Mehrheit im GAL-Vorstand, einen Tag später als Gesamtvorstandserklärung in Karlsruhe verteilt, wird ab diesem Zeitpunkt zum Auslöser der Schuldenenthüllung definiert. Gegen diesen Vorwurf des „Vertrauensbruchs" würde auch nicht die Richtigstellung ankommen, daß BILD einen Tag vorher das Faktum öffentlich gemacht hatte. Wieder war es die GAL-Linke, die beim relativ gemäßigten Versuch der Schadensbegrenzung in den Medien schlecht aussah. Zusätzlich noch dadurch, daß als Informant der BILD-Zeitungsmeldung ein aus Protest gegen die Behandlung des Schuldenfalles zurückgetretenes linkes Landesvorstandsmitglied (siehe AK 300) namentlich in BILD genannt wurde, das tatsächlich auf Nachfragen die Summe bestätigt hatte. Die Strafe folgte auf den Fuß, *Tom Janssen* war in der SPD-BILD MoPo entsetzt: „Ausgerechnet in der ‚Bild'-Zeitung!" (5.12.) Und Vorständler *Kurt Edler* ließ erklären: „Die Fundis drehen durch." Und der unglückliche BILD-Informant mußte sich in der Hamburg-„taz" auch noch nachsagen lassen, daß er *„damals wegen der Finanzschlampereien von seinem Posten zurücktreten mußte"* (6.12.), obwohl er wegen der Nichtbereitschaft, die Schulden Thea Bocks zu decken, zurückgetreten war.

Am 7.12. meldet das „Abendblatt", daß *Erwin Jurtschitsch*, ehemaliger GAL-Mitarbeiter, ausgetreten ist. Bei dem Namen muß man kurz innehalten. Realo Jurtschitsch war, bevor er zur GAL kam, „taz"-Mitarbeiter (*ej*). Aus dieser Zeit hat er engste Kontakte zu *Tom Janssen*, der damals — vor seinem Gastspiel bei der „Kieler Rundschau", wo er heroisch für Engholm-rot-grün gegen Fundis arbeitete — als *th.j.* jahrelang maßgeblich für die Hamburg- und zeitweise auch für die Bundes-„taz" gearbeitet hat. Das Pärchen *th.j./ej* war 1981-1984 besonders auf „taz"-Kampagnen gegen die Hamburger AL, vorzugsweise den KB, gedrillt (damals noch, o böse Episode?, in bester Zusammenarbeit mit Thomas Ebermann, der in der Wahl seiner Bündnispartner nicht immer zimperlich war; als Thomas Janssen war th.j. bis 1984 auch Autor der „Moderne Zeiten"). *Th.j.* trieb mit seiner Hetze gegen links in der „taz" zwischen Februar 1987 und der Hamburger Bürgerschaftsneuwahl im Mai 87 einen exzessiven rot-grün Wahlkampf für die SPD (vergleiche AK 283, S. 23, „Mit einem Ohr und einem Bein im Kurt-Schumacher-Haus").

### Counter-Journalismus im SPD-Blatt

An linker Demagogie kaum zu überbieten, scheint er jetzt unter Chefredakteur Clement, Johannes Raus früherem und demnächst wieder Pressesprecher, sowie dem stellvertretenden Chefredakteur Busche (früher der Bukowski in der FAZ) seine Erfüllung zu finden. Nicht nur, daß er seinen Schweine-Journalismus dort direkt im Dienste der SPD unterbringen kann, er kann ihn erstmals auch im Boulevardstil aufmachen, was ihm in all den „taz"-Jahren versagt blieb. *Tom Janssen* ist nämlich steigerungsfähig. Wo „Abendblatt"-Redakteur *Ernst-Gerhard Scholz*, wie Janssen mit Thea Bock eng bekannt, noch ein Fragezeichen setzte („Wurde Thea Bock von der GAL-Führung politisch erpreßt?", 7.12.), machte *th.j.*, Entschuldigung, *Tom Janssen* in der MoPo den Tatbestand der Erpressung in Tateinheit mit „Berufsverbot" daraus. Thea Bock habe nicht nur einen Schuldschein bei der GAL unterschreiben müssen, sondern ebenfalls, daß sie so lange kein politisches Mandat bei den Grünen annehmen könne, solange sie ihre Schulden nicht zurückbezahlt habe. *Kurt Edler* gegenüber der MoPo und *Erwin Jurtschitsch*, mittlerweile Mitarbeiter bei *„Spiegel*-TV", gegenüber „OK-Radio" bestätigten die „politische Erpressung".

*Kurt Edlers* Realo-Kollegin im GAL-Vorstand, *Rosemarie Broderius*, stellt nur eine „Kleinigkeit" richtig, insofern als Thea Bock zwar ihr „Berufsverbot" nicht unterschreiben mußte, *„dennoch soll es eine protokollarische Notiz geben"*, wie Schmieren-Tom etwas weniger definitiv und kleingedruckt formuliert. Aussage Broderius: *„Ich habe das entsprechende Protokoll und den Beschluß am 6.12.88 um 21.30 Uhr gesehen und kann mich genau an den Spiegelstrich ‚Thea übernimmt kein Mandat mehr bei den Grünen' erinnern."* Kopfnickend wird *Kurt Edler* zitiert. Das war am 8.12., zwei Tage vorher noch hatten Broderius/Edler eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß: *„4. Mit dem Breittreten der persönlichen finanziellen Verhältnisse von Thea Bock wärmen die Fundis eine Sache wieder auf, die von Vorstand und Mitgliederversammlung längst* ***einvernehmlich*** *geregelt war."* Wen von den nur der Wahrheitsfindung dienenden Journalisten interessieren solche offensichtlichen Widersprüche? Otto Schily, Waltraud Schoppe und Hubert Kleinert dürfen in derselben MoPo den moralischen Tiefpunkt der GAL beklagen. Porsche-Schily: *„Die Partei hat kein originäres Zugriffsrecht auf die Diäten ihrer Abgeordneten."* Der Schuldschein sei daher *„verfassungs- und sittenwidrig"*.

Am 10. Dezember der erneute Medienschlag: Der *„Spiegel"* genehmigt der *„Hamburger Morgenpost"* (auf zwei Seiten groß aufgemacht) und der *„taz-Hamburg"* den Vorabdruck der Erklärung Thea Bocks, die in seiner Ausgabe vom 12.12. erscheinen soll. Der Grund der Veröffentlichung ist genauso einsichtig wie die gewählten Medien: Einen Tag vor der GAL-Mitgliederversammlung sollte die GAL-Klientel noch mal aufbereitet werden. *Tom Janssen* hatte via MoPo mit Querverweis auf Karlsruhe den Wink mit dem Abwahl-Zaunpfahl gegeben und eine „spannende" MV versprochen.

In ihrer sehr geschickten „Spiegel"-Erklärung, an der sie nicht ohne demagogisch geschulte Berater gearbeitet hat, erinnert Thea Bock an die Anfangsideale der GAL, um sie im Verlaufe des Textes in ihr Gegenteil zu verkehren. Ob da die Vergangenheit verklärt wird oder nur auf diesem Wege noch einmal die Entwicklung vieler Grüner zur Realpolitik ungewollt reflektiert wird. Thea Bock hat unrecht, wenn sie der GAL von Anfang der achtziger Jahre den Wunsch nach *„Austesten, politische Phantasie, wie zusammen mit der SPD eine bessere Politik gestaltet werden könnte"* unterstellt, der *„schleichend mit Denkverbot belegt"* wurde. Dieser Absatz kennzeichnet besser als alles in ihrer Erklärung, *aus welchem Grunde* in der GAL heute nichts mehr zusammengeht, solange es Linke in ihr gibt. Einer ihrer treuesten Verbündeten von heute, Kurt Edler, stand 1982 für eine fundamentalistische Nullposition, nach der bereits der auf Abwegen war, der sich strategische Überlegungen zur Transformation von Wahlergebnissen in politischen Druck machte (eine solche Überlegung war die Tolerierungspolitik). Edler beschwor gegen dieses politische Experiment *„den kleinen Bürgermeister in uns allen"* und schäumt heute, wo er in ihm und Freunden ist, daß er in uns (Linken) immer noch nicht ist. Das sind die Prozesse, die sich abgespielt haben. Wenn Thea die GAL von einst beschwört, mag das auch daran liegen, daß sie nie die Zeit hatte, diese Art der politischen Reife zu reflektieren. Vielleicht erinnert sie noch ihren Auftritt bei den ersten Tolerierungsverhandlungen mit der SPD. Dort hielt sie ein Schild in der Hand, das Ironie meinte, die Wirklichkeit wurde: „Vorsicht, wir reifen gerade!"

**hr.**

### Um was geht's konkret?

52.000 DM nicht an die GAL abgeführte Gelder aus Diäten. 21.000 DM sind dabei Altschulden, für die Thea Bock, die von 1982-1984, von Dezember 1986 bis Mai 1987 und von Mai 1987 bis Dezember 1988 im Parlament war, bereits im März 1987 einen ersten Schuldschein an die GAL unterschrieben hat. Das Problem nicht abgerechneter Diäten gibt es seit 1982. Bei wiederholten Mahnungen wurden mal kleinere Summen gezahlt, in aller Regel vertröstet. Mehrere GAL-Landesvorstände wußten von den Schulden. Sie — wie auch die für Finanzen Zuständigen — ließen sich vertrösten. Bei zwei Kandidaturen wurde Thea Bock bereits mit einem Schuldenberg im Rücken aufgestellt, ohne daß dies die Mitglieder wußten, ohne daß eine einvernehmliche soziale Regelung oder ein Entschuldungsabkommen getroffen wurde.

*„Ich konnte dem GAL-Zwang, sämtliche Abgeordneteneinkünfte der Partei zu spenden, nicht voll nachkommen. Es war für mich nicht möglich, mit einem erwachsenen Kind ohne Einkommen mit weniger als 2000 Mark im Monat auszukommen. Die Möglichkeit, parteiöffentlich einen Offenbarungseid zu leisten, hielt ich für unzumutbar — und habe das Problem vor mich hergeschoben"*, heißt es in Thea Bocks Erklärung. Ich sehe die MoPo-Leser voll Mitgefühl, den Tränen nahe die Unmenschlichkeit der (stalinistischen?) GAL-Apparate verfluchen. In Karlsruhe wurde ja deutlich, daß gegen die bürgerliche Moral, daß die Diäten das Verdienst der Abgeordneten sind (als wenn es der Linken nie bekannt war, daß diese Art Parteienfinanzierung eine beträchtliche Bestechungskomponente enthält), schwer anzukommen ist. Das perfide an Theas Text ist aber, daß er den LeserInnen zwei entscheidende Dinge verschweigt: 1. daß der größere Teil der Summe seit Frühjahr 1987 aufgelaufen ist und 2. daß Thea Bock gar nicht für die GAL freigestellt ist, sondern seit Dezember 1986 im öffentlichen Dienst, der Kulturbehörde Eimsbüttel, arbeitet, wohin sich die Lehrerin auf eigenen Wunsch hat versetzen lassen. Das heißt: Die einbehaltenen 30.000 DM müssen zu ihrem Verdienst hinzugerechnet werden. Eine unwesentliche Kleinigkeit?

Schließlich die „Erpressung", das „grüne Berufsverbot", wie sie selber schreibt: Der derzeitige Landesvorstand hat ihr gegenüber erklärt, daß er im Falle einer erneuten Kandidatur ohne Schuldenbegleichung die grüne Mitgliedschaft innerhalb wie außerhalb Hamburgs darüber informieren müßte. Noch könnte dies in Hamburg tatsächlich dazu führen, daß Thea Bock deswegen nicht ein weiteres Mal in die Bürgerschaft einziehen dürfte. In Hessen wäre sie mit ihrer Praxis der Einbehaltung der Gelder anerkannte „Individualistin" und im Kreise der konsumfreundlichen Citoyens willkommen. In Bonn würde sie mit einer solchen Summe nicht auffallen. Nicht nur die Demagogie Berufsverbot, auch das grüne Berufsverbot ist eine Absurdität angesichts der Realität dieser Partei.

### Cornelia Jürgens, GAL-Abgeordnete

Zu der Meldung, ein GAL-Landesvorstandsmitglied habe Flugblätter zur Demo gegen den Sabot-Prozeß verteilt, auf denen eine gespaltene Thea Bock mit dem Zusatz „Das war der erste Streich..." abgebildet war:

*„Dies sei der Versuch, die GAL in ein Bündnis mit Leuten zu zwingen, die der Partei in der Vergangenheit nur geschadet und sie ausgenutzt hätten. Nicht nur Cornelia Jürgens ist der Ansicht, daß derartige Versuche ihre Auswirkungen auf die für Sonntag geplante GAL-Mitgliederversammlung haben werden und sollen. So wird nicht ausgeschlossen, daß eine für Sonnabend geplante Pro-Palästina-Demonstration absichtlich einen unfriedlichen Verlauf nimmt, um möglichst viele GAL-Mitglieder in eine solidarische Haltung gegen Polizei und Staat zu drängen. Dies wiederum würde die Realos, die ja eher für eine Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien sind, in einem gewollt schlechten Licht erscheinen lassen. Cornelia Jürgens hat bei solchen Aussichten nur die Hoffnung daß alle GAL-Mitglieder, ‚die sich von uns schon zurückgezogen haben, am Sonntag kommen, um solchen Versuchen entgegenzuwirken'."* (Artikel von *Ernst-Gerhard Scholz* im „Hamburger Abendblatt" vom 7.12.88. Versteht man jetzt vielleicht besser, warum Adrienne Goehlers werbender Dank ans „Abendblatt" für „40 Jahre kritischer Begleitung" — siehe AK 299, S. 40 — nicht nur ein Fauxpas war?)

## Kampagne: „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“

# Aktionskonferenz setzt Orientierung

**Mit einem guten und einem schlechten Ergebnis wurde am 27.11.88 in Köln die „Internationale Aktionskonferenz — Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ beendet. *Positiv:* Trotz nicht überbrückbarer vorheriger Widersprüche im Konferenzträgerkreis wurde auf der Konferenz ein u.a. von den Grünen und dem KB präferierter Aktionsplan nach wiederholter Beratung nahezu einstimmig verabschiedet. *Negativ:* Trotz 600 verkaufter Reader und 60.000 verkaufter Infoblätter nahmen insgesamt nur 200 Menschen (d.h. max. 130-150 bei den größeren Veranstaltungen) an der Konferenz teil. Zwar waren in Köln sämtliche großen Verbände ( z.B. IPPNW, Richter und Staatsanwälte für den Frieden, Darmstädter Signal, Naturwissenschaftler Verantwortung für den Frieden, Pax Christi, Aktion Sühnezeichen, Ohne Rüstung leben) vertreten: Dennoch hatten angesichts des üppigen Programms eigentlich alle mit einer höheren Beteiligung gerechnet.**

Die Auftaktveranstaltung zur Atomachse Bonn-Paris wird insbesondere der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt so schnell nicht vergessen. Bereits in den Tagen zuvor hatte die 300. Ausgabe des AK nicht zuletzt wegen des darin veröffentlichten Protokolls einer internen SPD-Beratung in der SPD-Bundestagsfraktion einen „Riesenwirbel“ verursacht. Voigt bestätigte die Authentizität des als AK-Extra im Saal kursierenden Dokuments, wollte aber partout zu der darin enthüllten Unterstützung der französischen strategischen Aufrüstung durch die SPD keine Stellung nehmen. Zum Lacherfolg gerieten erwartungsgemäß seine Versuche, die Ablehnung des grundgesetzlichen Atom-

ten erwartungsgemäß seine Versuche, die Ablehnung des grundgesetzlichen Atom-

waffenverzichts im Detail zu begründen. Da konnte selbst die Ankündigung von parlamentarischen Initiativen für die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags wenig überzeugen. Der Vertreter des „Mouvement de la Paix“, Ernest Edel, konzentrierte seinen Beitrag auf das ökonomische Übergewicht der BRD und die Gefahr, daß diese im Austausch für die Stärkung des Franc mehr nuklearen Einfluß erpressen könnte.

Am ersten Konferenztag gab der Physiker H.Hirsch einen geballten Überblick über die bundesdeutschen Atomwaffentechnologien und die *„direkte Beihilfe der BRD für die militärische Atomtechnik in Frankreich“*: Ein grundgesetzlicher Atomwaffenverzicht sei demgegenüber ein *„weltweit positiver Präzendenzfall“*.

Der auf besonderen Wunsch der DKP engagierte Westberliner Professor Kade hingegen erwies sich als ein Fehlgriff: Wer zum Thema *„Aufrüstungsplanungen der USA und europäischer Staaten nach dem INF-Vertrag“* in 30 Minuten nicht eine einzige Silbe über die nuklearstrategische Aufrüstung in Frankreich über die Lippen bringt, kann dafür keine wissenschaftliche oder friedenspolitische, sondern ausschließlich parteipolitische Gründe ins Feld führen. Diese Art von „Black-Out“ war aus dem Vortrag K. Voigts noch in denkbar unguter Erinnerung. Stattdessen schwelgte Kade einerseits in der Nach-INF-Euphorie, wo es „immerhin“ möglich sei, daß nunmehr die Atomtests der Supermächte unter gemeinsamer Kontrolle stattfänden (gemäß einer US-Forderung, gegen die sich die Sowjets monatelang vergeblich gesträubt hatten) und plädierte andererseits „im nationalen Interesse unseres Volkes“ für die dritte Null-Lösung. Seine Antwort auf die Frage zum grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht setzte seiner Selbstdemontage als „Friedenswissenschaftler“ die Krone auf: *„Was soll das eigentlich? Was sind die realen Chancen?“* rief er ins Publikum und empfahl, erst einmal die Atomwaffenfreie Zone durchzusetzen um anschließend auch dieses Thema *„realistisch“* aufwerfen zu können. Kade war also offenkundig auf der falschen Veranstaltung gelandet und es wäre einmal interessant zu erfahren, ob seitens der DKP gerade dies bezweckt war oder nicht.

Aber auch die Abendveranstaltung der Konferenz mit VertreterInnen aus Schweden, Dänemark, Niederlande, und Großbritannien sowie Thomas Ebermann wird mensch nicht durchgängig als gelungen bezeichnen können. Erfreulich das Engagement der Vertreterin der holländischen Sozialdemokratie zugunsten der Kampagne (siehe Kasten), spannend die Darlegungen von Ingeborg Kleinhans über das schwedische und Ebermanns Ausführungen über das bundesdeutsche Atomwaffenprogramm, enttäuschend jedoch der Beitrag von Per Markmöller aus Dänemark, der für seine Friedenbewegung erklärte, man habe keine Zeit, sich um die Frage eines deutschen Griffs zur Bombe zu kümmern und enttäuschend auch der Beitrag von Tony Benn (britische Labour Party). Zwar fand er starke Worte gegen

Beitrag von Tony Benn (britische Labour Party). Zwar fand er starke Worte gegen

das drohende *„4. Reich Westeuropa“* und die *„permanente Institutionalisierung des Kalten Krieges“*, zwar machte Benn klar, daß er einen Atomwaffenverzicht *„in den Verfassungen der europäischen Staaten“* unterstütze — wesentlich konkreter allerdings wollte er partout nicht werden. Der für die Auswärtigen Beziehungen zuständige Mitarbeiter des britischen CND, Steven Brown, zeigte sich hierüber wenig überrascht: Tony Benn sei ein starker sozialistischer Agitator aber leider kein Experte auf dem Gebiet der Atomwaffenpolitik.

Der 2. Konferenztag war in erster Linie der Aktionsorientierung der Kampagne gewidmet.

### Jusos: A-Waffenfreiheit statt A-Waffenverzicht

Neben dem Vorschlag der Grünen zur Initiierung einer Massenpetition (vgl. AK 299) wurde zur Konferenz ein Papier der Jusos und ein Papier der DKP vorgelegt.

Das Juso-Papier, das schlechtestenfalls als vorläufiger Abschied von der Kampagne interpretiert werden könnte, unternimmt den 128. Versuch, das Anliegen umzustülpen, um fortan die Atomwaffen*freiheit* der BRD im GG zu verankern.

Die Beschränkung auf den A-Waffenverzicht sei — so Ingo Arend vom Juso-Bundesvorstand — eine *„friedenspolitische Desorientierung“*, denn es gehe *„jetzt um eine reale umfassende Denuklearisierung der Bundesrepublik und Europas... Die Kampagne wird sich daran messen lassen müssen.“* Umfassende Denuklearisierung der BRD? Pustekuchen! Der bisher bekanntgewordene Forderungskatalog des Ollenhauerhauses und seines Umfelds ist bisher wohlweislich beschränkt auf die 3. Null-Lösung (was im Kern nichts anderes bedeutet als eine Prioritätenverschiebung im Rahmen der nuklearen Aufrüstung) sowie den atomwaffenfreien Korridor (vgl. „Bonner Friedensappell“ in AK 298). Nicht ein einziges Mal haben sich diese Kräfte bisher getraut (Nur zu! Wir wären dabei!), etwa einen Appell zur völligen Denuklearisierung der BRD zu fordern — und nun wird dies plötzlich zum unverzichtbaren Essential einer Grundgesetz-Ergänzung erklärt!

In Wirklichkeit ist diese Anregung destruktiv und wird vermutlich auch nur aus diesem Grunde in die Debatte geworfen: Sie bricht der „schlichten“ und gerade deshalb so schwer zu negierenden Atomwaffenverzicht-Forderung die Spitze und schafft riesige Hintertüren für jede Menge nutzloser Pseudodebatten, ohne tatsächlich ein realer Beitrag im Kampf gegen die neue NATO-„Nach“rüstung sein zu können. Auf der Konferenz war es in erster Linie DFG-VK-Sprecher Gregor Witt, der ebenfalls auf der „Atomwaffenfreiheit“ im GG beharrte, nachdem die DFG-VK als Mitglied des Trägerkreises bisher dazu geschwiegen und nicht ein einziges Mal an den bundesweiten Beratungen der Kampagne teilgenommen hatte.

Diese Interventionen waren also in erster Linie als ein Störfeuer gedacht — alle

Diese Interventionen waren also in erster Linie als ein Störfeuer gedacht — alle

übrigen Trägerkreisorganisationen bestätigten auf der Konferenz erwartungsgemäß den lange diskutierten, ursprüngliche Kampagnenansatz.

### DKP: Keine Zuspitzung vor 1991

In dem von einem DKP-Vorstandsmitglied eingebrachten Kritikpapier an dem Vorschlag einer Massenpetition wird betont, *„daß die Kampagne nicht in einer Frontstellung Grüne/Petitionsinitiative kontra im Bundestag vertretenen Parteien“* kämpfen dürfe. Insbesondere die SPD-Mitglieder dürften nicht *„gleich zu Beginn in eine direkte Frontstellung zur eigenen Partei (bzw. in Loyalitätskonflikte im Falle einer schon bald anstehenden parlamentarischen Abstimmung)* hineinmanövriert werden.“ Eine zugespitzte parlamentarische Auseinandersetzung 1989 oder 1990, *„zu einem Zeitpunkt also, wo es noch nicht gelungen sein dürfte, eine vom Mehrheitswillen der Bevölkerung getragene Bewegung ... zusammenzuführen“* müsse *„fatale Folgen haben.“*

Statt einer Massenpetition sei deshalb *„mittels eines Appells ... der Kampf um die Meinungsführerschaft im Lande ... zu eröffnen.“* Dieses Papier entbehrt nicht der Logik: Das „parlamentsfixierte“ Instrument einer Massenpetition setzt unbestreitbar die Bundestagsparteien ganz anders unter Druck, als ein Appell. In dem einen Fall müssen die herrschenden Parteien Farbe bekennen, während ein Appell in den Papierkorb wandern bzw. für den Parlamentsgebrauch beliebig zurechtgebogen werden kann.

Diese DKP-Stellungnahme liegt rechts von der Position der Jusos, die ihrerseits auf der Konferenz einen „Druck“ auf die SPD mittels der Atomwaffenverzicht-Kampagne ausdrücklich begrüßt hatten: Jegliche „Loyalitätskonflikte“ gegenüber der SPD-Führung vermeiden zu wollen, bedeutet, sich dieser vollkommen unterzuordnen. Mit dieser SPD-hörigen Position blieb die DKP im Trägerkreis jedoch ebenso isoliert wie mit der Forderung, es solle auf der Konferenz nur diskutiert, aber kein Beschluß gefaßt werden.

### Das Ergebnis der Konferenz:

Die nunmehr beschlossene Aktionsorientierung beinhaltet eine massenhafte Zuspitzung der „Loyalitätskonflikte“ auf regionaler und lokaler Ebene. In möglichst vielen Wahlkreisen sollen bis zum 8. Mai 1989 die MdBs aller Parteien mit der Forderung nach Einbringung des von der Konferenz verabschiedeten Wortlauts eines Atomwaffenverzichts konfrontiert werden. Die Weigerung dies zu tun, und der damit verbundene Eiertanz dürfte dann der eigentliche Ansatzpunkt für regionale Aktivitäten werden. Das Ziel dieser Aktionsplanung liegt darin, immer größere Teile der Bevölkerung in die Auseinandersetzung um die A-Waffenambitionen der Herrschenden hineinzuziehen. Nach dem 8. Mai soll entschieden werden,

1. auf welcher Basis die bereits zuvor begonnene Unterschriftensammlung unter einer „gemeinsamen Petition“ an den Bundestag fortgesetzt werden soll
2. ob von nun ab die GRÜNEN ggfls. alleine den GG-Wortlaut der Kampagne in den Bundestag einbringen oder nicht.

Daß sich diese Aktionsplanung vorerst auf die einzelnen Bundestagsabgeordneten fixiert ist nicht ihr Nachteil sondern ihre Stärke: Es geht darum, sich als außerparlamentarische Bewegung direkt mit den politisch Herrschenden anzulegen und (zusätzlich zur Papieranalyse) auch am lebendigen Objekt die real existierenden Atommacht-Ambitionen bloßzustellen. Die vorläufige Zurückhaltung der Grünen im Bundestag soll unterstreichen, daß es hier nicht um das Anliegen einer Partei sondern um das Anliegen einer Bewegung geht.

Das Problem dieser Aktionsplanung ist nicht, daß sie sich zuwenig, sondern eher, daß sie sich zuviel vornimmt.

Die geringe Mobilisierung nach Köln steht in einem unübersehbaren Kontrast zu der Reichweite der Beschlüsse dieser Konferenz. Möglich ist, daß hier bereits der Anfang vom Ende dieser Kampagne sichtbar geworden ist. Ebenso ist möglich, daß gerade das Fehlen eines außerparlamentarischen Kampagnenansatzes und der bisherige Verzicht auf eine offensive Auseinandersetzung mit denen, die dem Atomwaffenverzicht entgegentreten, für die geringe Mobilisierung verantwortlich sind.

Die bevorstehende bundesweite Beratungskonferenz am 18.12.88 in Bonn (11 Uhr, Kessenicher Hof, Infos über Tel.:0228/222826) wird für den dazwischenliegenden Zeitraum die Weichen stellen.

ms.

## Internationale Arbeitsgruppe

Zu den erfreulichen Ergebnissen der Kölner Aktionskonferenz gehören die internationale Beteiligung sowie Ablauf und Ergebnisse der Arbeitsgruppe 7, die diskutierte über „Ansatzpunkte der internationalen Friedensbewegung zur Unterstützung der westeuropäischen Abrüstung und der Forderung ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!‘“

Im Reader der Konferenz war dazu ein Beitrag veröffentlicht worden von einem Mitarbeiter der niederländischen AMOK-Gruppe (AMOK steht als Abkürzung für Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv), die sich bisher sehr aktiv für die Kampagne eingesetzt hat. In dem Papier wurde recht ausführlich auf die Frage eingegangen, was mensch als westeuropäischer Nicht-Deutscher mit dem bundesdeutschen Atomwaffenverzicht am Hut hat.

In der AG selbst gab es zunächst ein Referat von Fred van der Spek, der die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) über zwanzig Jahre im niederländischen Parlament vertrat, zu dem Thema: „Die westeuropäische Integration: Vom zivilen Europa zur militärischen Supermacht Europa“. Genannt wurden die wichtigsten historischen Daten und Zusammenhänge sowie die aktuellen Tendenzen und ihre Hintergründe. Van der Spek rief zum außerparlamentarischen Widerstand gegen die sich anbahnende westeuropäische Supermacht auf, nicht nur aufgrund der zunehmenden direkten Militärkooperation, sondern auch im Hinblick auf die „neo-koloniale Politik“ der EG und die „neuen rassistischen und (euro)chauvinistischen Tendenzen“ sowie angesichts

Fortsetzung nächste Seite

**Sonja van der Gaast (PvdA, Niederlande)**

Sonja van der Gaast ist Mitglied des Parteirats der niederländischen sozialdemokratischen Partei (PvdA). Sie war jahrelang Mitglied des Parteivorstands und vertrat die PvdA auch im Utrechter Stadtrat. Während der Kölner Podiumsdiskussion am 26.11. sagte sie unter anderem:

„(...) Die Kampagne ‚Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!‘ ist eine gute Initiative. Der Atomwaffenverzicht würde den Ansprüchen vieler UNO-Erklärungen, des Atomwaffensperrvertrags, der Charta der Vereinten Nationen (...) und des internationalen Rechts im allgemeinen endlich Rechnung tragen.

Ich halte es für richtig, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung und politische Parteien das Prinzip des Atomwaffenverzichts zentral stellen. Gerade auch deshalb, weil in anderen Ländern oft vergessen wird, daß diejenigen, die mehr nukleare Macht für die Bundesrepublik anstreben, bereits jetzt viel mehr Raum haben als 1945 vereinbart worden war. (...)

Zu wenig Menschen begreifen — gerade auch in den Niederlanden — daß unser östlicher Nachbar mit kleinen Schritten immer mehr nukleare Macht erwirbt. Robert Jungks Vorwort „An die, die nicht hören wollen“ zu dem Buch „Atombomben — Made in Germany?“ ist eine eindringliche Warnung vor dieser Entwicklung. (...)

Die Partei der Arbeit (PvdA) war immer sehr deutlich gegen eine Europäische Atomstreitmacht und gegen einen Deutschen Finger am Atomdrücker. Es ist sehr spannend, die Korrespondenz zu dieser Frage zu lesen zwischen dem niederländischen Sozialisten Anne Vondeling und seinem Westdeutschen Kollegen Fritz Erler, beide Mitglied des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“, die vor einigen Tagen in einer westdeutschen Zeitung veröffentlicht wurde (Anm.). Die Niederländer würden einer gemeinsamen NATO-Streitmacht MLF oder einer gemeinsamen Westeuropäischen Atomstreitmacht niemals zustimmen, aber die SPD hatte damals klare Ambitionen in diese Richtung. Es ist damals nicht dazu gekommen. Diese Entwicklung muß auch heute wieder mit aller Kraft verhindert werden!“

(Das Zitat wurde sprachlich überarbeitet, aber in dieser Form von Sonja van der Gaast autorisiert.)

**Anmerkung AK**
Gemeint ist die in AK 300 (S. 5) dokumentierte Korrespondenz aus dem Jahre 1964.




Podium am 26.11.88: Von l.n.r. T. Ebermann, Inge Kleinhaus (Schweden), Hunb Jasper (AMOK, Niederlande), Sonja van der Gaast (PvdA, Niederlande), Dorothee Piermont (Regenbogenfraktion), Per Markmöller (Friedensbewegung Dänemark), Dolmetscherin, Tony Benn (Labour-Party, GB), Dolmetscher

# Köln: „Atomwaffenverzicht versus Atomwaffenfreiheit?"

**Der Text ist dem Hintergrundsdienst „ppp" der Sozialdemokratischen Partei vom 25. November 1988 entnommen.**

*Wie sich die KB-Fraktion bei den Grünen um Desorientierung der Friedensbewegung und Diffamierung der SPD bemüht.*

(...)

Das Hauptproblem der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" ist eine politische Desorientierung von Teilen der Friedensbewegung und Ablenkung von dem eigentlichen Ziel, daß sich die deutsche Friedensbewegung auf die Fahnen geschrieben hat: atomare Abrüstung, Verhinderung sogenannter Modernisierungen der in der Bundesrepublik stationierten Atomstreitkräfte und die Atomwaffenfreiheit der Bundesrepublik.

Wenn also die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" all das nicht erfüllt, was sie suggerieren soll, warum wurde sie überhaupt initiiert?

## Aufrichtige und unaufrichtige Motive

Zu den aufrichtigen Motiven gehört das Unbehagen bei den Grünen und bei großen Teilen der Friedensbewegung, daß die deutsche Rechte, vor allem im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, insgeheim den Wunsch des deutschen Griffs zu Atombombe verfolgt. Dieses hängt auch mit der Unsicherheit zusammen, ob der Atomwaffensperrvertrag 1995 wirklich weiter seine uneingeschränkte Gültigkeit behält. Es ist die generelle Sorge vor den heimlichen Machenschaften der deutschen Rechten einschließlich der Angst, daß die SPD mit ihrer Zustimmung zum „europäischen Pfeiler in der NATO" solchen möglichen Absichten im Rahmen der westeuropäischen Rüstungskooperation nicht genügend Aufmerksamkeit widmet und blind in der Frage der Zusammenarbeit der deutschen und französischen Atomindustrie sein könnte. Diese Motive müssen ernstgenommen werden, und die SPD muß mit ihrer Politik klarmachen,

— warum „Atomwaffenverzicht im Grundgesetz" sowohl eine falsche als unrealistische Antwort ist, und
— welche politischen Schritte erforderlich sind, und bereits getan werden, der westeuropäischen, sprich: britischen und französischen atomaren Aufrüstung Widerstand entgegenzusetzen.

Die unaufrichtigen und rein taktischen Gründe hängen zusammen mit einer perfiden Strategie der neostalinistischen Gruppen, allen voran des Kommunistischen Bundes KB mit seinen Repräsentanten innerhalb der Grünen, eine reine Strategie zur Spaltung der Friedensbewegung, Ausgrenzung und Diffamierung der Sozialdemokratie als heimliche Atombombenpartei zu betreiben.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang folgende Fakten:

— Die Initiatoren der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" sind Mathias Künzel, Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion und Thomas Ebermann, MdB die Grünen, beide Vertreter der neostalinistischen KB-Fraktion innerhalb der Grünen.

Mathias Künzel wandelt im Mantel des charmanten grünen Biedermanns seit Jahren in den Reihen der Friedensbewegung und der Archive der Friedrich-Ebert-Stiftung, um freundlich lächelnd seiner wichtigsten Leidenschaft nachzugehen: der „Entlarvung" der SPD als heimlicher Atomwaffenpartei. In der jüngsten Ausgabe des „Arbeitskampf"/Zeitung des Kommunistischen Bundes vom 14. November 1988, entlarvt sich Künzel selbst als ideologischer Wegbereiter einer primär antisozialdemokratischen Kampagne, die der „Sozialfaschismuskampagne" der stalinistischen KPD in der Weimarer Republik ähnelt.

## Intrigieren statt integrieren

So wie seinerzeit die KPD den antifaschistischen Widerstand in der Bevölkerung gegen die SPD zu richten versuchte, versucht Künzel als KB-Manager mit der Kampagne „Atomwaffenverzicht" den anti-atomaren Widerstand in der Bundesrepublik vor allem gegen die SPD zu orientieren. Mit dem verschämten Zeichen „ms" (Mathias) schreibt er über die unvermeidliche Zustimmung der SPD „zur europäischen Atomstreitmacht". Seine Methode:

— Zusammenklauben von aus dem historischen Zusammenhang gerissenen Zitaten von Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler aus dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung. (Jeder seriöse Historiker weiß, daß in den Sechziger Jahren nicht nur in der SPD eine Diskussion über die europäische Atomstreitmacht (MLF) geführt wurde. Jeder weiß, daß es damals keinen Atomwaffensperrvertrag gab, und daß ein zum Teil naives Verhältnis zur nuklearen Abschreckung damals Gang und Gebe war.)
— Durch ein erschlichenes Protokoll über ein Gespräch der deutschen Mitglieder der „Arbeitsgruppe Sicherheit" zwischen SPD und PSF am 7. September 1987 (das allerdings wenig hergibt für die Unterstellung, die SPD wolle einen deutschen Zugriff zur Atombombe).
— Durch eine üble Denunzierung der Sozialdemokraten im Zusammenhang der Diskussion über das Protokoll zum Elysee-Vertrag.

Kostprobe aus dem Artikel von Mathias Künzel alias „ms":
*„Sozialdemokratische Friedensfunktionäre wie Wolf Biermann (Sprecher der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, IFIAS, und SPD-Vertreter im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung) sind in den Prozeß der heimlichen Zustimmung zur europäischen Bombe ... ohnehin bis über beide Ohren verstrickt. ... Scheer, Voigt und Biermann wissen von den BRD-Atomwaffenambitionen und dem absehbaren Zugriff zur europäischen Bombe. Gleichwohl spielen sie ihren Part: simulieren, integrieren, verharmlosen. Sie spinnen die Leute mit europäischen Abrüstungsideologien voll und wissen doch besser als alle anderen, welche nuklearen Zeitbomben da wachsen ... Gerade weil dieser SPD-Flügel sich darüber im klaren ist, daß mit der Kampagne ,Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz' diese Grundsatzentscheidung entwickelt werden könnte, ... gerade deshalb werden von dieser Seite mit besonderer Eifrigkeit allerlei Gegeninitiativen ausgedacht. Bisher ohne Erfolg."*

Die Strategie des KB ist klar: Verleumden, Draufhauen und Spalten — und damit die Orientierung der Friedensbewegung auf einen ebenso unsinnigen wie erfolglosen Kampf für den „Atomwaffenverzicht im Grundgesetz" — womit dann „bewiesen" wäre, daß der Kampf um atomare Abrüstung sowieso vergeblich wäre.

Die Verhinderung neuer atomarer Aufrüstung, die Beseitigung der in der Bundesrepublik bereits stationierten Atomwaffen: Atomwaffenfreiheit — all das kann weder mit Erfolg noch mit Mißerfolg der Atomwaffenverzichts-Kampagne erreicht werden. Die einzig sinnvolle Orientierung für die Friedensbewegung, wenn ihre Ziele schon ins Grundgesetz sollen — wäre die Durchsetzung des Verfassungsziels „Atomwaffenfreiheit", also die Beseitigung der Atomwaffen. Daß zu einer solchen Zielsetzung die Bekräftigung des ohnehin völkerrechtlich gültigen Verzichts auf eigene deutsche Atomwaffen gehört, ist selbstverständlich wie das Amen in der Kirche. Die Friedensbewegung, dies ist genauso sicher, wird spätestens mit der Verabschiedung des „Gesamtkonzepts" durch die NATO, wie es Kohl propagiert, die Orientierung wiederfinden: Verhinderung neuer Nachrüstung und Beseitigung der vorhandenen Atomwaffen.

Abrüstungsvorschläge der UdSSR:

# Nicht nur Beifall, Taten sind gefordert

*„Wieder einmal hat der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow die westliche Allianz vor der Öffentlichkeit der Welt und ihrer eigenen Öffentlichkeit ausgepunktet."* So hochachtungsvoll kommentierte die „Frankfurter Rundschau" die Rede Gorbatschows vom 7.12. in New York vor der UNO. Entsprechend mürrisch war die bürgerliche Presse über ihren Auftrag, die Antwort der NATO-Außenminister in Brüssel am folgenden Tag verkaufen zu müssen. Denn die NATO hatte nichts weiter zu erklären, als daß ihr die Abrüstung der Sowjetunion nicht weit genug gehe.

*„Ich kann Ihnen heute mitteilen, daß die Sowjetunion eine Entscheidung getroffen hat, um ihre Streitkräfte zu reduzieren. Innerhalb der nächsten beiden Jahre wird ihre zahlenmäßige Stärke um 500.000 Mann vermindert,"* hatte Gorbatschow vor der UNO erklärt. Neben der Verringerung der Truppenstärke um 10% wolle die Sowjetunion 10.000 Panzer, 8.500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge abbauen und außerdem Truppenkontingente aus der Mongolei abziehen. In Abstimmung mit ihren Verbündeten werde die Sowjetunion aus der DDR, der CSSR und Ungarn insgesamt sechs Divisionen, d.h. 50.000 Mann und 5.000 Panzer abziehen.

*„Mut"* habe Gorbatschow bewiesen, bescheinigte die „Frankfurter Allgemeine". Man habe gewußt, daß die Sowjetunion zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und zur Verbesserung der Versorgungslage unbedingt die Rüstungslasten verringern wollte. Aber die NATO hatte gehofft, mit möglichst unverschämten Abrüstungsforderungen gegenüber der Sowjetunion daraus Kapital schlagen zu können. Bisher, so die FAZ, war *„von einseitigen Vorleistungen (...) hingegen nie die Rede"*.

Man kann sich das Gejammer der NATO ausmalen, denn mit diesem einseitigen Abrüstungsschritt tritt die Sowjetunion ja nicht als Weltmacht von der Bühne ab. Man wird uns vorrechnen, daß die Sowjetunion ja „nur" ihre Uraltpanzer verschrotten wird. Aber es war die NATO, die alle Panzer der Sowjetunion, und seien sie schon über 30 Jahre alt, in ihren Kräftevergleichen mitgezählt hatte, um die Bedrohung so schrecklich wie möglich erscheinen zu lassen. Man wird uns vorrechnen, daß noch 18 Divisionen der Sowjetunion in der DDR und vier in der CSSR verbleiben werden, doch es wird der NATO jetzt noch schwerer gelingen, ihre Bedrohungsmärchen zu verkaufen.

Die NATO hat nach langen internen Beratungen in Brüssel einen Abrüstungsplan vorgelegt, der mit vielen Tricks vorrechnen soll, wieviele hunderttausende Soldaten, wieviele zehntausende von Panzern, wieviel tausende von Artilleriegeschützen und wieviele hunderte von atomaren Kurzstreckenraketen die Sowjetunion erst einmal verschrotten müßte, bevor auch die NATO mit der Abrüstung beginnen will. Würde die Sowjetunion darauf eingehen, wäre das gut für die NATO. Würde sie nicht darauf eingehen, wäre das auch gut, denn dann wäre zumindest gezeigt, warum der Westen leider weiter aufrüsten müsse, so das Kalkül. Man kann es der Sowjetunion nicht verdenken, wenn sie ihre ohnehin geplanten Abrüstungsschritte im konventionellen Bereich jetzt ohne Abkommen vollziehen will und damit ihre Karten für den Verhandlungstisch — zumindest im konventionellen Bereich — sogar verschlechtert. Hier, bei der konventionellen Rüstung lassen die NATO-Forderungen jede Verhandlungslösung vollkommen aussichtslos erscheinen.

Im Gegensatz zu dem INF-Abkommen, wo nur Bestehendes verschrottet wird, bringt dieser Abrüstungsschritt der Sowjetunion in der Tat dauerhafte Einsparungen bei den Rüstungslasten. Man baucht nicht einmal die Tricks der NATO zu durchschauen, um zu sehen, daß die Sowjetunion abrüstet, während NATO nur die Schwächung ihres Gegners betreiben will. Schon jetzt stöhnen die NATO-Propagandisten über das *„abrüstungsbegeisterte Publikum"* und es wird noch schlimmer für die NATO kommen.

Schon seit Jahren läuft den NATO-Militärs die öffentliche Meinung gegen den Strich. Immer weniger Menschen wollen der Bedrohungspropaganda der NATO noch Glauben schenken; immer mehr gehen davon aus, daß eine Abrüstung hier mehr statt weniger Sicherheit bringen würde. Schon seit Jahren sehen wir aber auch, wie die NATO zwar über die mangelnde Verteidigungsbereitschaft jammert, aber unbeirrt weiter rüstet. Diesen Widerspruch voranzutreiben, das wäre eigentliche Aufgabe und Funktion der Friedensbewegung, die sich heute müde an den Zugeständnissen Gorbatschows sonnt. Doch wieviel Zugeständnisse, meint man denn, von Gorbatschow noch erwarten zu können, bevor man die NATO ernsthaft attackiert? Wieviel Bescheidenheit und Nachtrabpolitik hinter den Kleinstforderung der SPD will man denn noch betreiben? Die SPD vertritt heute eine schlauere Variante der Abrüstungsvorschläge, die die NATO Gorbatschow unterbreiten sollte. Auch die SPD will die Sowjetunion asymetrisch abrüsten, schließt aber einzelne Rüstungsstopp- und sogar Abrüstungsmaßnahmen der NATO nicht vollkommen aus. Das einzige, was diese Position ein Stück weit attraktiv macht ist, daß sie in der NATO nicht mehrheitsfähig ist. Das Bemühen der SPD dabei nicht zuweit zu gehen, ist unverkennbar. In diesem Sinne forderte jetzt Egon Bahr im Bundestag, daß nach Gorbatschow jetzt auch die NATO einen einseitigen Abrüstungsschritt vornehmen müßte. Er schlug vor, die NATO solle ihre atomaren Kurzstreckensysteme ein Stück weit „einseitig" verringern. Das, muß man wissen, ist nämlich sowieso geplant.

Gorbatschow hat die Latte für einseitige Abrüstung jetzt ziemlich hoch gelegt. Würde die NATO jetzt 10% abrüsten, wäre das nur recht und billig, keine Vorleistung, sondern ein Nachziehen der NATO. Und da die NATO nicht abrüsten will, wird die Friedensbewegung nicht umhin können, die NATO anzugreifen und infrage zu stellen.

Das klingt gut, mag man einwenden, aber von welcher Friedensbewegung wird hier gesprochen? Hier ist davon die Rede, daß es nicht ausreicht, zu Gorbatschows Abrüstungsinitiativen Beifall zu klatschen. Solange hier die Verhältnisse nicht geändert werden, könnte auch die derzeitige Abrüstungspolitik der Sowjetunion sehr schnell ihre Schranken finden.

**HH**

### Was Gorbatschow außerdem sagte

Gorbatschows Uno-Rede enthielt neben der Ankündigung eines Abrüstungsschrittes der Sowjetunion noch weitere interessante Ausführungen, die wir hier darstellen wollen.

Gorbatschow forderte für *Afghanistan* einen umfassenden Waffenstillstand vom 1.1.1989 an. Während dieses Waffenstillstands sollten die jeweiligen Kriegsparteien die Kontrolle über ihre Gebiete ausüben können. Die Militärhilfe (gemeint sind vor allem die Sowjetunion und die USA) solle an beide Seiten eingestellt werden. Die UNO-Truppen sollten den Waffenstillstand in Afghanistan überwachen, später ein Friedenskorps zum Wiederaufbau ins Land schicken.

Mithilfe der UNO war in Genf ein Abkommen zu Afghanistan geschlossen worden, das den entscheidenden „Mangel" hatte, weil es aussparte, welche der Kriegsparteien denn künftig die Macht im Lande ausüben solle. USA und Sowjetunion hatten sich außerdem ausdrücklich zugebilligt, „ihrer" jeweiligen Partei weiterhin Waffenhilfe zukommen zu lassen. Gorbatschow hat dieses Problem jetzt vor die UNO getragen und eine Neutralitätsgarantie der UNO vorgeschlagen.

Außerdem erklärte Gorbatschow bezüglich der *internationalen Schuldenkrise* die Bereitschaft der Sowjetunion, abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder Schuldenmoratorien zu gewähren, die im einzelnen sogar bis zu 100 Jahre laufen könnten. Über die UNO — so Gorbatschow — solle über die internationale Schuldenkrise Verhandlungen geführt und Verträge abgeschlossen werden.

Gorbatschow schlug eine *internationale Regelung zur friedlichen Nutzung des Weltraums* vor. In diesem Zusammenhang sei die Sowjetunion bereit, ihre Radarstation in Krasnajarsk von einer globalen Weltraum-Organisation überwachen zu lassen und sogar in ein internationales Zentrum umzuwandeln. Dazu muß man wissen, daß die USA behaupten, diese Radarstation sei eine militärische Einrichtung, mit der die Sowjetunion den ABM-Vertrag verletzte. Diese Behauptung ist einer der Vorwände, mit dem die USA den Abschluß des START-Abkommens blockiert. Das Abkommen soll die Zahl der strategischen Atomwaffen auf 6.000 Sprengköpfe auf jeder Seite reduzieren.

Insgesamt zielen die Vorschläge Gorbatschows auf eine Stärkung der UNO. Hier könnte die Sowjetunion vielleicht an die Zeit vor ihrer Intervention in Afghanistan anknüpfen. Damals galt in aller Regel, daß die Länder der „3. Welt" in der UNO gemeinsam mit der Sowjetunion abstimmten.

Fortsetzung von vorheriger Seite

der „zunehmenden Armut" in verschiedenen EG-Ländern selbst.

Danach berichtet Steven Brown, Mitarbeiter der britischen Friedensorganisation CND, über die Debatte in England zur westeuropäischen militärischen Integration. Bekanntlich gibt es in Großbritannien auf breiter Ebene Widersprüche gegen die westeuropäische Vereinigung. Ganz witzig war in diesem Zusammenhang Browns Hinweis darauf, daß im Jahre 1974 der Regierungsantritt der Labour Party seitens der amerikanischen Regierung ausdrücklich begrüßt wurde, da Washington die britischen Sozialdemokraten damals anscheinend für „pro-atlantischer" hielt als die Konservativen. In letzter Zeit, gerade auch seit dem INF-Abkommen, sei innerhalb der britischen herrschenden Eliten die „pro-europäische Strömung" jedoch klar auf dem Vormarsch — im Außenministerium, aber auch bei den Sozialdemokraten.

In der anschließenden Diskussion war mensch sich mehrheitlich einig darüber, daß es nach der jahrelangen Konzentration der (friedensbewegten) Kritik auf die amerikanische Politik an der Zeit sei, die „eigenen" westeuropäischen Großmacht-Ambitionen und im Zusammenhang damit auch die bundesdeutschen Atomgelüste mehr in den Mittelpunkt unseres Widerstands zu stellen. Nur der Vertreter des dänischen Zusammenarbeits-Komitees, Per Markmöller, wußte noch nicht so recht, was er von dieser Stoßrichtung halten sollte.

Anwesend waren in der Arbeitsgruppe etwa fünfzehn Personen aus acht Ländern (BRD, England, Frankreich, Niederlande, Schweden, Finnland, Portugal, USA), darunter folgende Teilnehmer/innen der abendlichen internationalen Podiumsdiskussion: Sonja van der Gaast (PvdA, Niederlande), Inge Kleinhans (FMKK, Schweden), Dorothee Piermont (Die Grünen, BRD) und der bereits genannte Per Markmöller.

Bei der Diskussion um die Frage, was in der kommenden Zeit konkret gegen die westeuropäische Aufrüstung und zur Unterstützung der westdeutschen Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!" getan werden kann, standen zwei Ideen im Mittelpunkt.

Die erste stammt von der niederländischen AMOK-Gruppe, die bisher als einzige nicht-deutsche Organisation im Trägerkreis der Kampagne vertreten ist. Bereits im Reader zur Konferenz hatte AMOK die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoll und möglich sei, ein internationales Komitee gegen die westeuropäische Atomstreitmacht aufzubauen, das sich als eine Art Gegenstück zum bestehenden „Aktionskomitee für Europa" verstehen solle. Diese Idee wurde nicht nur von den Teilnehmer/inn/n der AG 7 sehr begrüßt, sondern auch in den Aktivitätenkatalog der Abschlußerklärung der gesamten Konferenz mit aufgenommen. Natürlich kann jedoch gerade so ein internationales Komitee nicht einfach hervorgezaubert werden, sondern bräuchte dies als — materielle Voraussetzung — eine recht breite Unterstützung, Finanzmittel und eine Art Koordinationsbüro. Die ehemalige (und vielleicht auch künftige) grüne Europaparlamentsabgeordnete Dorothee Piermont will sich darum bemühen, eine internationale Arbeitsgruppe zur Beratung über derartige Fragen ins Leben zu rufen ...

Die zweite Idee war eine gemeinsame internationale Zeitungsanzeige, ähnlich wie die FR-Anzeige vom 7.11.: „Aufruf gegen die Selbstberuhigung". Der Appell sollte Anfang nächsten Jahres, auf jeden Fall vor den Europawahlen, am gleichen Tag in einer Reihe von EG-Ländern (am schönsten wäre natürlich: in allen EG-Ländern) in einer bedeutenden Tageszeitung in der jeweiligen Sprache erscheinen und zum Widerstand gegen die drohende westeuropäische Supermacht aufrufen. Auch dieser Vorschlag wurde in den Aktivitätenkatalog der Konferenz aufgenommen. Mensch kann dem nur viel Erfolg wünschen.

**Ein Teilnehmer an der AG 7**

# 15.000 demonstrieren gegen Aufrüstung und NATO

## Größte Friedensaktion in diesem Jahr in Hamburg

**Vom 13. bis 18.11. fand in Hamburg eine NATO-Parlamentarierversammlung statt. Zweimal im Jahr werden derartige NATO-Showveranstaltungen durchgeführt. Diesmal hatte sie Alfons Pawelzyk gegen angeblich scharfe Konkurrenz nach Hamburg gebracht. (1) Die NATO brachte in Hamburg einiges auf die Beine: 500 Menschen kamen zu einem Kongreß „Abrüstung! Alternativen zur Politik der NATO“. Über 10.000, nach Angaben der Veranstalter 15.000, der Polizei zufolge aber nur 7.000 und wenn man der „BILD“-Zeitung glauben will, sogar nur 6.000 Menschen demonstrierten am 17.11. unter dem Motto „Abrüstung statt NATO-Aufrüstung“ durch die Hamburger Innenstadt zum Rathausmarkt.**

Foto: H. Wojahn

Foto: H. Wojahn

Der Staatsapparat demonstrierte mit über 5.000 Polizisten und BGS eine Woche lang Staatsschutz für 180 Parlamentarier und für über 100 militärische Objekte der Stadt. Anschläge von IRA und RAF seien zu befürchten, hatte das „Hamburger Abendblatt“ als Rechtfertigung geschrieben. Der Hamburger Innensenator hatte

Abendblatt“ als Rechtfertigung geschrieben. Der Hamburger Innensenator hatte

das zwar als unsinnig bezeichnet, aber für die Öffentlichkeit muß ja ein Grund her. Mit Knüppeleinsatz und Gas ging die Polizei schließlich gegen die Protestkundgebung auf dem Rathausmarkt vor. Sie schützte die NATO-Flaggen am Rathaus, weil die BRD, ihr Ansehen und der Erfolg der NATO-Konferenz von einigen Dutzend Leuchtraketen bedroht schienen. Die Kundgebung mußte vorzeitig beendet werden, und wenn es nach dem Willen der Staatskräfte geht, wird es nie wieder ein solches Bündnis und nie wieder eine solche Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt geben.

In der Tat war es ein ungewöhnliches Bündnis. Für das Hamburger Forum, das vor allem von sozialdemokratischen und DKP-Kräften gebildet wird, war es die größte Friedensversammlung in der BRD im Jahre 1988. Aus unserer Sicht hat es zum Thema Aufrüstung nach 1983 in Hamburg ein so großes Bündnis nicht mehr gegeben, bei Anti-AKW-Demonstrationen zuletzt nach Tschernobyl und ansatzweise noch einmal bei den Solidaritätsdemonstrationen mit der Hafenstraße.

Die Polizei beschrieb vor der Demonstration deren Zusammensetzung folgendermaßen: (2)

*„Nach (...) Erkenntnissen und polizeilichen Erfahrungen ist im Einzelnen mit der Teilnahme folgender Gruppen zu rechnen:*

*1. traditioneller Bereich der Friedensbewegung*
*2. Anti-NATO-Block*
*3. revolutionärer Block*

*Während die traditionell die Friedensbewegung darstellenden Gruppen (von Teilen der SPD bis hin zu orthodoxkommunistischen Gruppen) ohne Vorbehalte als gewaltfrei anzusehen sind, so wird zur Bildung eines Anti-NATO-Blocks in linksextremistischen Kreisen, so vom KB, der FRIEKO, undogmatischen Gruppen usw. aufgerufen. Der Anti-NATO-Block wird damit von Gruppen aufgestellt, die zwar grundsätzlich gewaltfrei agieren, bei denen jedoch eine latente Akzeptanz hinsichtlich der Gewaltanwendung zumindest durch Dritte besteht. Dies wird dadurch deutlich, daß aus diesem Bereich für die Teilnahme von Autonomen und Antiimperialisten, die dem Gewaltspektrum zugerechnet werden müssen, geworben wurde. (...) Der Anti-NATO-Block wird nach polizeilichen Schätzungen 300 bis 500 Personen zählen.*

*Das Angebot an die Autonomen und Antiimperialisten, sich dem Anti-NATO-Block anzuschließen, wurde von diesen zwar nicht angenommen, (...) jedoch werden sie nach polizeilichen Erkenntnissen einen eigenen ‚revolutionären Block' aufstellen, der erfahrungsgemäß 300 bis 500 Personen umfassen wird.“* Eine ziemlich korrekte Beschreibung des Bündnisses, wobei sich die Polizei notorisch in den Zahlen für den Anti-NATO- und den revolutionären Block verschätzte. Denn der Anti-NATO-Block und darin eingeschlossen der revolutionäre Block stellten weit mehr als die Hälfte der Demonstration, wobei die Autonomen den größten Block ausmachten. Trotzdem blieb die Polizei auch nachher bei ihren vorher behaupteten Zahlen.

Und die Polizei behauptete vorweg: *„Aufgrund der Beteiligung der oben bezeichneten Gruppen und der wahrscheinlichen Zusammensetzung der Teilnehmer des Aufzuges (...) ist bei der Endkundgebung (...) auf dem Rathausmarkt mit Gewalttätigkeiten und insbesondere Beschädigungen des Rathauses zu rechnen.“*

### Die Demonstration

Die Demonstration verlief in mehrerer Hinsicht ungewöhnlich. Es gab einen gemeinsamen Aufruf, aber gleichzeitig die Aufforderung an alle, auch mit eigenen Vorstellungen und Aufrufen für die Demonstration zu werben. So gab es vorher eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost von SozialdemokratInnen für Demonstration und Gegenkongreß, der Bündnisaufruf war ihnen zu kritisch gegenüber der NATO. Es gab einen Aufruf des Anti-NATO-Blocks und schließlich ein Flugblatt der Autonomen. Eine gemeinsame Demokonzeption war besprochen, eine Demonstrationsleitung (von den Jusos bis zu den Autonomen) gebildet und gemeinsame Absprachen waren getroffen worden, niemanden auszugrenzen, gemeinsam zu protestieren und Maßnahmen gegen Polizeiangriffe wegen des Vermummungsverbotes und gegen eventuelle mobile Polizeikessel zu ergreifen. Verärgert wurde in dem Polizeipapier vermerkt: *„Von diesem revolutionären Block hat sich der Veranstalter bisher nicht distanziert bzw. dazu aufgefordert, einen solchen Block nicht zu bilden oder sich friedlich zu verhalten.“* Letzteres war natürlich gelogen. Gemeinsam hatte man erklärt, daß von den Demonstranten keine Gewalt ausgehen werde. Denn auch den Autonomen war vollkommen klar, daß nach den vergangenen Demoerfahrungen in Hamburg — regelmäßig massive Vorkontrollen und Angriffe der Polizei — nicht ausgerechnet die NATO-Parlamentstagung mit dem riesigen Polizeiaufgebot in der Stadt nun zum Anlaß für eine Demonstration mit militanten Aktionen werden könnte. Und so gab es erstmals seit langer Zeit für dieses Spektrum wieder eine Demonstration mit sehr wenigen Vorkontrollen (Durchsuchungen von Tüten und Rucksäcken), auf der man mit Vermummung und ohne Spalier laufen konnte. Denn nur die Scheiben der Nobelgeschäfte im Neuen Wall in der Innenstadt waren durch eine Polizeikette geschützt, die Polizei hatte dort sogar ihre Helme unter den Arm genommen. Anti-Nato-Block und Autonome hatten vorher dazu aufgerufen, diesmal Palästinensertücher mitzubringen und schon vorher war klar, daß die Polizei diese Art der „Vermummung“ laufen lassen würde. Entsprechend gab es wieder einmal eine großartige Demostimmung.

Zahlreiche „Haßkappen“ nahm die Polizei zum Vorwand, während des gesamten Demoverlaufes im Hintergrund einen Nervenkrieg mit der Demoleitung zu veranstalten. Es begann damit, daß sie noch vor Kundgebungsbeginn von den Veranstaltern verlangte, für eine Entmummung zu sorgen, und es steigerte sich zu der drohenden Ankündigung, daß man die Autonomen nicht auf den Rathausmarkt werde kommen lassen. Doch friedlich und ohne Zwischenfälle ist die Demonstration auf den Rathausmarkt gelangt. Den Bericht über die Auflösung der Kundgebung auf dem Rathausmarkt, entnehmen wir der Dokumentation zur Demo, dem „Anti-NATO-Info Nr. 4“. (3)

### Der Rathausmarkt wird geräumt

„Auf dem Rathausmarkt bedankt sich sogar der Polizeivertreter erst einmal bei seinen Demo-Ansprechpartnern und entschuldigt förmlich, daß man es nicht gleich so hat laufen lassen wollen. Ein Drittel des Rathausmarktes ist abgegittert. Das war vorher umstritten. Eigentlich wollte die Polizei sogar mehr als die Hälfte des Platzes abtrennen, aber ein Gerichtsentscheid am Vortage versagte diesen Wunsch. Hinter den Gittern stehen zwei Polizeiketten, anfangs noch ohne Helme und Schutzschilder. Die erste Reihe steht mitten zwischen Rathaus und DemonstrantInnen, die zweite direkt vor den Mauern. Man wußte es: den politisch Verantwortlichen war nichts so wichtig, wie ihre Symbole auf dem Rathausmarkt. Schon bei der Freigabe des Platzes forderte das Bezirksamt als Auflage jederzeit freien Zugang zum (abends leeren) Rathaus und die Freihaltung der beiden Flaggenmasten auf dem Platz, wahrscheinlich um während der Demo einen Flaggenappell des Senats abhalten zu können. In einem Polizeipapier hatte es sogar geheißen, daß jede ‚Beschädigung', jeder Wurf aufs Rathaus, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und den Erfolg der NATO-Konferenz gefährden könnte.

Auf dem Rathausmarkt spricht als erster Redner Willy Pieczyk, ehemaliger Jusovorsitzender und damals in der Friedensbewegung aktiv, heute zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein aufgestiegen. Es gibt dagegen zum Teil Gepfeife, und ein kleines Feuerwerk beginnt. 60 Sylvesterraketen, die Polizei hat offenbar mitgezählt, werden in Richtung Rathaus und in Richtung NATO-Flaggen geschossen. Auf die Polizei wird auch nicht gezielt. Die Flaggen bleiben alle heil; nur der Plastikschonbezug über dem Hamburg-Wappen wird ein wenig angesengelt.

Der Polizeimeister stürmt zur Demoleitung und läßt sich mit dem Hinweis, daß auch beim Fußball und selbst auf dem Dom ein solches Feuerwerk nur wenige Minuten dauert, nicht beruhigen. Es fährt ein Kombilaster der Polizei auf; jeder zweite Polizist holt für sich und seinen Kollegen, Helm, Schild und langen Knüppel. Die Mützen werden auf den Boden und in den U-Bahn-Eingang geworfen und nachher eingesammelt — in großer Panik, lesen wir später in den Medien. Das MEK und eine Polizeieinheit sind noch schneller und machen einen ersten Ausfall in die Demonstrantenreihen, zwei Menschen schleifen sie raus. Eine behelmte Hundertschaft bleibt länger im Kundgebungsteil und wir haben nachher mindestens 19 Verletzte zu beklagen. Es sind Knüppel und Sprühgas eingesetzt worden. Willy Pieczyk muß seine Rede unterbrechen; die Moderation fordert, keine Raketen mehr abzuschießen und ihn reden zu lassen. Dann wird die Polizei aufgefordert, sich zurückzuziehen. Pieczyk kann seine Rede zuende halten. Aber es ist zu spät. Auf eine vor den Demonstranten aufgebaute Polizeikette werden aus dem Rathausplatz ausgebuddelte Steine und Gegenstände geworfen. Ein Polizist am Rande der Reihe, der nicht schnell genug unters Schilddach geeilt ist, bricht mit verletztem Bein zusammen.

In den Medien wird später der ganze Ablauf durcheinandergewürfelt und die Sache sogar vollkommen umgedreht, als wären die Steine und Zwillenschüsse erst der Auslöser des Polizeiangriffs gewesen. Wir kennen das ja: Das Militär beginnt nie einen Krieg, sondern es ‚verteidigt' immer nur. Die Polizei fängt auch niemals an, sie schützt nur die Demokratie.



Foto: H. Wojahn

‚Das macht uns Haß', hat ein Redner von der Bühne gerufen, als die Polizei in die Demonstrantenmenge stürmte. Es wird mehrfach zur Ruhe aufgerufen und es heißt: ‚Wir fordern die Polizei auf, ihre Provokationen zu beenden.' Die Redner weigern sich, unter diesen Bedingungen ihre Reden zu halten. Die Polizei will jetzt unter allen Umständen die Kundgebung auflösen. Unmittelbar nach dem Steinhagel fangen ihre Lautsprecheransagen zur Auflösung der Kundgebung an. Die Demoleitung ruft über ihren Lautsprecher die Polizeieinsatzleitung heran. Auch hier wieder: die Kundgebung ist aufgelöst. Daraufhin wird der Obereinsatzleiter Artheker verlangt. Die Einsatzleitung hatte mitten durch die Kundgebung eine Kette stürmen lassen; von allen Seiten kommt Polizei heran und schließt die Kundgebung ein. Hier werden die Ängste des Hamburger Kessels mobilisiert — ein Begriff, der später auch noch mehrfach auftaucht. Es war nach dem ersten Steinhagel wieder alles ruhig geworden, aber die Einsatzleitung bleibt bei ihrem Spruch: die Kundgebung ist ‚wegen wiederholter Straftaten' aufgelöst. Mehrmals fordert die Polizei durch ihren Lautsprecher zum Verlassen des Platzes auf. Der Demosprecher rät, ruhig zu bleiben und abzuwarten; er weist auf die Verhandlungen mit der Polizei hin. Artheker kündigt eine ‚saubere Räumung' an. Aber wir kennen diese ‚saubere' Polizei, die auch hier, so müssen wir später lesen, wieder ‚maßvoll' und ‚besonnen' gehandelt haben soll. Die Polizei soll ihre Truppen abziehen, wir fordern freien Abmarsch. Die Mönckebergstraße sei dicht (sie wurde abgegittert), man könne nur über den Ballindamm wegziehen, sagt die Einsatzleitung. Das wird auch auf der Bühne verkündet. Aber weil der Abzug der Polizei sich verzögert, wird noch einmal Thomas Ebermann (GAL) das Wort erteilt. Die Polizei reagiert hektisch und droht wieder mit gewaltsamer Räumung. Nach wenigen Sätzen von Thomas Ebermann wird die Kundgebung beendet. Der Demolautsprecher organisiert den Abmarsch. Wer nicht gleich beim ersten Polizeiausfall weggelaufen ist oder sich allein auf die Socken gemacht hat, sammelt sich zum gemeinsamen Abmarsch in Richtung Hauptbahnhof; fast die halbe Demonstration marschiert noch mit. Drei Scheiben gehen am Ende der Kundgebung zu Bruch. In den umliegenden Straßen fahren Hundertschaften noch einmal drohend auf. Nachdem schließlich die Polizei ihre Kräfte wieder abgezogen hat, löst sich die Demo vor dem Hauptbahnhof auf.“

### Hetze und Distanzierungsdruck

Während und nach der Demo herrschte unter den Teilnehmern allgemein gute Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensinitiativlern

Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensinitiativlern

begann der Schock mit dem Blick in die Presse am Tage darauf. Für die CDU *„waren die Krawalle zu erwarten, und von vielen die im ‚schwarzen Block' marschierten, gezielt vorgenommen. Teile dieser Gewaltverbrecher seien in der Hafenstraßenszene und als RAF-Sympathisanten einzureihen. Der Senat müsse unverzüglich gegen die Straftäter vorgehen.“ „Die Veranstalter sollten sich schnell von den Gewalttätern distanzieren“*, forderte der FDP-Sprecher: *„Die Vermummten zerstören jede friedliche Demonstration.“* (MoPo, 19.11.) *„Bei den Krawall-Demos der letzten Jahre war die GAL immer dabei. (...) GAL-Abgeordnete Anja Kuhr meldete die Demo für die sogenannten Friedensgruppen an (...), saß am Donnerstagabend in der Demonstrationsleitung. Nach Meinung der CDU ist sie seitdem ein Fall für den Staatsanwalt. Der Abgeordnete Dr. Martin Müller (...) ist der Meinung, daß die Demonstrationsleitung sich (...) des Landfriedensbruchs schuldig gemacht hat.“* (BILD, 19.11.) Der SPD-Landesvorstand lobte einhellig (bei einer Enthaltung) und mit den Stimmen der Aufrufer für die Demo den Polizeieinsatz und verlangte, daß SozialdemokratInnen keine Bündnisse mehr mit *„gewaltbereiten Autonomen“* schließen dürften. Innensenator Hackmann machte die Veranstalter für die Vorfälle verantwortlich: Sie hätten *„Wert auf die Teilnahme Autonomer und Militanter in ihrem Demonstrationszug unter Hinnahme der Vermummung gelegt. (...) Der Veranstalter hat nur sehr zaghaft zur Friedfertigkeit aufgerufen. Er hat im Gegenteil die Stimmung aufgeheizt und trotz andauernder Gewalt die Polizei zum Abzug aufgefordert. (...) Ich verurteile die Gewalttaten scharf. Ich verurteile auch scharf das Verhalten des Veranstalters, der nicht dazu beigetragen hat, sich unzweideutig von den unfriedlichen Demonstranten zu trennen, sondern die Arbeit der Polizei erschwert hat, indem er den Gewalttätern ein Aktionsfeld ermöglicht hat. Im Interesse der Demonstrationsfreiheit und Meinungsfreiheit fordere ich dringend alle Veranstalter zukünftiger Demonstrationen auf, sich entschieden von Gewalt abzugrenzen. Diesen Grundrechten wird sonst schwerer Schaden zugefügt.“* (Erklärung vom 18.11.)

Und einen Tag nach der Demo legten Hackmann und Bürgermeister Voscherau die Forderung auf den Tisch, das Bannmeilengesetz Hamburgs, das erst vor wenigen Jahren ein Stück weit liberalisiert worden war, jetzt wieder zu verschärfen, um mißliebige Demonstrationen fernhalten zu können.

**Anmerkungen**

1 Über Alfons Pawelzyk muß man wissen, daß er sich stolz als Beschaffer von Rüstungsaufträgen für Hamburg darstellt und dabei überall die Finger im Spiel hat, siehe dazu etwa AK 271, S. 2 oder AK 273, S. 18

2 Am 16.11. stellte die Polizeiführung der Demonstrationsleitung ein von Rührup unterzeichnetes Papier zu. Darin wurde begründet, warum man mehr als die Hälfte des Rathausmarktes abgittern wollte. Die Fleißarbeit erklärt sich damit, daß die Polizei auch vor Gericht damit bestehen wollte.

3 Der Anti-Nato-Block, bestehend aus GAL, Graswurzel, Friedenskoordination, KB, VSP, verschiedenen ausländischen Gruppen und verschiedensten Initiativen, einigen Autonomen und Leuten die z.B. über den Initiativkreis ins Autonome Lager hineinarbeiten, gab vier Nummern des Anti-NATO-Infos zur Vorbereitung heraus.

### Das Agieren der Parteien im Aktionsbündnis:

# Einmalig oder Lernbeispiel?

**Die Demonstration ist sehr langfristig vorbereitet worden, erste Absprachen dazu es gab im Januar dieses Jahres. Sie ist dann in erstaunlicher Geschlossenheit durchgeführt worden, was aber leider eben nicht heißt, daß sich geradlinig weiter daran anknüpfen läßt. Für eine Bewertung ist es wichtig, das Verhalten der verschiedenen Strömungen vor und nach der Demonstration zu betrachten.**



Foto: H. Wojahn

## Spagat der SPD

Die SPD in Hamburg hat zur NATO-Parlamentsversammlung einen denkwürdigen politischen Spagat versucht: Auf der einen Seite war sie bester Gastgeber der NATO, auf der anderen Seite haben sich SozialdemokratInnen aus Spitzenebenen der Partei in Hamburg darum gedrängelt, zur Demo und zum Gegenkongreß aufzurufen und sogar entsprechend vertreten zu sein. Es war der größte Streitpunkt in der Vorbereitung, weil das Hamburger Forum darauf bestand, daß unbedingt ein sozialdemokratischer Parteisprecher auf der Demo reden müsse, während wir das auf keinen Fall wollten. Aber ohne SPD-Redner war kein Bündnis zu haben.

Nach der Demonstration war keiner der prominenteren SPDler bereit, öffentlich auch nur einen Finger für die Solidarität mit der Demonstration oder gar den Polizeiopfern zu rühren. Ganz anders als nach dem Hamburger Kessel gab es diesmal nach der Demonstration einen gewissen Schulterschluß in der Partei. Zur Nachbereitungssitzung des Hamburger Forums sind gleich rund zwei Dutzend Mitglieder der SPD gekommen — darunter zwei Abgeordnete der Bürgerschaft. Die SPD-Nord legte hier ein Papier vor, das die „Gewalt" der Demonstrationsteilnehmer für die Auflösung der Demo verantwortlich macht und vom *„Schaden der Friedensbewegung"* spricht. Die SPD-Nord will für die Zukunft nur noch Bündnisse des Forums mit Gruppen zulassen, *„die sich von Gewalt gegen Menschen und Sachen unter allen Umständen, also auch als wie immer verstandene ‚Gegengewalt' distanzieren. (Anmerkung: Sitzblockaden sind keine Gewalt)."* Das geht noch über den Landesvorstand der SPD in Hamburg hinaus, der „nur" die Distanzierung von *„gewaltbereiten Autonomen"* verlangt hatte. Man soll es nicht unerwähnt lassen, daß dieser Vorstoß der SPDler im Forum auch mit einem Vorschlag eines neuen inhaltlichen Mini-Mini-Konsenses verbunden war,
wähnt lassen, daß dieser Vorstoß der SPDler im Forum auch mit einem Vorschlag eines neuen inhaltlichen Mini-Mini-Konsenses verbunden war,
geht es ihnen doch um ein *NATO-Konzept* für die Abrüstung. (1) Bis auf einzelne Ausnahmen waren die SPDler auf Distanzierungskurs.

## Jungsozialisten

Aus dieser Bewertung muß man die Jungsozialisten ausdrücklich ausnehmen. Sie haben zwar einerseits in der Vorbereitung sogar erklärt, daß sie in der Friedensfrage keine Doppelstrategie mehr verfolgen, sondern dem SPD-Programm bescheinigt, daß es Positionen der Friedensbewegung enthalte, wie es auch die DKP vertritt. Andererseits haben sie die Demonstration und die Politik der Nichtausgrenzung voll entwickelt und mitgetragen. Dies hat in der Hamburger Demogeschichte eine gewisse Tradition (z.B. bei der großen Hafenstraßendemonstration). Die Jusos haben sich nach der Aktion auch keineswegs distanziert, sie sind aber so gut es geht und weil das Hamburger Forum die Aktion nachher nicht mehr geschlossen trug, weitgehend untergetaucht, um sich nicht noch größeren Ärger in der Partei einzuhandeln.

## DKP

Die DKP ist heute ein denkwürdiger Zwitter in ihren Positionen. Auf der einen Seite beteiligt sich die DKP in Hamburg seit einiger Zeit ohne weiteres an linken Bündnissen. Hier unterschreibt die DKP auch mal großzügig autonome Aufrufe (z.B. zur IWF-Demo oder Palästina-Demo), um im Geschäft zu bleiben. Man konnte sogar vom Hamburger Bezirksvorsitzenden kürzlich lesen, daß der Kern des Widerstands in Hamburg offenbar bei den Autonomen zu finden sei. Auf der anderen Seite vertritt die DKP im Friedenskampf dogmatisch die Linie von der Verbreeiiterung der Bewegung unter Einschluß von SPD und DGB. So hat die DKP einerseits in der Vorbereitung alles getan, um Sozialdemokraten im Bündnis den roten Teppich auszubreiten, andererseits hat sie die Demonstration solidarisch mitgetragen und nachher öffentlich gegen die Angriffe verteidigt. Ihre Mitglieder im Hamburger Forum waren fast alle über den Distanzierungskurs der SPD schockiert, haben sich aber alle Zurückhaltung auferlegt, um das Bündnis dort nicht zu gefährden.

## Hamburger Forum

Das Hamburger Forum wird heute im wesentlichen von DKP- und SPD-Kräften getragen, um die sich eine Reihe von Friedensinitiativen gruppieren, soweit sie heute noch existieren und aktiv sind.

Anfangs in den Verhandlungen wollte das Hamburger Forum eine norddeutsche Friedensversammlung, um überregional mobilisieren können. Es wollte sogar am Wochenende demonstrieren, wenn die NATO-Parlamentarier entweder noch gar nicht angekommen oder schon wieder
mobilisieren können. Es wollte sogar am Wochenende demonstrieren, wenn die NATO-Parlamentarier entweder noch gar nicht angekommen oder schon wieder
aus Hamburg abgereist wären. Es trat im Bündnis so auf, als würden es die große Masse der Teilnehmer mobilisieren können, während die GAL, der Anti-NATO-Block und die Autonomen eine verschwindende Minderheit wie bei einem Ostermarsch bleiben würden. Das Forum hat seine Mobilisierungsfähigkeit völlig überschätzt und über unsere Prognose, daß es bestenfalls die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer stellen würde, nur gelacht. Erst unter massiven Druck haben sie sich zu einer Demo am 17.11., dem Höhepunkt der Tagung, aber eben mitten in der Woche bereitgefunden.

Weder für die Jusos noch für die DKP, aber für das Hamburger Forum war ein Bündnis unter Einschluß von Autonomen etwas neues. Als dann nach langwierigen und recht nervigen Verhandlungen das Bündnis einmal stand, konnten die Verhandlungen über unser Vorgehen auf der Demo in bester Eintracht geführt werden. Die große Mehrheit im Forum hat die Aktion in vollem Umfang mitgetragen.

Der Distanzierungsdruck nach der Demonstration auf das Forum kam einzig und allein aus der SPD und aus Initiativen aus Hamburg-Nord. Dort agieren DKPler, SPDler und einzelne GALier einträchtig und fern jeder sonstigen linken Politik zusammen. Ihre Papiere sind so geschrieben, daß sie eher zu einer Prügelei anstatt zu solidarischem Handeln herausfordern. (2) Diese Initiativen stellten nach der Demonstration *„gravierenden Schaden"* für die Friedensbewegung fest. Der Vertreter der Nordinitiativen im zentralen Forumsgremium, ein Mitglied der DFU, hatte für alles, was die Polizei wollte, vollstes Verständnis, und bescheinigte wie Innensenator Hackmann der Demoleitung eine *„aggressive und aufheizende Taktik"*. Den Forumsvertretern in der Demoleitung wurde die öffentliche Verteidigung ihrer Position untersagt, obwohl sie unter scharfen öffentlichen Angriffen standen. Die von der Demoleitung nach der Aktion beschlossene gemeinsame Demonstrations-Dokumentation kam nicht mehr zustande. Einzelne Forumsinitiativen ergriffen selbst die Initiative: In Rahlstedt z.B. einigten sich verschiedene Gruppen auf ein gemeinsames Flugblatt, in dem die Demonstration gegenüber den öffentlichen Angriffen verteidigt wird. (3)

Distanzierer und Verteidiger der Demonstration im zentralen Forumsgremium machten dann den denkwürdigen Versuch, trotz ihrer Widersprüche ein gemeinsames Positionspapier zur Bewertung der Demonstration herauszubringen. (4) Statt einer einheitlichen Position ist daraus logischerweise ein reiner Eiertanz geworden. Die Verfasser der gemeinsamen Stellungnahme verwahren sich einerseits gegen die Diffamierung durch große Teile der Hamburger Presse und der CDU (nicht der SPD?). Andererseits wollen sie aber zukünftig und am liebsten im nachhinein das Zünden von Feuerwerkskörpern als Gewalt abstempeln und unterstellen den anderen Demonstrationsteilnehmern einen Verstoß gegen die Ab-
im nachhinein das Zünden von Feuerwerkskörpern als Gewalt abstempeln und unterstellen den anderen Demonstrationsteilnehmern einen Verstoß gegen die Ab-
sprachen. Bei zukünftigen Aktionen möchten sie einen großen Tabukatalog vorher verabschieden. Dieses Kompromißpapier interessierte in der Nachbereitungsdiskussion des Forums niemanden.

Das Forum ist in der Bewertung der Ereignisse vollkommen gespalten, und, was seine politische Handlungsfähigkeit angeht, lahmgelegt. Wohl erstmalig ist in diesem Bündnis eine so heftige Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten geführt worden, wobei die Sozialdemokraten einerseits mit ihrem Vorgehen sehr erfolgreich waren, aber genauso erfolgreich dafür gesorgt haben, daß die Mehrheit in Erinnerung behält, was man von ihnen zu halten hat.

## Autonome

Es kommt wohl selten vor, daß man an die Autonomen eine Aktion herantragen kann, an der sie sich dann in vollem Umfang beteiligen. In der Regel ist es umgekehrt: sie legen ein Aktionsplanung und Konzept vor, der sich alle unterzuordnen haben. Wenn wir als KB nicht ihre Position unterschreiben, gehören wir schon eher zum gegnerischen Lager.

Von vornherein bestand die Einschätzung in den Vorbereitungen des Anti-NATO-Blocks, an der sich nur einzelne Personen aus dem autonomen Spektrum beteiligten, daß die Autonomen sich an einer Demonstration gegen die NATO beteiligen könnten und einbezogen werden sollten. Aber solange sich die Autonomen auf den IWF-Gipfel vorbereiteten, fand das dortige Vorbereitungsplenum unsere Versuche, auch über die NATO zu reden, einfach nervig. Erst nach den IWF-Aktionen kam ihre Diskussion über eine Beteiligung an der Demo in die Gänge.

Anfangs traten nur wenige autonome Gruppen für eine Beteiligung ein; Hauptfürsprecher der Aktion im autonomen Lager waren Einzelpersonen und vor allem GALier, die heute in das autonome Lager hineinarbeiten und die in der Vorbereitung ein Stück Mittlerfunktion innehatten. Zunächst wurde sogar noch eingewandt, ob man nach den IWF-Erfahrungen, etc. mit dem KB oder der GAL überhaupt noch Bündnisse schließen solle. Später wurde diese Frage wegen der Beteiligung und des Einflusses von Sozialdemokraten auf die Demonstration gestellt.

Der Anti-NATO-Block war von vornherein dafür eingetreten, daß auch die Autonomen einen Redner und eine Vertretung in der Demoleitung bekommen müßten. Wenige Tage vor der Demonstration gab es dann doch noch einen Aufruf der Autonomen zur Demonstration. Wie die Beteiligung gezeigt hat, hatte schließlich die Demonstration im autonomen Lager eine große Anziehungskraft und die Demonstration bewies einmal mehr, daß gemeinsame linke Bündnisse für Repressionen des Staates viel schlechtere und für uns viel bessere Bedingungen schaffen.
meinsame linke Bündnisse für Repressionen des Staates viel schlechtere und für uns viel bessere Bedingungen schaffen.

Daß ein solcher Erfolg an der Politik der Autonomen gegenüber anderen Linken gar nichts ändern muß, zeigten die parallel und nach der Aktion laufenden Verhandlungen über die Palästina-Demo in Hamburg, wo die übliche Unterordnung unter ihre Vorstellungen (Boykottforderung) verlangt wird.

## GAL

Die GAL hat die Politik des Anti-NATO-Blocks bis hin zum gemeinsamen Anti-NATO-Aufruf von Anfang an entscheidend mitgetragen. Es gibt mit uns und der Friedenskoordination in Hamburg auch traditionell eine Zusammenarbeit. Im Friedensbereich der GAL gibt es nur noch so wenige aktive Personen (und bei der GAL kommt es mittlerweile auf Personen an, die sich um sowas kümmern), daß sie es gerade schaffen, eine solche Politik in der GAL abzusichern.

Das hat dazu geführt, daß diesmal trotz öffentlichen Distanzierungsdrucks nach der Demonstration in der GAL keine Gewaltdebatte geführt werden mußte, was ansonsten bei öffentlichem Druck die Regel ist.

Bedauerlicherweise läßt sich in der GAL diese Politik nicht auf andere Felder und Ebenen übertragen. Dieselben Personen, die für die Politik des Anti-NATO-Blocks gegenüber den Autonomen bei ihrer gleichzeitigen Einbeziehung ins Bündnis eingetreten waren, konnten sich bei der nächsten Demo in Hamburg, der Palästina-Demo, zu einer eigenständigen Politik nicht aufraffen. Es gab immerhin noch einen eigenen Aufruf der GAL, weil sie die Boykott-Forderungen der Autonomen nicht mit tragen kann. (6) Darüber hinaus ging nichts mehr, mit dem ausdrücklichem Argument, daß man es sich mit den Autonomen nicht verscherzen wolle.

### Karl-Heinz Roth: Über autonome Bündnispolitik

*„Der Antisowjetismus und Antikommunismus des Kalten Krieges verblaßt vor den ernsthaften Demokratisierungs- und Abrüstungsinitiativen der Gorbatschow-Ära. Wenn wir keine schwerwiegenden Fehler machen, haben wir durchaus Chancen, durch einen glaubwürdigen wie kompromißlosen Widerstand eine breite Massenbewegung gegen die Unterdrückungs-und Weltmachtstrategien der NATO-Technokraten zu entfachen.*

*Deshalb müssen wir aus der Vergangenheit lernen. Vor allem müssen wir bereit sein, bei der Planung unseres Widerstands alle Aspekte des neuen NATO-Kurses zu berücksichtigen, von der nuklearen Nachrüstung bis zu den neuen Strukturen des binnen-europäischen Staatsterrorismus. Es war falsch, daß wir bei der vergangenen Kampagne gegen die Westberliner IWF- und Weltbanktagung die neuen militärischen Programme zur Abstützung der globalen Schuldenpolitik ausgeklammert haben. Wir müssen den Kampf gegen den Staatsterrorismus aufnehmen, aber wir dürfen die Opposition gegen die gleichzeitige atomare wie konventionelle Nachrüstung nicht dem Monopol der pazifistischen Gruppen überlassen. Aber auch in die umgekehrte Richtung müssen wir Lernprozesse einfordern: die pazifistische Bewegung darf nicht länger zum innenpolitischen Staatsterrorismus schweigen. Auch wenn wir entschieden bereit sind zur Verbreiterung des antimilitaristischen Bündnisses, werden noch genug innere Widersprüche übrig bleiben. Aber wir haben einen übermächtigen Feind. Nur gemeinsam können wir ihn niederringen.*

*Gerade im Bewußtsein von der Bedeutung eines breiteren Bündnisses dürfen wir uns aber auch keine Illusionen machen. Die Geschichte des antimilitarischen Widerstands ist geprägt von sozialdemokratischen Vereinnahmungen. Die SPD — und in ihrem Schlepptau der sogenannte Realo-Flügel der Grünen — spekuliert darauf, den Kampf gegen die NATO zu spalten, indem sie begrenzte Abrüstungsvorschläge macht, ohne die europäische NATO-Struktur in Frage zu stellen. (...) Eine Verbreiterung des antimilitaristischen Bündnisses ist nur möglich, wenn sich alle Beteiligten darin einig sind, die sozialdemokratische Taktik des trojanischen Pferds gemeinsam zu vereiteln.*

*Der Kampf für Abrüstung und Frieden muß zum Teil unseres Kampfes werden. Aber er hat nur eine Perspektive, wenn er auf die Zerschlagung der NATO zielt."* (5)

## Und wir?

Und wir?

Last not least läßt sich in aller Bescheidenheit feststellen, daß der KB in einer solchen Bündniskonstellation mit anderen Kräften, der GAL, der Friedenskoordination, den Gewaltfreien und anderen, wieder einmal eine nicht ganz unbedeutende Rolle gespielt haben. Aber sooo einfach ist es eben nicht: Die Auswertung und gerade die Nachbereitung macht wohl deutlich, daß man auf diesem Wege leider nicht einfach fortfahren kann. Es zeigt sich einmal mehr, daß nicht die konsequente Politik der beteiligten Bündnispartner sondern mehr ein besonderes Ereignis, hier die NATO-Parlamentsversammlung, die Voraussetzungen geschaffen hatte, eine gemeinsame Aktion der gesamten Hamburger Linken trotz großer politischer Differenzen zustandezubringen.

**HH**

**Anmerkungen**

1 Stellungnahme des SPD-Kreises Nord zur Demonstration am 17.11.1988, vorgelegt auf der Forumssitzung vom 8.12.88

2 Stellungnahme der Friedensinitiative Langenhorn, vom 3.12.88; Dirk Schlie: Gedanken zur NATO-Demonstration und zur weiteren Arbeit des Hamburger Forums

3 7000 Exemplare eines Flugblattes mit dem Titel *„Polizei-Chaoten greifen das Demonstrationsrecht an!"* verteilten in Rahlstedt gemeinsam, die FI Rahlstedt, die Gewaltfreie Aktionsgruppe, Handwerker für den Frieden, der Motorradklub Kuhle Wampe, DKP-, SDAJ- und GAL-Gruppen der umliegenden Bezirke.

4 Entwurf für eine „Diskussionsgrundlage für eine Auswertung der Friedensaktionen zur Nordatlantischen Versammlung", vorgelegt und unterschrieben von den meisten Mitgliedern des zentralen Forumsgremiums.

5 Karl-Heinz Roth, Auszug aus dem Redetext für die Demonstration am 17.11. in Hamburg. Die Rede konnte auf dem Rathausmarkt nicht mehr gehalten werden, nachdem die Polizei die Kundgebung aufgelöst hatte. Der vollständige Redetext ist im Anti-NATO-Info 4 abgedruckt. (bei uns erhältlich)

6 Allerdings bestand der „eigene" Aufruf lediglich darin, das Flugblatt des Bündnisses bis auf die neun Zeilen mit dem Boykott-Aufruf zu übernehmen.

# „Ausländer altern eben schneller als Deutsche“

## Personalpolitik im Zeichen der Arbeitslosigkeit

Dieser Ausspruch eines der Geschäftsführer des Hamburger Aluminium Werkes (HAW) brachte 1987 das berühmte Faß zum überlaufen.

Gesagt wurde dieser Satz in einem Gespräch zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsführung, in dem es um die Personalpolitik der HAW ging. Der Betriebsrat hatte gefragt, ob bei HAW eigentlich grundsätzlich keine ausländischen Arbeiter mehr eingestellt werden sollen. Vorausgegangen war dieser Frage eine vom Betriebsrat durchgeführte Untersuchung von Bewerbungsunterlagen für sieben Arbeitsplätze im Produktionsbereich. Nach Schätzung des BR hatten sich ca. 100 Kollegen vorgestellt und die Personalbögen ausgefüllt.

Vorgelegt wurden dem BR nur die Bewerbungsunterlagen von 22 Kollegen. Dies sei die „engere Wahl“ und alle anderen Unterlagen seien leider schon vernichtet worden, wurde von der Personalabteilung mitgeteilt.

Die Daten dieser Kollegen der „engeren Wahl“ wurden nun vom BR analysiert und das Ergebnis in einem Betriebsrats-Info den HAW-Kollegen mitgeteilt.

Aus diesem Info soll hier etwas ausführlicher zitiert werden:

### Sag mir, woher du kommst, und ich sag dir, ob du Arbeit bekommst!!

*„Unter den Bewerbern der ‚engeren Wahl‘ war nicht ein Kollege aus Jugoslawien, der Türkei oder Tunesien. Die Ursachen dafür sind uns nicht bekannt. Dafür wissen wir aber genau, woran es nicht liegen kann:*

*Es gibt genug ausländische Kollegen, die arbeitslos sind. In einem Bericht der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde wurde die Zahl von 16,2% genannt (der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit liegt bei 10%).*

*Es dürfte einleuchtend sein, daß dieser Aspekt der Einstellungspolitik bei HAW von den ausländischen Kollegen sehr genau beobachtet wird. Die Geschäftsfüh-*

*nau beobachtet wird. Die Geschäftsfüh-*

*rung beteuert zwar mit schönen Worten immer wieder, daß ‚man nichts gegen die ausländischen Mitarbeiter habe‘ — nur eingestellt werden eben keine mehr!*

*Dadurch fühlen sich viele Kollegen benachteiligt und in ihrer Arbeit bei HAW herabgesetzt.“*

**Der ideale HAW-Arbeiter**

*„Alle von uns genannten Punkte ergeben folgendes Bild des idealen HAW-Produktionsarbeiters:* **Facharbeiter,**
**nicht älter als 30 Jahre,**
**beinahe krankhaft gesund**
*(so wurde z. B. ein Kollege mit Heuschnupfen deswegen nicht eingestellt)*
**und ... Deutscher.**

*Bei diesen ganzen Voraussetzungen würden nach unseren Schätzungen rund 90% aller HAW-Kolleginnen und Kollegen heute auf keinen Fall eingestellt werden.* **Aber das kann ja jeder für sich selbst mal überprüfen!!!!!!**

**Alt (über 35 Jahre) + ungelernt = chancenlos???**

*„Diese Frage hat sich der BR am Anfang dieser Untersuchung gar nicht gestellt. Erst als wir erfuhren, welche Vorauswahl HAW schon getroffen hatte, wurde uns klar: von den 22 Kollegen der ‚engeren Wahl‘ haben 19 eine handwerkliche Ausbildung. Nur drei waren ohne Berufsausbildung.“*

Arbeiten sollten diese Kollegen an Arbeitsplätzen, von denen die HAW-Personalabteilung heute behauptet, sie erforderten eine Einarbeitungszeit von ca. 16 Wochen.

*„Noch unglaublicher wird die HAW-Personalpolitik, wenn man sich das Alter der Bewerber ansieht: von den 22 Kollegen waren allein 12 in der Altersgruppe bis 25 Jahre. Nur zwei der Bewerber der „engeren Wahl“ waren über 35 Jahre alt!!*

*Nehmen wir mal an, es handelt sich bei diesen Tatsachen nicht um beinahe unglaubliche Zufälle. Damit hätte die Personalleitung in sehr eindrucksvoller Weise gezeigt, was sie von den Leistungen ungelernter HAW-Kollegen im Alter über 35 Jahre hält: offenbar so gut wie nichts! Eine andere Erklärung haben wir nicht.“*

**Die Kollegen werden „durchleuchtet“**

*Mit fast allen Mitteln versucht HAW den Gesundheitszustand der Bewerber zu erkunden. Die Kollegen müssen eine Bescheinigung ihrer Krankenkasse vorlegen, aus der die Zeiten von Arbeitsunfähigkeit hervorgeht! Selbstverständlich ist das ‚freiwillig‘ — keiner zwingt die Kollegen dazu. Nur bekommen sie ohne diesen Zettel bei HAW keine Arbeit!!...“*

Soweit das Betriebsrats-Info von 1987. Im Betrieb war die Meinung, besonders was den Teil zur Einstellung von ausländischen Kollegen betraf, gespalten. In vielen Gesprächen mußte nun versucht werden, der Spaltung entgegenzuwirken, indem man die Personalpolitik als einheitliches Paket betrachtete und die gesamten Einstellungsvoraussetzungen bei HAW angriff. Denn es betrifft ja wirklich jeden!
— den deutschen Kollegen ohne Berufsausbildung,
— den gesundheitlich angeschlagenen Facharbeiter,
— alle, die älter als 35 Jahre sind
— und den Arbeitsimmigranten.




Foto: M. Stroux

Foto: M. Stroux

Wo die Gespräche vor diesem Hintergrund geführt wurden, gelang es, bei den Kollegen zumindest Verständnis für die Position des BR zu erwecken.

Damit war das eigentliche Problem natürlich noch längst nicht vom Tisch:
Wie kann man diese Personalpolitik positiv verändern? Diese Frage stellte sich der BR immer wieder. Gutes Zureden in Gesprächen mit der Geschäftsführung hatte natürlich keinen Erfolg. Warum sollten sich auch die Kapitalisten ohne Not von einem Betriebsrat in ihre Geschäftspolitik reinreden lassen? Es mußte also ein anderer Ansatzpunkt gefunden werden.

### „Niemand darf wegen ... seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“

(Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz)

Ein wunderschöner Satz, den sich die BRD in ihr „Stammbuch“ geschrieben hat. — Aber gilt er auch in den Betrieben? Eine berechtigte Frage, die sich der Betriebsrat stellte, als er wieder einmal feststellen mußte, daß bei beantragten Neueinstellungen kein ausländischer Kollege berücksichtigt wurde. So wurde einer Einstellung mit der Begründung widersprochen, sie verstoße gegen geltendes Recht (Art. 3 GG). Der Kollege wurde trotzdem eingestellt, da der Kapitalist nach §100 BetrVG dazu das Recht hat. Nur ist er gezwungen, sich die Zustimmung des Betriebsrates durch Beschluß eines Arbeitsgerichtes ersetzen zu lassen, wenn er diese Maßnahme (Einstellung) für dringend erforderlich hält. Damit war das Problem erstmal aus dem Betrieb heraus in ein Gericht hineinverlagert worden. Am 16.2.88 war dann die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht.

### Das Urteil: spitzfindig, aber nicht unlogisch!

In seinem Urteil zog sich der Arbeitsrichter nicht ungeschickt aus der etwas heiklen Affäre, indem er den Knackpunkt der Benachteiligung von Ausländern folgendermaßen umsegelte. Aus dem Urteil:
*„In der Einstellungsmaßnahme selbst liegt kein Verstoß gegen das Grundrecht der Gleichberechtigung gemäß Art. 3 Grundgesetz, also auch kein Gesetzesverstoß im Sinne von §99 BetrVG. Der Einstellungsvorgang als solcher begünstigt zwar den eingestellten Mitarbeiter, stellt aber* **keine im Sinne von Art. 3 Grundgesetz diskriminierende Maßnahme gegenüber Ausländern dar, denn der Nachteil der Nichteinstellung trifft alle übrigen 71 Bewerber, also auch die Deutschen ...“**

Mit anderen Worten: Es wurden auch deutsche Bewerber benachteiligt, weil ja von 72 Personen nur eine eingestellt wurde. Eine besondere Benachteiligung von Ausländern fand deshalb nicht statt!

Der Tanz auf der Nadelspitze ist Ihnen gelungen, Herr Richter!

**Wenn man die Begriffe „Ausländer“ und „Deutsche“ gegen „Frauen“ und „Männer“ ausgetauscht hätte, so wäre die Betroffenheit über dieses Urteil wohl um einiges größer gewesen!**

### Die „Flucht“ in die Öffentlichkeit — Der Betriebsrat wehrt sich.

Es war eigentlich klar, daß es mit einer Runde vor dem Arbeitsgericht nicht getan sein würde. Deshalb wurde gegen das Urteil Beschwerde vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg eingelegt. Zu diesem Verhandlungstermin mobilisierte der Betriebsrat mit einer Presseerklärung, in der das Problem erklärt wurde:

*„... Die ausländischen Kollegen wollen hier ein normales Leben führen können. Sie wollen keine Sonderabteilung auf dem Arbeitsmarkt für billige untertarifliche Lohnarbeit sein. Die Aussortierung auf dem Arbeitsmarkt wegen ihrer Nationalität verletzt ihre Menschenwürde und ihre Existenzrechte.*

*HAW ist sicher nicht der einzige Betrieb in Hamburg, der diese Sorte Diskriminierung betreibt. Wir als Betriebsrat, in dem sieben deutsche und vier ausländische Kollegen zusammen die Interessen der bei HAW beschäftigten Arbeiter und Angestellten vertreten, finden uns mit dieser Politik nicht ab. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, um auf diese Diskriminierung aufmerksam zu machen.*

*Die Unternehmer dürfen damit nicht durchkommen. ...“*

Am 5.8.88 ging es dann in die zweite Runde, diesmal vor dem LAG.

Inzwischen war einiges passiert. Dem Betriebsrat wurde vom Personalleiter ein interner Personalbericht auf den Schreibtisch gelegt — und dort vergessen. Selbstverständlich wurde dieser Bericht umgehend zurückgegeben — nachdem man ihn kopiert hatte. In diesem Papier war nun genau das zu lesen, was der Betriebsrat bisher nur vermuten konnte. Unter anderen sehr interessanten Sachen war auch ein Absatz über die Abfindungspolitik der HAW zu lesen:

*„Deshalb darf die personalpolitische Bewertung der Abfindung ausländischer Mitarbeiter sich wohl allein beschränken auf die richtige und vorrangige Feststellung, daß der direkte Aufwand für diesen Zweck sich rechnet und damit gerechtfertigt wird, weil nicht nur alle Ausgeschiedenen* **durch jüngere, auf ihre Gesundheit extrem sorgfältig geprüfte deutsche Mitarbeiter ersetzt werden,** *sondern auch darin, daß dadurch künftig sicher zu erwartenden Problemen des Durchschnittsalters, der Leistungsminderung und der Fehlzeiten begegnet wird.“*

Diesen Satz muß man sich, nicht nur wegen seiner Länge und Verschachtelung, wirklich zweimal durchlesen...

Mit diesem Auszug aus dem internen Papier der Personalabteilung wurde der Richter in der Verhandlung vom BR konfrontiert. Der Kommentar des Richters dazu: *„Eine Personalpolitik, bei der sich die Nackenhaare sträuben.“* Der Personalchef Dr. Rothe, der Urheber dieses Schriftstückes, erschien leider etwas verspätet im Gerichtssaal. Er konnte sich erst nicht recht entscheiden, ob er darüber empört sein sollte, daß der BR seinen Bericht besitzt oder ob er die Autorenschaft abstreiten sollte. Vorsichtshalber tat er beides.

Angesichts der „in diesem Fall denkbar schwierigen Rechtslage“ mochte der Richter am 5.8. kein Urteil sprechen. Das Verfahren wurde dann am 4.11. fortgesetzt.

### Kein Urteil! Betriebsrat zieht seinen Widerspruch zur Neueinstellung zurück!

Was war passiert? Der Betriebsrat hatte einer Einstellung widersprochen, weil er ausländische Bewerber benachteiligt sah. Der Kollege wurde aber trotzdem von HAW eingestellt. Nach dem Gerichtstermin am 4.11. bestand nun die „Gefahr“, daß der BR den Prozeß gewinnt. Das klingt zwar absolut bescheuert, ist es aber nicht! Wenn der BR gewonnen hätte, wäre es für den Kollegen, der inzwischen schon über ein Jahr bei HAW gearbeitet hat, schlimm gewesen. Er hätte entlassen werden müssen! Dies war nie das Ziel des Betriebsrates, wäre aber das Ergebnis! Deshalb dieser „Rückzieher“.

Es ist nun nicht so, daß der BR von diesen Konsequenzen überrascht wurde. Die waren schon vorher klar. Trotzdem war dieses Verfahren sinnvoll, denn die Alter-

dieses Verfahren sinnvoll, denn die Alter-

native dazu wäre nur ohnmächtige Wut gewesen! So konnte wenigstens erreicht werden, daß dieser alltägliche Skandal an die Öffentlichkeit kommt und dieses Problem vielleicht auch in anderen Betrieben diskutiert wird!

Denn nur durch den offensiven Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, wo immer sie sich zeigt, können die Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen erfolgreich sein.

**Wie das Beispiel HAW zeigt, sitzen wir wirklich alle in einem Boot!**
**— Die älteren deutschen Facharbeiter.**
**— Die Arbeiter ohne Ausbildung.**
**— Die Frauen.**
**— „Leistungsgeminderte“.**
**— Ausländische Arbeiter.**
Irgendwann gehören wir alle zu einer dieser Gruppen!

**J., Hamburg**

# Nazi-Terror und Polizeiüberfall auf Jugendzentrum in Bergedorf

Die militante Neonazi-Szene Hamburgs besteht zum einen aus der FAP, zum anderen aus einem äußerst diffusen Spektrum aus Skinheads, rechtsradikalen Fußballfans („Hooligans“) und ausländerfeindlichen Jugendlichen mit zwar geringen direkten Kontakten zur FAP, aber beeinflußt von deren Propaganda. Diese (wenn auch nicht unbedingt glatzköpfige) „Skinszene“ terrorisiert verschiedene, zumeist außerhalb der Innenstadt gelegene Stadtteile. Die Bergedorfer rechte Szene rückte in die Schlagzeilen der Hamburger Zeitungen, nachdem Ende Oktober Skinheads eine Türkin auf der Straße zusammengeschlagen, vor ein fahrendes Auto geworfen und anschließend versucht hatten, einen der alarmierten Zivilfahnder zu überfahren. Brutalität und Dreistigkeit des Überfalls sind spektakulär, doch kein Einzelfall im Raum Bergedorf/Lohbrügge. Eine Chronik des Jahres 1988 beinhaltet FAP-Klebeaktionen, NPD-Treffen, Skinheadüberfälle auf Veranstaltungen und auf das Bergedorfer Jugendzentrum, Prügeleien auf Festen und in der S-Bahn und immer wieder Prügelangriffe gegen Türken. Häufiger Ausgangspunkt dieser Aktivitäten ist das „Bürger- und Jugendhaus“, eine Art „CDU-Jugendzentrum“, dessen Schließung schon längst überfällig ist. Die Verbindungen innerhalb dieses breiten rechten Spektrums schätzt die Bergedorfer Antifa wie folgt ein: *„Rechts zu sein, ist für viele einfach ‚in‘. Daher ist auch die ‚Szene‘, zu der Skinheads, Rollerfahrer, Hooligans und aufgestylte Bürgersöhne und -töchter gehören, nicht mehr einheitlich organisiert, sondern vielschichtiger und leider wesentlich umfangreicher geworden, was eine genaue Einschätzung der Situation erschwert. So existieren in Bergedorf mehrere unterschiedliche Gruppen, mit einem Kern von je ca. 20 Leuten, die aber über Cliquen, Freundschaften, Treffpunkte oder Feten miteinander verbunden und verzahnt sind, plus einem kaum überschaubaren Umfeld. Das Alter der meisten bewegt sich zwischen 16 und Anfang 20. (...) Fester Bestandteil dieser Szene sind aktive FAPler und andere bekannte Neonazis, die, wenn sie nicht einer Gruppe fest zugehörig sind, jedoch zumindest Kontakt (...) halten.“* (Bergedorfer Antifa-Info, November 1988)

Auf ein von dieser „rechten Jugendkultur“ beeinflußtes Klima trifft am 12.11.88 eine Antifa-Demo aus Anlaß des Skinhead-Überfalls zwei Wochen zuvor. Die Demo mit mehreren hundert TeilnehmerInnen — und wohl auch ebensoviel Staatsmacht — verläuft ohne größere Zwischenfälle. Die vorgesehene Demoroute wird aufgegeben und die bekannten Faschistentreffpunkte umgangen, an denen Skinheads (mit auswärtiger Verstärkung) den Demozug erwarten. Im Verlauf des Tages patrouillieren Gruppen von türkischen Jugendlichen durch den Stadtteil, um sich gegen die Skinheads zu wehren, die gleichzeitig in Kübelwagen, faschistische Parolen gröhlend, durch Bergedorf fahren. Als am späteren Abend die Scheiben in einer als Nazitreff bekannten Spielhalle klirren, sind augenblicklich Zivilfahnder zur Stelle, die sich zur Überprüfung von Skinheads in der Spielhalle aufgehalten haben sollen. Sie verhaften 15 Menschen von der Straße weg als mutmaßliche Täter. Anschließend, „legitimiert“ durch die Verfolgung der Täter, wird das Bergedorfer Jugendzentrum „Café Flop“ ausnahmsweise nicht von Skinheads, sondern von der Polizei gestürmt, und weitere sechs Menschen werden willkürlich festgenommen. Sie werden im grellen Licht der Bullenscheinwerfer vor die Tür geschleift und dabei von einem feixenden Skinhead-Videoteam abgefilmt.

**Antifa AG, KB Hamburg**

# § 129a: Die Kriminalisierung der Linken in München

Ein am 6.11.88 eröffnetes 129a-Verfahren gegen zwei Leute aus der Münchener autonom/antiimperialistischen Szene ist der vorläufige Höhepunkt einer (fast) beispiellosen Kriminalisierungswelle gegen die radikale Linke in Bayern.

Ungefähr zeitgleich mit dem Niedergang der WAA-Bewegung Ende 1986 begannen die Staatsschützer von den Ordnungsämtern einzelner Städte bis hinauf zum bayerischen Innenministerium in enger Zusammenarbeit mit LKA, BKA und Bundesanwaltschaft jede Aktivität, die im weitesten Sinne mit „militantem Widerstand" in Verbindung gebracht werden könnte, zu verfolgen. Die zahlenmäßig ziemlich schwache radikale Linke der Landeshauptstadt traf es dabei am härtesten.

### Aktion Herbststurm

Ausgangspunkt der Repressionswelle in München und Anklagegrund des jetzt laufenden 129a-Prozesses war der Versuch, im November 1986 eine öffentliche „Informationsveranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin" durchzuführen.

Die jetzt Angeklagte Janin hatte den Saal der Wirtschaft „Zunfthaus" angemietet. Zum vorgesehenen Beginn der Veranstaltung um 19 Uhr des 4.11.86 hatten sich trotz beachtlicher Polizeipräsenz in der Umgebung 112 Leute im Veranstaltungssaal versammelt. Wenige Minuten nach 19 Uhr stürmten starke Polizeikräfte das „Zunfthaus" und hinderten die Anwesenden am Verlassen des Lokals. Vor und in der Umgebung des Gasthauses wurden Kontrollstellen errichtet. Das ganze nannte sich „Aktion Herbststurm". Der Großeinsatz mit 350 Polizeibeamten erwies sich im Nachhinein als konzertierte Aktion der Bundesanwaltschaft (BAW), des bayerischen LKA und des BKA in Zusammenarbeit mit der für Veranstaltungsverbote zuständigen städtischen Behörde, dem Kreisverwaltungsreferat (KVR) der Stadt München. Erst als mindestens so viele Polizisten wie Veranstaltungsbesucher im Saal waren, verkündete ein Polizeisprecher, daß die Veranstaltung auf Beschluß des KVRs hin verboten sei und daß sich alle einzeln zur Personalienkontrolle in die vor dem Haus befindliche Kontrollstelle zu begeben hätten. Dort wurden neben der Personalienfeststellung auch die Kleidung und Taschen der VeranstaltungsteilnehmerInnen durchsucht. Acht Menschen wurden festgenommen, darunter Janin und Wolli, die jetzt wegen 129a vor Gericht stehen. Alle Adressen und Telefonnummern wurden notiert. Das gleiche Schicksal ereilte 87 weitere Personen in der näheren Umgebung des „Zunfthauses", wo zwei weitere Kontrollstellen eingerichtet waren.

Grund für diesen Großeinsatz: Die BAW hatte nach Erscheinen des Veranstaltungsflugblattes ein Ermittlungsverfah-

Grund für diesen Großeinsatz: Die BAW hatte nach Erscheinen des Veranstaltungsflugblattes ein Ermittlungsverfah-

ren nach § 129a gegen die unbekannten VerbreiterInnen eingeleitet, wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Ebenfalls noch Ende Oktober erhielt die BAW die Genehmigung für die Einrichtung von Kontrollstellen nach § 11 StPo. Die mit der Errichtung der Kontrollstellen beauftragte Kriminalpolizei setzte sich daraufhin mit dem Münchner Kreisverwaltungsreferat in Verbindung, um ein Veranstaltungsverbot zum richtigen Zeitpunkt sicherzustellen. Also ohne vorherige Veröffentlichung der Verbotsverfügung. Das KVR kam dieser Bitte nach, obwohl Name und Anschrift der Mieterin der Räume bekannt waren. Auf eine Anfrage der Fraktion der Grünen/Alm München hin, erklärte das KVR am 13.9.88, daß kein Kontakt mit der Raummieterin aufgenommen wurde, weil *„die Identität zwischen Anmieterin und verantwortlichem Veranstalter nicht ersichtlich war"*. Und: *„Nach Erfahrungen der Sicherheitsbehörden werden bei Veranstaltungen dieser Art zur Abwicklung organisatorischer Aufgaben durchwegs unbekannte Personen vorgeschoben, die keinen Rückschluß auf die wahren Veranstalter zulassen."*

### Verbote — Behinderungen — Kriminalisierungen

Daß der „Herbststurm" aufs Münchner „Zunfthaus" kein Einzelfall ist, zeigen die folgenden Beispiele.

**13.3.87** In der Münchner Szenekneipe „Café Normal" soll eine Informations-und Diskussionsveranstaltung zur Lage der palästinensischen Revolution stattfinden. Als sich kurz nach 19 Uhr ca. 30 VeranstaltungsteilnehmerInnen dort versammelt haben, stürmt die Polizei die Kneipe. Von einem Verbot der Veranstaltung war bis dahin nichts bekannt. Die 30 Leute werden von ca. 150 Polizisten eingekesselt, bevor ihnen mitgeteilt wird, die Veranstaltung sei mit Beschluß des KVR vom gleichen Tag verboten. Alle Anwesenden werden aufgefordert, sich in die Kontrollstelle vor der Kneipe zur Personalienaufnahme und Durchsuchung zu begeben. Parallel zeichnet die Polizei mit Kameras und Mikrofonen jede Regung der in der Mitte der Kneipe Eingekesselten auf.

Wieder die perfekte Zusammenarbeit von BAW, BKA, LKA und KVR. Wieder kein Versuch, das Verbot vor dem Überfall z.B. der Kneipenwirtin mitzuteilen. Wieder ist es das Einladungsflugblatt, gegen dessen UrheberInnen ein Ermittlungsverfahren wg. 129a eingeleitet wird, das wiederum einzige Begründung der Verbotsverfügung des KVR wird.

Alexander Prechtel, Sprecher des BAW, (zit. nach SZ vom 15.3.) schlägt den Bogen RAF-Palästina: „Im Januar 87 sei der BAW ein Exemplar der ‚Untergrundzeitschrift' Zusammen Kämpfen in die Hände gefallen. Ein Blatt, das nach den Erkenntnissen der BAW ‚aus dem inneren Kreis der RAF stammt'. In dieser Ausgabe sei den LeserInnen (= RAF-Sympis) nahegelegt worden, Solidaritätsveranstaltungen zum Befreiungskampf der palästinensischen Revolution durchzuführen. Wörtlich stünde in Zusammen Kämpfen: ‚Deren Kampf ist unser Kampf'." Aus dem Münchner Einladungsflugblatt geht nach Prechtel hervor, „daß diese Untergrundschrift den Leuten vorgelegen hat und sie versuchen, das in die Tat umzusetzen".

**26.2.88** An diesem Tag sollte in der Münchner Gaststätte „Maischenke" eine Informationsveranstaltung unter dem Titel „Feyka Kurdistan informiert — die Verfolgung der Kurden in der BRD ..." stattfinden. Die Veranstaltung wird nach bekanntem Muster von der Polizei kurz vor Beginn gestürmt, die 20 Anwesenden werden ausgiebig gefilmt und photographiert.

Dem Einsatz lag ein Ermittlungsverfahren der Münchner Staatsanwaltschaft gegen die UrheberInnen des Einladungsflugblattes zugrunde. Sie sollen die BRD gem. § 90 StGB beschimpft oder verächtlich gemacht haben, weil sie behauptet haben, das türkische Militär habe 1980 unter maßgeblicher Beteiligung der BRD geputscht und beteilige sich an Geheimdienstintrigen gegen Kurden. Aufgrund dieses Ermittlungsverfahrens erfolgte das Verbot des Kreisverwaltungsreferats.

**Am 5.5.88** sollte die gesprengte Kurdistan-Veranstaltung wiederholt werden. Aufgrund kritischer Stimmen in der Öffentlichkeit findet das KVR diesmal einen Veranstalter heraus. Es gibt Schwierigkeiten. Grund ist ein Flugblatt der ERNK, die mit der Feyka-Kurdistan identisch sein soll. Die Veranstaltung wird mit di-

ten. Grund ist ein Flugblatt der ERNK, die mit der Feyka-Kurdistan identisch sein soll. Die Veranstaltung wird mit di-

versen Auflagen dann doch genehmigt.

Auf Intervention des bayerischen Innenministeriums macht die Regierung von Oberbayern von ihrem Selbsteintrittsrecht Gebrauch und verbietet die Veranstaltung. Die Veranstalter erhalten das schriftliche Verbot um 18.30 Uhr. Zwei Stunden später hebt das Verwaltungsgericht das Verbot wieder auf. Trotzdem behindert die Anti-Terror-Einheit der bayerischen Polizei (USK) die wartenden BesucherInnen weiter. Schließlich bittet der völlig entnervte Wirt die Veranstalter, das Ganze abzusagen.

Daß diese Verbots- und Behinderungspraxis nicht auf die autonom/antiimperialistische Szene beschränkt blieb, zeigen die wesentlich bekannter gewordenen Aktivitäten gegen die Anti-AKW-Bewegung (Buko-Verbot in Regensburg Nov. 86, Buko-fast-Verbot in Nürnberg Jan. 87), aber auch gegen Kritiker der Gentechnologie (Fast-Verbot einer Großveranstaltung in München am 7.7.88) und natürlich gegen Kritiker des bayerischen Repressionskurses (Verbot der Großveranstaltung „Tour de Terror" am 9.3.88 in München). In allen diesen Fällen war der Vorwurf die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (z.B. Rote Zora), die Befürwortung von Gewalttaten (geplanter Auftritt der Frankfurter Lupus-Gruppe bei Tour de Terror bzw. mögliche Äußerungen in dieser Richtung von TeilnehmerInnen der Buko).

### Der Prozeß

Die Ermittlungsverfahren nach § 129a, die zu den Veranstaltungsverboten/-auflösungen geführt haben, haben jetzt ihre Fortsetzung in den Verfahren nach § 129a gegen Janin und Wolli.

Der Vorwurf ist bei beiden die Vorbereitung der „Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen". Bei Wolli kommt noch „erschwerend" das Befestigen eines Transparents hinzu, dessen Inhalt den § 129a erfüllen soll. Es geht um die Inhalte einer Veranstaltung, die nie stattgefunden hat. Die einzige „Beweisgrundlage", daß auf dieser Veranstaltung eine „Unterstützung der RAF" stattfinden sollte, ist das Aufrufflugblatt.

Janin und Wolli kann allerdings nicht Urheberschaft oder Vertrieb des Flugblatts nachgewiesen werden. Dazu RA Moos auf einer Veranstaltung am 15.11.88: *„Die Feststellung, daß der Kampf für Zusammenlegung ‚Bestandteil vieler Kämpfe' sei, ist nach Auffassung (...) des Ermittlungsrichters Gollwitzer vom BGH der erste Beleg dafür, daß das Ziel der Veranstaltung eine Werbung für die RAF gewesen sei.*

*Zweiter Beleg ist folgende Passage aus dem Flugblatt, mit der als Ziel der Kollektivität beschrieben wird: ‚Zum Angriff kommen — nicht zu einem einzigen, sondern als dauernder, gemeinsamer Prozeß der politischen Bestimmung und Aktion. Sie existiert nur im Kampf, und nur gegen Herrschaft und Unterdrückung ist sie zu entwickeln'. Ohne eine Wort der Begründung wird diese Passage (...) in der Anklage als Beleg dafür zitiert, daß mit der Veranstaltung eine propagandistische Unterstützung der RAF beabsichtigt gewesen sei. (...) Damit werden wesentliche Bestimmungen jeglichen fundamentaloppositionellen Handelns wie ‚Kollektivität' oder als deren Ziel ‚Kampf gegen bestehende Herrschaft und Unterdrückung' durch Organisationsbezug auf die RAF unter Strafe gestellt. Dieselbe Methodik für die weitere Feststellung im Flugblatt, daß trotz des ‚qualitativen Schritts des Widerstands (während des Hungerstreiks 84/85) die Zusammenlegung nicht durchgesetzt wurde'. Aus dieser Passage zog der Ermittlungsrichter Gollwitzer folgenden Schluß: Der ‚qualitative Schritt des Widerstands draußen' kann in diesem Zusammenhang nur als die Umschreibung des Mordes in Gauting vom 1.2.85 an (...) Ernst Zimmermann durch das Kommando Patsy O'Hara der ‚RAF' verstanden werden.'*

*Daß damit auch — viel naheliegender — u.a. eine während des Hungerstreiks in München durchgeführte Veranstaltung und eine Kundgebung vor der Untersuchungshaftanstalt Stadelheim als Beispiele für zahlreiche andere Aktionen verstanden worden sein könnten, wird trotz Kenntnis dieser Aktionen im einzelnen unterschlagen.*

*Nachdem aus dem Flugblatt zitiert wird, daß durch den Widerstand imperialistische ‚Krisen und Kriegsprojekte wie Gen- und Hochtechnologie, Zivil- und militärisches Atomprogramm, Volkszählung und Asylrecht demaskiert' werden, wird*

*litärisches Atomprogramm, Volkszählung und Asylrecht demaskiert' werden, wird*

*daraus der Schluß gezogen, daß dies nichts anderes bedeute als eine Identifizierung mit den Anschlägen auf Beckurts, das Fraunhofer-Institut (...), die Fa. Dornier in Immenstadt sowie ‚weitere Anschläge in jüngster Vergangenheit'."*

Das paßt in die Bemühungen, seit dem Hungerstreik 84/85 die Zusammenlegungsforderung prinzipiell als Unterstützungshandlung zu kriminalisieren. Nach einem BGH-Urteil von 1987 sei mittlerweile (seit dem Hungerstreik) klar, daß mit der Forderung nach Zusammenlegung ein Anliegen der RAF und damit deren organisatorischer Zusammenhalt gefördert werde.

Im Münchner Prozeß dürfte es den Strafverfolgern bei Wolli noch relativ leicht fallen, dieses — absurde — Konstrukt anzuwenden, immerhin enthielt das von ihm angebrachte Transparent die Zusammenlegungsforderung und den Satz: *„Mit unseren GenossenInnen in den HS-Trakten kämpfen wir gegen das NATO-Europa um Befreiung."*

Den „Beweis", daß es auch Janin darum gegangen sei, die RAF organisatorisch zu unterstützen, holten sich die Ermittler aus ihrer Wohnung. Nach Sichtung des „Schriftmaterials" aus Janins Wohnung kam die Staatsanwaltschaft zu einem eindeutigen Ergebnis: *„Das fortdauernde Interesse der Angeschuldigten an der Anschlagstätigkeit der ‚RAF'* (z.B. Pressedokumentationen; Anm. AK) *(...) belegt, daß es ihr bei der Organisation der Veranstaltung vom 4.11.86 nicht um ein humanitäres Anliegen ging, sondern daß es ihr darum zu tun war, unter dem zugkräftigen Motto ‚Veranstaltung über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD' für diese terroristitische Vereinigung propagandistisch zu werben und bei den Teilnehmern Sympathien für die RAF zu fördern und Bereitschaft für deren weitere Unterstützung zu erzielen."* (aus der Anklageschrift) Das Urteil wird ab Mitte Dezember erwartet.

### Kriminalisierung der ProzeßbesucherInnen

Der Prozeß gegen Janin und Wolli läuft unter stammheimlichen Bedingungen. Das Oberlandesgericht München ist an jedem Prozeßtag mit mehr als einer Hundertschaft Polizei bestückt, ProzeßbesucherInnen werden Personalien überprüft und durchsucht. Störer werden im besten Falle mit Saalverweis davonkommen. Ein Zwischenruf während der Verhandlung Anfang November brachte dem Rufer drei Tage Ordnungshaft ein.

Das Aufrollen eines Transparents auf dem Weg vom Gericht ins nahegelegene „Café Normal" am 10.11. führte zum Stürmen der Kneipe durch die Bullen. Der Grund war exotisch. Es handele sich beim „Café Normal" um einen *„verrufe-*

Grund war exotisch. Es handele sich beim „Café Normal" um einen *„verrufe-*

*nen Ort"* im Sinne des Polizeiaufgabengesetzes, was zum Eindringen und zur Personalienfeststellung ermächtigt.

Der Versuch, mit bundesweiter Unterstützung eine Veranstaltung „zum laufenden Verfahren gegen Janin und Wolli" für den 15.11. durchzusetzen, schlägt fehl. Das Kreisverwaltungsreferat verbietet die Veranstaltung zwar nicht, diktiert aber einen unannehmbaren Auflagenkatalog. So wird z.B. die Teilnehmerzahl auf höchstens 198 Leute begrenzt, obwohl das ganze als Großveranstaltung konzipiert ist. Außerdem wird diktiert, daß mehrere Polizeibeamte anwesend sein müßten, um alles, was geredet wird, mitschneiden zu können. Die Gerichte bestätigen die Auflagen. Die Veranstaltung findet als Fete an einem anderen Ort am gleichen Abend etwas verspätet mit gut 500 TeilnehmerInnen statt.

Am 8.12. verkündet die Polizei den auf Einlaß vor dem Gerichtsgebäude wartenden BesucherInnen, sie bildeten eine unerlaubte Versammlung. 30 Sekunden später wird eingegriffen, 6 Leute werden wg. Widerstand und Beamtenbeleidigung festgenommen.

Was sich in München und in Rest-Bayern abspielt, sind keine „bayerischen Verhältnisse", als Ausdruck besonders reaktionärer Provinzialität, es ist viel eher Ausdruck des modernen Rechtsstaats, der sich in Bayern nur etwas leichter tut, als in anderen Bundesländern. Der Trend, die Gesinnung zu bestrafen, ist keine bayerische Spezialität. Und damit bei den Autonomen/Antiimperialisten anzufangen schon gar nicht. Zerschlagen werden soll jeder Politik-Ansatz, der sich nicht an die herrschenden Spielregeln hält. Vorläufig sind die Opfer besonders die Autonomen/Antiimperialisten. Mit der Kriminalisierung dieser Szene soll klar gemacht werden, daß es nicht nur um die Leute geht, auch nicht darum, was sie wirklich tun. Ausgerottet werden soll das Nachdenken über die Abschaffung der herrschenden Verhältnisse. Daß die Verfolgung nicht bei den Autonomen/Antiimperialisten aufhört, sollte seit den BuKo-Verboten und den „anschlagsrelevanten Themen" klar sein. Prozesse wie der gegen Janin und Wolli, Veranstaltungsverbote wie die in München, sind Probeläufe für die noch kälteren Zeiten, in denen nicht nur das Handeln, sondern auch das Schreiben und Reden (in der Öffentlichkeit) gegen die herrschenden Verhältnisse verboten werden soll. Es ist nicht nur verboten, die RAF konkret organisatorisch zu unterstützen oder zu einer Unterstützung der RAF aufzurufen, es ist verboten, die gleichen oder ähnliche Ziele wie die RAF zu haben, egal mit welchen Mitteln mensch sie durchsetzen will. Wer über die Revolution redet, wird ebenso verfolgt wie die, die versuchen konkret zu handeln.

**jw., Westberlin**

**jw., Westberlin**




Internationaler Frauenaktionstag gegen Sextourismus und Frauenhandel. Am Hamburger Flughafen protestierten rund 200 Frauen gegen diese Flüge und verteilten an die Passanten Informationsflugblätter

Foto: M. Stroux

## § 129a gegen die SABOT




Foto: H. Wojahn

Am 28.11.88 begann der Prozeß gegen Fritz Storim, besser gesagt, er sollte beginnen. Gericht und großräumige Umgebung des Gerichtes glichen einer Festung während des Belagerungszustands: Sechs Hundertschaften Polizei, Sperrgitter, Wasserwerfer und Beamte mit scharfen Hunden erwarteten den Angeklagten und die Prozeßbesucher.

Geplant war eine kleine Demo, um gemeinsam mit Fritz zum Gericht zu gehen. Die Bullensperren verwehrten den Menschen, die zum Prozeß wollten den freien Zutritt. Sie sollten sich durchsuchen lassen. Als versucht wurde, unbehelligt durch die Sperren zu kommen, kam es zu Rangeleien und zum ersten Schlagstockeinsatz durch die Polizei.

Mit Verspätung kamen die AnwältInnen und die Presse in den Verhandlungssaal — ohne den Angeklagten, der war nicht durchgekommen. Die VerteidigerIn Ute Brandt und Peter Thode machten gleich zu Beginn deutlich, daß ihr Mandant den Prozeß führen will, aber aufgrund der massiven Behinderung gegen die Öffentlichkeit nicht erscheinen konnte. Sie warfen dem Vorsitzenden Richter Bürrig vor, daß die Polizei entscheide, wer überhaupt in den *Vor*bereich des Strafjustizgebäude komme. Richter Bürrig wurde von den Verteidigern aufgefordert, sich selbst ein Bild von dem Belagerungszustand zu machen und der Öffentlichkeit freien Zugang zu verschaffen.

Die Prozeßbesucher hatten sich inzwischen in der nahe gelegenen Gnadenkirche zur Beratung versammelt. Nachdem der Einsatzleiter der Polizei den Zugang ohne Durchsuchung der Personen zugesagt hatte, wurde ein erneuter Versuch unternommen zum Prozeß zu kommen. Es spielte sich dasselbe ab, wie schon am frühen Morgen. Wieder kam keiner durch.

Als die Verteidiger erneut ohne den Angeklagten vor Gericht erschienen, wurde gegen Fritz Haftbefehl erlassen und die Verhandlung bis zum Mittag unterbrochen. Der Belagerungszustand wurde etwas reduziert und nach der Verhandlungspause füllte sich der Zuhörerraum. Fritz erschien im Staatsschutzsaal.

Vor dem Verlesen der Anklageschrift brachten die Verteidiger einen Einstellungsantrag vor, in dem sie darauf verwiesen, daß die Veröffentlichungen in der SABOT durch die Pressefreiheit geschützt seien und die Anklage nach § 129a zeige, daß es darum gehe, einen Gesinnungsprozeß zu führen. Die Anklage sei verfassungswidrig. *„Die Pressefreiheit wird verfassungsrechtlich flankiert durch das Zensurverbot des Artikel 5 Abs. 1 Satz 3 GG, das die Vor- und Nachzensur verbieten soll. Die Barrieren dieser Verfassungsgrundsätze werden übersprungen bei der Anwendung des § 129a STGB auf Presseveröffentlichung."* (aus dem Einstellungsantrag)

Das Gericht wies den Einstellungsantrag mit der Begründung zurück, allein die Anklageerhebung rechtfertige das Verfahren. Der Haftbefehl wurde am Ende des ersten Prozeßtages aufgehoben.

Auch am zweiten Prozeßtag (30.11.) kam es zu Behinderungen der Besucher. Am Eingang wurden ihnen Feuerzeuge, Zigaretten, Papier, Schreibzeug, Schlüssel und sogar ein Ohrring abgenommen — aus Sicherheitsgründen. Nach einigem Hin- und Her sollten die Sachen wieder rausgerückt werden. Nach der dafür angesetzten Verhandlungspause stand im Zuhörerraum — hinter der Glasscheibe — eine Frau von der „Hamburger Lehrerzeitung" der GEW auf und versuchte Richter Bürrig klarzumachen, daß sie zwar ihr Papier wiederbekommen hätte, ihr der Kugelschreiber jedoch nicht ausgehändigt worden sei. Begründung: es gäbe eine Verfügung die nur Bleistifte zulasse. Die ruhig vorgetragene Bitte um Aushändigung des Kugelschreibers wurde von Richter Bürrig schroff unterbrochen: *„Ich diskutiere doch hier nicht mit dem Publikum."* Als daraufhin im Zuschauerraum „Halt's Maul" gerufen wurde, verlangte der Richter die Vorführung des Rufers.

Der Zuhörerraum wurde von Polizeibeamten gestürmt und die Prozeßbesucher geräumt, dabei wurden einzelne an den Haaren über die Stuhlreihen gezerrt, zu Boden geworfen, geschlagen und getreten. Der mutmaßliche Zwischenrufer wurde zu zwei Tagen Ordnungshaft verurteilt und sofort ins UG gebracht. Außerdem wurde dieser Anlaß genutzt, um die Öffentlichkeit auszuschließen. Ein zweiter brutaler Polizeieinsatz konnte verhindert werden, da die Zuhörer geschlossen rausgingen. Trotzdem kam es am Ausgang noch zu Übergriffen der Polizei.

Fritz erklärte daraufhin, daß er in einem Geisterprozeß keine Erklärung abgeben werde. Die Verteidiger forderten die Wiederzulassung der Öffentlichkeit für den nächsten Prozeßtag. Der Vorsitzende Richter Bürrig lehnte diesen Antrag ab: Es sei nicht seine Schuld, daß hier der Krieg ausgebrochen sei, Öffentlichkeit ja, aber nicht solche Rabauken.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit, der brutale Polizeieinsatz und die Behinderungen der Prozeßbesucher veranlaßte einige Menschen, am Abend im Hamburger Rathaus während der laufenden Bürgerschaftssitzung die Einstellung des Verfahrens gegen Fritz und die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu fordern. Es wurde ein Transparent entrollt und einige Parolen gerufen. Vor der anstürmenden Polizei flüchteten die Demonstranten in die Fraktionsräume der GAL. Mit Mühe konnte verhindert werden, daß die Polizei die Räume stürmte und die Leute rausknüppelte. Nicht verhindert werden konnte, daß die Personalien aller Anwesenden überprüft wurden.

Am nächsten Prozeßtag (1.12.) forderte eine Gruppe Prozeßbesucher Einlaß beim Gericht. Die Polizei drohte daraufhin die Leute aus dem Gericht rauszuprügeln. Angesichts der Übermacht zogen sich die Besucher daraufhin in die Gnadenkirche zurück.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, allein einige PressevertreterInnen waren anwesend, ging das Gericht zur Tagesordnung über. Der Karton mit den während einer Hausdurchsuchung bei Fritz beschlagnahmten Sachen wurde geöffnet und die *Beweise* gesichtet.

Einschätzungen über den Ausgang abzugeben wäre verfrüht, deutlich wird aber jetzt schon, daß hier keine Taten, sondern ausschließlich die Gesinnung von Fritz vor Gericht steht. Den Angriff auf das Presserecht zurückkämpfen kann nicht Aufgabe der Verteidigung sein, die kann nur das juristische Begleitwerk bieten. Diese Art von Sondergerichtsbarkeit muß politisch zurückgewiesen werden, wenn nicht hingenommen werden will, daß die Justiz bestimmt, was gedruckt werden darf und was nicht.

**ga., hamburg**

# Neue Offensive gegen linke Anwälte?

Anfang Oktober hat die Bundesanwaltschaft (BAW) gegen die Hamburger Anwältin Ute Brandt Anklage wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129a StGB) erhoben. Begründet wird die Anklage mit der Übersendung bestimmter Papiere im Rahmen der Verteidigerpost an ihren Mandanten Rolf Heißler, einen Gefangenen aus der RAF. Besonders bemerkenswert und skandalös ist dabei, daß alle diese Papiere, die an den Gefangenen gingen, vor der Aushändigung durch einen Kontrollrichter gelesen worden waren — eine Maßnahme, die bei Gefangenen, die wegen §129a StGB verurteilt worden sind, zwingend angeordnet ist.

Die vorgeworfene Unterstützung ergäbe sich daraus, daß die Schriftstücke, die von der Verteidigerin an ihren Mandanten Rolf Heißler geschickt wurden, nicht geeignet gewesen seien, ihren Mandanten von der Beteiligung am Hungerstreik 1984/85 mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand abzubringen. Insgesamt ging es bei den beanstandeten Schriftstücken um Beweisanträge, Erklärungen aus Prozessen und andere Materialien. Dem liegt die inzwischen von den Staatsschutzsenaten übernommene Konstruktion der BAW zugrunde: Gefangene aus der RAF seien auch unter den Bedingungen der Isolationshaft aktive Terroristen. Ihr Hungerstreik sei eine Aktion der RAF. Dementsprechend sei eine Unterstützung der Gefangenen, die sich im Hungerstreik befänden, durch ihre Rechtsanwälte nur dann eine straflose Verteidigerhandlung, wenn sie nicht aufgrund dessen geschähe, die Gruppe der Hungerstreikenden politisch zu unterstützen (1) — Gesinnungsjustiz in Reinkultur! Der Bundesgerichtshof (BGH) hat bisher mehrfach seine Auffassung bekräftigt, daß eine nach außen hin als ein und dieselbe Handlung erscheinende Verteidigeraktivität strafbare Unterstützung *oder* erlaubtes Verteidigerhandeln ist, je nachdem, mit welcher inneren Absicht sie vorgenommen wird. Der Angriff richtet sich gegen das politische Bewußtsein von Verteidigern.

Die Anklage gegen Ute Brandt ist im Zusammenhang mit den Kriminalisierungsversuchen gegen zwei andere linke Anwälte während des letzten Jahres zu sehen. Es wurden am 20.1.1988 Büro und Wohnung des Berliner Rechtsanwaltes Thomas Herzog und die Zellen von drei gefangenen MandantInnen durchsucht. Das gegen RA Herzog zunächst betriebene Verfahren wegen §129a StBG wurde im Februar eingestellt. Im Oktober wurden Büro- und Wohnräume der Rechtsanwältin Dorothee Frings in Düsseldorf mit der Begründung durchsucht, sie habe durch den Abdruck eines Beschlusses des BGH in einer Broschüre gegen §353d Nr. 3 StGB („verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen") verstoßen.

### Anwaltsverfolgung — ein alter Hut des Staates

Der Versuch, fortschrittliche Anwälte zu kriminalisieren oder von politischen Strafverfahren auszuschließen, ist keineswegs neu. Insbesondere drängt sich die Erinnerung an die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Stammheimer Verfahren gegen die Mitbegründer der RAF Mitte der siebziger Jahre auf. Anläßlich dieses Verfahrens wurde erstmals eine gesetzliche Grundlage für den — bereits vorher praktizierten — Ausschluß mißliebiger Anwälte aus Strafverfahren geschaffen. Seitdem ist es den Oberlandesgerichten (OLG) gemäß §138a der Strafprozeßordnung möglich, Strafverteidiger wegen des bloßen Verdachts der Beteiligung an oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" von einem Strafverfahren in diesem Zusammenhang auszuschließen. (Eine solche Maßnahme ist auch vom Hamburger OLG gegen Ute Brandt in dem Verfahren gegen Fritz Storim erwogen worden.)

Daneben besteht für die Justiz nach wie vor die Möglichkeit, mit Ehrengerichts-und Strafverfahren gegen mißliebige Anwälte vorzugehen, wie es auch gerade im Zusammenhang mit dem Stammheimer Verfahren geschehen ist.

Die Praxis, Anwälte der revolutionären Arbeiterbewegung von Strafverfahren auszuschließen, wurde bereits in der Weimarer Republik von der politischen Justiz mit Eifer betrieben. Das Reichsgericht lastete der KPD die permanente Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens an. Das hatte zur Folge, daß alle, die für diese Partei in irgendeiner Weise tätig wurden, wegen Vorbereitung des Hochverrats bestraft werden konnten. In den Jahren 1926 und 1928 wurden Rechtsanwälte, die der KPD angehörten, vom Reichsgericht als Verteidiger in Prozessen mit Anklagen wegen kommunistischer Betätigung wegen Teilnahmeverdacht ausgeschlossen. Diese Tradition der Klassenjustiz wurde in der BRD besonders während der 1951 beginnenden Kommunistenverfolgung fortgesetzt. Alle überlieferten Fälle, in denen es zu einem Ausschluß des Verteidigers wegen




Foto: H. Wojahn

Teilnahmeverdachts kam, betrafen politische Strafsachen (2). Immer wurde der angebliche Teilnahmeverdacht damit begründet, daß der Verteidiger eine politische Organisation unterstützt habe oder von dieser abhängig sei (3).

### Warum gerade jetzt?

Nachdem es offensichtlich einige Jahre relativer Ruhe in bezug auf die Verfolgung fortschrittlicher Anwälte gab, stellt sich die Frage, warum anscheinend jetzt eine Phase verschärfter Repression eingeleitet worden ist.

Zum einen ist dabei zu sehen, daß die Verfolgung und die Einschüchterung von Anwälten im wesentlichen gegen die Bewegungen und Gruppierungen gerichtet ist, die von diesen Anwälten vertreten werden. So zielt der gegenwärtige Kriminalisierungsversuch von Anwälten der Gefangenen aus der RAF auch gegen die Gefangenen selbst. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß, ausgelöst unter anderem durch die Begnadigungsdebatte um Peter Jürgen Boock, die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen erneut in die öffentliche Diskussion geraten sind. Als ein Ausdruck hiervon ist der von vielen unterstützte Aufruf vom 15.10.1988 zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand (s. AK Nr. 300, S. 15) zu sehen. Ein weiteres Anzeichen einer veränderten politischen Situation ist darin zu sehen, daß in der etablierten linken Presse Gefangene aus der RAF zu Wort gekommen sind, die an ihrer Politik festhalten. Als Beispiel für diese Möglichkeiten, sich selbst darzustellen, ist dabei zu nennen der Abdruck der Erklärung von Heidi Schulz, Lutz Taufer und Brigitte Mohnhaupt in der taz vom 8.8.88 und die Erklärung von zehn Gefangenen aus der RAF in „Konkret" Nr. 10/1988.

Angesichts der öffentlichen Diskussion um „Amnestie für Aussteiger", „Gnade für abschwörende Gefangene" und einen „Dialog der Gesellschaft mit den Gefangenen" soll eine nicht staatlich kontrollierte Auseinandersetzung mit den Unbeugsamen im Knast verhindert werden.

Die Offensive gegen die Anwälte ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, daß Versuche, die Isolation zu durchbrechen und eine Diskussion über Haftbedingungen zu führen, im Keim erstickt werden sollen.

Gleichzeitig wird mit diesen Verfahren nach §129a der legale Handlungsspielraum der VerteidigerInnen beschränkt.

**dr., Hamburg**

**Quellen:**

(1) Amtliche Sammlung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen, Band 37, S. 243
(2) Hannover, Klassenherrschaft und Politische Justiz, 1978, S. 288
(3) ebd.

## NACHRICHTEN

### GNN-Verlag durchsucht

Am 21. Oktober wurden in Köln die Verlagsräume des GNN-Verlags und die Privatwohnung der Geschäftsführung durchsucht. Anlaß war die im GNN-Verlag erschienene „Dokmentation zum Verfahren gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Richter und Thomas Thoene aus Duisburg". Obwohl der Verlag die Herausgabe dieser Dokumentation nie bestritten hat, sonder sie aktiv vertreibt, wird auch die Privatwohnung der Geschäftsführung durchsucht.

Nach dem Motto: Wir nehmen lieber erst mal alles mit, wurden trotz massiver Proteste Satzgeräte, Computer und Disketten beschlagnahmt. Durch die fast vollständige Beschlagnahme der Arbeitsmittel, war der Verlag faktisch arbeitsunfähig.

Die Disketten und Geräte mußten am Sonntag wieder rausgerückt werden, weil der vorliegende Beschlagnahmebeschluß dafür nicht ausreichte.

Geplündert wurde vom Staatsschutz das Presse-Archiv des Verlages, u.a. waren zwei Ausgaben der „Zusammen kämpfen" Objekt staatlicher Begierde.

Der Widerspruch des GNN-Verlages gegen diese Beschlagnahme — schließlich verletzt diese Beschlagnahme die Pressefreiheit — führte erstmal dazu, daß die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit der Prüfung beauftragt wurde.

Mittlerweile sind fast alle eingesammelten Unterlagen und Gegenstände wieder an den Verlag ausgehändigt worden.

### § 129a gegen Schwarzmarkt

800 Mark kostete dem Schwarzmarkt (Buchladen und Infozentrum) in Hamburg die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens. Vorgeworfen wurde den BuchhändlerInnen, dort würde die Broschüre „Volxstrom" vertrieben und selbige fordert öffentlich zum Stromklau auf.
„Volxstrom" vertrieben und selbige fordert öffentlich zum Stromklau auf.

Aber damit war nur der Kleinkram zu Ende. Jetzt steht — mal wieder — ein § 129a Verfahren ins Haus, erweitert um § 90a (Verunglimpfung des Staates). Ermittelt wird wegen einem beschlagnahmten Exemplar der Zeitschrift „Partisan", Nr.9, April 1988 der Proletarischen Aktion.

### Bremen: IWF-Kongreß und § 129a

Am 20.9.88 werden in Bremen fünf Wohnungen durch BKA Beamte durchsucht — teilweise mit gezogenen Pistolen. Anlaß für die Durchsuchungsbeschlüsse nach § 129a ist der Vorwurf der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Sozialrevolutionäre Bewegung Bremen". Im Durchsuchungsbeschluß wird den Betroffenen vorgeworfen, am 10. Oktober 1983 (!) einen Brandanschlag auf das *„Werk- und Dienstgebäude der Arbeitslosenhilfe Bremen"* verübt zu haben.

Dieser Vorwurf mag zwar zum Anlaß genommen worden sein, um ein Ermittlungsverfahren nach § 129a einzuleiten. Im Durchsuchungsbeschluß selber wird dann aber ausführlich auf die IWF-Aktivitäten der Betroffenen eingegangen: Sie waren seit Anfang 1988 mit der Vorbereitung der „Autonomen Internationalismus Tage" in Bremen befaßt; das Einladungsschreiben für eine IWF-Vorbereitungsgruppe nennt als Absender den Arbeitsplatz des einen Beschuldigten; die Broschüre „Treibsand Reader Zeitung des ASTA der Universität Bremen Nr. 70" sei von zwei der Beschuldigten hergestellt und verbreitet worden. Um diese Broschüre geht es dann letztlich auch. Der Artikel „Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne" beklagt, daß es bis heute nicht gelungen sei, die Perspektivlosigkeit des Widerstandes der autonomen Szene zu beenden und eine angemessene Antwort auf das transnationale patriarchale Kapital zu entwerfen. Außerdem enthält die Broschüre eine ganzseitige Abbildung, auf der zwei Vermummte mit der Herstellung von Molotow-Cocktails beschäftigt sind, mit der Bildunterschrift: „Burn it".

Das *beweist* für das BKA, daß es *„den Beschuldigten bei der von ihnen betriebenen IWF-Kampagne nicht lediglich um eine politische Diskussion, sondern um die organisierte Durchführung von Gewalttaten aus Anlaß des IWF-Kongresses geht"*.

Der Durchsuchungsbeschluß selber ist mehr als mager, das Ziel war einzig und allein, vor dem IWF-Kongreß noch mal die Szene einzuschüchtern.

**ga., hamburg**

# Die nichtgehaltene Prozeßerklärung von Fritz Storim

**Der Ausschluß der Öffentlichkeit am 30. November, dem zweiten Prozeßtag, veranlaßt mich, die Prozeßerklärung, die ich angekündigt hatte, nicht vorzutragen.**

**Ich bin nicht bereit, mich in einem Geheimprozeß, in einem Geisterverfahren zu äußern — als demokratisches Alibi herzuhalten.**

**Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist nur ein weiterer Schritt der Vorverurteilung neben dem Belagerungszustand, den Polizeikontrollen. Der Öffentlichkeit soll suggeriert werden, hier geht es um einen Verbrecher, um eine verbrecherische Gruppe — dadurch soll eine spätere Verurteilung öffentlich konsensfähig gemacht werden. Aber in Wirklichkeit geht es nicht um mich, sondern darum, unseren Widerstand zu diffamieren, uns dadurch zu isolieren.**

**Ich fordere Euch alle auf, diesen Angriff mit all Euren Möglichkeiten zurückzuweisen, Euch dafür einzusetzen, daß die Öffentlichkeit wiederhergestellt wird, das Verfahren eingestellt wird oder ich freigesprochen werden muß.**

**Fritz**
**Hamburg, den 30. Nov. 1988**

## I. Die Anklage und die Hintergründe

Mir wird vorgeworfen, *„eine Vereinigung (Rote Armee Fraktion/RAF) unterstützt zu haben, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, unter anderem Mord, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffverbrechen zu begehen"* (aus der Anklageschrift).

Die Unterstützung soll dadurch stattgefunden haben, daß ich angeblich *„maßgeblich an Herstellung und Vertrieb der in Hamburg herausgegebenen periodischen Druckschrift ‚Sabot' beteiligt"* und mitverantwortlich für die Dokumentation zweier Beiträge gewesen sein soll, die auf einer Mobilisierungsveranstaltung zum „Tag X" der Hafenstraße in der Fabrik gehalten wurden, und ebenfalls für den Abdruck eines Wandbildes eines der Hafenstraßenhäuser. (...)

**1. Die Hintergründe**
Die inkriminierten Artikel unterstützen den Kampf gegen die Räumung der Hafenstraße. Wir, ein breites Bündnis unter-

straßenhäuser. (...)

**1. Die Hintergründe**
Die inkriminierten Artikel unterstützen den Kampf gegen die Räumung der Hafenstraße. Wir, ein breites Bündnis unter-
schiedlichster Gruppen und Einzelpersonen, konnten verhindern, daß die Hafenstr. geräumt werden konnte. Das ist erstmal ein großer Sieg gegen einen Gegner, den Hamburger Senat und die Hamburger Großindustrie, die jetzt an allen möglichen Stellen nach Rache sinnen und versuchen, das Gesetz des Handelns wieder in die eigene Hand zu bekommen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ein Ausdruck davon ist, daß sie versuchen, einzelne Beteiligte am Kampf zum Erhalt der Hafenstr. herauszubrechen und zu kriminalisieren: doch dadurch werden sie ihre Probleme auch nicht lösen.

Das Ergebnis, die Existenz der Häuser, mußte auf Druck der Öffentlichkeit legalisiert werden; den Weg dahin, einzelne Beteiligte und unsere Ideen versuchen sie weiterhin zu kriminalisieren.

**2. Zum Selbstverständnis der Zeitung „Sabot"**
„Sabot" — Hamburger Infosammlung" ist eine Zeitung, die von sich selbst sagte: *„Zum SABOT: Es hat sich immer stärker zu einer Zeitung entwickelt, in der Hamburger Gruppen eigenverantwortlich über ihre Ideen, Erfahrungen und politischen Kämpfe berichten. Die Zeitung will gemeinsame Plattform für unseren Austausch und unsere Auseinandersetzungen sein, eine Möglichkeit, auch dazu beizutragen, die verschiedenen Erfahrungsbereiche zusammenzubringen und eine gemeinsame Analyse und Strategie zu entwickeln."*

Das ist es auch, was sie treffen wollen: Daß wir uns stärker zusammenschließen auf der Grundlage von gemeinsamen Erfahrungen und Diskussionen und uns nach außen vermitteln. Dazu sind natürlich unsere Kommunikationsmittel wie Treffen, Veranstaltungen, Zeitungen und andere Medien wichtig. Kommunikation als Teil von selbstbestimmtem Leben ist Sabotage an einem System, das nur über Vereinzelung, Einschüchterung, Kontrolle und künstliche Vernetzung überleben kann.

In den Beiträgen wird die „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF, Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen" vertreten. (...)

Die Forderung richtet sich gegen die Isolationsfolter in bundesdeutschen Gefängnissen und plädiert für die Entwicklungsmöglichkeit politischer Identität auch im Knast und für die Möglichkeit, auch über die politischen Vorstellungen der Gefangenen gemeinsam und öffentlich zu diskutieren. Allein das Benennen der Situation der Gefangenen und die Diskussion darüber wird verfolgt. Die offizielle Version: Es gibt in der BRD keine politischen Gefangenen; das sind alles Terroristen und Verbrecher. Es gibt keine Isolationsfolter; das sind nur Einzelappartements. Getreu nach dem deutschen Sprichwort: „Was nicht sein darf, das nicht sein kann."

**3. Die Anklage**
richtet sich natürlich auch gegen mich. Ihr Prinzip: in diesem Falle mich herauszubrechen aus der geschichtlichen Kontinuität von Studentenbewegung, Anti-AKW-Kampf, Häuserkampf, Unterstützung der Befreiungskämpfe in den drei Kontinenten (Lateinamerika, Afrika und Asien) und Kampf gegen Weltimperialismus, EG-Integration und deren Instrumente wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und NATO. Ein Kampf um Befreiung, Kollektivität und Selbstbestimmung; gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen imperialistischen Krieg.

Sie greifen mich heraus; aber treffen wollen sie uns alle. Das soll einschüchtern, abschrecken, Widerstand als aussichtslos erscheinen lassen, Ohnmacht und Resignation erzeugen. Dazu auch die Inszenierung dieses Schauprozesses — Ausnahmezustand!

Im Staatsschutzsaal mit Trennscheibe, Kontrollen und Polizeisperren, Einschränkung und Ausschluß der Öffentlichkeit. Daß diese Rechnung aber nicht aufgeht, zeigt schon, mit welcher Kraft und Dynamik viele Menschen diesen Angriff zurückweisen, bezeugen die Menschen in und außerhalb dieses Gerichtes, bezeugen die vielen Solidaritätserklärungen, Veranstaltungen, Treffen und anderen Aktionen.

Die Justiz, als Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, hat ihre Rechtsprechung immer auf den aktuellen politischen Auftrag abgestimmt. Wollen wir die Angriffe, die gegen uns durch Prozesse laufen, verstehen, müssen wir sie als Bestandteil von politischer Strategie der herrschenden Klasse analysieren. Deshalb scheint es mir auch unumgäng-

Rechtsprechung immer auf den aktuellen politischen Auftrag abgestimmt. Wollen wir die Angriffe, die gegen uns durch Prozesse laufen, verstehen, müssen wir sie als Bestandteil von politischer Strategie der herrschenden Klasse analysieren. Deshalb scheint es mir auch unumgäng-
lich, im Rahmen meiner Erklärung darauf einzugehen.

## II. Die politische Situation

(...)

**Unsere Kämpfe — einige Beispiele**
● wir haben die Räumung der Hafenstr. und Schanzenstr. verhindert
● wir haben das Kurz-Projekt „Phantom of the Opera" im Schanzenviertel verhindert
● wir haben z.B. in Ottensen den Kampf gegen die Yuppisierung der Viertel aufgenommen.

Bei allen Kämpfen geht es uns um die Entwicklung von selbstbestimmtem, kollektivem Leben, um eigene Kommunikationsstrukturen, eigene Kultur als Ausdruck unseres Lebens und Widerstandes.

Wir haben begonnen, dem Prinzip ihrer Herrschaft: zergliedern und entfremden, kontrolliert zu vernetzen und uns so zu vereinsamen und zu isolieren, eigene Lebenspraxis entgegenzusetzen.

Sie versuchen, die Viertel zu „durchmischen", um soziale und politische „Unruheherde" einzudämmen — wie sie es nennen — und meinen damit uns.

**Die Parole „Den Widerstand in den Vierteln organisieren" hat konkrete Gestalt angenommen.**

● Wir haben mit einer Boykott-Kampagne zur Unterstützung des Volksaufstandes in Palästina begonnen und verknüpfen diese Kampagne mit einem Angriff gegen Ideologie von „Kollektivschuld" und „Volksgemeinschaft": Schon seit längerem hat sich ein intensiver Austausch und Zusammenarbeit zwischen Palästina-Gruppen in der BRD und dem palästinensischen Widerstand entwickelt.

Die Parole an der Häuserwand in der Hafenstr. „Boykottiert Israel, Waren, Kibuzzim u. Strände / Palästina — das Volk wird dich befreien / Revolution bis zum Sieg" — die sich gegen eine spezielle Form der rassistischen, kolonialistischen Klassenherrschaft, den Zionismus in Israel, richtet — hat dazu geführt, den heuchlerischen Charakter von zur Schau getragenem Antifaschismus offizieller BRD-Politiker aufzubrechen. Sie versuchen ihr Gesicht zu wahren und ihre Ideologie zu retten, indem sie uns des Antisemitismus bezichtigen. Das gelingt ihnen nur, indem sie Antifaschismus und Zionismus synonym verwenden. (...)

● Wir haben im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne bundesweit eine Debatte um unser Verständnis von Internationalismus und internationaler Solidarität geführt. Die Kampagne sollte nie auf einen bestimmten Zeitraum beschränkt oder lediglich auf Aktionen gegen das IWF/WB-Treffen in Berlin vom 26.9. bis 29.9. gerichtet sein. Wir wollten mit den verschiedenen themenbezogenen Bewegungen (wie Anti-AKW-Bewegung, 3.Welt-Komitees, Frauenbewegung, Gruppen gegen Gen-Technologie usw.) unsere Erfahrungen austauschen, zusammenkommen und auf die Grundlage eines gemeinsamen antiimperialistischen, internationalistischen Kampfes stellen — darüber auch gemeinsame Organisationsstrukturen entwickeln. Wieweit das gelaufen ist, wird sich erst in den weiteren Auseinandersetzungen zeigen. Aber eins können wir schon feststellen, daß verstärkt die Vorstellung praktisch wird, daß die Grundlage für international kämpfen nur der eigene Befreiungskampf *hier* sein kann. (...)

**Grundlagen für unsere Erfolge**
(...) Ich will untersuchen, wo die Grundlage für unsere Erfolge ist. Ich sehe da zwei Faktoren:

● Der eine Faktor ist, daß immer mehr Gruppen mehr das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt haben als das Trennende. Ich will hier nicht dem Mythos „Einheit" das Wort reden, der oft beschworen wird, um ängstlich über die politischen Unterschiede hinwegzusehen, von der Angst geleitet, daß unterschiedliche Positionen unsere Kampfkraft schwächen müssen. In Wirklichkeit aber blockiert diese Angst nur unsere Auseinandersetzung und Entwicklung. Daß wir unterschiedliche Positionen beziehen, die auf unterschiedlicher Geschichte, Erfahrung, Klassenherkunft basieren, ist nichts, was uns ängstigen und schwächen muß: die unterschiedlichen Positionen benennen, gemeinsam ihre Herkunft untersuchen, einen klaren Klassenstandpunkt beziehen sind die Grundlage für gemeinsame Entwicklung revolutionärer Kraft.

nichts, was uns ängstigen und schwächen muß: die unterschiedlichen Positionen benennen, gemeinsam ihre Herkunft untersuchen, einen klaren Klassenstandpunkt beziehen sind die Grundlage für gemeinsame Entwicklung revolutionärer Kraft.

● Der zweite Faktor ist, und den halte ich für besonders bedeutsam, daß das „Wir", das ich vorher andauernd benutzt habe, weit über die linke Szene hinausgeht.

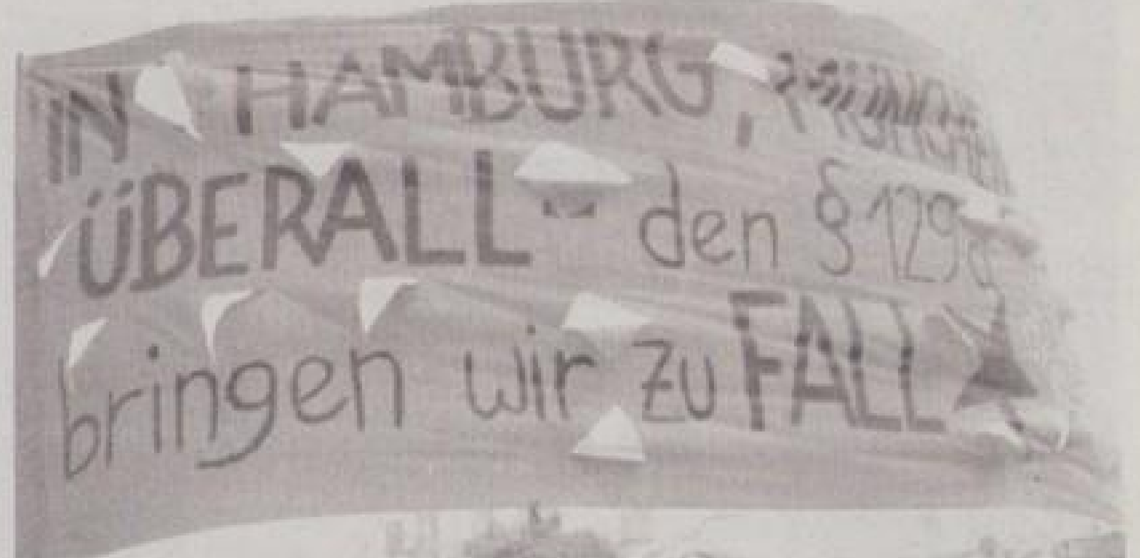
Daß z.B. eine notwendige Bedeutung für die Verhinderung der Räumung der Hafenstr. war, daß sich so viele Menschen in den Ideen, in der Bereitschaft zur Verteidigung wiederfanden — aktiv oder auch nur mit Sympathie und Freude und wachsendem Selbstbewußtsein — und damit ihre Loyalität diesem Staat gegenüber in Frage stellen. Dadurch wäre eine Räumung ein unkalkulierbares Risiko für den Hamburger Senat geworden.

● Ein weiterer Faktor wird in Zukunft verstärkt eine Rolle spielen, und ich denke, der ist bei uns noch ziemlich schwach entwickelt: den revolutionären Prozeß nicht ausschließlich als etwas Individuelles zu begreifen, der nur von der eigenen Ernsthaftigkeit, von unserem eigenen Wollen, von dem eigenen Zusammenkommen abhängt, sondern hauptsächlich auch von den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, von dem Entwicklungsstand der Klassenkämpfe.

Die Auseinandersetzungen um die Kollektivschuld-Ideologie und die zu erwartenden sozialen Kämpfe, verbunden mit der EG-Integration werden Klassenbewußtsein und Klassenkämpfe vorwärtsentwickeln.

Aber wir müssen uns auch darauf vorbereiten, daß sie ihre Herrschaft verteidigen werden.

Sie sind mit ihrer Politik von Integration und Spaltung durch Dialog und selektive Repression am Ende. Speziell in Hamburg wurde sie vom ehemaligen Bürgermeister Dohnanyi, dem Verfassungsschutzchef Lochte und dem Großinquisitor der Berufsverbotsära, dem jetzigen Polizeipräsidenten Reimers vertreten. Diese Politik gelingt nur, solange sie die Klassenfronten verschleiern können.




## III. Ihre Antwort auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenkampf von unten ist Staatsterror und verstärkte Repressionen

und hier ist auch dieser Prozeß einzuordnen.

Wieweit dies keine Fiktion ist, will ich mit einigen aktuellen Beispielen belegen:

**1.) Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechtes 1987, Angriffe auf die Pressefreiheit.**
Vorschub für den Eingriff in das Redaktionsgeheimnis hat das BVG 1987 geleistet, als es in einem Urteil das Zeugnisverweigerungsrecht auf den „Informationsschutz" reduzierte — also Dokumente, die von Zuträgern den Redaktionen zugeleitet worden sind. Selbstrecherchiertes Material, zu dem Filmaufnahmen einer Demonstration nun einmal gehören, fallen danach nicht mehr unter das zu schützende Redaktionsgeheimnis. (...)

**2.) IWF/WB-Tagung in Berlin (Sept. 88)**
Zum Anlaß der Tagung des Internationalen Währungsfonds und Weltbank in Berlin im Sept. 88 wurde Berlin in eine Polizeifestung verwandelt.

Zu den 6000 Berliner Polizisten kamen 2700 importierte aus vielen Bundesländern hinzu. Straßenkontrollen nach dem Antiterror-Paragraph 111 fanden bereits seit Wochen im ganzen Stadtgebiet statt. Dazu kamen Hunderte von „gewöhnlichen" Verkehrskontrollen: allein 93 am 9. und 10. September, bei denen 3200 Personen überprüft wurden. Demonstrative Polizeipräsenz vor allem im Bezirk Kreuzberg, 30 vorübergehende Festnahmen und acht Hausdurchsuchungen. Für die An- und Abfahrt der Banker von ihren Hotels zum Tagungsort, dem Internationalen Congreßcentrum (ICC) wurden Straßenzüge hermetisch abgesperrt. (...)

(Anm. AK: Es folgen verschiedene Beispiele für Durchsuchungen und Ermittlungen nach § 129a. Siehe dazu die Artikel in diesem AK)

**5.) der § 129a**
Ich will zu diesem Paragraphen nur etwas zu seiner generellen Stoßrichtung sagen. Über seine Anwendung in diesem wie in

lungen nach § 129a. Siehe dazu die Artikel in diesem AK)
**5.) der § 129a**
Ich will zu diesem Paragraphen nur etwas zu seiner generellen Stoßrichtung sagen. Über seine Anwendung in diesem wie in
anderen Verfahren sind meine Anwältin und mein Anwalt in dem Einstellungsantrag ausführlich eingegangen. Außerdem gibt es darüber inzwischen umfangreiche Literatur. Der § 129a wird als Schlüssel für staatliche Sonderermächtigung benutzt, deren uferlose Anwendungsbreite die Ausforschung ganzer Protestpotentiale dieser Gesellschaft ermöglicht. Er ist also eine gesetzliche Generalbevollmächtigung, Generalermächtigung, zur Legalisierung staatlicher und polizeilicher Willkür, ein Gesetz, nach dem Gesinnung erforscht und verurteilt wird — vergleichbar mit der Sondergerichtsbarkeit im Faschismus — politische Justiz in der BRD in der Tradition des Faschismus!

In den Diskussionen um staatliche Repression beziehen wir uns meist auf die Repression gegen den Widerstand und die politischen Strukturen von autonomen und antiimperialistischen Gruppen. Wenn wir aber die Bedeutung der staatlichen Repression richtig einschätzen und Ansatzpunkte zur Gegenwehr entwickeln wollen, müssen wir erkennen, daß die staatliche Unterdrückung politischer Gegenwehr und Organisierung noch in anderen Formen — weit über diesen Bereich — ausgreift. Dazu nur ein paar Beispiele:

— die Kriminalisierung des Widerstandes gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf richtet sich gegen alle Teile der Bevölkerung, die dieses zentrale Projekt des BRD-Atomprogramms verhindern wollen;
— auf die gewaltfreien Blockadeaktionen von Mutlangen hat die BRD-Justiz mit Hunderten von Verfahren geantwortet;
— mit dem Verbot einer Buko-Konferenz in Bayern, Dez. 1986 richtet sich die Behinderung politischer Diskussion auch gegen ein breites Spektrum von 3.Welt- und Solidaritätsgruppen.
— Während der Auseinandersetzung um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen wagten es Regierung und Bundesanwaltschaft nicht, die Aktionen der Stahlarbeiter, z.B. die Blockaden der Rheinbrücken, gerichtlich zu verfolgen. Die Unterstützung für den Kampf im gesamten Ruhrgebiet war zu groß. Juristische Angriffe hätten die Kampfbereitschaft nur gesteigert. Erst Monate nach dem Ende des Kampfes, in einer Situation der Schwächung und zum Teil auch Ratlosigkeit, wie der Kampf wieder aufgenommen werden kann, leitet die Bundesanwaltschaft jetzt Ermittlungsverfahren ein.
— Während der Tarifauseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche in der BRD-Druckindustrie 1986 hatten Kolleginnen und Kollegen die Springer-Druckerei in Ahrensburg blockiert. Diese Aktion hatte ein gerichtliches Nachspiel. Das Bundesarbeitsgericht entschied, daß die Gewerkschaft IG Druck und Papier schadenersatzpflichtig gemacht werden kann, wenn sie solche Aktionen im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen — auch wenn die KollegInnen sie aus eigener Initiative beginnen — nicht unterbindet. So sollen die Gewerkschaften gezwungen werden, als verlängerter Arm des Staates die Arbeiter im Korsett der BRD-Arbeitskampfgesetze zu halten.

Diese Seite der staatlichen Repression ist uns zuwenig bekannt. Eine Einschätzung ihrer Bedeutung haben wir kaum. Das liegt daran, daß die Kämpfe in diesen Bereichen nur relativ schwach entwickelt sind und wir andererseits wenig Verbindung zu ihnen haben.

Diese Beschränkung werden wir nicht von heute auf morgen überwinden können. Wir müssen uns aber in der Zukunft bemühen, sie aufzuheben, wenn wir unsere gemeinsamen Ziele durchsetzen wollen.

Diese Beispiele, die sich fast beliebig fortsetzen ließen, lassen ahnen, wie sehr sich ihre Herrschaft auf direkte Gewalt und Terror reduziert, wie wenig ihre Ideologie noch die Klassenwidersprüche verschleiern kann. (...)

## IV. Die Justiz, ein Instrument der Klassenherrschaft

Allein schon, daß sie den Prozeß eröffnen konnten, ist ein Zeichen unserer Schwä-

IV. Die Justiz, ein Instrument der Klassenherrschaft

Allein schon, daß sie den Prozeß eröffnen konnten, ist ein Zeichen unserer Schwä-
che. Und jedesmal, wenn wir gezwungen werden, vor Gericht zu erscheinen, ist das für uns eine Niederlage.

*Die Form* unserer Beteiligung machen wir davon abhängig, wie weit es möglich ist, das Gericht überhaupt in Frage zu stellen, mehr Widersprüche aufzudecken, als sie durch das Verfahren verschleiern können, und das auch öffentlich zu machen.

Die revolutionäre Tätigkeit ist nicht justitiabel. Das heißt, sie ist mit den herrschenden Gesetzen nicht zu messen. Sie können uns zwar verurteilen, aber das Urteil verfehlt seinen Zweck, uns in ihren Rechtsstaat zu integrieren, das heißt, uns kaputt zu machen und damit ihre Rechtsordnung wieder ins Lot zu bringen.

Ihr Urteil schreibt nur Machtverhältnisse fest.

In den 129a-Verfahren geht es im allgemeinen nicht um Verteidigung. Was soll schon selbst nach bürgerlichen Rechtsvorstellungen noch verteidigt werden, wenn die Gesinnung des Angeklagten zur Verurteilung ansteht? Sie konstruieren ein Täterbild, und der konkrete Vorwurf — oft ein unbedeutender Anlaß für das Verfahren — wird wie ein Mosaikstein darin eingeführt, um zu verurteilen; im Sinne von präventiver Aufstandsbekämpfung. Aber wir sind nicht als Opfer hier, wir werden die politische Auseinandersetzung aufnehmen. Wenn es uns gelingt, auch hierbei näher zusammenzukommen, die Rolle von Staat und Justiz besser zu verstehen und auch nach außen zu vermitteln, dann wird das ein großer Erfolg für uns sein, und der läßt sich nicht am Strafmaß messen. Denn sie können z.B. mich verurteilen, aber den revolutionären Prozeß werden sie dadurch nicht aufhalten.

Das ist auch mit der Parole gemeint; „Den Prozeß angreifen":

Ihren Angriff gegen uns zum Bestandteil unserer Entwicklung, die immer auch gegen sie gerichtet sein wird, zu machen. (...)

# DIE ANKLAGESCHRIFT

## Zu den bevorstehenden Startbahnprozessen

**Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen und zwei weitere schwer verletzt. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt zwei Startbahngegner, die Tat begangen zu haben: Andreas E. aus Frankfurt, bei dem am 3.11.87 die angebliche Tatwaffe gefunden wurde und Frank H. aus Mörfelden-Waldorf, der später in Amsterdam festgenommen wurde und sich zur Zeit mit rechtlichen Mitteln gegen seine Auslieferung in die BRD wehrt. Daneben wird den beiden und sieben weiteren Leuten aus dem Rhein-Main-Gebiet vorgeworfen, eine „terroristische Vereinigung" nach §129a gebildet und eine Reihe von Anschlägen und Sachbeschädigungen begangen zu haben. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main hat einen Artikel über die Anklageschrift veröffentlicht, den wir im folgenden nachdrucken. Der Prozeß soll Anfang 1989 beginnen.**

### Vorwort

Wir haben uns entschieden, diese Zusammenfassung von ca. 500 Seiten zu veröffentlichen, um uns gemeinsam auf den Prozeß vorbereiten zu können. Es ist die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und wir fordern euch hiermit auf, es dementsprechend zu lesen. Dies bedeutet, daß die Darstellung der Ereignisse und Fakten nicht der Realität entsprechen muß, an vielen Punkten in Frage gestellt werden wird und zu widerlegen ist. Auch die entsprechenden Aussagen sind mit Vorsicht zu beurteilen. Jeder Mensch, der einmal als Zeuge/Beschuldigter vernommen wurde, weiß, wie solche Aussagen im Protokoll zustandekommen. Die Situation, der Druck während der Vernehmung als auch der Wille der BAW, der sich in der letztlich niedergeschriebenen Formulierung festigt, sind immer wesentliche Bestandteile der Aussagen. Die BAW versucht, im Zusammenhang mit den erschossenen Polizisten den Tatvorwurf festzuschreiben und zwar als vorsätzlich begangenen und geplanten Mord und nicht etwa fahrlässige Tötung, Totschlag oder ähnliches.

Einmalig und neu im Zusammenhang mit dem §129a ist in dieser Anklageschrift der Vorwurf einer terroristischen Vereinigung mit wechselnden Personen. Hier soll anscheinend ein neues Feld des „dicken Knüppels gegen soziale Bewegungen" erschlossen und festgeschrieben werden. Insgesamt 13 Anschläge werden der sog. terroristischen (kriminellen) Vereinigung vorgeworfen, wovon anhand der Anklageschrift selbst nur zwei durch Geständnisse belegt werden; bei allen anderen werden ausnahmslos Vermutungen, Aussagen vom Hörensagen Dritter und Indizien angeführt. Viele Widersprüche sind offenbar. An dieser Stelle soll nur auf einen Punkt beispielhaft hingewiesen werden: Der Leiter des Frankfurter Kommissariats 42 (politische Polizei) Tietze war unmittelbar vor Ort außerhalb der Mauer der Startbahn West inmitten der

auf einen Punkt beispielhaft hingewiesen werden: Der Leiter des Frankfurter Kommissariats 42 (politische Polizei) Tietze war unmittelbar vor Ort außerhalb der Mauer der Startbahn West inmitten der

Geschehnisse anwesend. Er hat in der Folge die Ermittlungen maßgeblich geleitet. Trotzdem taucht er in der gesamten Anklageschrift nicht als Zeuge auf.

Wir hoffen, daß die Veröffentlichung der zusammengefaßten Anklageschrift dazu beiträgt, daß jede/r in der Lage ist, bei Prozeßbeginn mit ausreichenden Kenntnissen und kritischem Bewußtsein dem Verlesen der Anklageschrift folgen zu können, ohne sich von der scheinbar in sich geschlossenen Gesamtdarstellung überrumpeln zu lassen. Es wäre uns lieber gewesen, einige Passagen aus der Anklageschrift wörtlich zu zitieren, jedoch mußten wir aus Rücksicht auf bestehende Strafbestimmungen des StGB alles in indirekter Form ausformulieren, um nicht unmittelbar einer Strafverfolgung ausgesetzt zu sein.

### Zusammenfassung der Anklageschrift

Seit Mitte Juli 88 liegt die Anklageschrift gegen Menschen aus der Anti-Startbahn-Bewegung vor. Die folgende Abhandlung stellt die wesentlichen Punkte der Anklageschrift dar. Die Anklage gegen Andreas S. lag den Verfassern noch nicht vor. Angeklagt sind Andreas E., Frank H., Ingrid T., Michael K., Siegrun G., Reiner H., Ursula J. und Michael M. Dazu kommt seit Mitte August Andreas S. Haftbefehle bestehen noch gegen alle Angeklagten sowie gegen Ingo H., dem der Raub der Waffe in Hanau angelastet wird.

Nach unseren Informationen wurden die Haftbefehle von Uschi J., Siegrun G., Ina T., Michael K. und Michael M. aufgrund gemachter Aussagen ausgesetzt, die im Falle Ina T. und Michael M. nur Selbstbelastungen, in den anderen Fällen auch Belastungen anderer enthielten. Michael M. saß vom 7.12. bis 30.12.87 in U-Haft. Die BAW plant einen großen Gesamt-Prozeß gegen 9 Leute, der sich in verschiedene Tatkomplexe gliedert. Die Tatvorwürfe sind: Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen bzw. einer terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129 und 129a StGB.

Gegen Andreas E. und Frank H. wird der Vorwurf des Mordes bzw. des Mordversuchs an Polizisten erhoben. Die anderen konkreten Tatvorwürfe werden wechselnden Personengruppen unter den Angeklagten gemacht:

— Brandanschlag auf das Gebäude der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 10.6.86
— Strommastanschlag bei Mörfelden/Walldorf, 20.6.86
— Strommastanschlag bei Hasselroth, 9.7.86
— Strommastanschlag bei Offenthal, 26.8.86
— Brandanschlag auf einen Bagger der Firma Heilit & Wörner bei der Startbahn-West 30.8.86
— Raub einer Polizeiwaffe auf der Anti-AKW-Demo in Hanau 8.11.86
— Überfall auf ein Wahllokal in Mörfelden/Walldorf 21.7.87
— Brandanschlag auf die Firma Hochtief in Mörfelden/Walldorf 11.4.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk der RWE bei Kelsterbach 17.6.87
— Brandanschlag auf die Dresdner-Bank-Filiale in Frankfurt/Bornheim 20.6.87
— Strommastanschlag bei Mörfelden/Walldorf 29.8.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk bei Wackersdorf 18.9.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden bei Rüsselsheim 10.10.87

(…) Bei den Sabotageaktionen entstanden laut BAW Sachschäden in Höhe von ca. 2,8 Mio. DM

### Tatvorwurf kriminelle bzw. terroristische Vereinigung

Tatvorwurf kriminelle bzw. terroristische Vereinigung

Die unterschiedlichen Anklagen resultieren aus einer Veränderung des Strafrechts am 1.1.87. Damals wurde der Straftatenkatalog des §129a erweitert. Das Umlegen von Strommasten vor dem 1.1.87 fällt unter §129 (kriminelle Vereinigung), ab diesem Datum kann hierfür der §129a (terroristische Vereinigung) angewendet werden.

Die Anklageschrift beschreibt die Vereinigung wie folgt: Spätestens im Juni 86 habe sich um Andreas E. eine terroristische Vereinigung gebildet, deren Ziel es gewesen sein soll, gegen die Startbahn-West und die Atomstromindustrie vorzugehen mit dem weiteren Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung der BRD mit Gewalt zu beseitigen.

Die BAW bringt bei ihrer Einordnung der Vereinigung die Autonomen-Scene und die „Revolutionären Zellen" (RZ) ins Spiel. Belegt wird diese Behauptung z.B. mit dem Fund eines RZ-Handbuchs bei 4 Angeklagten, aber auch mit dem Gespräch westdeutscher Autonomer im Spiegel Nr. 36 vom 1.9.86.

Hauptindiz der BAW für das Konstrukt Vereinigung ist ein Bankschließfach von Andreas E. mit folgendem Inhalt:

— Fotokopierte Bekennerschreiben zu 10 Sabotageaktionen, die stattgefunden haben.
— Eine ausführliche und geordnete Pressedokumentation zu 12 Sabotageaktionen.
— Ein Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf die Philip Holzmann AG Frankfurt am 1.11.87, der nicht stattgefunden hat.
— Diverse Schriften und Zeitschriften („Feuer und Flamme", „Guerilla Diffusa", „Radikal")
— Als weiteres Indiz wird ein Testament von Andreas E. angeführt, in dem er u.a. alle Angeklagten außer Frank H. und Reiner H. bedacht hat. Laut BAW stellt dieses Testament ein Mitgliederverzeichnis der Vereinigung dar (…) Laut BAW habe der Angeklagte Michael K. Frank H. und Reiner H. als die Haupttäter neben Andreas E. bezeichnet.

### Tatvorwurf Sabotageaktionen

Andreas E. hat hierzu keine Aussagen gemacht. Es liegen Geständnisse von einigen Angeklagten vor zu zwei Strommastanschlägen (Hasselroth 9.7.86 und Offenthal 26.8.86). In der Anklageschrift wird nicht im Einzelnen erläutert, welche Geständnisse Selbstbelastungen und Belastungen anderer enthalten. Klar ist jedoch, daß Michael K. sich und andere schwer belastet hat wie bei der „Haupttäter"-Aussage oder auch z.B. die Belastung von Andreas E., Reiner H. und Frank H. zum Strommastanschlag in Mörfelden/Walldorf 20.6.86. Auch die Hinweise zum Brandanschlag auf die Dresdner Bank stammen von Michael K.

Die Geständnisse — laut BAW — der Angeklagten Siegrun G., Michael K. und Ingrid T. zum Strommastanschlag bei Hasselroth liefern angeblich den Hinweis für die Beteiligung 3 anderer Angeklagter (siehe Vorwort). Auch wird von der BAW der Zusammenhang mit den schweren Brandverletzungen der Ursula J. hergestellt. Hier führt die BAW als Indiz den Fund von Kunststoffteilen in Tatortnähe an, die vom Blinkerglas der Angeklagten Ursula J. stammen sollen.

Aber auch Michael K. und der Zeuge Baldur O. haben, ohne selbst beteiligt gewesen zu sein, ausgesagt, daß Angeklagte ihnen Tatbeteiligungen bei anderen Aktionen gestanden hätten. Die spätere Rücknahme der Aussagen von Baldur O. wird von der BAW als nicht glaubwürdig bezeichnet.

### Tatvorwurf Mord und versuchter Mord

Beschuldigt werden Andreas E. und Frank H. Die terroristische Vereinigung wird in diesem Zusammenhang nicht angeführt. Beide sollen entsprechend einem Tatplan gemeinsam, bewußt und gewollt Polizisten beschossen, verletzt und getötet haben. Frank H. sei laut BAW der theoretische Kopf gewesen. Begründet wird dies mit dem Fund eines Papiers, das immer nur in Auszügen durch die breitere Öffentlichkeit geisterte. Da es innerhalb der Scene schon vor längerer Zeit komplett veröffentlicht wurde, wiederholen wir es deshalb hier im Wortlaut.

*„Die Aktionen von uns können nicht zum Erfolg führen, weil wir zu wenige sind, die bereit wären, die Startbahn mit Bomben zu zerstören und uns auf dem Gelände festzusetzen. Nachdem uns die Landesregierung mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts versperrt hat, bleibt uns nur noch der gewaltsame praktische Kampf. Wir haben mit dem*

*desregierung mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts versperrt hat, bleibt uns nur noch der gewaltsame praktische Kampf. Wir haben mit dem*

*Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts gewollt im Gegensatz zur Landesregierung, die die Startbahn militärisch und undemokratisch durchgesetzt hat. Jetzt liegt es an der Landesregierung, den nächsten Schritt zu tun.*

*In unserem gewaltsamen Kampf können wir die Startbahn nur verhindern, wenn wir befreite Gebiete einrichten und uns dort festsetzen. Diese befreiten Gebiete können nur mit einer Masse von Menschen gehalten werden, die sie militärisch verteidigt. Dies bedeutet den bewaffneten Kampf, weil die Bullen, der Bund und die Amis schießend gegen uns vorgehen werden, wenn es zu befreiten Gebieten kommen sollte. Dies ist in einer Vorstufe schon geschehen, als die Bullen erst verjagt wurden und dann zu mehreren ihre Pistolen zogen und genau auf die Menschen zielten.*

*Die ganzen Aktionen, die seit Sommer 1982 sonntags und unter der Woche kontinuierlich laufen, sind mit höchstens 10 Leuten passiert. Für mich handelt es sich dabei nur um Störaktionen und Racheakte, die die Startbahn nicht beseitigen werden. Allerdings verursachen diese Aktionen einen hohen politischen Preis für die Herrschenden, der Auswirkungen auf andere in Planung gewesene Projekte hatte. Beispielsweise wurde der Block C in Biblis, die Ernstbachtalsperre (ist aber noch in Planung) und die WAA in Frankenberg wegen der zu erwartenden Parallelen zum Startbahnwiderstand nicht weiterverfolgt.*

*Ist es eventuell möglich, die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir den Kampf mit Mollis und Stahlkugeln verstärken und Bullen töten, um den politischen Preis für die Herrschenden so in die Höhe zu treiben, daß sie uns hören und neue Verhandlungen eingehen?"*

Drei Zeugen, darunter Baldur O., haben ausgesagt, daß Frank H. sich öfter in Personengruppen aufgehalten habe, die an der Startbahn-West mit Stahlkugelschleudern und Mollis gegen Polizisten




vorgegangen seien. Frank selbst habe auch geworfen.

Laut BAW habe sich Andreas E. die Auffassungen Frank H.s zum bewaffneten Kampf bis hin zur Tötung von Polizisten zu eigen gemacht. Als Beweis hierfür wird ausgerechnet die Lautsprecheraktion vor dem Knast in Preungesheim am 10.3.88 angeführt. Der bereits in vollem Wortlaut in der Öffentlichkeit bekannte Text enthält unter anderem folgende Passage:

*„Du bist aus Zusammenhängen gerissen worden, die jetzt nicht mehr Verantwortung übernehmen, als ihr vorher gemeinsam entwickelt habt, und du weißt, daß genau diese Auseinandersetzung lange vor dem 2.11. begonnen hat und daß dich diese Kritik entweder nicht erreicht oder dir nichts bedeutet hat."* Die BAW folgert daraus, daß bei Andreas E. die schon seit Jahren vorhandene Einstellung zu militanten Aktionen bei ihm zu einer Bereitschaft geführt habe, im bewaffneten Kampf auch Polizisten zu töten. Drei Zeugen, darunter Baldur O., sagten über Andreas E. aus, auch er habe schon früher mit Mollis geworfen, Stahlkugeln oder Leuchtkugeln geschossen und wäre häufig dabei einer der ersten gewesen.

### Die Tatwaffe

Am 8.11.86 wurde in Hanau bei einer Demo einem Zivilfahnder eine Pistole Marke SIG-SAUR entwendet. Andreas E. behauptet, daß ihm Frank H. erzählt habe, Ingo H. und Mark S. seien es gewesen. Baldur O. behauptet, daß Frank H. erzählt habe er selbst (Frank H.) und Andreas E. seien mit in der Gruppe gewesen. Michael K. behauptet, am Tage der Demo hätten Leute um Andreas E. die Waffe in der Gaststätte Brückenkopf

Andreas E. seien mit in der Gruppe gewesen. Michael K. behauptet, am Tage der Demo hätten Leute um Andreas E. die Waffe in der Gaststätte Brückenkopf

in Hanau gehabt. Andreas S. habe die Waffe ab Januar 87 verwahrt. (…) Andreas E. sagte aus, er habe mit Frank H. wenige Tage vor dem 2.11.87 in einem Waldstück in der Nähe von Walldorf ein Übungsschießen durchgeführt. Bei einem Ortstermin wurden leere Patronenhülsen und Projektile am angegebenen Ort gefunden, die der Hanauer Waffe zugeordnet werden.

### Ablauf der Tat

Die BAW schildert den Ablauf der Demo. In deren Verlauf soll Andreas E. laut Aussage der Zeugin Marie Luise S. gesagt haben, daß die Leute auf eigene Gefahr rausgingen, da für nichts garantiert werden könne.

Der Tatzeitpunkt wird von der BAW auf 21 Uhr festgelegt. Die Teilnehmer der Demo flüchteten vor Polizisten über eine Notbrücke auf die andere Seite des Gundbaches. Über Megaphon soll angeblich der Befehl: „Scharfschützen Feuer" erteilt worden sein. Daraufhin sollen die Polizisten mit Stahlkugeln, Leuchtkugeln und einer Pistole beschossen worden sein. Die Schützen hätten auf der anderen Seite des Baches gestanden. E. und H. sollen abwechselnd 14 Schüsse auf die Beamten abgegeben und dabei mehrmals den Standort gewechselt haben. Als Beleg dienen die Einlassungen von Andreas E. und die Angaben mehrerer Zeugen, die zumindest eine Person gesehen haben wollen, die mit einer Waffe geschossen habe, bei der keine Leuchtmunition zu sehen war.

14 Patronenhülsen wurden am 5. und 6.11.87 dort gefunden, die ebenso wie die Geschosse (die zur Verletzung und Tötung der Polizisten geführt haben) der Hanauer Waffe zugeordnet werden. PHK Eichhöfer sei aus ca. 516m, PM Schwalm sei aus 85m, drei weitere Polizisten sollen aus 117m, 142m und 159m Entfernung getroffen worden sein.

Der Obduktionsbericht über die beiden Leichen geht allerdings davon aus, daß die Geschosse mit etwa der gleichen Energie aufgetroffen sein müssen. Die in der „taz" geäußerten Widersprüchlichkeiten werden von der BAW dadurch erklärt, daß durch den tieferen Standort des Schützen am Bachabhang eine Erhöhung des Schußabgabewinkels von nur 2 Grad ausreiche, um die entsprechend weitere Flugbahn zu bewirken. Somit könne von einem versehentlichen Zu-Hoch-Zielen ausgegangen werden. Die Angeklagten hätten die Tötung weiter entfernt stehender Polizisten als Möglichkeit vorausgesehen und billigend in Kauf genommen.

Als weitere belastende Indizien führt die BAW noch ein Telefongespräch an, das Andreas E. als Angerufener und Andreas S. als Anrufer in der Nacht vom 2. auf den 3.11.87 um 1.43 Uhr geführt hätten. Hier wurde dem Andreas E. mitgeteilt, daß zwei Polizisten erschossen worden sein sollen, worauf er kaum reagiert habe und sich lediglich für den Anruf bedankt.

Die schwerwiegendsten Indizien sind folgende bei Andreas E. gefundene Dinge:

— Die Hanauer Waffe mit eingeführtem Magazin
— Zwei passende leere Magazine
— Sichergestellte Handschuhe, Pullover und Jacke weisen Schmauchspuren von zwei verschiedenen Munitionstypen auf. Eine davon wird mindestens der Art zugeordnet, die sowohl beim Probeschießen als auch beim Tötungsdelikt verwendet worden sein soll.

Baldur O. behauptet, Frank H. habe ihm auf dem Rückweg von der Demo bestätigt, daß er die Person gewesen sei, die Baldur am Gundbach habe schießen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe sei in Sicherheit. Auch an

stätigt, daß er die Person gewesen sei, die Baldur am Gundbach habe schießen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe sei in Sicherheit. Auch an

sichergestellten Handschuhen aus Frank H.s Wohnung seien besagte Schmauchspuren festgestellt worden. Das Aussageverhalten von Andreas E. wird von der BAW geschildert: Am 3.11.87 habe er gesagt, er habe selbst geschossen. Am 4.11. habe er dies noch einmal bestätigt. Bei der anschließenden richterlichen Vernehmung habe er es dann bestritten und relativiert (Leuchtkugeln). Auch habe er am 4.11. behauptet, die Waffe von Frank H. erhalten zu haben. In der Aussage vom 26.1.88 habe er auch zugegeben, die Hanauer Waffe bereits vor dem 2.11.87 vorübergehend aufbewahrt zu haben. Frank H. habe das Waffenmagazin haben wollen, um zu wissen, wie man mit der Waffe umgehen muß. In dieser Aussage vom 26.1.88 wurden auch Mark S. und Ingo H. von ihm belastet und seine Beteiligung am Probeschießen eingeräumt. Am 2.5.88 zog Andreas E. diese Aussage zurück, ausdrücklich, wie in der „taz" zu lesen war: *„Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen …"*

Laut BAW ist die Rücknahme dieser Aussage lediglich eine Reaktion auf die Verräterdiskussion in der Scene und unterstellt, daß er sich offenhalten wolle, welche Teile er aufrechterhalten wolle und welche nicht. Die BAW weist darauf hin, daß er seine Teilnahme am Übungsschießen erst eingeräumt habe, nachdem man ihm die Schmauchspuren an seiner Kleidung vorgehalten habe: Am 22.11. habe er noch einen Handschuh mit Schmauchspuren dem Frank H. zugeordnet.

**Letzte Meldung, letztes Info:**
Die Zulassung der Anklage wurde am 11.11.1988 vom Staatsschutzsenat beschlossen mit folgenden Einschränkungen:
— Anklagepunkt Brandanschlag Schaufelbagger am 30.8.86 wird nicht zugelassen;
— Strafvorschrift gemäß §129a Abs. 1 (Mord usw.) wird ausgeklammert.
(aus BI-Info 21)

## Embryonenschutzgesetz:

# Schutz vor wem?

**Seitdem eine öffentliche Auseinandersetzung um die Gen- und Reproduktionstechniken begonnen hat, werden Forderungen nach Gesetzen erhoben, und zwar aus allen Richtungen der an der Diskussion Beteiligten.**

**Während aus der Ecke der Forschungs-Industrie Gesetze gefordert werden, um die Legitimation für bereits laufende Experimente erteilt zu bekommen, und endlich unbehelligt forschen und produzieren zu können, sind die Forderungen aus allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen — von Einschränkungen der Gen-Technik und -Forschung bis zum Verbot — der Sorge und dem Erschrecken über die rasante Entwicklung und damit verbundenen so schwer überschaubaren und einschätzbaren Gefahren entsprungen.**

**Diese beiden Pole unter einen Hut zu bekommen, bemüht sich derzeit die Bundesregierung. Sie tut sich etwas schwer, zumal das Hauptbemühen darin liegt, die Industrie nicht abzuschrecken, um weitere Abwanderungen zu verhindern (BASF hat den 1. Schritt in die USA bereits gemacht). Gleichzeitig steht die Regierung in dem Konflikt, der öffentlichen Stimmung irgendwie Rechnung tragen zu müssen, wenn auch das Ziel nicht mehr als nur eine Befriedung der aufgeregten Geister sein wird. Aber selbst das scheint so ganz einfach nicht zu sein. An dem geplanten Embryonenschutzgesetz z.B. wird bereits seit über zwei Jahren herumgedoktert. Im nächsten Jahr nun soll es im Bundestag verabschiedet werden. Dieser Gesetzentwurf und die Diskussion darum soll im folgenden vorgestellt werden.**

Jahrelang konnte sich die Gen-Forschung entwickeln, ohne die Öffentlichkeit zu erregen. Erst seit bewußt wurde, daß auch die menschlichen Gene auf dem Spiel stehen, begann eine öffentliche Diskussion.

Die Entwicklung der neuen Reproduktionstechniken, die die Befruchtung außerhalb des Körpers und damit der Wissenschaft den Embryo als „Arbeitsmaterial“ gestattet, empörte neben der Kirche aus moralethischen Gründen (wider die

rial“ gestattet, empörte neben der Kirche aus moralethischen Gründen (wider die

Natur) in erster Linie die Frauenbewegung.

1985 fand der 1. Frauenkongreß gegen Gen- und Reproduktionstechnologie statt. Dieser Kongreß war der mehr oder weniger organisierte Beginn einer breiteren öffentlichen Diskussion über Gefahren der Technik und über mögliche Gesetze. Unter anderem wurde damals häufig die Forderung nach einem Embryonenschutzgesetz vertreten, zum Schutz des Embryos vor dem Zugriff der Forscher.

Aus der Frauenbewegung ist diese Forderung inzwischen weitgehend verstummt, da sehr schnell die Nähe zur Abtreibungsdiskussion deutlich wurde, wo ja bereits „auf der anderen Seite“ diejenigen ständig in den Startlöchern stehen, die den Embryo schützen wollen.

Seit 1986 nun liegt von Seiten des Bundesjustizministers ein Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz vor — entstanden aus den Ergebnissen der sog. Benda-Kommission, die 1984 zur „Klärung der mit den neuen Methoden verbundenen ethischen und rechtlichen Fragen“ vom Bundesminister für Justiz und dem Bundesminister für Forschung und Technologie eingesetzt wurde. Dieser Gesetzentwurf, den die Regierungsparteien im nächsten Jahr gern verabschiedet wissen wollen, beinhaltet zwei Schwerpunkte: 1. den Schutz des Embryos vor den ihn schädigenden Einflüssen durch den Menschen, 2. Möglichkeiten und Grenzen der Forschung mit und an Embryonen. Er bewegt sich in dem permanenten Spannungsverhältnis zwischen „Schutz der Menschenwürde“ (GG, Art. 1) und „Freiheit der Kunst und Wissenschaft“ (GG, Art. 5).

Der Embryo, der in §9 des Gesetzentwurfs bereits vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung der befruchteten Eizelle an als solcher definiert ist, wird zum eigenständigen, von der Schwangeren abgetrennten, Rechtssubjekt erklärt. Interessanterweise will aber der Entwurf ausdrücklich den Embryo nicht zum „Grundrechtsträger“ erklären. Wohlweislich, denn dann würde auch GG Art. 2,2 „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ zutreffen und die Embryonen-Forschung erschweren.

Vor wem nun soll der zum Rechtssubjekt erklärte Embryo geschützt werden?

Im §1 des Entwurfs heißt es dazu:

*„1) Wer durch Einwirkung auf einen Embryo oder Fötus eine Gesundheitsschädigung des (aus ihm hervorgegangenen) Menschen herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.*

*2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter*

*1. eine schwere Gesundheitsschädigung herbeiführt oder*

*2. durch die Tat leichtfertig den Tod des Verletzten verursacht.“*

„Der Täter“ wird hier nicht näher definiert, aber in der Begründung des Gesetzentwurfs erfahren wir dann, daß es gar nicht um **den Täter** geht, sondern um **die Täterin** und ihr Umfeld.

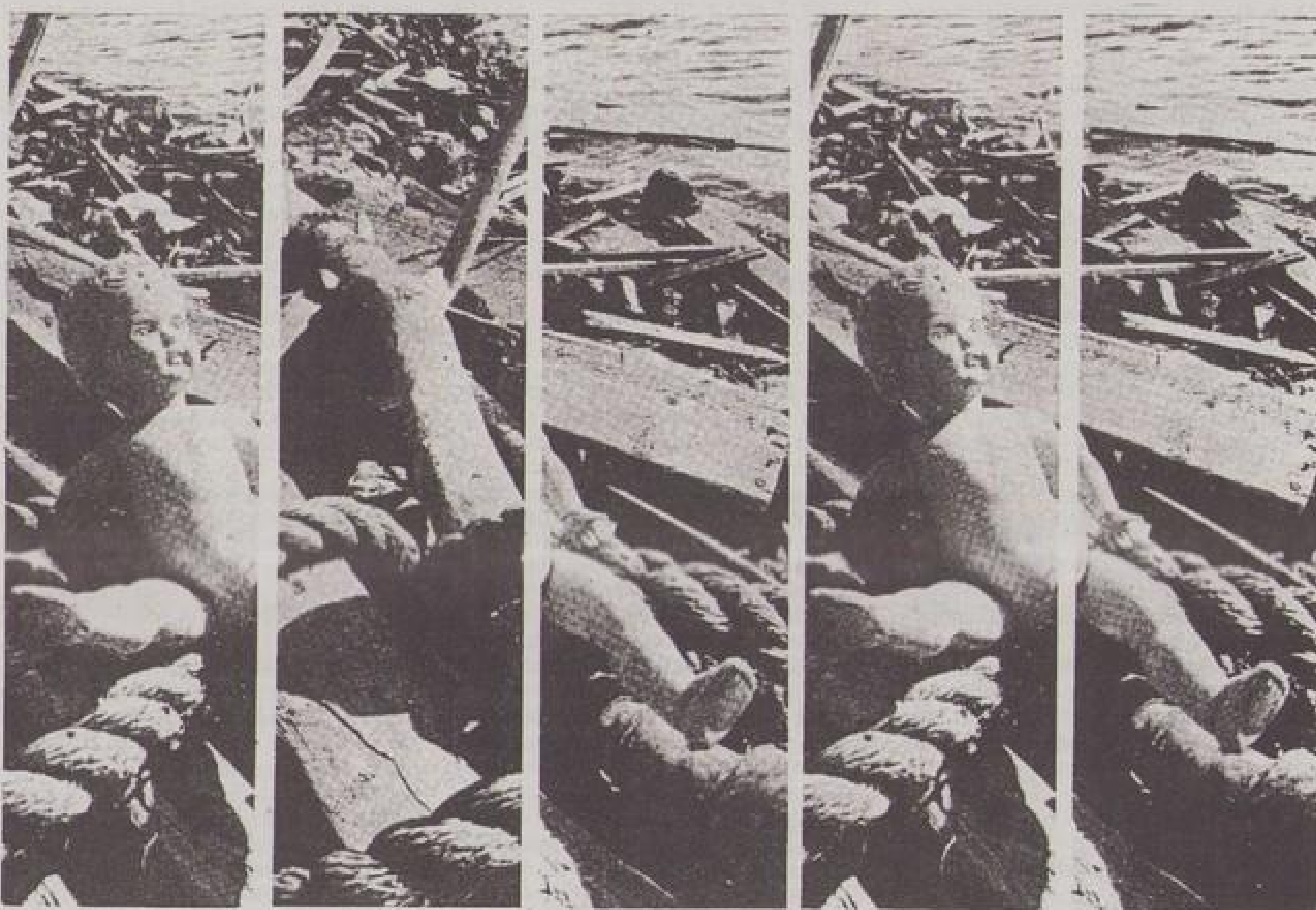
Der Embryo soll vor Individualtätern geschützt werden, wie dem Arzt, der *„leichtfertig einen Embryo durch Röntgenstrahlen schädigt“* oder einem an Röteln Erkrankten, der *„leichtfertig eine Schwangere mit der Folge infiziert, daß diese ein schwerstbehindertes Kind zur Welt bringt.“* Noch sollen Schwangere selbst, die durch Rauchen oder Trinken zu einer Schädigung des Embryos beigetragen haben, nicht bestraft werden — nur *„ausnahmsweise, ... in Fällen grober Achtlosigkeit“. „Sollte allerdings eine Schwangere etwa ein Contergan vergleichbares Mittel trotz Kenntnis seiner Gefährlichkeit einnehmen oder liegt ein ähnlich gravierendes Verhalten vor“*, so bestehe kein Anlaß, die Schwangere von der Strafbarkeit auszunehmen. Eine besondere Perfidie, das Frauen durch einen Pharmakonzern zugefügte Leid einfach um 180 Grad zu verkehren in ihre individuelle Verantwortlichkeit. Täter und Opfer werden mal eben ausgetauscht.

So sollen dann folgerichtig auch nicht gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen oder umweltbedingte Schädigungen geahndet werden, sondern *„Angehörige und Dritte, die mit der Schwangeren — etwa am Arbeitsplatz oder in Wohngemeinschaften — ständigen Kontakt haben, können durch ihr Verhalten nachteilig auf die Entwicklung der Leibesfrucht einwirken. Wird etwa die Schwangere wegen starken Rauchens anderer zur ‚passiven Raucherin‘, so kann auch dies zu einer Schädigung des Embryos und nach nach seiner Geburt zu einer gewissen Beeinträchtigung des Kindes führen.“* Da nun aber bislang jegliche Strafvorschriften fehlten, die zu einer Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung hinsichtlich der notwendigen Rücksichtnahme auf Embryonen hätten beitragen können, würde es zu weit führen, jede fahrlässige Beeinträchtigung im Embryonenschutzgesetz zu erfassen.

Da können wir noch mal froh sein, nicht bald alle mit einem Bein im Knast zu stehen.

Wenn wir uns den Kontext vergegenwärtigen, in dem der Gesetzentwurf entstand — die besorgte Diskussion über die Risiken der Gen-Forschung — erscheint der vorliegende Gesetzentwurf wie absurdes Theater: Entstanden ist ein gegen Frauen gerichtetes Machwerk. Die Gunst der Stunde einer allgemeinen Diskussion nutzend, soll hier schwangeren Frauen und ihren Mitmenschen die Verantwortung für ein gesundes Kind — unter Strafandrohung — auferlegt werden.

Alle weiteren Paragraphen des Gesetzentwurfs, die sich mit Problemen der Technik und Forschung beschäftigen, wie „mißbräuchliche Anwendung der extra-korporalen Befruchtung“ oder „Mißbräuchliche Verwendung von Embryonen und Föten“, Klonen, Chimären- und Hybridbildung legen sich viel weniger dezidiert fest und beinhalten vor allem immer gleich die Relativierung (*„zur Zeit noch nicht kalkulierbar“... „zumindest derzeit noch nicht“ ... „nicht ohne Genehmigung der Landesbehörde“ z.B.*).



Es wird somit zwar alles mögliche Experimentieren unter Strafe gestellt, aber die Ausnahmegenehmigung implizit mitgeliefert.

### Embryonenschutz und § 218

Die von Frauengruppen befürchtete direkte Übertragung des Embryonenschutzgesetzes auf die Abtreibungsdiskussion ist vorerst nicht gewollt. Der Entwurf des Bundesjustizministers nimmt ausdrücklich die *„Handlungen, die auf einen Abbruch der Schwangerschaft gerichtet sind“* aus der Strafbarkeit aus, begründet allerdings gleichzeitig das Fehlen einer eindeutigen Embryonenschutzvorschrift, obwohl diese wiederholt gefordert werde, mit den Schwierigkeiten der Abgrenzung zum § 218.

Wir dürfen gespannt sein, wie diese Schwierigkeiten zukünftig gemeistert werden. Wir werden im günstigsten Fall einen Eiertanz der Regierung vorgeführt bekommen. Denn wenn im Vorspann des Entwurfs zu lesen ist, daß *„sich mit der Befruchtung der menschlichen Eizelle bereits spezifisch menschliches Leben zu entwickeln beginnt“*, gleichzeitig dieses sich Entwickelnde von der Schwangeren losgelöst zum Rechtssubjekt erklärt wird, das es vornehmlich vor der Schwangeren zu schützen gilt, und für dessen Unversehrtheit die Verantwortung die Schwangere tragen soll, werden die Lebensschützer nicht verstehen, daß im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs dieser Schutzanspruch nicht bestehen soll.

Der Widerspruch, in dem sich hier der Bundesjustizminister befindet, wird auch deutlich daran, daß zwar ein Arzt, der durch Röntgenstrahlen leichtfertig einen Embryo schädigt, bestraft werden soll, der Arzt aber, dem ein Schwangerschaftsabbruch mißglückt mit der Folge der Geburt eines geschädigten Kindes wird ausdrücklich ausgenommen. Ebenso der Arzt, der einen *„Abbruch — aus welchen Gründen auch immer —* (vielleicht weil sein Gewissen dann doch noch rechtzeitig einsetzte? d.V.) *nicht bis zum Ende durch(führt) ... nicht der Gefahr ausgesetzt sehen, nunmehr nach § 1, Abs. 3 Entw(urf) verfolgt zu werden. Er sollte mit anderen Worten nicht gezwungen werden, die Frucht zu töten, nur um der möglichen Gefahr einer Bestrafung nach §1 Abs. 3 Entw. zu entgehen.“*

### Reaktionen

Obwohl der vorliegende Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz der Forschung fast alle Hintertürchen offenhält, wenn sie denn plausibel machen kann, daß ihre Experimente *„dem Leben dienen“*, kamen die heftigsten Reaktionen gegen den Gesetzentwurf gerade aus dieser Ecke. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft, die wesentlich in Forschungsprojekte im gen-technologischen Bereich involviert sind, beklagten sich in öffentlichen Stellungnahmen gegen die Einschränkung der Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Dabei habe doch die Wissenschaft eine Verantwortung zur Forschung, „*... die mittelbar oder unmittelbar der Minderung menschlichen Leids, dem Schutz von Leben und Gesundheit (dient). Naturwissenschaftlern und Medizinern wird kaum verständlich zu machen sein, warum solches Forschungshandeln strafwürdiges Unrecht sein soll. Unverhältnismäßig erscheint die Androhung von bis zu drei bzw. fünfjährigen Freiheitsstrafen zum Schutz einer sehr geringen Zahl nicht transferierbarer Embryonen auch im Hinblick darauf, daß jährlich mehr als 200.000 gesunde Foeten straffrei abgetrieben werden, weil der Gesetzgeber seiner Schutzverpflichtung für werdendes menschliches Leben im Rahmen der Notlagenindikation (§218a StGB) bei diesem bestehenden Zustand Genüge getan sieht.*“ (zit. n.E. coli-bri Nr. 4)

Die Max-Planck-Gesellschaft hat inzwischen die heftige Kritik abgeschwächt und sich zu einem Moratorium bereiterklärt. Der Präsident der Gesellschaft erklärte in einem Brief an den Bundesjustizminister: *„Was die Forschung an frühen menschlichen Embryonen betrifft, haben sich Ärzte und Naturforscher bereits Richtlinien zur Vermeidung von Fehlentwicklungen gegeben. Darüberhinaus werden wir uns für solche Forschung einen strikten Verzicht auferlegen, solange der Rahmen des ethisch und rechtlich Vertretbaren unter Berücksichtigung der Aufgaben, welche von der Allgemeinheit an Wissenschaft und Forschung gestellt werden, nicht geklärt ist. Dies bedeutet, daß wir, wie auch bisher, entwicklungsfähige Embryonen für Forschung in unserem Bereich nicht benutzen und auch nicht gezielt herstellen werden.“* (zit, n. Gen-ethischer Informationsdienst, 36/1988)

Was die Max-Planck-Gesellschaft mit nicht entwicklungsfähigen Embryonen vorhat oder bereits experimentiert, dazu schweigt sich der Herr aus. Dieses Moratoriums-Angebot muß wohl eher unter Beruhigungsstrategie abgehakt werden.

Abgelehnt wird der Gesetzentwurf auch in der gesamten linken Fachpresse. Von „Dr. med. Mabuse“ über „E.coli-bri“ bis zum „Gen-ethischen Informationsdienst“ haben zum Teil sehr umfangreich den Entwurf auseinandergepflückt.

Die Grünen hatten aufgrund ihrer Kritik am Entwurf des Bundesjustizministers einen sehr umfangreichen Gegenentwurf erarbeitet auf der Basis der Ablehnung der Gen- und Reproduktionstechniken, weil diese *„Ausdruck eines Weltbildes (sind), das den Menschen außerhalb und über der Natur stehend begreift“* (aus der Begründung des Entwurfs) Die Verteidigung „der Natur“ gegenüber der Technik ist der rote Faden des Grünen-Entwurfs. Sie haben diesen aber inzwischen zurückgezogen, weil es gerade aus der Frauenbewegung massive Kritik gegeben hat, überhaupt einen Entwurf einbringen zu wollen, statt generell ein Verbot der Techniken zu fordern. Ein Gesetz, selbst wenn ein besseres als der Regierungsentwurf herauskäme, hätte immer Legitimationscharakter, denn alles, was nicht explizit verboten würde, sei dann erlaubt. So bleibt also nur die Verbotsforderung.

Auch die SPD hat sich kritisch zum Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz geäußert. Einige ASF-Untergruppen lehnen ihn gar wegen seiner Frauenfeindlichkeit ab. Die SPD ist im Grundsatz einverstanden mit einem solchen Gesetz, kritisiert aber, daß der vorliegende Entwurf völlig unzureichend sei, da er nur den Teilbereich der künstlichen Befruchtung gesetzlich regeln will. Mit dieser Kritik legte die SPD im Dez. 1986 „Eckpunkte“ eines Gesetzentwurfs vor zur *„Lösung von Problemen der Unfruchtbarkeit und Anwendung gentechnischer Methoden beim Menschen“.*

In den Mittelpunkt der Überlegungen stellt die SPD „das Kindeswohl“. Von der Möglichkeit künstlicher Befruchtung ist sie nicht begeistert, will aber kein Verbot, da dies ein staatliches Eingreifen in den *„Kern der freien Lebensplanung jedes einzelnen“* sei, und besonders diejenigen treffen würde, die sich eine Behandlung im Ausland nicht leisten könnten. Aber die SPD möchte per Gesetz die Inanspruchnahme der künstlichen Befruchtung erschweren. Vor allem sollen Alleinstehende keinesfalls sich künstlich befruchten lassen dürfen, denn das *„... würde den Zusammenhang von Liebe, Zeugung und Geburt völlig aufheben: das Kind würde definitiv nicht in eine Lebensbeziehungen zu einem Paar hineingeboren, sondern in einen quasi Besitzanspruch eines einzelnen Menschen.“* Verboten wissen will die SPD auch jegliche Samen- oder Eizellenspende Dritter, vor allem, weil doch da-

spende Dritter, vor allem, weil doch da-

durch Aids übertragen werden könnte!

Das Entnehmen und Befruchten von Eizellen soll nur in der Anzahl gestattet werden, die auch unverzüglich wieder eingepflanzt werden.

Verboten werden sollen: Leihmutterschaft, pränatale Genomanalyse (mit der Einschränkung, daß diese als Maßnahme humangenetischer Beratung und Diagnostik medizinisch Hilfe bringen kann), alle Eingriffe in die menschliche Genstruktur, das Klonen, Chimärenzüchtung und Hybridbildung.

Der SPD-Entwurf unterscheidet sich vom Regierungsentwurf erheblich durch die Stoßrichtung, die Forschung selbst zum Ziel der Gesetzesregelung zu machen und nicht den Embryo.

Sollte der Gesetzentwurf des Bundesjustizministers im nächsten Jahr den Bundestag passieren, dürfte dies ein Schritt in Richtung Rechtssprechung bedeuten, wie sie in den USA bereits praktiziert wird. Dort können Embryonen über einen Rechtsbeistand gegen die Schwangere klagen, wenn diese sich so verhält, daß der Embryo in Gefahr gerät. Es darf hier getrost der Phantasie überlassen bleiben, was immer das auch sein mag. Kinder, die mit einer Behinderung zur Welt kommen, können Arzt oder Mutter verklagen, wenn/daß diese nicht alles getan haben, ein gesundes Kind zu produzieren.

Die Frauenbewegung und Linke (besser deren Teile, die dieses Gesetzvorhaben bisher zur Kenntnis genommen haben), sind sich zwar einig in der Ablehnung des Embryonenschutzgesetzes, aber eher ratlos und hilflos, beim Entwurf einer Strategie gegen die Gefahren, die von Gen- und Reproduktionstechniken ausgehen. Denn auch die Verbotsforderung wirkt doch eher hilflos, sie hat momentan überhaupt keine Lobby. (Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate stammen aus den entsprechenden Entwürfen.)

**b., KB/Gruppe Bremen**

**Hannoveraner FAP-Prozeß:**

# Neonazis als Bauern auf dem Schachbrett der Geheimdienste

**Am 23.11.1988 verurteilte das Landgericht Hannover die beiden Neonazis Siegfried Müller und Jörg Gabriel Kiem wegen Beihilfe zur schweren menschengefährdenden Brandstiftung zu Freiheitsstrafen von 13 beziehungsweise sechs Monaten. Nach Überzeugung des Gerichts haben die beiden FAP-Funktionäre den Chef der neonazistischen „Sport- und Sicherheitskameradschaft EK 1", Bernd Futter, bei Brandanschlägen im September 1986 unterstützt.**

**Mit diesen Gerichtsverfahren endete ein ganzer Komplex von Verfahren gegen Mitglieder der FAP und das „EK 1". In den Jahren 1985 bis Anfang 1987 hatten sie mehrere Brandstiftungen, Raubüberfälle, Einbruchdiebstähle und mindestens zwei Morde verübt. Während der gesamten Zeit waren die beiden Nazitruppen von V-Männern der Polizei und des VS durchsetzt. Die Polizei ließ munter anschieben und das Innenministerium vertuschte notdürftig.**

### „... einen Türkenladen weggeflammt"

27. September 1986. In der Wohnung des FAP-Kameradschaftsführers Siegfried Müller in der Sallstraße 28 haben sich ca. 10 Neonazis versammelt. Müllers Wohnung dient als Parteibüro. Anwesend sind der „EK 1"-Chef Bernd Futter, Roger Bornemann, Tom Kuss, Alexander Hansen, Roland Lühmann, Jörg Rokahr, Müller selber und sein „Adjutant" Jörg Kiem. Geplant wird Großes. *„Die Roten sollten alle mitkriegen, daß die FAP noch nicht tot ist"*, so sagte der später von seinen „Ka-

*alle mitkriegen, daß die FAP noch nicht tot ist"*, so sagte der später von seinen „Ka-meraden" bestialisch ermordete Roger Bornemann vier Tage, bevor er umgebracht wurde, vor der Polizei aus (FLEX, 10/87).

In der Badewanne wurden Molotow-Cocktails zusammengemixt. *„Müller habe für das Mixen der ‚Molotowcocktails' Kanister und Benzin zur Verfügung gestellt."* (Neue Presse, 7.11.88) Bornemann gab am 29.1.87 vor der Polizei über den Tatvorgang zu Protokoll: *„Müller und Futter, Hansen und Lühmann sind dann aus der Wohnung gegangen mit den Mollis. Mir war klar, daß diese vier wieder etwas anstecken wollten. Sie haben aber nicht gesagt, wohin sie gehen wollten."* Und weiter: *„Futter (...) kam nach weiteren zehn Minuten gemeinsam mit Müller, Hansen und Lühmann zurück. Auf unsere Frage erklärte dann Futter, daß sie am Folgersweg einen Türkenladen weggeflammt hätten ..."* (NP, 7.11.88).

Bei diesem „Türkenladen" handelte es sich um das türkische Übersetzungsbüro El-Toukhy. In der gleichen Nacht wurden von der FAP und dem „EK 1" noch drei weitere Brandanschläge verübt: auf ein von Ausländern bewohntes Haus in der Gellertstraße, auf das autonome Jugendzentrum Kornstraße und auf ein Polizeirevier. Nur weil die Brände früh entdeckt wurden, konnte verhindert werden, daß Menschen zu Schaden kamen. Die Nazis saßen in der Nacht vor dem Radio, tranken Bier und hörten Polizeifunk. Die Meldungen über die Anschläge wurden als „Sieg" gefeiert: „Bravo! Volltreffer!", wurde gegröhlt (NP, 9.11.88).

Die Polizei — so mußte es der Öffentlichkeit erscheinen — tappte erst einmal im Dunkeln. Von Hinweisen auf den Täterkreis keine Spur. Oberstaatsanwalt Borchers äußerte gegenüber der Hannoveraner Alternativzeitung FLEX ein Jahr später rückblickend, daß man damals leider nichts von den Verwicklungen Müllers an den Brandstiftungen gewußt hätte, denn hätte man es gewußt, „dann hätten wir emotionslos, wie wir sind, laut Hurra geschrien" — und natürlich zugefaßt (FLEX, 10/87).

„Ahnungslos", wie Polizei und Staatsanwaltschaft war, hatte sie erst einmal wegen des Brandanschlags auf die Polizeistation in der Höfestraße, den der „EK 1"-Chef Futter und der FAP-Anhänger Rokahr begangen hatten, gegen links ermittelt.

Ahnungslos? Das ist erstaunlich, denn schon am 1.10.86 fand ein Treffen von drei Staatsanwälten und zwei Polizeibeamten statt, an dem auch Oberstaatsanwalt Borchers beteiligt war. *„In diesem Verfahren, so steht es im Protokoll, sicherten die Staatsanwälte ‚Vertraulichkeit' zu* (FLEX 10/87). Im Klartext heißt das, daß das kriminelle Treiben von FAP und „EK 1" zur geheimen Kommandosache erklärt wurde. Aus der Sicht der Staatsorgane war das auch dringend nötig.

### V-Mann „Gue"

Februar 1986. Ein bekanntes Mitglied der FAP ist gerade auf dem Weg zu seiner Freundin. An einer Endstation der Stra-

FAP ist gerade auf dem Weg zu seiner Freundin. An einer Endstation der Stra-ßenbahn fällt ihm ein Auto auf, das ihn mehrmals umkurvt. Das Auto nähert sich langsam. Das Fenster wird heruntergekurbelt und der Nazi beim Namen angesprochen und aufgefordert einzusteigen. In dem Wagen sitzt ein Mann. Er stellt sich als Herr Rents vom Landesamt für Verfassungsschutz vor. Der Herr Rents bietet dem Nazi an, für sein Amt zu arbeiten. Da der Nazi sich ohnehin mit dem Gedanken plagt, aus der Nazi-Szene auszusteigen, geht er auf das Angebot ein. Für 300 DM monatlich ist der V-Mann „Gue" — so sein Deckname — von März '86 bis Dezember '86 für den VS tätig.

Unter den Fittichen des VS unternimmt „Gue" seinen zweiten Einstieg in die FAP. „Gue" erhält zwei Telefonnummern, unter denen er den V-Mann-Führer erreichen kann. Eine ist für Notfälle. Jede Woche muß „Gue" Bericht erstatten.

Aber der VS-Agent liefert nicht nur Informationen. Während seiner Agententätigkeit steigt er in der Nazi-Szene auf. Er wird zum Gründungsmitglied des „EK 1" und veranstaltet Wehrsportübungen. Doch nicht genug damit: Er steht nicht nur bei den Brandanschlägen Schmiere, er beteiligt sich auch handfest.

„Gue" ist neonazistischer Organisator und agent provokateur. Seine Beteiligung an den Brandanschlägen wird ihm erst da zum Verhängnis, als er sich weigert, weiter für den VS zu arbeiten, und die massiven Angebote des VS zur Weiterarbeit ausschlägt. Als „Gue" sich an Hannoveraner Journalisten wendet und auspackt, da setzt plötzlich die juristische Verfolgung ein.

Vorher hatte „Gue" alles berichtet, von der Planung und Ausführung der Brandanschläge, von der Gründung des „EK 1", davon, daß sich Bernd Futter eine „Pumb-Gun", Kaliber 12/76 mit dem FAPler Roland Lühmann in Antwerpen besorgt hatte und bei Schießübungen am 22.10.86 auf einer Wiese in Vinnhorst einen Ochsen erschossen hatte. „Die Polizei konnte damals keinen Täter ermitteln" (FLEX 10/87). Die Staatsorgane sahen tatenlos zu! Fast tatenlos.

### Eine weitere „interessante Persönlichkeit"

Daß „Gue" für den VS gearbeitet hatte, das mußte das Innenministerium wohl oder übel einräumen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der damalige Innenminister Hasselmann die Aktivitäten des V-Mannes herunterspielen wollte. In der Beantwortung einer Anfrage des Grünen Abgeordneten Jürgen Trittin erklärte Hasselmann „Gue" zum Agenten, der lediglich „probeweise eingesetzt" wurde. Eine Rechtfertigung nach Art des Hauses Hasselmann.

Daß auch Bernd Futter V-Mann war, wurde von Hasselmann heftig bestritten. Futter hingegen — so seine Selbstbezichtigung — war Informant für die Polizei. Dafür sprach auch einiges.

Futter kann auf eine lange kriminelle Karriere zurückblicken: Jugendarrest wegen schweren Raubs und Waffendelikten

Karriere zurückblicken: Jugendarrest wegen schweren Raubs und Waffendelikten, 1972 Jugendstrafe wegen Totschlags, dann Psychiatrie und Führungsaufsicht, 1982 Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz; er hatte Bomben gebastelt, um „Kanakenlokale" in die Luft zu sprengen.

Schließlich kam Futter zur FAP, die ihm aber zu lahm war. Folgerichtig betrieb Futter die Abspaltung eines Teils der FAP-Mitglieder und baute im Herbst 1986 das „EK 1" auf. Am 30.10.1986 wurde das „EK 1" in der Wohnung des Altnazis Reinhard Lotze gegründet. Alle Mitglieder des „EK 1" verstanden sich als Nationalsozialisten, so V-Mann „Gue".

Futter bestimmte den Kurs. Innerhalb kürzester Zeit wurden eine ganze Reihe von Straftaten verübt. Der Auftakt war ein Einbruch in die Wohnung der FAPler Müller und Kiem. Man wollte ihnen einen Denkzettel verpassen. Außer einer Videoanlage haben Futter und seine Komplizen auch ein Notizbuch entwendet, in dem FAP-Aktionen aufgelistet waren. „Futter will darin auch den Namen Niels gelesen haben, dahinter habe ein Kreuz gestanden und die Worte ‚tot, Auftrag ausgeführt'" (FLEX 10/87). Im Januar 1986 war der ehemalige Skinhead Niels Krückeberg erschossen worden. In der Nähe des Tatorts konnte man an einer Hauswand lesen: *„Judas — es gibt keine mehr unter uns"*. Obwohl die Spur damals eindeutig in das rechte Lager führte, konnte der Fall nie aufgeklärt werden.

Die Polizei nimmt Futter am 3.11.1986 dann wegen eines anderen Diebstahls fest. In einem Schreiben von Kriminaloberkommissar Bruns und Kriminalhauptmeister Burgemeister vom 23.10.86 heißt es: *„Futter gilt als gemeingefährlich. Es ist nicht auszuschließen, daß er sich bei Bekanntwerden der Vernehmungsinhalte an den jeweiligen Personen rächen wird."*

Trotz der „Gemeingefährlichkeit" ist Futter einen Tag später wieder auf freiem Fuß. Nach Futters eigenen Angaben ist hier zwischen der Polizei und ihm ein Deal ausgehandelt worden. Sein Haftbefehl wird ausgesetzt, und er habe dafür „FAP-Leute zu zinken" (FLEX 11/87).

Hasselmann in der Antwort auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Trittin: *„Diese Aussage Futters ist frei erfunden. Freie Erfindungen sind schwerlich zu widerlegen."* (Antwort des Innenministers vom 9.2.1988)

Daß Hasselmann dies bestreitet, dafür hat er auch allen Grund.

Denn Futter nimmt seinen Polizeiauftrag ernst und begeht mehrere Einbruchdiebstähle mit seiner „EK 1"-Truppe. Daß dem kriminellen Neonazi eher zu glauben ist als dem einstigen Innenminister Hasselmann, darauf weisen mehrere Indizien hin.

Am 3.12.86 raubten die Nazis den Waffenladen „Frankonia-Jagd" aus. Dabei gingen sie völlig dilettantisch vor. Die Schaufensterscheibe des Ladens wurde eingeworfen und vier Jagdflinten erbeutet. Die hochmoderne Alarmanlage des Waffengeschäfts versagte. Das mag seinen Grund darin haben, daß in dem selben Gebäude „eine als ‚ID-Agentur' getarnte Dienststelle des Landeskriminalamts residiert". (Hannoversche Alternativ-Zeitung „Schädelspalter" 7/88)

Wie Hannoveraner Journalisten enthüllen konnten, hatte die Polizei den Überfall auf das Waffengeschäft nicht nur angezettelt, sondern auch observiert und gefilmt (Pressemitteilung der Grünen im Landtag vom 29.6.1988).

Futter erstattete regelmäßig bei dem Kripo-Beamten Bruns Bericht und Bruns selber rief Futter öfter an.

In dem FAP-Prozeß räumte Bruns nun offen ein, daß Futter für die Polizei „eine interessante Persönlichkeit" war. Mehrmals monatlich erschien Futter auf der Wache, „um zu plaudern". Kripobeamter Bruns erzählte dem Gericht dann weiter, daß Futter auch einmal angerufen hätte, um die Nummern der erbeuteten Jagdwaffen aus dem Waffengeschäft „Frankonia" durchzugeben. Die Nummern seien dann durch den Computer überprüft worden. *„Ob die Gewehre dann auch sichergestellt wurden, wußte er nicht"* (Neue Presse, 12.11.1988).

Was er natürlich genau wußte: *„Es wurden keine Notizen gemacht, weil uns das nicht interessierte."* (NP, 21.11.1988)

Die Gewehre wurden natürlich nicht sichergestellt. Mit ihnen haben der „gemeingefährliche" Futter und seine neonazistischen Freunde noch zwei weitere bewaffnete Raubüberfälle begangen. Zur persönlichen Bereicherung, aber auch, um die Parteikasse aufzufüllen. Und die Polizei war immer in der Nähe.

### Brandmann und Biederstifter

Wie weit der Ruf der niedersächsischen Polizei ruiniert ist, das mag man der Fragestellung in der bürgerlichen Presse entnehmen. In dem Prozeß gegen Müller und Kiem sagte die Journalistin und Übersetzerin Yilmiz El-Toukhy aus, daß bei dem Brandanschlag der Nazis auf ihr Büro viele Unterlagen vernichtet worden sind, mit denen sie die Polizei hätte belasten können, so z.B. wegen Bestechlichkeit. Die „Neue Presse" fragt daraufhin: *„Hatten sie* (Polizei und VS, Anm. He.)

Fortsetzung nächste Seite



Das FAP-Gautreffen Rhein/Westfalen am 26. März 1988 in Wewelsburg. Von links nach rechts: Thomas Hainke (Bielefeld), Michael Kühnen, Christian Worch (Hamburg), Thomas Brehl (Frankfurt) und Capitan Walter, Mitbegründer der Wiking-Jugend

# Turbulenzen bei rechten Jugendorganisationen

**Es tut sich einiges in der Szene rund um die rechtsradikale Wiking-Jugend und den Bund Heimattreuer Jugend (BHJ).** (1)

Bereits 1987 spalteten sich aus der Wiking-Jugend zwei kleinere Gruppen ab. Ausgestiegen sind u.a. Rudi Wittig, Ex-Chefredakteur der WJ-Schülerzeitung „Gäck" und ehemaliger Bundesfahrtenführer sowie Reiner Schmitz, Gauführer Rhein-Westfalen und Mitherausgeber von „Gäck". Sie sammelten ihre Getreuen und gründeten eigene Vereine, Wittig den „Sturmvogel — Deutscher Jugendbund" und Schmitz den „Arbeitskreis Junge Familie". Grund für den Ausstieg, besonders bei Wittig, war wohl die immer stärkere Annäherung der Wiking-Jugend an die FAP — zahlreiche Funktionäre der Wiking-Jugend sind inzwischen FAP-Mitglieder.

Jürgen Mosler ist seit 1987 Mitglied im Ältestenrat der Wiking-Jugend. In ANS/NA-Kreisen wird die Organisation inzwischen als Jugendorganisation gehandelt. Wittig, als Vertreter der alten Linie der Anlehnung an Gerhard Frey bzw. die NPD unterlag bei den Wahlen zum Bundesführer 1987 deutlich dem FAP-Mitglied Wolfgang Nahrath und trat aus.

### Rausschmiß beim BHJ

Etwas heftiger ging es beim Bund Heimattreuer Jugend zu. Der BHJ schloß seinen im Oktober 1987 gewählten Bundesjugendführer Henning Otto im April 1988 aus, was zu Schlägereien beim Bundesjugendtag des BHJ im Juni, wo ein neuer Bundesjugendführer gewählt werden sollte, führte, die wiederum Henning Otto ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung einbrachten, aber das nur nebenbei.

Den Rausschmiß des 1987 noch über alle Maßen gelobten 1. Bundesjugendführers erklärt der BHJ in einem Schreiben an seine Mitglieder und Freunde damit, daß Otto den Verein habe zerstören wollen.

Otto (25), seit mindestens zehn Jahren Mitglied im BHJ, versuchte im März 1988 einen Kurswechsel herbeizuführen. Er wollte den Verein, der sich immer mehr entpolitisiert hatte, modernisieren. Das traditionelle Zeichen des BHJ, die germanische Odalrune sollte durch eine schwarze Fahne mit einer aufgehenden Sonne ersetzt werden, die Zeitschrift des Vereins, „na klar! Jugendzeitschrift für Umwelt, Mitwelt, Heimat" sollte aktualisiert werden.

### Der „Freie Deutsche Jugendbund"

In dieser Situation trat Wittig mit Otto in Verhandlungen. Geplant war u.a. ein Zusammenschluß von BHJ und Sturmvogel zum Freien Deutschen Jugendbund, was sicher auch ein Grund für die Abschaffung der Odalrune war.

Diese Sakrilegien waren dem BHJ zuviel, auf einem außerordentlichen Bundesjugendtag wurde Otto „durch eine deutliche Zweidrittelmehrheit der Delegierten aus seinem Amt abgewählt, und sie bestätigten seinen Ausschluß" (Rundschreiben des BHJ vom Sept. 88). Neuer 1. Bundesjugendführer wurde Henning Pless aus Hamburg.

Daß Otto bei seinen Modernisierungsbestrebungen und Fusionsplänen mit dem abgespaltenen NPD-Flügel der Wiking-Jugend ziemlich bedacht gehandelt hat, darauf deutet einiges hin. So scheint Otto zeitweilig im Besitz des BHJ-Vermögens gewesen zu sein, zumindest hat der BHJ (Rundschreiben vom Sept. 88) ihm die Teilung des BHJ-Vermögens angeboten. In der „na klar!"-Ausgabe vom September heißt es dann, daß inzwischen die neuen Konten auch in der Hand des BHJ seien. Ein weiterer Trumpf für Otto ist die von ihm betriebene Eintragung des BHJ ins Vereinsregister. Die Streitigkeiten im BHJ sind also noch lange nicht abgeschlossen.

Otto scheint auch einen nicht zu geringen Teil des BHJ hinter sich zu haben. Seinen Ausschluß erkennt er jedenfalls nicht an. Im September gab er eine eigene Nummer von „na klar!" heraus, mit aufgehender Sonne und ohne Odalrune. Verantwortlich für den Inhalt: Bundesführung: Henning Otto.

**kl., Antifa-Kom., KB Göttingen**

**Anmerkung**

1) Der BHJ wurde 1962 in der BRD als Ableger des österreichischen BHJ gegründet. Sein militantes Auftreten trug ihm bereits in den ersten Jahren ein Uniformverbot und ein Verbot seiner Zeitung „Der Trommler" ein. In den Siebzigern wurde besonders der Westberliner Landesverband durch seine enge Verknüpfung mit der NSDAP/AO bekannt. Im Gegensatz zur Wiking-Jugend war der BHJ immer bemüht, sich nach außen hin als „bündisch" darzustellen, d.h. als weltoffener und friedlicher Verband.

## Die Gefährlichkeit der FAP —

# Zwischen Mythos und Wirklichkeit

**Kaum ein Tag vergeht, an dem nichts über Neonazis oder Skinheads in den Zeitungen zu lesen ist. Meistens sind es brutale Überfälle auf ausländische oder linksverdächtige Jugendliche, manchmal Anschläge auf Kneipen oder Wohnungen, in denen Linke oder Ausländer vermutet werden. In den meisten Fällen sind Mitglieder oder Sympathisanten der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) nicht weit.**

**Dies hat in der Öffentlichkeit zu zum Teil recht abenteuerlichen Vorstellungen geführt, was die organisatorische und politische Kraft der FAP angeht.**

**In diesem Artikel soll gezeigt werden, daß die Häufigkeit und die Brutalität der neonazistischen Randale nur sehr eingeschränkt Schlüsse auf die politischen Möglichkeiten der bundesdeutschen Neonazi-Bewegung in und um die FAP zulassen.**

### FAP — die große Gefahr?

Mittlerweile ist es so weit, daß sogar die niedersächsische CDU-Regierung Sympathiepunkte erwartet, wenn sie für ein Verbot der FAP eintritt. Am 2. Juni 1988 beschloß der niedersächsische Landtag *einstimmig*, beim Bundesrat zu beantragen, der Bundesrat möge beim Bundesverfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die FAP einleiten. Ministerpräsident Albrecht und der inzwischen geschaßte Innenminister Hasselmann hielten ein Verbot für „unumgänglich“. In Hessen forderte die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu unterstützen. Im September '88 beriet der Petitionsausschuß des Bundestages über ein mögliches Verbot. Bereits im November '87 forderte Bremens Innensenator den Bundesinnenminister Zimmermann auf, die FAP zu verbieten.

Dieser Eifer findet seine Entsprechung in unterschiedlichen Zahlen, die durch die Presse geistern. Hierzu nur zwei Beispiele:

- In der Morgenpost vom 9.2.88 spricht die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) von 700 organisierten Neonazis. Der Hamburger Chef des „Verfassungsschutzes“ (VS) Lochte nennt im gleichen Artikel die Zahl von 30 FAP-Mitgliedern. Insgesamt habe es in Hamburg 1987 85 Neonazis gegeben, soviel wie 1986.
- Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ gibt im Januar '88 die Mitgliedszahl der

gliedern. Insgesamt habe es in Hamburg 1987 85 Neonazis gegeben, soviel wie 1986.
- Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“

gibt im Januar '88 die Mitgliedszahl der „Nationalistischen Front“ (NF) für 1986 mit 500 an. Der „Verfassungsschutzbericht“ für 1986 spricht von „mehreren Dutzend“.

Der „Blick nach rechts“, sicherlich einer Verharmlosung des Neonazismus unverdächtig, meldet im Februar '88 für Hamburg die Zahl von 60 FAP-Aktivisten.

Der VS, in dieser Hinsicht sicherlich nicht ganz so unverdächtig, gibt die Zahl der FAP-Mitglieder mit rund 500 an, etwa soviel wie 1986. Die Gesamtzahl der Neonazis beläuft sich nach VS-Angaben 1987 auf 1520. Zum Vergleich: 1983, dem Jahr des ANS-Verbotes, nannte der VS die Zahl von 1400 Neonazis.

### 1987 — „Ein Jahr des Aufbaus“?

Nach Kühnens Ankündigung vom Dezember '86 sollte es das jedenfalls werden. Hatten doch am Bundesparteitag der FAP im Juni '86 nur etwa 100 der angeblich über 500 Mitglieder teilgenommen. Zwei Ereignisse mögen den „Aufbruch“ der Kühnen-Truppe belegen:

- Für den Kühnenflügel der FAP finden am 25.7.87 zwei Demonstrationen unter dem Motto „Freiheit für Michael Kühnen“ statt. Die „Bereiche Nord und West“ der „Bewegung“ sollen in Bonn aufmarschieren. Anführer soll Christian Worch sein. Thomas Brehl soll die „Bereiche Süd und Mitte“ in Wiesbaden anführen. Nach Angaben von Worch in seinem Mitteilungsblatt „Neue Front“ versammelt er 18 „Kameraden“ um sich. Brehl bringt es dagegen auf fast das Doppelte.
- Am 15.11.87 gibt es in Essel/Niedersachsen eine Veranstaltung der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO). Außer der „Neuen Front“ beteiligen sich daran die „Wiking-Jugend“, die Kühnen-Gruppe und die Mosler-Gruppe sowie „unabhängige Kameraden“. Die Teilnehmerzahl von 100 gilt der „Neuen Front“ als beachtlich, zumal die Teilnehmer „nur aus den norddeutschen Bundesländern“ kommen.

Auch beim Mosler-Flügel wachsen die Bäume nicht in den Himmel. An einem bundesweiten „Gautreffen“ am 11.7.88 nehmen knapp über 100 Leute aus der gesamten BRD und Österreich teil, was angesichts der Urlaubszeit von den Mosler-Leuten als Erfolg eingeschätzt wird.

Ende '87 nehmen die Auseinandersetzungen zwischen dem Mosler-Flügel und den Kühnen-Leuten an Schärfe zu. Im November '87 wird das Haus des nordrhein-westfälischen Kühnen-Gefolgsmannes Schönstedt mit Parolen bemalt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Januar soll auf das Haus ein Brandanschlag mit 20.000 DM Sachschaden verübt worden sein. In beiden Fällen verdächtigen die Kühnen-Leute nicht „bolschewistische Terroristen“, sondern suchen die „Mordbrenner unter den Anhängern Jürgen Moslers“.

beiden Fällen verdächtigen die Kühnen-Leute nicht „bolschewistische Terroristen“, sondern suchen die „Mordbrenner unter den Anhängern Jürgen Moslers“.

Zum 16.1.88 mobilisieren die Kühnen-Anhänger nach Hagen zum „Gautreffen Nordrhein-Westfalen“. Sie bringen etwa nach eigenen Angaben 50 Leute auf die Beine. Mosler mobilisiert ca. ein Dutzend für eine „Gegendemonstration“. Nur ein massiver Polizeieinsatz verhindert, daß beide Gruppen aufeinander einschlagen.

### Die FAP als Sammelbecken

Im Widerspruch zu diesen selbstzerstörerischen Kräften steht die Tatsache, daß es beiden Lagern gelungen ist, bisher nicht zur FAP gehörende Neonaziformationen an die jeweilige Gruppierung heranzuführen.

Der frühere Chef der 1982 verbotenen VSBD/PdA Friedhelm Busse war bereits auf dem bundesweiten „Gautreffen“ der Mosler-Leute im Juni '87 der sogenannte Hauptredner. Auf dem Landesparteitag der FAP in Nordrhein-Westfalen im September '87 wich er nicht von der Seite Siegfried Borchardts („SS-Siggi“), der auch zum Mosler-Flügel gehört. Busse wurde im November '88 zum Bundesvorsitzenden der FAP gewählt. Borchardt wurde sein Stellvertreter.

Kühnen ist auf dem Sektor auch nicht untätig. Während seiner Tour durch die BRD nach seiner Entlassung aus dem Knast trifft er sich u.a. mit Meinolf Schönborn, dem Chef der „Nationalistischen Front“. Schönborn soll ihm zugesagt haben, sich bei seinen „Kameraden“ für Kühnens Konzept der „Nationalen Sammlung“ einzusetzen.

Auch Walther Mathaei, Gründer der „Wiking-Jugend“ (WJ) und derzeit „Schriftleiter“ der WJ-Hauspostille, hat ihm angeblich seine Unterstützung zugesagt. Der designierte „WJ-Bundesführer“ Ulf Nahrath ist FAP-Aktivist. Die WJ tritt immer häufiger bei FAP-Veranstaltungen auf, andererseits fehlen Kühnens Anhänger bei keiner Veranstaltung der WJ.

Auf dem „Führerthing“ im August '88 bestätigen 40 „Führungskameraden“ Kühnen als ihren Führer. Diese Veranstaltung soll laut Kühnen die „höchste Instanz der nationalsozialistischen Bewegung zwischen den Parteitagen“ sein und etwa 400 „Kameraden“ aus der BRD, Österreich und den Niederlanden repräsentieren. Die Versammlung beschließt auf Kühnens Vorschlag, die NS mit Satzung und Programm als „eingetragenen Verein“ zu betreiben. Die NS solle sich als Wahlverein innerhalb der FAP verstehen. Mit einem „totalen Abschied aus dem rechten und reaktionären Lager“ (gemeint sind anscheinend Mosler und Co.) kann sich Kühnen jedoch nicht durchsetzen.

### 1988 — Durchbruch oder Einbruch?

1988 — Durchbruch oder Einbruch?

Was die Mobilisierungserfolge angeht, knüpfen die FAPler da an, wo sie 1987 aufgehört haben.

Moslers „Neue Front“ von März/April 1988 meldet „Schwierigkeiten mit der Finanzierung“ der Nazi-Postille wegen der „nach wie vor schlechten Zahlungsmoral“.

Nachdem Kühnen im März '88 aus dem Knast entlassen worden ist, kommen 50 Neonazis „aus der gesamten BRD“, um „Michael Kühnen zu huldigen“. (FR, 18.4.88).

An der „Bereichskundgebung Nord“ im April '88 nehmen „schon 70 Kameraden“ teil (Kühnens „Neue Front“, Mai '88).

Zur 1. Mai-Kundgebung in Rheinhausen, von Kühnen als großer Propaganda-Coup geplant, kann Kühnen nur etwa 40 Freunde begrüßen.

Am ersten Todestag von Rudolf Heß, am 21.8.88 will die FAP in Wunsiedel einen Aufmarsch durchführen. Angemeldet sind 400. Die Polizei rechnet mit 1000. Es erscheinen 120.

Auf einer Versammlung des „Gaus Baden-Württemberg“ Ende Oktober '88 konnte Kühnen etwa „60 Gesinnungsgenossen“ begrüßen. Nicht alle kamen allerdings aus Baden-Württemberg. (FR, 1.11.88)

Der „Wahlkampfauftakt“ der NS zur hessischen Kommunalwahl im März '89 in Frankfurt am 3.9.88 muß mit 35 Neonazis (inklusive Brehl und Kühnen) auskommen. (Frankfurter Neue Presse, 5.9.88). Und das, obwohl Kühnen für die Kommunalwahl seinen großen Durchbruch angekündigt hat.

Die Überschätzung Kühnens wird nicht unmaßgeblich durch 2 sich ergänzende Phänomene beeinflußt: die Sensationsgeilheit großer Teile der Presse und die Publicitygeilheit Kühnens. Besonderen Platz in seinen monatlichen „Erfolgsberichten“ nehmen seine Pressetermine ein. Wichtig an seinem Auftritt in Hungen/Hessen im April '88 ist zum Beispiel, daß er Gelegenheit hat, dem „hessischen Rundfunk ein umfangreiches Interview zu geben“. An anderer Stelle erwähnt er ein „Interview mit dem WDR“. Über den 6.5.88 heißt es: „an diesem Tag zwei Pressegespräche, ein Team beabsichtigt ein komplettes Porträt über Michael zu drehen, schließlich sei er mittlerweile ‚eine Person der Zeitgeschichte'“. Über den 10.5. heißt es kurz: „erneuter Termin mit der Presse“. Und bleiben auch die Mobilisierungerfolge bescheiden, wie in Frankfurt und in Wunsiedel, so ist doch die Presse da. Und Kühnen führt ein Gespräch mit der Presse wie in Wunsiedel (taz, 22.8.88) oder posiert für den Fotografen wie in Frankfurt („Spiegel“, 5.12.88).

**Rü., Antifa-Komm./HH**

### „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei — FAP

1979 gegründet, fristet die kleine Partei bis 1984 ein völlig unbedeutendes Dasein. Ende 1983 wird die ANS/NA von Bundesinnenminister Zimmermann verboten. Ab 1984 sickern die ANSler in die FAP ein, um unter diesem Deckmantel die alten Umtriebe fortzusetzen. Mitte 1986 initiieren die Neonazis Mosler und Heidel eine Kampagne gegen Homosexualität in ihren Reihen. Gemeint sind Kühnen und sein Stellvertreter Brehl. Beide treten aus der sogenannten „Bewegung“ der inoffiziellen Fortsetzung der ANS/NA im September '86 aus. Mosler wird offiziell Kühnens Nachfolger. Im Dezember '86 tritt Kühnen der „Bewegung“ wieder bei. Seitdem versuchen beide Flügel, ihre „Kameraden“ zu sammeln. Ende '86 wird das Zahlenverhältnis vom VS auf 250:80 für Mosler geschätzt. Mittlerweile dürfte sich das Verhältnis zu Gunsten Kühnens verschoben haben, obwohl beim letzten FAP-Bundesparteitag im November 1988 der Mosler-Flügel auch offiziell an die Spitze rückte.

Seit seiner Entlassung aus dem Knast im März 1988 zieht Kühnen durch die Lande und versucht, die „alten Kameraden“ wieder einzusammeln. An Erfolgsmeldungen spart er dabei nicht. Sein lauthals verkündetes Konzept ist die NS, die „nationale Sammlung“ aller „aufrechten

de und versucht, die „alten Kameraden“ wieder einzusammeln. An Erfolgsmeldungen spart er dabei nicht. Sein lauthals verkündetes Konzept ist die NS, die „nationale Sammlung“ aller „aufrechten

Kämpfer“, die Mosler/Heidel-Leute zählt er natürlich nicht dazu. Die NS soll als „eingetragener Verein“ die Funktion eines Wahlvereins innerhalb der FAP wahrnehmen. Premiere soll die Kommunalwahl in Hessen im März '89 werden. Schließlich hat er seinen Anhängern „anläßlich seiner Haftentlassung“ versprochen, sie „innerhalb eines Jahres in eine politische Durchbruchsschlacht zu führen“.

### „Nationalistische Front“ (NF)

1985 gegründet von Versprengten der 1982 verbotenen „volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA). Vorsitzender wurde der Freiburger Bernhard Pauli. „Generalsekretär“ wurde Meinolf Schönborn, vorher Kreisvorsitzender der NPD und Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN in Nordrhein-Westfalen. 1986 wird Schönborn auch Vorsitzender. Am 31. Januar 1986 hat Schönborn einen Kaufvertrag für ein Haus in der Bielefelder Bleichstraße 143 unterschrieben. Dieses Haus firmiert heute als „Nationales Zentrum“. Die Kontakte zur FAP sind bereits seit einiger Zeit sehr eng. Der Bielefelder FAP-„Ortsgruppenführer“ soll im „Nationalen Zentrum“ ein- und ausgehen.

Der VS schätzt die Mitgliederzahl für 1987 auf etwa 80. Die NF soll neben Bie-

FAP-„Ortsgruppenführer“ soll im „Nationalen Zentrum“ ein- und ausgehen.
Der VS schätzt die Mitgliederzahl für 1987 auf etwa 80. Die NF soll neben Bie-

lefeld noch relativ große Stützpunkte in Bremen und Westberlin haben

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

*gar Interesse daran, daß sie belastendes Material in Flammen aufgeht?“* (NP, 10.11.88)

Es mag sein, daß die Polizei den Nazis ihren besonderen Wunschzettel mit auf den Weg gegeben hat. Sei es über „Gue“ oder Futter. Möglich wäre, daß hier auch noch ein dritter Neonazi in Frage kommt. Mehrere Gerüchte ranken sich darum, daß auch FAP-Kameradschaftsführer Müller mit den Geheimdiensten zusammenarbeiten soll. Auffällig war, daß die Ermittlungsverfahren gegen Müller wegen der Brandstiftungen zuerst immer eingestellt worden sind, obwohl er von mindestens fünf FAPlern beschuldigt worden ist. Daß dieses Gerichtsverfahren überhaupt zustande gekommen ist, liegt daran, daß der Prozeß wegen der Ermordung von Roger Bornemann so hohe Wellen geschlagen hat und die Justiz daraufhin an diesem Verfahren gegen Müller und Kiem nicht vorbeikommen konnte.

Mittlerweile wird Müller selbst in FAP-Kreisen wie z.B. in der FAP-Zeitung „Deutscher Standpunkt“ offen als Spitzel gehandelt.

### Innenministerium hat alle Hände voll zu tun

Hatte die Polizei anfangs gegen das „EK 1“ auch nach Paragraph 129 ermittelt, also wegen Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, so ist dies schon sehr schnell auf Wink von höheren Stellen korrigiert worden. Die Vorgänge um das „EK 1“ und die FAP sollten so niedrig wie möglich gehandelt werden. Der Lüneburger Oberstaatsanwalt Liebeneiner gab in einem Schreiben vom 7.1.1987 die Marschrichtung an: Eine Anklage nach 129 lehnte er ab, denn er sehe „keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Vereinigung“. Und Liebeneiner weiter: *„Irgendwelche organisatorischen Strukturen in Bezug auf die Begehung von Straftaten sind bisher auch nicht ansatzweise erkennbar...“.* Das „EK 1“ wurde als unpolitischer Haufen dargestellt, eine Sichtweise, die besonders das Innenministerium verbreitete.

Damit waren die Weichen gestellt, um die Verfahren gegen die FAP und das „EK 1“ zu zersplittern und zu entpolitisieren. Die politischen Hintergründe sollten um keinen Preis beleuchtet werden. *„Der Vorsitzende der Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger beklagte, daß die Ermittlungen weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft in den entsprechenden Spezialabteilungen für politische Straftaten geführt würden. (...) Es wird der Schein erzeugt, jeder Überfall sei für sich allein eine zufällige Einzelerscheinung.“* (Kritische Justiz 3/88, S. 331)

Alles zusammengenommen ergibt nämlich folgendes Bild: Der Staat baut über V-Männer Nazi-Terrorgruppen mit auf, unterstützt sie beim Terror gegen Ausländer und hilft so mit, Schrecken zu verbreiten. Daß das nicht deutlich werden soll, ist verständlich.

**He., KB Göttingen**



FAPler bei einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der VVN in Wiehl (NRW) 1984. Dritter von rechts: FAP-Funktionär Borchardt

# „DER SCHLESIER“: immer schon rechtsextrem

**Während in der Bundesrepublik anläßlich des Novemberpogroms mehr oder minder geglückte Erinnerungs-Rituale abgefeiert wurden, brachte es „Der Schlesier, Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Schlesien“ unverblümt auf den Punkt: „Strafe, Sühne, Aussöhnung? Nein Rache!“ skandierte Leitartikeler J.P.Ney am 25. November 1988. Denn: „Jede Strafe, jede Sühne muß einmal ein Ende haben.“Da die eigentlichen Täter, „eine Handvoll Greise, die der auf der ganzen Welt von jüdischen Organisationen betriebenen ... Fahndung noch entkommen sein mögen“, das „deutsche Volk“ nicht repräsentierten, sei die Bestrafung von Nicht-Tätern im Sinne Neys, etwa Verwandte oder Kindern von Tätern, Blutrache.**

Ney stellt so der neokonservativen Variante der Entsorgung der Vergangenheit — Bestreiten der Singularität Auschwitz' 'a la Nolte — eine rechtsradikale Variante zur Seite. Die Intention ist hier wie dort die gleiche. Dem ersehnten Nationalgefühl soll die Shoah, der Völkermord an den Juden, nicht mehr länger im Wege stehen. „Einigkeit“, so weiß Ney, „fällt uns wahrhaft schwer, uns Deutschen.“ In klassischer antisemitischer Manier werden Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern. Leute wie Ney werden den Juden Auschwitz nie verzeihen: *„Da sitzen sie alle friedlich beisammen, Weizsäcker, Honecker, Diepgen, Sindermann, Willy Brandt, Kohl, protestantische und katholische Bischöfe, Gewerkschafter und Arbeitgeberführer, verkleiden sich als Juden und dreschen auf ihr Volk herunter.“* Die Öffentlichkeit und die genannte Prominenz war pikiert. Man forderte, daß die Landsmannschaft sich von ihrem Hausblatt distanzieren solle. Der Grund: *„ ... die Attacken des Blattes gegen führende Politiker“* („HAZ“, 24.11.88). Herbert Hupka, Vorsitzender der Landsmannschaft, kam der Aufforderung nach. Er erklärte in Bonn, der Beitrag werde von seiner Organisation *„entschieden und mit Empörung zurückgewiesen und verurteilt.“* Ab sofort würden keine Mitteilungen mehr im „Schlesier“ veröffentlicht werden („HAZ“, 24.11.88). Aber nichts von dem, was Ney behauptet, ist den LeserInnen des „Schlesier“ neu oder gar unbekannt. Antisemitismus und rassistische Deutschtümelei fanden und finden sich im „Schlesier“ regelmäßig. Ebenso sind Angriffe gegen CDU-Politiker mittlerweile Usus — in verstärktem Maße allerdings erst seit der „Wende“ '82.

Im folgenden wollen wir die Entwicklung der Vertriebenenverbände sowie des „Schlesier“ darstellen, eine Entwicklung, in der sich die „Vertriebenen“ schrittweise vom Schulterschluß mit den Konservativen lossagten und sich Rechtsradikalen sämtlicher Provinienz annäherten.

## „Wendigkeit statt Wende“

Als 1982 in Bonn die sog. Wende herbeigeführt wurde, da frohlockten die Revanchistenverbände. Die sozialliberale Regierung war gestürzt, die Regierung der „Ostverträge“, die Regierung des „Verrats“ und des „Verzichts“.

Von der neuen Bundesregierung erhofften sich die Vertriebenen viel, hatten sie doch eine starke Lobby an christdemokratischen Vertriebenenfunktionären und zuverlässige Bündnispartner in der „Stahlhelm-Fraktion“.

Die Erwartungen schienen sich zunächst zu erfüllen: Die Geldhähne für die Vertriebenenverbände wurden weiter aufgedreht, ihnen wurde ein Mehr an kultureller und politischer Förderung zuteil.

Vor allem setzte die Bundesregierung neue politische Akzente. Der Bundeskanzler demonstrierte in Bitburg exzessiv einen neuen Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger unterstützte ihn dabei mit seinem berüchtigten Brief an den US-Senat, in dem er an seinen Fronteinsatz gegen die Rote Armee in Oberschlesien in den letzten Kriegstagen erinnerte und damit signalisierte, daß er durchaus bereit ist, die Geschichte Nazi-Deutschlands im Sinne der Vertriebenen einer Revision zu unterziehen. Und Kohl wandte sich sogar direkt an die Vertriebenen. 1984 sprach zum ersten Mal seit Ludwig Erhardt wieder ein Bundeskanzler vor Vertriebenen. Und wie er sprach! *„Heimat ist hergeleitet vom Wort Heim, von Haus und Hof, von Erbe und Eigen. Jenseits aller Besitztitel erinnert Heimat an das unveräußerliche Recht eines jeden Menschen, einen Ort zu haben, dem er sich zugehörig fühlt und an dem er Geborgenheit findet. (...) Vaterland — das ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland. Das ist das Land, in dem unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist. Die Vielfalt ihrer Quellen und Ausdrucksformen gilt es zu erhalten. Wir alle sind deshalb aufgerufen, an der Bewahrung des kulturellen Erbes der Vertriebenen und Flüchtlinge mitzuwirken.“* (zitiert nach „Sudetendeutsche Zeitung“, 21.9.1984) Wen wundert es da, wenn der stellvertretende Bundesvorsitzende der Sudentendeutschen Landsmannschaft, Fritz Wittmann, feierlich erklärte: *„Wir fühlen uns bei dieser Bundesregierung wieder geborgen.“*

Die praktische Arbeit der Bundesregierung begann. Die Förderung der ostdeutschen Landesmuseen wurde geplant und ihr Bau in Angriff genommen. Kultusminister arbeiteten Ostkundeerlasse für die Schulen aus, an den Universitäten wurden Institute für Ostdeutsche Landeskunde eingerichtet. Die Breitenarbeit der Revanchistenverbände wurde intensiver finanziert.

Der Revanchismus erlebte auf dieser Ebene eine neue Blütezeit, die Vertriebenen bekamen ein neues Stärkegefühl.

Nur außenpolitisch konnte die Regierung Kohl keine Erfolge erreichen, eine „Wende“ fand hier nicht statt, nur die Fortsetzung der Politik der sozialliberalen Koalition. Verbale Kraftmeiereien des Kanzlers in Richtung Sowjetunion konnten darüber ebensowenig hinwegtäuschen wie die Drohgebärden von CDU/CSU-Politikern in den Vertriebenenverbänden, die in den Verbandsorganen verwegene Gebietsansprüche entwickelten.

Real kam die Regierung Kohl der Lösung der „deutschen Frage“ kein Stück näher, und auf dem diplomatischen Parkett der Außenpolitik konnte sie sich auch nicht viel forscher bewegen, als das beispielsweise eine Regierung Schmidt getan hätte oder getan hatte.

Die omnipotenten Phantasien des MdB *Lintner* (CSU) in der „Sudetendeutschen Zeitung“ vom Großdeutschland ließen den Widerspruch zwischen konkreter Gegebenheit und Revisionsgelüsten nur krasser erscheinen.

Denn mit dem Ableben des klassischen Revanchismus als Regierungspolitik erlebte der Rechtsextremismus in den Vertriebenenverbänden seine Renaissance. Jede außenpolitische Rücksichtnahme der „Wende“-Regierung, jeder Widerspruch zwischen Wort und Tat gab dem Nazismus Aufschwung. Unzufriedenheit und Verdrossenheit erfaßten auch die rechten Vertriebenenfunktionäre, die eher dem konservativen Lager und nicht dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Das Schlagwort „Wendigkeit statt Wende“, das vom „Ostpreußenblatt“ ausgegeben wurde, machte die Runde. Entlud sich die Kritik der Vertriebenen an der Regierung zuerst an der FDP und speziell an Außenminister Genscher, wurden nach und nach einzelne CDU-Leute aufs Korn genommen.

Durch die Vorgänge um das Schlesier-Treffen 1985 verschärfte sich die Konfrontation und die Polarisierung zwischen einzelnen Vertriebenenverbänden und der CDU/CSU. Die Vertriebenen diskutierten offen den Aufbau einer Alternative rechts von der CDU. Sei es nun, daß man mit dem Gedanken spielt, eine eigene Vertriebenenpartei aufzubauen, oder sei es, daß man seine Hoffnungen in die Republikaner oder in die NPD setzt.

Die CDU/CSU reagierte hinter den Kulissen. Hupka und seinesgleichen wurden nicht mehr zur Bundestagswahl aufgestellt. Die CDU-Vertriebenenlobby wurde auf kaltem Wege abserviert. Hinzu kam, daß man dem „Schlesier“ still und heimlich die finanziellen Mittel strich. Eine Reaktion auf die zunehmende grundsätzliche Kritik, die aus diesem Blatt gegen die Deutschlandpolitik der Regierung geäußert wurde.

Stattdessen wurden von der CDU/CSU zielgerichtet gemäßigtere Vertriebenenverbände gefördert und als Gegenpol aufgebaut. Gegen den „Schlesier“ setzte man die regierungstreuen „Schlesischen Nachrichten“.

## Rechtsextreme okkupieren den „Schlesier“

Daß ein Teil der CDU-Stahlhelmer heute den „Schlesier“ verläßt, ist sicherlich nur taktischer Natur. Der offen vorgetragene Antisemitsmus des J.P.Ney mag ein günstiger Zeitpunkt gewesen sein, um sich von einem Blatt zu verabschieden, das in der offiziellen Ostpolitik ohnehin nichts mehr zu sagen hat und sich und seine Leserschaft mehr und mehr auf den rechtsextremen Kern reduziert.

Demokratische Gesinnung stand einem Hupka und seinesgleichen bei seiner Entscheidung jedenfalls nicht bei Seite. Denn „Der Schlesier“ hatte in den letzten Jahren großzügig seine Spalten für all das geöffnet, was sich auch im Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ wiederfindet. Das geschah in einer Massivität, daß CDU-Hardliner wie Hupka ganz klar in der Minderheit waren. Gestört hatte sie das in den letzten Jahren nicht.

Zu übersehen wäre das nicht einmal von einem Hupka gewesen, denn „Der Schlesier“ hat nie Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen lassen. Altnazis wie Hess, Rudel, Bolko Freiherr von Richthofen, wurden regelmäßig hofiert. Neofaschisten wie der einstige Landesvorsitzende der Landsmannschaft Oberschlesien, Christian Stoll, wurden im „Schlesier“ wegen ihrer Aktualisierung der Nazi-Propaganda vom „Volk ohne Raum“ entschieden gegen antifaschistische Proteste verteidigt („Schlesier“, 25.10.85 und 15.11.85).

Das Studium rechtsextremer Literatur wurde der Leserschaft wärmstens und eindringlich angeraten und die einschlägigen Machwerke vorgestellt, egal ob aus dem Arndt-, Mut-, Grabert- oder FZ-Verlag. Gerade die neonazistische Literatur war es, die das Weltbild des „Schlesiers“ wiedergegeben hat.

Und die Bündnispartner, mit denen man Politik machte und macht, das sind die Republikaner, die NPD/DVU, die Notverwaltung des deutschen Ostens, der Witiko-Bund, die Konservative Aktion, der Gesamtdeutsche Studentenverband usw. Mitglieder dieser Parteien und Gruppen konnten immer wieder ihre Vorstellungen im „Schlesier“ propagieren. Rechte CDUler wurden hingegen eher geduldet und wegen ihrer Inkonsequenz kritisiert.

## Die „Deutsche Frage“

Daß es die „Deutsche Frage“ gibt, würde im rechten, geschweige denn im rechtsradikalen Spektrum, niemand bestreiten. Ob und wie sie aber angegangen werden müßte — da scheiden sich die Geister. Schließlich — so beklagte kürzlich eine Leserin im „Schlesier“ — sei Kohl nicht bereit, eine operative Politik für die Wiedervereinigung zu machen. So sieht es auch Karlheinz Bruns, ein namhafter Mitarbeiter des „Schlesier“ mit guten Kontakten zur „national-freiheitlichen“ Rechten. Bruns schreibt auch für die Publikationen des Verlegers Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“ des „Deutschen Anzeiger“ (DA) und der „Deutschen Wochenzeitung“ (DWZ).

In seinem jüngsten Leitartikel wendet er sich gegen ein von Geißler vorgelegtes Deutschlandpapier („Schlesier“, 18.11.88). Diesem Papier fehle, so Bruns, der Begriff der Wiedervereinigung. Damit nicht genug, *„die Schöpfer des Papiers* (ließen) *keinen Zweifel daran, daß das Ziel der Einheit von den Deutschen nur mit 'Zustimmung der Nachbarn' zu erreichen sei.“* Geißler wurde dafür niedergebuht. *„Lautstarke Proteste, auch aus der Union selbst, und erregte Debatten führten zu einer Abänderung dieses Deutschlandpapiers“.*

Hintergrund dieser Erregung war, daß Kohl und Co. die Wiedervereinigung durch Westintegration erreichen wollen und Europa als Voraussetzung des „geeinten Deutschlands“ postulieren: *„Der Nationalstaat alten Typs hat keine Zukunft“* (Geißler) oder *„Unsere Chance als Nation ist unter einem Europäischen Dach“* (Kohl).

Daß Teile der CDU der Westintegration, EG und Nato, den Vorzug geben, muß den AutorInnen des „Schlesier“ als Sakrileg erscheinen. Eine von vielen Reaktionen war die Gründung eines „Förderkreises Deutsche Einheit“, für den im „Schlesier“ ganzseitig geworben wurde. Denn auch Joachim Gohlke, Vorsitzender des Förderkreises, ist tief enttäuscht vom Wende-Kanzler. Vorbild ist ihm eher der CDU-Abgeordnete Friedmann, der Kohl empfohlen hatte, die Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept in die Abrüstungsverhandlungen einzubringen. Dies wurde sogar von Kohl als „blühender Unsinn“ erkannt.

Die „Deutsche Frage“ ist meist eng verknüpft mit der Frage der sogenannten Reichsgrenzen. Wo Deutschland überhaupt liegen solle, wird im „Schlesier“ sehr kontrovers diskutiert.

Heinz Schilling, Mitglied des „Rates der deutschen Volksgruppe“ in Belgien, liefert im Auftrag des Förderkreises die weitestgehende Definition. Schilling meint, daß Deutschland dort sei, „wo Deutsche wohnen oder das Recht haben zu wohnen.“ („Schlesier“, 28.10.88) Schilling wohnt, wie gesagt, in Belgien. Er meint, „den lieben Zeitgenossen“ klarmachen zu müssen, daß *„Deutschland nicht nur eine geographisch schwankende Größe gewesen ist, sondern auch daß es sich heutzutage über eine Vielzahl von Staaten erstreckt und es in der Zukunft sowohl durch den drohenden Sprachwechsel als Folge gesinnungsbetriebener Entdeutschung schrumpfen kann als aber auch zunehmen durch den Wiedergewinn zur Zeit verlorener und zum Großteil deutschentleerter Gebiete im Osten und Südosten.“* Karlheinz Bruns hingen favorisert ein Deutschland in den Grenzen von 1939 — eine genuine NPD-Position, doch dazu später.

Fast als gemäßigt erscheinen demgegenüber die Positionen der übrigen, die die Reichsgrenzen von 1937 zum Maßstab nehmen.

## Die Wahl-Frage

Seit den AutorInnen des „Schlesier“ klar ist, daß bei der jetztigen Regierung außer Kultur und Kohle im wesentlichen nichts zu holen ist, suchen einige nach einer Option rechts von der Union. Schlägt das Herz mehr für die Republikaner oder für die NPD? Den richtungweisenden Artikel für die darauffolgende Diskussion schrieb Johanna Grund im Vorfeld der Bundestagswahl 1987. *„Ein Herz für Deutschland — Mit Röntgenaugen durchleuchtet“* hieß ihr Leitartikel („Schlesier“, 9.1.87). Und was sehen die Röntgenaugen der Frau Grund? *„ ... das Wahlprogramm der Nationaldemokratischen Partei ... 'Dein Herz für Deutschlands Zukunft' ist das Programm überschrieben und strömt soviel Zuwendung für unsere Nation aus, die die Leserin, die sich (weil CDU- bzw. CSU-Wählerin) seit 1972 dafür nicht mehr interessierte, etwas verlegen macht.“* Auch wenn die Leitartiklerin den Kommentar im NPD-Programm zur „Deutschen Frage“ mit einem *„Genauso ist es!“* honoriert, so ist ihr die Partei doch zu „riskant“, weil die NPD eine Karte veröffentlichte: *„Deutschland in seinen völkerrechtlichen Grenzen“*, die die *„Reichsgrenze vom 1. Sept. 39, 0 Uhr ... als Ausgangspunkt angenommen hat.“* Das beinhaltet, wir wissen es noch aus dem Geschichtsunterricht, das Memel-und Sudetenland, Danzig und Österreich. Frau Grund ist eigentlich mehr für die Reichsgrenzen von 1937. Aber sie mag das auch nicht entscheiden. *„Staatsrechtler sind gefragt“*, findet sie. Für Johanna Grund ist nicht nur die Frage der Reichsgrenzen offen, sondern auch die Wahlaussage, *„eine echte Aufgabe für Nachdenker“.* Während sie die CDU/CSU aber noch nicht völlig abschreibt — schließlich habe Hupka das Programm der CDU/CSU untersucht und in seinem deutschlandpolitischen Teil für gut befunden — , fordert „Justus“, anonymer Vielschreiber im „Schlesier“, eine klare Wahlaussage zugunsten der NPD. Er wirft Johanna Grund „Röntgenaugen mit Sehfehlern“ vor und beklagt mangelnde Begeisterung über das NPD-Programm („Schlesier“, 23.1.87). *„Denn jeder Satz des Wahlprogramms trifft den Nagel auf den Kopf“.*

Doch Johanna Grund war für die NPD nicht so recht zu gewinnen; sie würde, wie sie im „Schlesier“ im Blick auf die kommenden Europa-Wahlen verriet, auf die Republikaner setzen („Schlesier“, 21.10.88). Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen heraus plädiert sie für die Republikaner, sondern weil die NPD mit der „Deutschen Volksunion — Liste D“ kandidiert, was, wie sie befürchtet, beide Partner schwächen könnte: *„Wählerfolge sind ungewiß, aber wirtschaftlich zieht ein Partner immer den kürzeren. Von solchen Sorgen und Debatten unbelastet sind die Republikaner, die dank ihrer Bündnisfreiheit stets eigenständig entscheiden können, auch programmatisch keine Rücksichten nehmen müssen.“*

So werden im „Schlesier“ alle rechten und rechtsradikalen Parteien ein bißchen gefördert, in diesem Sinne ist er sehr pluralistisch, was natürlich auch daran liegt, daß das rechtsradikale Lager untereinander zerstritten *ist*.

## „Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung“

Damit keine Mißverständnisse aufkommen, im „Schlesier“ hat niemand irgendetwas bewältigt, die Vergangenheit schon gar nicht. Vielmehr betreiben die AutorInnen des „Schlesier“ eine Revision des Geschichtsbildes, die das Leugnen der Kriegsschuld am 1. Weltkrieg sowieso und am 2. gleich mit impliziert. Überdies werden die Verbrechen an Juden und anderen diskriminierten Gruppen aufgerechnet mit den „Vertreibungsverbrechen an den Deutschen“.

Einer der fleißigsten auf diesem Gebiet ist Martin Jenke. Jenke gehört ebenso wie Bruns zu denjenigen, die enge Kontakte zum national-freiheitlichen Lager pflegen. Jenke, der auch für andere Vertriebenenblätter schreibt, fällt besonders dadurch auf, daß er vorwiegend rechtsradikale Bücher aus dem Münchner FZ-Verlag vorstellt. Am 13.12.85 fühlte er sich bemüßigt, eine Begründung abzuliefern, weshalb er die Werke des FZ-Verlages seinem geneigten Publikum empfiehlt, denn auch Jenke möchte nicht gern als Rechtsradikaler apostrophiert werden. *„Wenn man aus einer Reihe von Sitzen den neunten und zehnten aufgibt, weil vom politischen Gegner mit dem unerträglichen Etikett welchen Faschismus auch immer versehen, dann sitzt man sofort schon auf den Plätzen sieben und acht rechtsaußen.“* Rechtsradikalismus — eine Frage der Perspektive. Derart vom Makel des Begriffs befreit, wendet sich Jenke den benachbarten Stühlen zu. Dienlich, die Kriegsschuld abzuwälzen, erscheint ihm ein *„tagtäglich notwendiges Lexikon: Prominente ohne Maske“* („Schlesier“, 10.1.86). Die *„ungeheuerlich geschichtswidrigen Anklagen, Deutschland sei am Weltkrieg alleine Schuld ... und Deutschland habe unsagbare Kriegsverbrechen begangen“*, seien eine Lüge der Alliierten, die dem „deutschen Volk“ qua Umerziehung aufoktroyiert worden sei. Den Siegermächten sei es schließlich gelungen, ihre „Lügen“ nicht selbständig wiederholen zu müssen, sondern sie von westdeutschen Politikern und Meinungsmachern in den Medien *„Tag für Tag ... unserem Volk aufschwätzen zu lassen.* Ziel des Lexikons sei es, *„den Widersinn der fortdauernden Vergangenheitsbewältigung, wie sie allein zu Lasten des deutschen Volkes betrieben wird, aufzuzeigen“,*, wobei besonders die *„Umerzieher ... beleuchtet werden sollen ... Das Lexikon von A bis Z, von Wolfgang Abendroth bis Arnold Zweig, bietet tagtäglich Anlaß zum Nachschauen, beispielsweise, wenn dieser oder jener ... Journalist seine üblen Geschichtslügen zum besten gibt und irgendein Politiker mit Horrorzahlen aufwartet und man sich etwas über seinen Lebenslauf erkundigen will.“* Vielfältig sind die Versuche, die Geschichte rechtsherum umzulügen, einfallsreich die Apologeten der „deutschen Nation“, hier mag der Artikel von Jenke als Kostprobe genügen.



Deutschlandtreffen der Schlesier 1985
Foto: Gerd Thewing

„Der Schlesier“ profiliert sich durch ein rechtsradikales „anything goes“. Daß Hupka und die Landsmannschaft Schlesien sich von dem Blatt lossagten, kann also nicht der sprachlichen „Entgleisung“ Neys geschuldet sein. Vielmehr mußte Hupka um die finanziellen Zuwendungen der Union fürchten. Hätte er sich nicht distanziert, wäre das liebevoll gezüchtete Ostkultur-Programm der CDU/CSU für ihn gefährdet gewesen.

So ist aktuelle Entrüstung über „jüngste Geschmacklosigkeiten“ klüger, wie auch der für die Vertriebenen zuständige Bundesratsminister Heinrich Jürgens erkannte. Er verkündete, daß er sein Abonnement des „Schlesier“ gekündigt habe. „Und zwar fristlos“ („HAZ“, 30.11.88).

„Der Schlesier“ dagegen, mittlerweile zum Mitteilungsblatt des „Förderkreises Deutsche Einheit“ avanciert, wird an seiner bisherigen Linie festhalten und die selbst gestellte Aufgabe erfüllen, „allen Verzichtlern und Opportunisten engagiert“ entgegenzutreten.

Die Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis in den Vertriebenenverbänden ist erst einmal in Unordnung gekommen. Es dürfte spannend sein zu sehen, wenn sich erst einmal der aufgewirbelte antisemitische Schmutz des Ney-Artikels gesetzt hat, wer trotzdem von der CDU/CSU beim „Schlesier“ bleibt. Sein Freundeskreis in diesen Reihen war so klein nicht.

**Su. und He., KB Göttingen**

## Palästina:

# Ein Volk gründet seinen Staat


Grafik: Burhan Karkutli (1977)

Erwartungsgemäß hat der Nationalrat, das palästinensische Parlament, während seiner 19. Sitzung (12.-15. November) die Gründung des Staates Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem erklärt. *„Der Staat Palästina gehört den Palästinensern, wo immer sie sich befinden“*, heißt es in der Gründungserklärung. (1) *„In ihm werden sie ihre nationale und kulturelle Identität entwickeln.“* Zugleich aber soll es *„ein arabischer Staat“* sein, *„ein integraler und untrennbarer Bestandteil der arabischen Nation mit ihrer Tradition und Zivilisation, mit ihrem aktuellen Streben nach Befreiung, Entwicklung, Demokratie und Einheit“*.

Indem sich der Nationalrat zur arabischen Einheit bekennt, will er diesem Einheitsstreben also zugleich einen demokratischen und progressiven Inhalt geben, der — wenn man dies Bekenntnis wörtlich nehmen will — kontrovers zur derzeitigen Verfaßtheit der arabischen Staaten stehen müßte.

Der Staat Palästina soll ein *„parlamentarisches, demokratisches Regierungssystem“* erhalten, *„das auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung und der Gründung von politischen Parteien beruht“*, sowie auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Nichtdiskriminierung wegen Rasse, Religion oder Geschlecht. — Das wäre mehr oder weniger einmalig in der arabischen Welt und könnte eine Vorbildfunktion entfalten.

Der Staat Palästina bekennt sich in der Gründungserklärung zum Prinzip der friedlichen Koexistenz und zur *„Beilegung internationaler und regionaler Konflikte durch friedliche Mittel“*. Er *„weist die Drohung mit oder die Anwendung von Gewalt, Macht oder Terrorismus gegen seine oder die territoriale Integrität eines anderen Staates zurück“*, wobei in erster Linie an Israel zu denken ist, dessen Bestand also nicht mehr mit gewaltsamen Mitteln in Frage gestellt werden soll.

Wie ist die Realisierung des Staates Palästina angesichts der israelischen Besatzung vorzustellen? Der Nationalrat hat in seiner *Abschlußerklärung* die UNO aufgefordert, *„die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des besetzten Jerusalem, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen“*. Unklar ist, ob demnächst ein entsprechender Antrag in der UNO gestellt werden soll.

Ebenfalls in der *Abschlußerklärung* werden die „besonderen Beziehungen“ zu Jordanien bestätigt. Der künftige Palästinenserstaat soll mit Jordanien in einer werden die „besonderen Beziehungen“ zu Jordanien bestätigt. Der künftige Palästinenserstaat soll mit Jordanien in einer Föderation verbunden werden. Das stellt eine Niederlage für die Linken dar, die sich der vor allem von der Fatah-Spitze betriebenen engen Bindung an das reaktionäre jordanische Regime mit guten Gründen seit langem widersetzt haben. Die Föderation, das heißt präzis der Anschluß an Jordanien, ist eine alte Forderung der USA an die PLO. Der entsprechende Beschluß des Nationalrats könnte als Verbeugung in diese Richtung interpretiert werden.

Offen blieb die Frage der Regierungsbildung. Im Prinzip scheint Einigkeit zu herrschen, daß die Proklamation des Staates durch die Gründung einer Exilregierung ergänzt werden soll. Dafür stehen aber weder Termin noch Modalitäten noch Personen fest. Es gibt auch keine offizielle Erklärung, warum dieser Akt von der Staatsproklamation getrennt und aufgeschoben wurde. Nach Pressespekulationen soll vor allem die PFLP der sofortigen Bildung einer Exilregierung widersprochen haben. Es heißt aber auch, daß dieser Schritt nun für Anfang 1989 zu erwarten sei.

### Indirekte Anerkennung Israels

Der Nationalrat ist einer langjährigen Forderung rechter arabischer Regimes (Jordanien, Ägypten), der USA und der EG nachgekommen, indem er offiziell die UN-Resolution 242 akzeptiert hat. Das stellt eine de-facto-Anerkennung Israels dar, ohne den Sachverhalt offen auszusprechen und ohne Israel beim Namen zu nennen. Die Anerkennung der Resolution 242 findet sich in der *Abschlußerklärung* des Nationalrats, die mit 253 Stimmen gegen 46 Nein und 10 Enthaltungen angenommen wurde. Gegen das Statement hatten insbesondere die Vertreter der linken PFLP (Volksfront) gestimmt.

Wenig Beachtung fand in der Öffentlichkeit die Tatsache, daß eine indirekte Anerkennung Israels auch durch die *Unabhängigkeitserklärung* erfolgt ist, die vom Nationalrat *einstimmig* angenommen wurde. Betrachten wir zunächst diesen Punkt.

In der *Unabhängigkeitserklärung* wird gesagt, daß die UN-Resolution 181, trotz des an den Palästinensern begangenen Unrechts, immer noch die internationale Legitimation darstelle, die das Recht des palästinensischen Volks auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit garantiere. Darüber hinaus enthält die *Unabhängigkeitserklärung* sogar ein Bekenntnis zur *„internationalen Legitimität, wie sie in den Resolutionen der UNO seit 1947 verkörpert wird“*, was wörtlich genommen 242 selbstverständlich einschließt.

Resolution 181 wurde von der UN-Vollversammlung, die damals sehr viel weniger Mitgliedsstaaten hatte als heute, am 29. November 1947 mit 33 gegen 13 Stimmen angenommen. 181 sah die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat vor; Jerusalem sollte der Kontrolle der UNO unterstellt werden. Obwohl von der Bevölkerung Palästinas damals nur etwa ein Drittel Juden waren, sollten dem jüdischen Staat 54% der Fläche Palästinas zugeschlagen werden, darunter rein arabische Gebiete wie Galiläa. sollten dem jüdischen Staat 54% der Fläche Palästinas zugeschlagen werden, darunter rein arabische Gebiete wie Galiläa. Im ersten israelisch-arabischen Krieg 1948/49 vergrößerte sich Israel noch weit über den UN-Teilungsplan hinaus. Die restlichen Gebiete des projektierten arabischen Palästina-Staats wurden von Jordanien und Ägypten besetzt.

Wenn die Resolution 181, die damals von allen arabischen Sprechern als ungerecht und aufgezwungen abgelehnt wurde, heute der PLO als Legitimation palästinensischer Staatlichkeit gilt, so legitimiert sie selbstverständlich auch den jüdischen Staat Israel. UN-Resolutionen lassen sich nicht in zwei Hälften teilen, von denen nur die eine als völkerrechtlich relevant anerkannt wird. Es ist daher politisch nicht überzeugend, wenn sich PFLP-Generalsekretär Habasch auf die Behauptung zurückzieht (2), der Nationalrat habe keineswegs der Resolution 181 zugestimmt. Die PLO beruft sich heute, mit Billigung der PFLP, auf diese Resolution, die den jüdischen Staat mitenthält. Das ist der entscheidende Punkt.

Der positive Bezug der PLO auf 181 könnte den Eindruck erwecken, als würden die damals von der UNO vorgeschlagenen Grenzen gefordert, was eine erhebliche Verkleinerung Israels bedeuten würde. PLO-Führer haben, um diesem Mißverständnis entgegenzutreten, mehrfach betont, daß es der PLO um das *Prinzip* von 181 geht, nämlich um die Anerkennung der Existenz zweier Staaten in Palästina, nicht aber um die 1947 vorgesehene konkrete Aufteilung. Das *Prinzip* 181 müsse heute von Israel anerkannt werden; die Grenzen seien verhandelbar.

Diese Position ist im Grundsatz nun auch von der PLO-Linken akzeptiert worden. Umso mehr ist zu bedauern, daß von dieser Seite immer noch propagandistische Turnübungen veranstaltet werden, die das Gesicht wahren sollen, aber letztlich nur die eigene Konsequenz und Glaubwürdigkeit ins Zwielicht bringen.

### 242 — die harte Nuß

Während die Berufung auf 181 originale, autonome PLO-Politik ist, stellt die Akzeptierung der UN-Resolution 242 nicht mehr als ein Zugeständnis an langjähriges Drängen arabischer und westlicher Regierungen dar. Einen darüber hinausgehenden Sinn macht die Anerkennung von 242 nicht. Falls Kräfte in der PLO gehofft haben sollten, sich mit der Zustimmung zu 242 irgendein „Ticket“ erworben zu haben, werden sie bitter enttäuscht werden. Außer unverbindlichem Schulterklopfen ist für diesen Schritt, der die PLO ungeheure innere Kämpfe und Anstrengungen gekostet hat, nichts zu erwarten.

Die Resolution 242 wurde vom Sicherheitsrat der UNO (nicht von der Vollversammlung, wie 181) am 22. November 1967 auf Antrag Großbritanniens *einstimmig* angenommen, also mit Zustimmung der UdSSR. Die Hauptpunkte sind: 1. Rückzug Israels aus den Gebieten, die es im Juni-Krieg 1967 besetzt hatte (Westbank, Gaza-Streifen, Sinai-Halbinsel, Golan-Höhen, Ostjerusalem). 2. Einstellung aller kriegerischen Erklärungen und Handlungen. Anerkennung und Respek- Golan-Höhen, Ostjerusalem). 2. Einstellung aller kriegerischen Erklärungen und Handlungen. Anerkennung und Respek-tierung der Souveränität und Integrität aller Staaten der Region. 3. „Eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“. Im Kontext der Resolution konnte das überhaupt nichts anderes bedeuten als die Rückgabe der besetzten Gebiete an Jordanien bzw. Ägypten.

242 wurde von der PLO zunächst vor allem wegen der implizierten Anerkennung Israels abgelehnt. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert: schon seit mehreren Jahren haben PLO-Vertreter immer wieder hervorgehoben, daß ihre Hauptkritik an 242 die Nichterwähnung der palästinensischen Nationalrechte und die bloße Behandlung als „Flüchtlingsproblem“ sei. Daher sei die PLO bereit, 242 zu akzeptieren, *sofern* diese um einen Passus erweitert würde, der die palästinensischen Nationalrechte bestätigt. Schon im August 1977 (!) hatte der damalige UN-Generalsekretär Waldheim bekanntgemacht, daß Arafat ihm eine entsprechende Zusage gegeben habe.

Von diesem Angebot der PLO wurde kein Gebrauch gemacht. Das ist seitens der Westmächte nicht verwunderlich, weil diese davon ausgingen, daß 242 für die Palästinenser absolut unannehmbar wäre, so daß auf Dauer der Schwarze Peter für das Nicht-Vorankommen einer Verhandlungslösung der PLO zugeschoben werden könnte. Ähnliches gilt für das Insistieren Husseins und Mubaraks auf der Forderung, die PLO müsse 242 akzeptieren. Schwerer ist zu verstehen, warum die UdSSR keinen Vorstoß in der UNO gemacht hat, um durch eine Erweiterung von 242 der PLO zur Hilfe zu kommen.

Die Abschlußerklärung des Nationalrats besagt nun, daß die Resolutionen 242 und 338 (3) sowie die Garantierung der legitimen Nationalrechte des palästinensischen Volks Grundlage einer internationalen Nahost-Konferenz sein sollten. Das entspricht vollkommen der Position, die von den meisten PLO-Führern seit längerem öffentlich vertreten wird. Die jetzt beschlossene Formulierung fand sich *wörtlich* auch schon einige Wochen vorher in einem Appell der PLO an die israelischen Wähler. Neu ist, daß der Nationalrat diese Aussage mit großer Mehrheit zur offiziellen Politik erklärt hat, und daß selbst die PFLP gegenüber dieser Entscheidung eine Haltung eingenommen hat, die man als konstruktive Opposition bezeichnen könnte (keine Verratsvorwürfe, keine Spaltungsdrohungen).

Mit der *offiziellen* Anerkennung von 242 durch den Nationalrat ist die PLO weit über den eigenen Schatten gesprungen. Ein Stück kontraproduktiver Zweideutigkeit — Widerspruch zwischen öffentlicher und offizieller Politik der PLO — wurde überwunden. Praktisch hat dieser Schritt jedoch nichts bewegt, das heißt, er hat weder die Haltung Israels noch die der USA noch die der EG im geringsten verändert. Propagandistisch hat er die Position der PLO etwas verbessert, aber es bleibt abzuwarten, wie lange dieser Effekt vorhält.

### Israel hat 242 nie anerkannt

Israel hat 242 nie anerkannt

Der von nahezu allen Seiten, in letzter Zeit wohl sogar von der UdSSR, auf die PLO ausübte Druck, 242 offiziell und explizit anzuerkennen, kann nur als unfair und provokatorisch gewertet werden, angesichts der weithin ignorierten Tatsache, daß auf der anderen Seite Israel diese UN-Resolution niemals akzeptiert hat.

Es gibt in Israel eine sehr eigenwillige, in Wahrheit total sinnentstellende Interpretation von 242, die sich auf das Fehlen des direkten Artikels in der englischen Textversion stützt. Demnach sei Israel nicht etwa zum Rückzug „aus *den* besetzten Gebieten“, das heißt logischerweise aus *allen*, aufgefordert, sondern nur zum „Rückzug aus besetzten Gebieten“. Also wäre der Resolution schon mit einem minimalen Rückzug genüge getan; es läge dann bei Israel selbst, das Ausmaß seines Rückzugs zu bestimmen.

Ist die englische Textversion, im Gegensatz zur gleichfalls offiziellen französischen, in diesem Punkt vielleicht zweideutig, so beseitigt der weitere Kontext der Resolution jeden Zweifel. Er sagt nämlich ganz unmißverständlich, *„daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern“*, und verweist auf einen entsprechenden Punkt der UN-Charta. Ganz in diesem Sinn gibt es zahlreiche UN-Resolutionen, die gegen Israels Schritte zur Annexion Ostjerusalems und der Golan-Höhen protestieren, ebenso wie gegen die Besatzungspolitik im Gaza-Gebiet und auf der Westbank.

Selbst in der an den Haaren herbeigezogenen Umdeutung von 242 hat nur die Arbeitspartei sich auf diese Resolution eingelassen, und auch das nur verbal und unkonkret. Was hingegen die Rechten angeht, die seit 1977 eine Mehrheit in Israel haben, wollen sie erklärtermaßen „keinen Fußbreit“ mehr aufgeben.

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu beachten, daß Israel Dutzende von UN-Resolutionen fortgesetzt mißachtet. Israels *prinzipiell* negative Haltung gegenüber diesem Gremium brachte 1975 der heutige Staatspräsident Chajim Herzog, der damals israelischer UN-Vertreter war, auf den Begriff: *Hitler würde sich in der UNO sehr wohl fühlen, denn diese sei dabei, das Weltzentrum für Antisemitismus zu werden.* (4)

### Vom „Neuen Denken“ angesteckt?

Die *Abschlußerklärung* des Nationalrats bekennt sich zum *„Wunsch der Menschheit, die Suche nach internationaler Entspannung, atomarer Abrüstung und Beilegung regionaler Konflikte mit friedlichen Mitteln zu verstärken“*.

Der positive Bezug auf das Neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik ist unübersehbar. Der Bonner PLO-Vertreter Frangi, der oft den (noch) unausgesprochenen Gedankengängen der PLO-Führung ein wenig vorgreift, erläutert: *„Die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten hat die generelle Konfrontationspolitik zwischen Ost und West erheblich vermindert. Diese Entspannungspolitik hat eine Atmosphäre geschaffen, die regionalen Konflikte in der Welt durch Gespräche und politische Verhandlungen zu lösen. Die Lösungen und Fortschritte in den Konflikten in Afghanistan, Namibia, Kambodscha, Iran-Irak, Tschad, Lateinamerika und Westsahara haben dies bestätigt. Das Palästina-Problem kann von dieser Entwicklung nicht ausgespart bleiben.“* (5)

Die PLO-Führung ist möglicherweise tatsächlich der sowjetischen Theorie aufgesessen, daß ein immer intensiveres Klima des gegenseitigen Verstehens und Interessenausgleichs zwischen den *Supermächten* USA und UdSSR zu einer Art „horizontaler Deeskalation“ der unterschiedlichen Regionalkonflikte führen werde. Dieser Theorie zufolge gibt es ein gemeinsames Interesse der *Supermächte*, alle Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu regeln. Zugleich wird den beiden Mächten die Fähigkeit zugetraut, weltweit solche Lösungen durchzusetzen, indem sie nötigenfalls Druck auf ihre uneinsichtigen Verbündeten ausüben. Bisher ist jedoch noch an keinem einzigen Punkt der Welt erkennbar, daß die US-Regierung irgendeinen konfliktbeteiligten Juniorpartner zum Kompromiß drängt.

Die Hoffnung auf eine positive Rolle der USA und erst recht auf ein aktives Eingreifen der EG-Staaten hat in der Politik der PLO allerdings eine jahrelange Tradition, die älter ist als Gorbatschows Neues Denken. Soweit die Anerkennung der der PLO allerdings eine jahrelange Tradition, die älter ist als Gorbatschows Neues Denken. Soweit die Anerkennung der Resolution 242 sich an diese Adressen richtet, wird zwangsläufig Enttäuschung das Ergebnis sein.

Die EG hat ihre Position seit der sog. Erklärung von Venedig (Juni 1980) nicht mehr verändert. In diesem Text ist die Rede von der *„Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“*, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht, ohne jedoch in diesem Punkt konkret zu werden. Sie läßt also genau die entscheidende Frage der Staatlichkeit offen. Die Erklärung von Venedig lehnt außerdem einseitige Veränderungen des Status von Jerusalem durch Israel ab, bezeichnet die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebiete als Hindernis für den Friedensprozeß und spricht sich für die Beteiligung der PLO an Verhandlungen aus.

Seit 1980 ist diese Position der EG festgefroren. Das heißt, die seither erfolgten entscheidenden Veränderungen und Klärungen in der Politik der PLO sind praktisch nicht honoriert worden. Man könnte auch umgekehrt die zynische Feststellung treffen, daß die PLO mit der zweideutigen, ungeklärten Politik, die sie 1980 gegenüber Israel noch vertrat, bei den EG-Staaten auch nicht schlechter abgeschnitten hat als heute. Das stellt auf Dauer natürlich nicht gerade eine Ermutigung für die „gemäßigten Kräfte“ in der PLO dar.

Noch schlimmer das Bild, das die USA bieten. 1974 konnte Arafat vor der UNO in New York auftreten; 1988 wird ihm das gleiche verwehrt, nachdem die PLO sich inzwischen dutzendmale vom Terrorismus distanziert hat (was 1974 noch keineswegs der Fall war) und 242 anerkannt hat. 1977 war Präsident Carter schon soweit, sich nicht nur für die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ auszusprechen, sondern sogar für ein palästinensisches „homeland“, ohne das keine Lösung des Nahostproblems möglich sei. Hinter diesen Stand ist die US-Politik seither weit zurückgefallen, statt die wachsende Kompromißbereitschaft der PLO in ir-

Fortsetzung auf Seite 27

# Ein Jahr Intifada — Aufstand in Palästina

**„Die Intifada ist ein Phänomen mit vielen Facetten. Sie ist sicher ein *politisches* Phänomen, ein ‚Aufstand' gegen die langen Jahre unterdrückender Besetzung. Aber sie ist auch ein *soziales und psychologisches* Phänomen: ein Erwachen, eine Selbstreinigung, ein Bruch mit der eigenen palästinensischen Vergangenheit, mit der schweren Last der ererbten sozialen Strukturen, die ihre Brauchbarkeit überlebt haben.**

**Genauer gesagt: die Intifada ist nicht nur nach außen, gegen die Unterdrückung durch die Besetzung, gerichtet, sondern auch nach innen, indem die Palästinenser versuchen, die Beziehung zwischen ihren Zielen, Strategien und dem Erreichten neu zu bewerten; ein Versuch sich wiederaufzurichten, sich zu stärken, auf den eigenen Füßen zu stehen."**
(Shukri B. Abed, palästinensischer Israeli, Wissenschaftler an der Hebräischen Universität)

Der Vertreibung Hunderttausender von Palästinensern im sog. Unabhängigkeitskrieg Israels — als „al-nakba", die Katastrophe, in die palästinensische Geschichte eingegangen — in die umliegenden arabischen Länder folgte als zweiter tiefgreifender und lähmender Schock 1967 die Besetzung des westlichen Teils von Jordanien und des von Ägypten verwalteten Gasa-Streifen sowie die Annektion des arabischen Teils von Jerusalem. Nach einer Phase der Stagnation begann Anfang der 70er Jahre in den Reihen der PLO eine politische Neuorientierung. Für die Mehrheit der PLO war seit 1974 ein palästinensischer Staat an der Seite Israels das politische Ziel. In den bisher einzigen von Israel zugelassenen Wahlen auf der Westbank 1976 errangen die nationalen Kandidaten und PLO-Anhänger einen überragenden Sieg. Bis 1982 waren jedoch fast alle der gewählten Bürgermeister von der Besatzungsmacht abgesetzt, ausgewiesen oder von jüdischen Terroristen ermordet worden.

Die Absetzung der gewählten kommunalen Führung und die Installierung einer Kollaborationsinstanz, die „Dorfligen", durch Israel einerseits wie die Entwicklung der PLO andererseits (s.u.) führte

durch Israel einerseits wie die Entwicklung der PLO andererseits (s.u.) führte

zur Ausweitung der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre begonnenen Herausbildung jener lokalen und regionalen Basisorganisationen, die heute das Rückgrat der Intifada bilden. (Vgl. Ebba Augustin, 1988)

Nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im Sommer 1982 versuchten die arabischen Staaten, den politischen Führungsanspruch der PLO im nationalen Befreiungskampf zu unterminieren. Die von Syrien geschürten Kämpfe zwischen pro-syrischen Organisationen und Arafat-loyalen Strömungen im Libanon besiegelten den Bruch in der PLO 1983. König Hussein suchte im jordanisch-palästinensischen Abkommen 1985 der PLO den Alleinvertretungsspruch für das palästinensische Volk abzunehmen. Ein Jahr später wurde das Abkommen von Hussein „ausgesetzt" und seine Kooperation mit Israel ohne die PLO fortgesetzt. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten hatten so von außen nichts mehr zu erwarten, und im Innern von Westbank von Gasa-Streifen verschärfte Israel die Unterdrückung.

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin führte im August 1985 die Politik der „Eisernen Faust" ein, um die in den letzten Jahren entstandenen palästinensischen Menschenrechts-, Berufsgruppen-, Frauenorganisationen und Gewerkschaften und den damit einhergehenden Widerstand zu zerschlagen. Politik der „Eisernen Faust" hieß: Wiedereinführung der sog. Administrativhaft (Inhaftierung ohne Anklage und Gerichtsverfahren, meist für sechs Monate, aber beliebig oft verlängerbar); Ausweisung politischer Aktivisten; Verhängung von Ausgehverboten über Lager, Dörfer und Städte; Sprengung und Zumauern von Häusern; Schließung von Institutionen, Gewerkschaften und Universitäten für Wochen oder Monate.

Die Politik der „Eisernen Faust" beschleunigte indes, was sie zu verhindern suchte: die politische Bewußtwerdung nahm zu, auf Angriffe der Besatzungsmacht wurde mit Demonstrationen und mehrtägigen Streiks reagiert. Wellen des Protests durchzogen den Winter 1986, das Frühjahr und den Herbst 1987 bis hin zum Beginn des allgemeinen Volksaufstands am 9. Dezember 1987. (Vgl. ausf. AK 294, S. 13 f.)

### Losbruch

Am 9.12.87 überrollte ein israelischer Lastwagen zwei PKW mit Palästinensern aus dem Flüchtlingslager Jabalia im Gasa-Streifen, vier der Lagerbewohner wurden getötet. In Jabalia verbreitete sich die Auffassung, daß es sich nicht um einen Verkehrsunfall, sondern um einen Racheakt für einen einige Tage zuvor erstochenen Juden handele. Das Begräbnis der Getöteten wurde zur Demonstration. Panzerfahrzeuge der israelischen Besatzungsmacht wurden von einer unbewaffneten Menge angegriffen. Die Soldaten eröffneten das Feuer auf die Lagerbewohner, die Unruhen breiteten sich auf den ganzen Gasa-Streifen aus. Geschäfte und Schulen wurden geschlossen, der größte Teil der Palästinenser blieb der Arbeit in Israel fern. Innerhalb weniger Tage hatte der Aufstand auch auf die Westbank übergegriffen. Die Armee ging mit verstärkter Präsenz unter Einsatz von scharfer Munition, Gummigeschossen und „Tränengas" gegen die Demonstranten vor. Nach den ersten Tagen des Aufstands waren etwa 25 Palästinenser, vor allem Jugendliche, zum Teil noch Kinder, vom Militär getötet worden und Hunderte verletzt. Westbank und Gasa-Streifen standen nach Auffassung der israelischen Presse am „Rand eines Volksaufstands". — In seiner zweiten Woche hatte der Aufstand auch auf Ost-Jerusalem übergegriffen, und am 21.12. traten die palästinensischen Israelis in einen eintägigen Generalstreik, was für die jüdischen Israelis einen besonderen Schock darstellte, da sich ihre palästinensischen „Mitbürger" erstmals mit deren Landsleuten in den besetzten Gebieten solidarisiert hatten.



In den folgenden Monaten der Intifada (was übersetzt sowohl „Aufstand" wie „etwas abschütteln" heißt) unterließ die israelische Besatzungsmacht den Einsatz kaum eines Gewaltmittels, das noch unterhalb des direkten Krieges liegt. Neben dem unmittelbaren Einsatz von Schußwaffen, „Tränengas" und Knüppeln gegen Demonstrationen und bei Razzien wurden Flüchtlingslager, Dörfer und ganze Städte tage- und z.T. auch mehrere Wochen unter Ausgehverbot gestellt, waren von Strom, von Lebensmittelzufuhr und medizinischer Hilfe abgeschlossen. Diese Gebiete wurden zugleich zur „militärischen Sicherheitszone" erklärt, um so den Medien den Zugang zu den Kampfgebieten zu verschließen. Mit Razzien, von denen einzelne Straßen oder auch ganze Städte betroffen waren, versuchte die Besatzungsmacht der Aufstandsführung habhaft zu werden; zahlreiche Palästinenser wurden in den Libanon ausgewiesen. Mehrfach — während der Feiern zum 40. Jahrestag der Ausrufung Israels, während der Wahlen und während der Tagung des Palästinensischen Nationalrats — wurden die besetzten Gebiete an den Grenzen zu Israel abgesperrt und die Fahrten zwischen Gasa-Streifen und der Westbank wie auch z.T. innerhalb der Westbank verboten.

Die Aufständischen beschränkten sich ihrerseits auf den zwar nicht gewaltlosen, aber waffenfreien Widerstand mit Steinwürfen, Schleudern, Brandsätzen und Straßenblockaden. Und sie entwickelten ein ganzes Spektrum dessen, was gemeinhin unter „ziviler Ungehorsam" gefaßt wird: Demonstrationen, ein bis mehrtägige Streiks, Geschäftsschließungen, Boykott israelischer Produkte, Verweigerung von Steuerzahlungen, Boykott neuer Identitätspapiere bis hin zum weitgehend auch durchgesetzten Aufruf an alle Palästinenser, die als Verwaltungskräfte, Polizei und dergleichen im Dienst der Besatzungsmacht standen, ihre Posten aufzugeben.

### Kollektivstrafen

Nachdem Hussein auf seine Souveränität auf die Westbank verzichtet hatte, registrierten Leiter westlicher Hilfsorganisationen eine neue Welle der Brutalität und der Kollektivstrafen. Die UNO äußerte sich „tief besorgt über die offenbare Zunahme an Massenbestrafungen und den sich steigernden Einsatz von Schußwaffen vor allem gegen sehr junge Kinder."

Am 14.8. wurde eine unbegrenzte Ausgangssperre über den Gasa-Streifen verhängt. Am 18.8. wurden vier Palästinenser abgeschoben, 25 weitere erhielten am selben Tag Ausweisungsbefehle.

Am 19.8. wurden die Volkskomitees verboten. Die Volkskomitees sind die Basisorganisationen der Intifada, in jedem Lager, jedem Dorf und jedem Stadtbezirk der besetzten Gebiete sorgen sie u.a. im Notfalle für die Verteilung von Nahrungsmitteln und Wasser sowie für medizinische Hilfe, organisieren Ersatzunterricht für die geschlossenen Schulen und Demonstrationen. „Die zivile Organisation des geplanten Palästina-Staates," schrieb die SZ-Korrespondentin Anne Ponger, „verblüfft jeden, der die besetzten Gebiete besucht und dort vertrauliche Kontakte unterhält." Und Dani Rubinstein von der israelischen Tageszeitung „Dawar" stellte fest: „In den Gebieten existiert praktisch keine zivile israelische Autorität mehr. Die Volkskomitees, ob erlaubt oder verboten, organisieren alles." Damit ist auch gleichzeitig das Ziel beschrieben, das die Besatzungsmacht mit dem Verbot der Volkskomitees verfolgt: es soll verhindert werden, daß die Aufständischen in den besetzten Gebieten eine eigenständige Struktur des öffentlichen Lebens installieren. Oder in der Diktion des Verteidigungsministeriums: „sie (die Volkskomitees) sollen die israelische Autorität untergraben und an deren Stelle alternative Mechanismen schaffen." — Die Mitgliedschaft oder Unterstützung der Volkskomitees wird nun mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren bedroht. In

der Volkskomitees wird nun mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren bedroht. In

Israel wird zugegeben, daß dieses Verbot „rechtsgeschichtlich denkwürdig" sei, denn es sollen Handlungen geahndet werden, „die weder mit Gewalt zu tun haben noch überhaupt kriminell sind — angefangen bei der Organisation von und Teilnahme an palästinensischen Blutspende-Terminen. (...) Wie weit der neue Befehl reicht, illustiert das Vorgehen gegen eine geschäftliche Konferenz in Jerusalem (Mitte August — Anm. AK): die Palästinenser aus den Gebieten und aus der Stadt wurden daran gehindert, sich zusammenzusetzen, um über eine ‚unabhängige' Fleisch- und Milchversorgung zu sprechen."

Am 23.8. wurden die „Föderation der Arbeitergewerkschaften" in Nablus und die „Gesellschaft der Freunde der Kranken" in Tulkarem von der Besatzungsmacht geschlossen. Am 26.8. stürmte Militär die Büros der akademischen Berufsverbände in Beit Hanina (Vorort von Jerusalem), denen Rechtsanwälte, Tierärzte, Agronomen, Ingenieure und Apotheker der Westbank und Ost-Jerusalems angehören; die Büros wurden für ein Jahr geschlossen.

Am 29.8. wurden der „Verband der Wohlfahrtsorganisationen", unter dessen Dach rund hundert Einzelorganisationen vereinigt sind und der Hayat-Pressedienst für ein Jahr geschlossen.

Zur gleichen Zeit wurde Kalkilja auf der Westbank mit seinen 25.000 Einwohnern militärisch abgesperrt, die Telefonleitungen wurden unterbrochen und mehrere Häuser gesprengt, den Medien wurde der Zutritt untersagt. Bei einer Großrazzia in diesem nach Darstellung der Besatzungsmacht „besonders gefährlichen Unruheherd" wurden 200 Palästinenser festgenommen. In ähnlicher Manier wurde in weiteren Orten der Westbank verfahren.

Während sämtliche Schulen und Universitäten der besetzten Gebiete z.T. seit Beginn des Jahres auch im Herbst noch geschlossen waren, entdeckte die Besatzungsmacht in den Kursen palästinensischer Volkshochschulen „mögliche Kri-

## Israels Demokratie in Aktion

**Tote:** Bis Anfang Oktober wurden 389 PalästinenserInnen, davon 23 von Siedlern, erschossen, erschlagen oder mit „Tränengas" umgebracht. (Al Fajr, 30.10.) In der in „News from Within" kontinuierlich geführten Liste der Toten, in der diese mit Namen, Alter, Wohnort und Todesdatum aufgenommen werden, wurde unter dem 9.11. der 362. Tote verzeichnet. (News from Within, 14.11.) Nach Angaben von UNRWA beträgt die Zahl der getöteten PalästinenserInnen seit Beginn der Intifada 320; die israelischen Behörden geben 243 Tote an. (SZ, 9.12.)

**Verletzungen:** Bis August wurden ca. 4.000 PalästinenserInnen durch Schläge so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus ambulant oder stationär behandelt werden mußten. (UNRWA-Angaben, zit. nach Jerusalem Post, Int. Ed., 3.9.) — Bis Anfang Oktober wurden etwa 45.000 PalästinenserInnen durch Schläge, Schüsse oder „Tränengas" verletzt. (Al Fajr, 30.10.)

**„Tränengas":** Bis zum 20.3.88 starben 31 PalästinenserInnen an den Folgen von „Tränengas"einsätzen. (Middle East Report, May-June 1988) Nach den Feststellungen einer israelischen Ärztedelegation sind bis April 29 Todesfälle auf den Einsatz von „Tränengas" zurückzuführen. (WoZ, 8.9.) Nach Angaben von amnesty international sind bis Juni mindestens 40 Menschen durch „Tränengas" um's Leben gekommen, darunter 18 Säuglinge unter sechs Monaten und 17 Menschen über 50 Jahre. (AIB 10/88 n. Palästina Bulletin, 14.10.) — „Tränengas"- und Schlagstockeinsätze haben bei 1.800 Frauen zu Fehlgeburten geführt. (PLO, n. SZ, 24.8.)

**Verhaftungen:** Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befanden sich Ende Juli 17.000 Palästinenser in Haft. (Palästina Bulletin, 29.7.) — Nach Angaben von Rabin sind seit Beginn der Intifada bis August 18.000 Palästinenser inhaftiert worden, von denen sich gegenwärtig 5.600 in Haft befinden, darunter 2.600, gegen die bisher keine Anklage erhoben ist. (SZ, 31.8.; Jerusalem Post, Int. Edit., 17.9.) — In der Nähe von Beitunia wurde ein Internierungslager für neun bis sechzehnjährige Kinder eingerichtet. (Chadaschot, 2.5.88, n. E. Augustin)

**Administrativhaft:** (Administrativhaft bedeutet, daß der Betroffene ohne Anklage und Urteil bis zu sechs Monaten und dies mehrfach wiederholt inhaftiert wird.) Bis zum 1.5.88 wurden 5.500 Palästinenser in Administrativhaft genommen. (Schätzungen von Al Haq, E. Augustin) — Anfang Oktober befanden sich 4.000 Palästinenser in Administrativhaft. (Al Fajr, 30.10.)

**Ausweisungen:** Bis zum 25.8. wurden 59 Palästinenser ausgewiesen. (SZ, 25.8.)

**Haus- und andere Zerstörungen:** „An die hundert Häuser wurden demoliert, an die tausend Menschen obdachlos gemacht (...); ungezählte Olivenbäume wurden entwurzelt, viele Dunam Land verwüstet, die Existenzgrundlage von Familien vernichtet." (H.M. Broder in: taz, 16.8.) — Bis Anfang Oktober wurden 278 Häuser „aus Sicherheitsgründen" zerstört oder versiegelt und 113, weil sie „illegal" errichtet worden sein sollen. (Al Fajr, 30.10.) — Hinzuzuzählen ist die Zerstörung von 15 „illegal" gebauten Häusern von palästinensischen Israelis in Israel und die Zerstörung von 114 Häusern in Jiftlik auf der Westbank. (NZZ, 9.11. bzw. FR u. taz, 15.11.) — Von unbekannter Höhe sind die Schäden, die vandalisierende Soldate und Siedler bei ihren Überfällen in den Wohnungen von Palästinensern angerichtet haben. — 18.000 Oliven- und andere fruchttragende Bäume wurden bis Anfang Oktober vom Militär ausgerissen. (Al Fajr, 30.10.) Hinzu kommen die Zitrusplantagen in Jiftlik, die von 800 Bauern bearbeitet wurden; die Brunnen dieser Plantagen wurden im November gesprengt, die Bauern zwangsumgesiedelt. (FR u. taz, 15.11.)

**Ausgangssperren:** Bis Anfang Oktober war 60 mal für den Zeitraum von einigen Tagen bis zu mehreren Wochen Ausgangsperre über Lager, Dörfer, Stadtteile oder ganze Städte verhängt worden. 34 mal wurden Teile der besetzten Gebiete zu „militärischen Sicherheitszonen" erklärt. (Al Fajr, 30.10.) Während der Knesset-Wahlen und während der Tagung des Palästinensischen Nationalrats wurden erneut zahlreiche Ausgangssperren verhängt, die Fahrten zwischen Westbank und Gasastreifen verboten und die besetzten Gebiete gegen Israel abgeriegelt. (taz, 2.11.; SZ, 12./13. u. 14.11.)

**Hinzu kommt:** die Schließung aller Schulen und Universitäten fast durchgehend seit Beginn der Intifada (die Grund- und Hauptschulen für 230.000 palästinensische Kinder sind Anfang Dezember wieder geöffnet worden, die Öffnung der Mittel- und Oberschulen wurde für Mitte Dezember in Aussicht gestellt); die Schließung zahlreicher palästinensischer Gewerkschaften, Wohlfahrtseinrichtungen, Forschungsstätten, Pressedienste, Zeitungen, Druckereien für jeweils ein halbes bis zu zwei Jahren, sofern die Einrichtungen nicht gleich ganz verboten bzw. den Zeitungen die Lizenz entzogen wurde. Hinzu kommt das Verbot der „Schabiba", das Verbot der Volkskomitees, das die Mitgliedschaft oder Unterstützung der Komitees mit bis zu zehn Jahren Haft bedroht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

stallisationspunkte des Widerstands"; in Nablus wurden 24 Kurse verboten, darunter solche für Mathematik, Chemie und Englisch.

Aber was immer auch die Intifada noch bringen mag, zog Hal Wyner, Korrespondent der „FR", im September eine Zwischenbilanz: „Ein Ziel ist schon erreicht worden — die Palästinenser haben ihre Selbstachtung zurückgewonnen. (...) Jede neue Maßnahme, die Israel zur Unterdrückung des Aufstandes einsetzte, wurde von den Aufständischen als neuer Erfolg betrachtet — Bestätigung dafür, daß die vorangegangenen Maßnahmen nichts genutzt hatten."

### Plastikgeschosse

Nachdem die Besatzungsmacht auf die ersten Demonstrationen im Gasa-Streifen sofort mit scharfen Schüssen geantwortet hatte und dies in der „Weltöffentlichkeit" auf heftigere Kritik gestoßen war, führte Rabin die „Prügelpolitik", das vorsätzliche Knochenbrechen, ein, woran besagte „Weltöffentlichkeit" jedoch noch mehr Anstoß nahm als an der Erschießung von Palästinensern. Ergänzt wurde das Arsenal mit einem „Tränengas", das in zahlreichen Fällen zum Tod durch Ersticken und zu Fehlgeburten führte. In der Erprobungsphase steckengeblieben zu sein scheint eine Art Kieselsteinwerfer.

Die Politik des Knochenbrechens hatte Rabin Anfang des Jahres damit begründet, daß bei Vermeidung von Toten (womit er meinte: auffällig vielen Toten) aufständische Palästinenser möglichst nachhaltig abgestraft und von weiterem Widerstand abgehalten werden sollten. Ähnlich argumentierte er Ende September bei der (offiziellen) Einführung von Plastikgeschossen: „Unser Ziel ist es, die Anzahl der Verletzten unter den Unruhestiftern zu vergrößern, ohne mehr Palästinenser zu töten." Erreicht wurde hingegen tatsächlich, daß die sog. Hemmschwelle der Soldaten beim Einsatz ihrer Schußwaffen mit Plastikgeschossen erheblich gesenkt wurde. Seit Juli sei, meldete UNRWA (die UNO-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge), die Anzahl der angeschossenen oder erschossenen Palästinenser sei um das Sechsfache gestiegen. Laut Armeestabschef Dan Schomron, also laut einer „offiziellen" Quelle, waren in den ersten drei Septemberwochen 137 Palästinenser mit Schußwaffen verletzt worden, in den drei folgenden Wochen jedoch 267. Dies, führte Schomron weiter aus, liege vor allem daran, daß die Armee jetzt Plastikgeschosse einsetze; das Ausmaß der Unruhen habe jedoch nicht eingedämmt werden können.

Unterhalb einer Entfernung von siebzig Metern können die Plastikgeschosse tödlich wirken, und am selben Tage, als Rabin erklärte, durch den Einsatz dieser Geschosse sollten allein mehr Verletzte, nicht mehr Tote erreicht werden, wurden im Gasa-Streifen zwei Palästinenser mit Plasktikmunition getötet. Erreicht wurde schließlich, was auch das Ziel der Aktion war: mehr Verletzte bei gleichbleibender Anzahl von Toten. Überdies sei, sagte ein palästinensischer Arzt, „die Wirkung der Plastikgeschosse schlimmer als jene von scharfer Munition, weil die israelischen Soldaten sie viel unbedenklicher einsetzen. Und sie zielen auf sensible Körperteile, auf Kopf, Bauch, Brust, Geschlechtsteile."

Der niederländische Soziologe Joost Hiltermann, der bei der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Haq tätig ist, sah den „klaren Versuch" der Israelis, „Anführer von Gruppen nicht zu verhaften, sondern zu töten, um die anderen abzuschrecken".

### Todesschwadronen

Die Akkreditierung kostete drei Auslandskorrespondenten ihre dem Zensor nicht vorgelegte Meldung von under-cover-Aktivitäten und vom Wirken israelischer Todesschwadronen in den besetzten Gebieten.

Aus dem Ort Jatta auf der Westbank wurde berichtet, Bewaffnete hätten am 9. Oktober zwei Palästinenser erschossen, nachdem sie sie als gesuchte Führer der verbotenen Jugendorganisation „Schabiba" erkannt hätten. Ausländische Journalisten hatten sich zuvor schon mehrfach beschwert, daß sich Angehörige einer israelischen Sondereinheit als Journalisten ausgegeben hatten, um Verdächtige zu fotografieren und festzunehmen.

Ein Armeesprecher dementierte, die Armee töte gesuche Palästinenser. In sog. Sicherheitskreisen hieß es aber, eine in der Westbank eingesetzte verdeckt operierende Heereseinheit unter dem Namen „Cherry" habe den mündlichen Befehl, Flüchtige „mit Blut an den Händen" zu töten. Damit sind die Palästinenser gemeint, die an Angriffen beteiligt waren, bei denen es Tote gab. Tötungen, hieß es weiter, seien nicht die Hauptaufgabe der Kommandos, doch hätten sie mehrfach Palästinenser aus Hinterhalten heraus und in verdeckten Operationen getötet. „Cherry" und eine ähnliche Truppe im Gasa-Streifen unter dem Namen „Samson" sind seit Beginn der Intifada im Einsatz. Die bis dato „ungeklärten Todesfälle" dürften damit nicht allein den Siedlern, sondern zum Teil auch diesen Todeskommdos anzulasten sein.

Joram Ettinger, Direktor des Regierungspresseamtes, leistete sich zur Verteidigung des Vorgehens gegen die Journalisten eines jener Dementis, die sich selbst dementieren: „Was für die Medien eine Exklusivgeschichte sein mag, ist für uns eine Frage der Sicherheit."

### Transfer

Nach einem israelischen Soldaten in Bethlehem Anfang des Jahres wurde im November ein zweiter Soldat von einem Palästinenser getötet, der unmittelbar darauf erschossen wurde. Als Vergeltungsmaßnahme wurden von der Armee 114 (in Worten: einhundertundvierzehn) Häuser in Jiftlik (Westbank) zerstört. 800 Bauern, die aus demselben Dorf stammen wie der Palästinenser, der den Soldaten getötet hatte, wurden zwangsweise in ihr altes Dorf umgesiedelt, in dem sie jedoch größtenteils keine Bleibe mehr besitzen. Die Brunnen der Zitrusplantagen der vertriebenen Bauern wurden gesprengt. Von den betroffenen Bauern wurde angenommen, daß das Militär die Tötung des Soldaten zum Vorwand genommen hat, um die palästinensische Landwirtschaft zu schwächen und die Konkurrenz zwischen israelischen und palästinensischen Zitrusfrucht-Exporteuren zugunsten in dieser Region Israels zu entscheiden.

Neben der Erstickung der Intifada, das wird in Maßnahmen wie der massenhaften Zerstörung von Häusern und Plantagen deutlich, ist es das Anliegen der Besatzungsmacht — gemäß der alten realzionistischen Devise „das Land behalten, die Menschen vertreiben" —, den PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten das Leben so unerträglich wie nur möglich zu machen. Die Besatzungsmacht bereitet hier im Kleinen vor, was die Befürworter des „Transfer", der Vertreibung der Palästinenser aus Westbank und Gasa-Streifen, im großen Umfang durchsetzen möchten. Bei einer Repräsentativ-Umfrage in Israel sprachen sich 49% der Befragten auf die Frage: „Wenn die Gebiete unter israelischer Bestimmung bleiben, was sollte getan werden um den (a) demokratischen und (b) jüdischen Charakter des Staates zu bewahren?" für die „Transfer"-Lösung aus. Bei den Knesset-Wahlen bekam die erstmals kandidierende „Moledet" (Heimat), deren Programm vornehmlich in der Propagierung eben des „Transfer" bestand, zwei Parlamentssitze. Der „Transfer"-Vorschlag, vermerkte der Korrespondent der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung", sei kein Tabu-Thema mehr: „Trotz unbequemer Parallelen zu tragischen Ereignissen in der jüdischen Geschichte beginnt die Idee der Aussiedlung der Araber aus den besetzten Gebieten nicht mehr lediglich Israels politische Außenseiter zu beschäftigen."

### Unabhängigkeit

Auf Husseins Verzicht auf die Westbank reagierte die „Vereinigte Nationale Führung" des Aufstands u.a. mit der Vorlage einer Vorschlagsliste für die Besetzung eines palästinensischen Exilparlaments (Arafat Staatspräsident und Habasch, PFLP, Ministerpräsident sowie weitere 118 mehr oder wenige bekannte Palästinenser) und einem Aufruf an Israel, die besetzten Gebiete zu räumen — solchermaßen auch Israel verdeutlichend, daß Husseins Schritt nur eine Bestätigung der Forderung nach einem palästinensischen Staat sein kann.

Zur Zeit der Tagung des Palästinensischen Nationalrats wurde die Militärpräsenz in den besetzten Gebieten wiederum verstärkt, Westbank und Gasa-Streifen wurden gegeneinander und gegen Israel abgesperrt. In den besetzten Gebieten wurden Städte und Lager der Ausgangssperre unterworfen und Reisebeschränkungen verhängt. Die Einreise von Palästinensern, die in Israel arbeiten, wurde für zunächst vier Tage verboten. Journalisten durften die besetzten Gebiete nur mit Spezialerlaubnis aufsuchen.

Ungeachtet aller Repression wurde die Ausrufung des Staates Palästina mit Feuerwerk, Gesang und Tanz auf den Straßen gefeiert. „Die Resolution von Algier beweist", sagte ein palästinensischer Ingenieur, „daß die Intifada tatsächlich politische Erfolge erzielt, so wie wir uns das in den Monaten des Volksaufstands vorgestellt und gewünscht haben."

**K., Hamburg**

**Quellen**
— Ebba Augustin: Struktur und Politik der militärischen Besetzung der Westbank und die „Intifada", o.O., o.J. (1988), Hektogramm
— div. Ausg. aus Dez. 87 bis Dez. 88 von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, israel & palästina, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), News from Within (Israel), Palästina Info, Palästina Bulletin, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Unsere Zeit, de Volkskrant (Niederlande), Vorwärts (PdA, Schweiz), WochenZeitung (Schweiz), Die Zeit — und die Artikel zur Intifada in AK 290 ff.

## Israels Geschichte:
# Legende und Fakten

Die Geschichte Israels ist reich an Legenden. Einige von ihnen haben einen erstaunlichen Triumphzug um die ganze Welt angetreten. Zu ihnen gehört an erster Stelle der Mythos vom tapferen David, der immer wieder aufs Neue den Riesen Goliath zur Strecke bringen muß. Oder weltlich formuliert: der kleine, auf sich selbst angewiesene jüdische Staat, der sich permanent gegen eine feindliche Umwelt von -zig Millionen Arabern verteidigen muß, die Hitlers Vernichtungswerk vollenden wollen.


Simcha Flapan

Fakten statt Legenden bietet das 1987 erschienene Buch des israelischen Sozialisten Simcha Flapan, der sich selbst als Zionist verstand: **The Birth of Israel. Myths and Realities**. Seit kurzem liegt die Arbeit auch auf Deutsch vor: **Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit.**

Der Autor wurde 1911 in Polen geboren und kam 1930 nach Palästina, wo er sich für die nächsten 42 Jahre in einem Kibbuz niederließ. Seit 1948 war Flapan politisch aktiv. Er wurde Nationaler Sekretär der sozialistischen Partei MAPAM, hatte dann elf Jahre lang eine leitende Stellung in der Abteilung für arabische Angelegenheiten der MAPAM. 1957 gründete er zusammen mit Chajim Darin-Drabkin die Monatszeitschrift „New Outlook", deren Chefredakteur er bis zu seinem Tod im April 1987 war.

Flapans Buch beschränkt sich auf die Jahre der Staatsgründung, also ungefähr auf den Zeitraum 1947 bis 1950. Wichtige israelische Legenden außerhalb dieses Zeitraums — über das vorzionistische Palästina als „Land ohne Volk" oder über den Krieg von 1967 — sind nicht Gegenstand der Untersuchung. Nicht Thema des Buches sind auch die Mythen, die auf arabischer Seite gebildet wurden und teilweise bis heute fortleben. Dieser Aspekt, schreibt Flapan in seiner Einleitung, könnte nur von arabischen Historikern angemessen bearbeitet werden. *„Ein idealer Ansatz wäre sicher der gewesen, das ganze Unterfangen als Gemeinschaftsprojekt einer israelisch-palästinensischen Historikerkommission durchzuziehen."* Und Flapan äußerte die Zuversicht, daß dies eines Tages wirklich geschehen wird. Das Geflecht von Legenden um Israels Anfangsjahre hat Flapan in sieben einzelne Mythen aufgegliedert, die er sich kapitelweise vornimmt.

**Erster Mythos:** *Die Zustimmung der zionistischen Bewegung zur UNO-Resolution 181 von 1947, durch die Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat geteilt werden sollte, stellte einen weitgehenden Kompromiß dar, mit dem die Zionisten ihrem Konzept eines Staates in ganz Palästina entsagten und das Recht der Palästinenser auf eigene Staatlichkeit anerkannten.*

Flapan erinnert an die ursprünglichen territorialen Vorstellungen des Zionismus und weist nach, daß alle zionistischen Parteien, einschließlich der damals dominierenden Arbeitspartei, die Teilung Palästinas nur als Zwischenlösung verstanden haben. Da man wußte, daß die Araber den UN-Teilungsvorschlag ablehnen würden und es höchstwahrscheinlich zur militärischen Auseinandersetzung kommen würde, konnte man dem UN-Vorschlag zustimmen, ohne ihn als endgültig akzeptieren zu müssen. Auf Betreiben des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ben Gurion wurden in der israelischen Verfassung die Staatsgrenzen nicht definiert. Das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat haben die Zionisten schon damals nicht real anerkannt. Statt dessen traten sie noch vor der Proklamation Israels (Mai 1948) in Geheimverhandlungen mit dem jordanischen König ein und gaben ihm ihr Einverständnis zur Besetzung der Westbank.

**Zweiter Mythos:** *Die arabischen Palästinenser lehnten eine Teilung Palästinas kategorisch ab und folgten dem Aufruf des Mufti von Jerusalem zum „Heiligen Krieg". Dadurch sei für die Juden der Krieg unvermeidlich geworden.*

Zwar hatten die arabischen Palästinenser das zionistische Projekt eines jüdischen Staates in ihrer Mitte — das ohne Vertreibung und/oder Unterdrückung der ansässigen Bevölkerung wohl auch nicht zu realisieren gewesen wäre — immer abgelehnt. Sie haben insbesondere auch den UN-Teilungsplan von 1947 zurückgewiesen, der zusätzlich ungerecht war, indem er den Juden, die zu dieser Zeit nur ein Drittel der Bewohner Palästinas waren, mehr als die Hälfte des Landes zusprach. Aber anders als in den 30er Jahren, als die Palästinenser sich in heftigen Massenkämpfen gegen die jüdische Einwanderung wehrten, verhielten sie sich 1947-48 ziemlich passiv. Nur rund 4000 Palästinenser schlossen sich, laut Flapan, in dieser Zeit militärischen Einheiten an, die den entstehenden jüdischen Staat bekämpften. Die politischen Kräfte im palästinensischen Lager seien zerstritten gewesen, einige wären durchaus zu einem Kompromiß bereit gewesen. Die zionistische Führung habe es jedoch abgelehnt, Alternativen zur militärischen Konfrontation zu erkunden und zu erproben.

**Dritter Mythos:** *Die Flucht von 600-700.000 Palästinensern aus ihrer Heimat in den Jahren 1947-48 sei freiwillig bzw. aufgrund von Aufrufen der arabischen Regierungen erfolgt; die jüdische Führung habe vergebens versucht, sie zum Bleiben zu bewegen.*

Das ist eine der infamsten zionistischen Legenden, mit der sich in den letzten Jahren schon eine ganze Reihe israelische Bücher und Artikel auseinandergesetzt haben. Flapan zeigt, daß es für die angeblichen arabischen Aufrufe zur Massenflucht keine Beweise gibt und daß sie auch der militärischen Logik widersprochen haben würden. Flapan meint, daß die Massenflucht in der ersten Phase eine (vielleicht unerwartete) Reaktion auf jüdische Terroraktionen war — am bekanntesten das Massaker von Deir Jassin im April 1948 — und daß sie später von den jüdischen Streitkräften in den besetzten Gebieten systematisch betrieben wurde, indem man Dörfer und Felder zerstörte, indem man der Bevölkerung mit Mord und Terror drohte, falls sie nicht bis zu einem festgesetzten Zeitpunkt verschwunden wäre, oder indem man die Menschen kurzerhand auf LKW lud und über die Grenzen schaffte. Flapan verweist darauf, daß in der israelischen Gesellschaft mit diesen Vorgängen starke Schuldgefühle verbunden seien, deren Verdrängung zur Zählebigkeit des eigentlich längst widerlegten Mythos beitrage.

**Vierter Mythos:** *Alle arabischen Staaten hätten sich 1947-48 zusammengetan, um den entstehenden jüdischen Staat zu überfallen und zu vernichten.*

Flapan weist hingegen nach, daß zwischen den arabischen Staaten alles andere als Einigkeit herrschte. Ihr Hauptmotiv sei weder die Unterstützung der Palästinenser noch die Vernichtung Israels gewesen, sondern das Bestreben, Jordanien an der (insgeheim mit den Zionisten vereinbarten) Besetzung der Westbank und anderer Teile Palästinas zu hindern. Primär sei es also um Rivalität zwischen den arabischen Regimes der Region gegangen.

**Fünfter Mythos:** *Der Einmarsch der arabischen Armeen nach Palästina, der am 15. Mai 1948 begann, habe den Krieg unvermeidlich gemacht.*

Dies ist eng mit dem vorigen Punkt verbunden. Flapan verweist darauf, daß es am 19. März 1948 einen Vermittlungsvorschlag der USA gab, der u.a. einen dreimonatigen Waffenstillstand und den Aufschub der für den 15. Mai geplanten israelischen Unabhängigkeitserklärung vorsah. Flapan geht davon aus, daß die meisten arabischen Regimes ohnehin einer Kriegsvermeidung zugeneigt hätten und der amerikanische Plan von ihnen tatsächlich akzeptiert worden sei. Hingegen habe die israelische Regierung (mit sechs gegen vier Stimmen) den US-Vorschlag abgelehnt. Ebenso habe sie alle Chancen während des Krieges ausgeschlagen, die Kämpfe zu beenden.

**Sechster Mythos:** *Der eben gegründete Judenstaat mit seiner schlecht ausgerüsteten kleinen Truppe haben -zig Millionen Arabern gegenübergestanden wie einst David dem Goliath. Israel sei in Gefahr gewesen, von einer übermächtigen feindlichen Kriegsmaschine zerquetscht zu werden. Ben Gurion am 16. Juni 1948: 700.000 Juden stünden gegen 27 Millionen Araber, ein Verhältnis von 1 zu 40. Noch im November 1948 sprach Israels erster Präsident, Chajim Weizmann, davon, daß der arabische Feind eine Überlegenheit von 20 zu 1 gehabt habe.*

Der Mythos vom armen kleinen Israel, das in seiner Existenz permanent bedroht ist, hat während des Juni-Kriegs 1967 letztmals europäische Linke in Panik versetzt und auf die Straßen getrieben. Seither ist er weithin dem umgekehrten Mythos gewichen, wonach Israel geradezu unbesiegbar sei. Die Fakten für den Krieg von 1948-49 sind jedenfalls eindeutig. Die arabischen Staaten brachten anfangs nicht mehr als 25.000 Mann in den Krieg, wovon der schlagkräftigste Teil, die sog. Arabische Legion Jordaniens, ungefähr 4.500 Mann stellte. Israel konnte zu Kriegsbeginn ungefähr die gleiche Zahl Soldaten aufbieten wie alle Gegner zusammen. Im Kriegsverlauf veränderte sich dann das Verhältnis zugunsten Israels, das größere Reserven mobilisieren konnte und mit modernen europäischen Waffen reichlich versorgt wurde. Die Zahlen variieren etwas, ergeben im Prinzip aber alle das gleiche Bild. Die materielle Unterlegenheit der arabischen Streitkräfte wurde noch dadurch verstärkt, daß sie nicht koordiniert Krieg führten, teils aus Unvermögen, teils wegen der scharfen Rivalität zwischen den einzelnen Regimes.

**Siebter Mythos:** *Israels Hand sei auch nach dem Ende der Kämpfe 1948-49 immer zum Frieden mit den Arabern ausgestreckt gewesen, aber da kein arabischer Staat das Existenzrecht Israels anerkannte, gab es nie jemandem, mit dem man Friedensgespräche führen konnte.*

Flapan meint hingegen, daß die arabischen Staaten sehr wohl geneigt gewesen wären, sich mit der Existenz des jüdischen Staats abzufinden, und daß sie entsprechende Kompromißvorschläge gemacht hätten — in Geheimverhandlungen, während sie öffentlich und offiziell in der Tat das Gespräch mit Israel verweigerten. Die israelische Regierung habe aber den status quo instabiler Waffenstillstandsregelungen einem kollektiv vereinbarten Frieden vorgezogen, der mit territorialen Zugeständnissen und einer Lösung des Flüchtlingsproblems verbunden gewesen wäre.

Geschichtliche Mythen können eine erstaunliche Kraft entwickeln, an der Fakten einfach abprallen, ohne mehr zu hinterlassen als ein paar Kratzer. Flapan schreibt: *„Die Mythen des Staates Israel bilden den Kern des israelischen Selbstverständnisses. Israel besitzt zwar die am modernsten ausgerüstete Armee im Nahen Osten und ist de facto Atommacht, aber sein Selbstbild orientiert sich nach wie vor am Holocaust — man sieht sich als Opfer eines übermächtigen, blutrünstigen Feindes. Was immer wir Israelis tun, mit welchen Mitteln auch immer wir unser Erworbenes zu verteidigen oder zu mehren suchen, alles wird als Notwehrmaßnahme eines um sein Überleben kämpfenden Volkes gedeutet. So gesehen, hat Israel immer das Recht auf seiner Seite. Die in der Phase der Staatsgründung entstandenen israelischen Mythen haben sich mittlerweile zu einem undurchdringlichen und gefährlichen Schutzschild verfestigt."* — Etwas mehr Erfolg, als in diesen resignativen Sätzen anklingt, wäre der Arbeit Flapans zu wünschen.

**Kt., Hamburg**

**Simcha Flapan: Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit. Aus d. Amerik. von Karl Heinz Siber. — München: Knesebeck & Schuler, 1988. Hc., 400 S., DM 39.80**

Fortsetzung von Seite 24

**Ein Volk gründet ...**

gendeiner Weise zu honorieren. Israel ist nach den Wahlen einer internationalen Konferenz und einer Räumung der besetzten Gebiete noch abgeneigter als zuvor. Die Zugeständnisse des palästinensischen Nationalrats und die Staatsproklamation wurden als bedeutungslos und als Täuschungsmanöver abgetan. Scharon forderte gar, mit der förmlichen Annexion der besetzten Gebiete zu reagieren.

Die USA werden keinen Druck ausüben, um die israelische Blockade gegen eine Verhandlungslösung aufzubrechen. Entgegen allen scheinbar rational begründeten Hoffnungen steht die US-Politik heute bedingungsloser hinter Israel als jemals zuvor. Diese „besondere Beziehung" hat den Libanonkrieg von 1982 so unbeschadet überstanden wie ein Jahr brutale, häßliche Repression gegen die Intifada, ebenso wie auch die Spionage-Affäre Pollard, die von Spekulierern zur schweren Erschütterung des amerikanisch-israelischen Verhältnisses aufgebauscht worden war.

**Der Schlüssel liegt in Israel**

So gesehen hat George Habasch (PFLP) recht, wenn er sagt (2): *„Es wäre für die PLO ein großer Fehler, gegenüber den USA und den Europäern weitere Zugeständnisse zu machen. Von beiden Parteien wird doch immer nur die PLO unter Druck gesetzt."* Recht hat Habasch auch mit seiner Prognose, daß die Anerkennung von 242 nur weitere Forderungen nach sich ziehen wird: nach der direkten und expliziten Anerkennung Israels, nach einer grundlegenden Revision der palästinensischen Nationalcharta usw.

Als Zugeständnisse und Vorleistungen, die auf irgendeine Art von Honorierung durch die USA spekulieren, machen die Anerkennung von 242, die Berufung auf 181, die Distanzierungen vom Terrorismus tatsächlich keinen Sinn.

Der Denkfehler der PLO-Linken liegt da, wo Habasch sagt: *„Wir sollten Israel keine weiteren Geschenke machen."* Als Geschenk verstanden wäre eine Anerkennung Israels in der Tat illusorisch. Israel, genau gesagt die israelische Regierung und die zionistischen Parteien, hat aber auf die Anerkennung durch die PLO noch nie den geringsten Wert gelegt. Im Gegenteil: für den Zionismus stellt die Nichtanerkennung des jüdischen Staats durch die arabische Welt allgemein und die PLO im

teil: für den Zionismus stellt die Nichtanerkennung des jüdischen Staats durch die arabische Welt allgemein und die PLO im

besonderen ein wesentliches integrierendes Element dar. Die Anerkennung Israels ist kein wertvoller Artikel, für den sich zum richtigen Zeitpunkt etwas eintauschen läßt. Im Gegenteil: die Nichtanerkennung Israels ist eine ideologische und propagandistische Belastung, von der sich die PLO besser schon vor Jahren hätte befreien sollen, wenn ihre inneren Strukturen das ausgehalten hätten. Solange nicht begriffen ist, daß die Anerkennung Israels vorteilhaft für die palästinensische Sache und nachteilig für den Zionismus wäre, wird sich die Politik der PLO weiter nur im Zickzack und mit Tempoverlust entwickeln können. In diesem Sinn wäre eine *direkte*, unumwundene und für *alle* jüdischen Israelis ohne Dolmetscher verständliche Anerkennung Israels durch die PLO zweckmäßiger gewesen als der Umweg über die Resolution 242, die den Palästinensern in der Tat überhaupt nichts zu bieten hat und die einer Zeit angehört, als sie in der UNO noch gar nicht als Nation wahrgenommen wurden.

Der Schlüssel zur Realisierung der palästinensischen Nationalrechte liegt nicht in Washington, nicht in Brüssel, auch nicht in Moskau. Er liegt in Israel, bei der Bevölkerung dieses Landes, die für eine friedliche Lösung gewonnen werden muß.

Es ist daran zu erinnern, daß es 1982, als die PLO in Beirut von der israelischen Armee belagert wurde, einen Vorschlag gab, die PLO und Israel sollten sich gegenseitig anerkennen. Dieser Vorschlag kam von drei zionistischen bzw. jüdischen Politikern mit hoher Autorität, unter ihnen Nahum Goldmann. Die PLO wäre, abstrakt außenpolitisch betrachtet, gut beraten gewesen, sich diesen Vorschlag schon damals offensiv und explizit zu eigen zu machen. Was das allerdings für die innere Situation der PLO bedeutet hätte, ist kaum abzuschätzen.

**Anmerkungen**

1) Beschlüsse des Nationalrats nach der (inoffiziellen) englischen Übersetzung in „Al-Fajr" (Jerusalem), 21.11. , sowie teilweise nach der deutschen Übersetzung im „Palästina-Bulletin", 18.11. und 25.11.
2) Gespräch mit Habasch in der Schweizer „WoZ", 25.11.
3) Die Sicherheitsratsresolution 338 vom 22.10.73 bestätigt im Wesentlichen, vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Oktoberkriegs 1973, die Resolution 242.
4) Am 11.11.75, nachdem die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit eine Resolution beschlossen hatte, in der Zionismus als „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung" bezeichnet wurde.
5) „Palästina-Bulletin", 25.11.88.

## Günter Zint war in kurdischen Flüchtlingslagern

# Partnerland Türkei




Istanbul, 3.12.88:
Demonstration von Angehörigen hungerstreikender Gefangener. Die Demonstration konnte nur an einer Autobahnauffahrt und von starken Polizeikräften umzingelt stattfinden.

Günter Zint, pan-foto

Istanbul, 3.12.88:
Demonstration von Angehörigen hungerstreikender Gefangener. Die Demonstration konnte nur an einer Autobahnauffahrt und von starken Polizeikräften umzingelt stattfinden.

Günter Zint, pan-foto

**Ich lebe in einem Stadtteil mit fast 50% ausländischen Mitbürgern. Vorwiegend Türken. Wir kaufen bei Türken ein und gehen oft türkisch essen. Meine Kinder haben türkische FreundInnen im Kindergarten. Unser Stadtteil (Schanzenviertel/Karolinenviertel in Hamburg) ist durch die Türken wesentlich bunter, interessanter und preiswerter geworden. Was wissen die Deutschen, die hier leben, über die Türkei?**

**Schönes Urlaubsland mit vielen Küsten, billig, Knoblauchfresser, gastfreundlich, hinterlistig, korrupt, orientalisch, viel Sonne und dann soll's da auch viel Ärger mit Terroristen geben. Die Gefängnisse sind voll, aber die Militärdiktatur ist einer Demokratie gewichen, wie Evren gerade bei einem BRD-Besuch verkündete. Und dann soll's da auch noch Probleme mit einer Minderheit, den Kurden geben.**

**All diese Widersprüche haben mich veranlaßt, als Journalist dieses Land zu bereisen, um einige Reportagen zu machen, zumal ich mit Günter Wallraff zusammen in den letzten Jahren etliche Erfahrungen über die Situation der Türken in Deutschland machen konnte. Von keiner Zeitung bekam ich einen Auftrag. Der „Stern" steuerte wenigstens einiges Fotomaterial zu, und Wallraff übernahm die Reisespesen. Hier eine knappe Zusammenfassung der vierwöchigen Reise.**

Anfang November treffe ich in Istanbul ein. Dort erfahre ich von einem türkischen Kollegen, daß in den kurdischen Flüchtlingslagern an der irakischen Grenze Menschen bei minus 15 Grad in Zelten leben müssen. Wir fliegen hin. Als wir in Van ankommen, werden gerade 3.600 Flüchtlinge in Bussen und auf Lastwagen aus dem Lager bei Hakkari in ein Lager bei Mardin, das klimatisch noch wärmer ist, verlegt. Bei Temperaturen, die auch tagsüber um 10 Grad minus betragen, sehe ich Lastwagen mit Menschen, lediglich in Tücher gehüllt, vorbeifahren. Ein Informant in Mardin erzählt uns, daß man gleich nach der Ankunft 15 Gräber geschaufelt hat. In meiner Naivität versuche ich, über die Lagerleiter und die Bewacher Auskünfte zu erlangen. Ich werde nur weitergeschickt oder direkt belogen. Tote gebe es nicht, das Essen sei vorbildlich, die Unterkünfte ausreichend, und sowieso werde alles mögliche für die Kurden getan. Ich bestehe darauf, mir ein eigenes Bild machen zu können. Stunden und Tage verbringe ich damit, Genehmigungen für den Besuch der Lager zu bekommen. Schon bei der Annäherung an ein Lager habe ich sofort Polizei- und Militärbegleitung. Als ich versuche, mit Teleobjektiv ein Foto vom Lager in Mus zu machen, werde ich sofort von der Polizei vorübergehend festgenommen und meine Filme werden beschlagnahmt. Im Lager Mus befinden sich 8.370 Flüchtlinge, die in Baracken und kleinen Häusern auf 50 qm Grundfläche mit bis zu 30 Personen leben. Der Gouverneur des Distrikts meint dazu zynisch: „Dann haben die es doch wärmer als ich in meiner Dienststube!"

Für die 8.370 Flüchtlinge, die hinter doppelten Stacheldrahtzäunen und bewacht von Maschinengewehr-bewaffneten Polizisten wie Gefangene gehalten werden, gibt es nur eine einzige Wasserstelle. Das Lager macht den Eindruck eines KZs. Ich versuche, mit meinem Presseausweis nochmals eine Genehmigung für Fotos zu bekommen. Als ich aus der eisigen Kälte in das Wachhaus des Kommandaten trete, schlägt mir eine Hitzewelle entgegen, die mir das Atmen in der völlig überheizten Amtsstube schwer macht. Zwei Stunden warte ich vergebens auf eine Genehmigung des Gouverneurs. In dieser Zeit habe ich einige Beobachtungen gemacht, die auf den Zustand in dem Lager schließen lassen. Die Wachmannschaft draußen vor dem Fenster schnauzt Lagerinsassen an, gibt Kommandos und durchsucht die Fahrzeuge von eintreffenden Handwerkern nach Waffen. Doch sobald einer von ihnen in das Kommandantenhaus tritt, zieht er wie vor einem imaginären Balken den Kopf ein und ist nach Betreten des Dienstzimmers gleich fünf Zentimeter kleiner. Ich bekomme alle paar Minuten von einem mehr kriechenden als gehenden Mann den obligatorischen Tee gebracht. Als der Rückruf des Gouverneurs eintrifft, zieht auch der Kommandant den Kopf zwischen die Schultern, als wolle er seine Unterwürfigkeit noch durch den Telefondraht hindurch vermitteln. Plötzlich geht polternd die Tür auf. Ein Wachmann kommt stolz in den Raum, ohne zu buckeln, und wirft mit herrischer Geste ein Bündel Geldnoten auf den Tisch. „Ich mach' sie fertig, diese Schweine", sagt er auf türkisch und blickt lobheischend auf den Kommandanten.

Später übersetzt mir mein Dolmetscher den Sachverhalt. Der Mann hatte bei einem Stammesführer der Kurden Bargeld gefunden. Das ist im Lager strengstens verboten, da es im Falle einer Flucht das Fortkommen erleichtern kann. Ich glaube nicht mehr an die Bezeichnung „Flüchtlingslager", dies hier ist ein KZ. Den Lagerinsassen ist es verboten, mit Verwandten in der Türkei oder auch anderen Ländern Kontakt aufzunehmen. Angebote ausländischer Hilfsorganisationen werden pauschal abgelehnt oder sie werden in Form von Bargeld angenommen. Was mit diesem Geld geschieht, kann ich ahnen, wenn ich die martialischen Befestigungs- und Bewachungsanlagen sehe.

Nach offiziellen Angaben wurden im Dezember 1988 50.000 Kurden in Lagern interniert. Aus anderen Quellen habe ich auch die Zahl von 80.000 genannt bekommen. Auch in den Gefängnissen der Türkei sitzen viele Kurden, die für ihre Rechte offen eingetreten sind. Zur Zeit befinden sich 2.000 Häftlinge in einem Hungerstreik, um bessere Haftbedingungen

Fortsetzung nächste Seite



Günter Zint, pan-foto

Während der Demonstration in Istanbul: Die Mutter eines Gefangenen streckt einem Polizisten die Zunge heraus.

CEZAEVİ SORUNU HAD SAFHADA

Duvarı yıkamadı kendini yaktı!

Günter Zint, pan-foto

Bericht in der türkischen Presse über Münevver Sönmez. Der AK plant zusammen mit Günter Zint eine Hilfsaktion zugunsten dieser Familie: Interessierte mögen sich bitte bei der Redaktion melden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

zu erstreiten. Von außen werden sie von ebenfalls hungerstreikenden Angehörigen unterstützt. Im Büro der Sozialdemokratischen Partei in Diyarbakir treffe ich rund 200 Kurden. 40 Frauen sind bereits im 25. Tag ihres Hungerstreiks. „Bitte machen Sie keine Fotos von den Männern", sagt eine Frau. „Für die ist das noch viel gefährlicher als für uns Frauen."

Die Last vieler Dinge liegt in der Türkei auf dem Rücken der Frauen. In ländlichen Gegenden kann man das bildlich bei den enormen Lasten feststellen, die von Frauen getragen werden. Hier beim Hungerstreik gehen die Frauen offensiv in die Öffentlichkeit, um für ihre Söhne und Männer zu kämpfen. Wenn diese Öffentlichkeit lästig wird, verhaftet die Polizei mitunter auch Frauen und sperrt sie in ihre Foltergefängnisse. Mehrere Frauen haben mir von ihren Foltererlebnissen berichtet. Die Regierung gibt Erklärungen ab, in denen sie den Übergang zur Demokratie damit beweisen möchte, daß die

mokratie damit beweisen möchte, daß die

Gefangenen ab sofort nicht mehr in Militärgefängnissen, sondern in Zivilgefängnissen ihre immensen Strafen absitzen „dürfen". Was dabei verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß das Bewachungspersonal in den Zivilgefängnissen oft aus brutalen Profifolterern besteht und daß es in den Zivilgefängnissen nun auch die „fortschrittliche" aus der BRD importierte Isolationshaft für unverbesserliche Revolutionäre gibt. Nach Aussagen von vielen Gefangenen haben sich die Haftbedingungen nur verschlechtert. Ich habe Gefängnisneubauten fotografiert, die nach Stammheimer Muster gebaut werden und jeden Kontakt mit der Außenwelt verhindern. Fenster gibt es nur auf einer Seite des Gebäudetraktes und vor diesen sind noch Beton-Sichtblenden angebracht, die lediglich einen wenige Zentimeter breiten Himmelsstreifen freilassen.

Als ich von meinem Besuch bei hungerstreikenden Kurden in Diyarbakir und von einer Besichtigung des mit 15.000 Kurden belegten Zeltlagers bei Mardin in mein Hotelzimmer zurückkehre, bemerke ich sofort, daß ich „Besuch" hatte. Sonderbarerweise sind keine Wertgegenstände wie Kameras oder Tonbandgeräte verschwunden, sondern ein Teil meiner Filme ist weg. Nach kurzer Rücksprache mit dem Zimmermädchen ist mir klar, daß hier kein Diebstahl, sondern eine Beseitigung von Beweismaterial stattgefunden hat. 22 Filme sind offensichtlich der Geheimpolizei in die Finger gefallen. Das Angebot des Hotelbesitzers, die Polizei einzuschalten, ist wohl mehr zynisch gemeint, zumal ein Polizist in Zivil die ganze Szene beobachtet. Ich packe meine Sachen und wechsele das Hotel. Als ich einem Kellner in dem neuen Hotel von dem Vorfall erzähle, erklärt er mir, daß in jedem Hotel der Region Diyarbakir mindestens ein Polizist arbeitet. Er zeigt mir auch gleich, wer in seinem Hotel der „offizielle" Mann ist. Meine Filme verstaue ich ab sofort nicht mehr in meinem Zimmer. Was ich nicht am Körper tragen kann, verstecke ich an verschiedenen Plätzen im Hotel.

In Mus habe ich die Möglichkeit, durch einen Mittelsmann früh morgens in das Krankenhaus zu gelangen. Auf Anhieb finden wir ein Zimmer, in dem kurdische Giftgasopfer aus dem Irak liegen. Ein Dolmetscher ermöglicht uns etliche Interviews, in denen die Patienten auch die Angriffe der irakischen Luftwaffe mit Giftgas und Napalm bestätigen. Ich mache viele Fotos von den Verletzungen, um sie in der BRD Ärzten zeigen zu können. Einige Stunden später komme ich wieder in das Krankenhaus. Diesmal durch den Haupteingang und mit einem Interview-Wunsch an den Chefarzt. Ich werde freundlich bewirtet und bekomme alle gewünschten Auskünfte. Von welcher Qualität der Wahrheitsgehalt dieser Auskünfte war, konnte ich jedoch schon bei der Antwort auf die Frage: „Wieviele Kurden aus dem Irak liegen in ihrer Klinik?" feststellen. Seine Antwort war: „Kein einziger, es gibt hier keine Giftgasopfer!"

Man will offensichtlich die Menschenrechtsverstöße im Irak decken und damit auch die Lieferanten des Giftgases, die in der BRD vermutet werden.

Ich verabschiede mich schnell von diesem Heuchler im Samariterkostüm und frage mich, ob auch türkische Ärzte den Eid des Hippokrates ablegen. Wenige hundert Meter weiter liegt der Friedhof von Mus. Ich brauche nicht lange zu suchen, um trotz Schneedecke etliche frische Gräber zu finden. In den letzten Tagen wur-

ber zu finden. In den letzten Tagen wur-

den fünf Kinder, zwischen einem und acht Jahren alt, beerdigt. Der Totengräber berichtet, daß die Kinder in Beutel eingenäht zum Beerdigen angeliefert werden. Nicht einmal die Eltern dürfen zur Beerdigung das Lager verlassen.

Als wir nach der Todesursache fragen, zuckt er nur mit den Schultern. Wen interessiert das schon?

Nach einer Woche geht das Leid und Elend in den kurdischen Regionen über meine Kräfte. Als ich im Flugzeug nach Istanbul sitze, komme ich mir vor, als erwache ich allmählich aus schlimmen Alpträumen. Für mich ist dieser Ausflug ins Grauen zu Ende. Die 50.000 oder 80.000 Flüchtlinge haben in den Zelten und Hütten einen Winter vor sich, der in dieser Region normalerweise Minustemperaturen von 25 bis 40 Grad mit sich bringt. Wieviele werden das überleben? Sicherlich wird sich die Flüchtlingsbilanz im nächsten Jahr für die türkische Regierung „positiver" darstellen. In Istanbul komme ich im Büro von TAYAD (eine Organisation, die sich um politische Häftlinge kümmert) direkt in eine Pressekonferenz mit Anwälten des Republikanischen Anwaltsvereins aus Hamburg. Ich erzähle anschließend an diese Pressekonferenz den versammelten türkischen Kollegen von meinen Beobachtungen. Sie stellen einige Fragen. Eine Kollegin macht noch ein langes Interview mit mir. Erschienen ist bisher keine Zeile und kein Foto.

In Istanbul versuche ich, gefangene Kurden zu besuchen. Da dies hoffnungslos ist, besuche ich deren Familien. In einer Gecekondu-Siedlung am Stadtrand von Istanbul treffe ich die Familie eines zu lebenslanger Haft verurteilten PKK-Mitgliedes. Der Bruder, der ebenfalls gefoltert wurde, ist zur Zeit in Freiheit. Ein weiterer bereits verurteilter Bruder hält sich mit der Schwester in Stuttgart auf. Die Mutter will nicht wissen, wo ihre Kinder in der BRD sind, weil sie Angst hat, die Adresse unter Folter zu verraten. Vor vier Wochen hat sie aus Verzweiflung über die Situation versucht, sich selbst zu verbrennen. Ihr Mann und ein Sohn haben die mit einem Kanister Benzin entfachten Flammen löschen können und sie ins Krankenhaus gebracht.

Immer wieder von Weinkrämpfen unterbrochen, erzählt sie mir und meiner Dolmetscherin, was ihr in den letzten Monaten widerfahren ist und warum sie ihr Leben beenden wollte. Bei einem Besuch ihres zu lebenslanger Haft verurteilten Sohnes spricht sie mit ihm verbotenerweise in kurdischer Sprache. Daraufhin wird sie von einem Wärter mit dem Gewehrkolben geschlagen und muß den Besuch abbrechen. Ihr Mann hat einen alten Lieferwagen, mit dem er bisher durch Transporte von Arbeitern die Familie ernähren konnte. Nach dem Selbstverbrennungsversuch seiner Frau bekam er den Transportauftrag entzogen. Begründung: Sein Wagen sei zu alt. Wer die Lieferwagen und Busse in Istanbul kennt, weiß, daß das ein vorgeschobener Grund ist. Die selbsterbaute Hütte der Familie und auch das klapprige Gefährt sind längst jemand anderem übereignet, um Anwaltskosten zu begleichen. Während meines Besuches in der Hütte bekomme ich Kölnisch Wasser zum Händereinigen gereicht. Der Hausherr bietet mir seine Pantoffeln, die fast nur aus Klebestreifen bestehen, an. Der jüngste Sohn serviert uns Obst und Gebäck, das sonst wohl kaum auf den Tisch kommt. Mein Teeglas wird laufend eingeschenkt. Die Mutter hat ein übergro-

eingeschenkt. Die Mutter hat ein übergro-

ßes Bedürfnis, sich die Ereignisse der letzten Wochen von der Seele zu reden. Über zwei Stunden lang spricht sie auf mein Tonband, bis ich keine Kassette mehr habe. Während des Gespräches kommt eine Nachbarin in die Hütte. Als ich Fotos mache, möchte sie nicht mit auf das Bild. Ihre beiden Brüder sind im Gefängnis gestorben. Einer angeblich bei einem Fluchtversuch erschossen. Sie hat zwei Kinder und lebt den Kindern zuliebe weiter mit ihrem konservativen Mann zusammen, der es nicht möchte, daß sie sich in politische Dinge einmischt.

Als ich mich verabschiede, versuchen sie, mich noch zum Abendessen einzuladen. Sie klammern sich regelrecht an mich mit ihren Hoffnungen. Der Sohn ist nun im 45. Tag des Hungerstreiks. „Wenn er stirbt, sterbe auch ich. Ich werde zur Bosporusbrücke gehen." Sie sagt dies beim Abschied. Nicht pathetisch, nicht als Drohung. Sie sagt es tonlos, aber doch bestimmt. Ich glaube ihr. In meiner Ohnmacht und Hilflosigkeit schenke ich noch alles mögliche, das in meine Auto liegt, dem Sohn. Stiefel, ein Wallraff-Buch „Ganz Unten" auf türkisch und Geld, das sie aber nicht annehmen wollen. Nachher schäme ich mich. Für sie muß die Arbeitswelt von Ali in Deutschland wohl noch wie eine Rettung erscheinen.

Am folgenden Tag mache ich Fotos in den Gecekondu-Siedlungen (über Nacht gebaute Hütten, die jederzeit wieder abgerissen werden können), die nach Regenfällen der letzten Tage völlig von braungelbem Lehmmatsch umgeben sind. Ein Mann ohne Beine kommt mir entgegen. Über die Hände, mit denen er sich fortbewegt, hat er Schuhe gestülpt. Ich traue mich nicht, ein Foto zu machen. Wieder ist das einzige, was mir einfällt, Almosen zu verteilen. Gleich darauf komme ich mir vor wie ein Tourist, der ein paar Silberlinge unters Volk wirft. Was bin ich hier eigentlich? Reporter? Nein, die fetzigen Fotos, die neben der Anzeige für Jonny Walker oder den Irischen Frühling zum Leseanreiz dienen sollen, die will ich hier nicht machen.

Die meisten meiner Landsleute werden sich mal für ein paar Minuten in ihrer mit Stereo-Video- und CD-Anlage ausgestatteten warmen Wohnung etwas gruseln und bestenfalls eine Gänsehaut beim Anblick dieser Bilder bekommen. (…) Ich werde einen Lichtbildervortrag daraus machen, der dann bei „Pan-Foto" ausgeliehen werden kann. Auf jeden Fall möchte ich unbedingt klarmachen, was für ein menschenverachtender Lügner Staatspräsident Evren ist, wenn er neben Herrn Kohl stehend über die BRD-Medien verkünden darf, daß in der Türkei Demokratie herrsche und daß man sich über die partnerschaftlichen Beziehungen zur BRD freut. Am Tag vor meiner Abreise habe ich noch eine Demonstration mit wilden Prügelszenen der Polizei gesehen. Die Gefangenentransporter trugen den „Guten Stern" einer großen deutschen Firma.

Zurück in Hamburg sehe ich Plakate mit dem Text *Türkei — Leistungsschau unseres Partnerlandes*. Bei einem Besuch dieser „Leistungsschau" sehe ich auch gleich wieder die Leistungsfähigkeit unserer Polizei. Mehrere Polizisten nutzten die Gelegenheit, von einem original türkischen Schuhputzer die Stiefel samt Pistolenkoppel poliert zu bekommen. Als ich die Polizisten in ein Gespräch über das Kurdenproblem verwickle, zeigt es sich, daß die Beamten schon von den ausstellenden Türken Polit-Unterricht bekommen hatten. Ein Beamnter erklärte mir, daß sie hier seien, um die Türken vor den demonstrierenden Kurden zu schützen. Die Kurden, das seien ja gar keine richtigen Türken. Die sind sowas wie hier die Ostfriesen. Jedenfalls wären die verfeindet und würden von den richtigen Türken als Arschlöcher bezeichnet. Soweit der politische Bildungsstand dieses Hamburger Gesetzeshüters.

Hatte ich noch in der Türkei geglaubt, der zweifelhafte Erfolg meiner Reiseerfahrung sei zumindest ein etwas nachsichtigerer Umgang mit Hamburger Polizeimacken, so war ich hier schnell kuriert. Als ich die Messehalle 4 mit der Türkei-Schau verlasse, blicke ich auf 20 Mannschaftswagen und mehrere zivile Einsatzgruppen unserer Polizei. Nebenan im Gerichtsgebäude findet ja der § 129a-Prozeß gegen meinen Nachbarn und Freund Fritz Storim unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die BRD und die Türkei sind wahrlich Partner, die sich verstehen. Ich hoffe, daß ich dazu beitragen kann, daß diese Partnerschaft hinterfragt wird.

**Günter Zint, Dezember 88**
**Pan Foto GmbH, Hamburg**

P.S.: Die Chefredakteurin der Zeitschrift „2000e Dogru", Fatma Yazici, muß in Kürze für ihren engagierten Journalismus ins Gefängnis. Ihr Mann und Kollege sitzt bereits seit längerer Zeit. Ob sie je wieder in die Freiheit entlassen wird, ist sehr ungewiß.

Ich muß in der BRD für diesen Artikel sicher nicht ins Gefängnis, ich werde nur mit „Verbannung" aus den etablierten Medien und den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten bestraft.

Günter Zint, pan-foto

Familie Sönmez, Istanbul. Frau Münevver Sönmez (links) unternahm einen Selbstverbrennungsversuch vor Gericht, weil ihr Sohn ohne die geringsten Beweise zu lebenslänglichem Gefängnis wegen „Terrorismus" verurteilt wurde.

verurteilt wurde.

Günter Zint, pan-foto

Aus dem Irak geflohener Kurde im Krankenhaus von Mus: Verätzungen durch Giftgas an Armen und Beinen, im Gesicht sowie der Atemwege

Günter Zint, pan-foto

Flüchtlingslager für 8.300 Menschen in Mus. Ein von einer Tankstelle gelegter Schlauch ist die einzige Wasserstelle.

# Im Baltikum:
# Massenbewegung für Perestroika und Glasnost

**Die aktuellen Massenbewegungen in den drei baltischen Republiken Lettland, Estland, Litauen sind bisher die erste und einzige positive Antwort „von unten" auf die Reform-Initiativen „von oben". Rücksichtslose Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte, Demokratisierung und Umweltschutz, Renaissance der Nationalsprache, Anerkennung nationaler Symbole, Gründung von Volksfronten zur Unterstützung der Perestroika, und wirtschaftliche Autonomie sind die zentralen Forderungen, die in den kleinen Republiken Hunderttausende mobilisieren.**



### 1939/40: Befreiung oder Okkupation?

August 1987: Einige tausend Menschen versammeln sich in mehreren baltischen Städten zum 48. Jahrestag der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und in Erinnerung an dessen Folgen: Besetzung der baltischen Republiken durch die Rote Armee und Massendeportationen Verdächtiger und Oppositioneller. Die Forderungen der Versammlungen: Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls in der Presse; Eingeständnis der sowjetischen Führung, daß nicht eine sozialistische Revolution („Befreiung"), sondern militärische Okkupation zur Angliederung der drei Republiken an die UdSSR führte.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Komsomolskaja Prawda" schreibt, westliche Radiosender hätten die Unwissenheit der Menschen über den wahren Verlauf der Ereignisse 1939/40 und zu antisowjetischen Aktionen aufgerufen. In Riga habe die Gruppe „Helsinki 86" mit der Losung „Freies Lettland" den „Verstand einiger Leute umnebelt". (1) Andere Presseorgane reagieren ähnlich.

August 1988: Wieder Versammlungen in den drei Republiken zum selben Anlaß. Diesmal sind einige zehntausend Menschen auf den Beinen. Die Forderungen gleichen denen vom letzten Jahr. Zu den Initiatoren gehören auch die Initiativen zur Gründung einer „Volksfront zur Unterstützung der Perestroika", die in Estland den Historiker Afanasjew als Redner eingeladen haben. Dieser erklärt vor seinem Auditorium, daß begangenes Unrecht nicht verschwiegen werden darf: *„In keinem anderen Land wurde die Geschichte in solchem Ausmaß verfälscht, wie es in der Sowjetunion war. Jedes Kind im Westen weiß darüber Bescheid* (über das Zusatzprotokoll), *wir aber fahren fort, seine Existenz zu leugnen."* (2)

eingeladen haben. Dieser erklärt vor seinem Auditorium, daß begangenes Unrecht nicht verschwiegen werden darf: *„In keinem anderen Land wurde die Geschichte in solchem Ausmaß verfälscht, wie es in der Sowjetunion war. Jedes Kind im Westen weiß darüber Bescheid* (über das Zusatzprotokoll), *wir aber fahren fort, seine Existenz zu leugnen."* (2)

*„Es ist nicht genug, die sowjetische Okkupation anzuerkennen; wir müssen unsere Unabhängigkeit wieder erlangen"* (3), fordern nationalistische Gruppen am Rande der Demonstration in Tallin (Estland). Dieses Statement sagt genug über die politische Brisanz einer Veröffentlichung der Zusatzprotokolle aus. Aber diese nationalistischen Unabhängigkeitsforderungen spielen nur eine Nebenrolle. Ihre Sprecher werden am selben Tag in Litauen von den Organisatoren der Demonstration nicht als Redner zugelassen.

In Riga (Lettland) spricht der 1. Sekretär der KP. Gleichzeitig fallen Äußerungen anderer Redner über großrussischen Chauvinismus, Forderungen nach mehr nationaler Selbstbestimmung; massenhaft wehen die noch verbotenen Nationalflaggen aus der Zeit vor 1940. Nichts passiert. Im Jahr zuvor schritt die Miliz ein, verhaftete (4); unter Breschnew soll das Zeigen der alten Nationalflagge noch mit Gefängnis bestraft worden sein (5).

Das Anliegen der Organisatoren der Demonstrationen ist es, den Draht zu den offiziellen Stellen, insbesondere nach Moskau, nicht abreißen zu lassen. Deshalb auch die Ausgrenzung von Sprechern der Unabhängigkeitsbewegung in Litauen, die offen auf Konfrontation setzen. Eine estnische Volksfrontaktivistin meinte: Die Unabhängigkeitsforderungen *„beruhen auf der Tatsache, daß Estland auf illegale Art der UdSSR angegliedert wurde".* Aber: *„Man kann seine Geschichte nicht zurückdrehen. Die Situation sollte vom Standpunkt des historischen Realismus her bewertet werden."* (6)

Die Forderung, historisch begangenes Unrecht einzugestehen, dient vielen Sprechern der Bewegungen als Hebel, Demokratisierung und mehr politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung zu erlangen.

Auch die KPs bleiben von diesen Trends nicht unbefleckt. Zahlreiche Mitglieder arbeiten in der Umweltbewegung und in den Volksfrontinitiativen mit. Den KP-Führungen in den Republiken dämmert, daß ein Nachgeben in der Frage „Veröffentlichung oder nicht?!" weniger Gefahren in sich birgt als ein stures Abblocken. Noch im August publiziert das estnische KP-Organ „Ralva Haal" die Zusatzprotokolle. Kurze Zeit später folgen die Presse Lettlands und Litauens nach (7).

### Perestroika als Initiative von unten

Die baltischen KPs sind vom Schwung der Bewegungen überrollt worden. Wie die meisten nicht-russischen Republik-KPs ist ihre Haltung eher von Abwarten denn von Initiative in der Verwirklichung der Reformappelle der KPdSU-Spitze geprägt. Die Massenbewegungen in den baltischen Republiken haben den KPs die Initiative abgenommen und setzen sie nun unter Zugzwang. Vor allem in Litauen scheint die KP in Hilflosigkeit versackt zu sein und tut sich schwer, das Steuer herumzuwerfen und auf den fahrenden Zug aufzuspringen, obwohl z.B. nicht geringe Teile der Parteijugend längst in den Bewegungen Fuß gefaßt haben. Die litauische „Bewegung zur Unterstützung der Perestroika", von einer Gruppe der KP zugehöriger Intellektueller gegründet, rief im Juli sogar zum Boykott der KP-Tageszeitung „Tiesa" wegen angeblich verzerrter Berichterstattung auf. (8)

Erst nach dem Besuch von A. Jakowlew (Mitglied des ZK der KPdSU) in Litauen kam die KP in Bewegung. Jakowlew bestand nicht nur darauf, daß *„alles publiziert und gesagt werden muß"* (9), sondern drängte die KP auch, eine aktivere Rolle in den Bewegungen zu spielen, den nationalen Faktor zum Hebel für die

tung auf. (8)
Erst nach dem Besuch von A. Jakowlew (Mitglied des ZK der KPdSU) in Litauen kam die KP in Bewegung. Jakowlew bestand nicht nur darauf, daß *„alles publiziert und gesagt werden muß"* (9), sondern drängte die KP auch, eine aktivere Rolle in den Bewegungen zu spielen, den nationalen Faktor zum Hebel für die

Perestroika zu machen. (10)

Selbst die offiziellen Medien haben einen Umschwung vollzogen. Noch kürzlich eingesperrte Dissidenten wurden im lettischen Fernsehen interviewt, und eine derbe Kritik der Parteiführung an den Medien wird mittlerweile nicht mehr mit Reue und Unterwerfung, sondern mit heftigem Protest beantwortet (12). Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literaturna un Maksla" vom 26.8.88: sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht: „Freundschaft '39...?! — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf an, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

### Nationalismus

Zu den zentralen Forderungen der Bewegungen gehört auch die nach Renaissance der Nationalsprachen und Intensivierung des Unterrichts in nationaler Geschichte in den Schulen. In allen drei Republiken war bis vor kurzem noch Russisch Staatssprache, d.h. die Aktivität der öffentlichen Organe vollzog sich in russischer Sprache, und diese war auch erste Sprache im Unterricht, obwohl die Litauer 80%, Esten und Letten immer noch über 50% der Bevölkerung ihrer Republiken stellen. Bereits auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU im Juli schlug der 1. Sekretär der litauischen KP, Songaila, vor, das Litauische wieder in den Rang der Staatssprache zu heben. In Litauen und Estland ist dies bereits geschehen und wird wohl in Lettland bald folgen. (13)

An der bisherigen Sprachenpolitik wird kritisiert, daß die Vernachlässigung der Nationalsprachen dazu führt, daß Vertreter öffentlicher Organe vom Krankenhaus bis in hohe Parteigremien hinein nur noch Russisch sprechen und dies den rückläufigen Trend bei Ausbildung und Praxis der Nationalsprachen noch verstärke, diese Sprachen früher oder später zu folkloristischen Überbleibseln verkommen würden.

Im Zusammenhang mit dem Sprachproblem erklärt sich auch, warum die massive russische Einwanderung als Bedrohung empfunden wird. Bei der bis vor kurzer Zeit selbstverständlichen Vorherrschaft der russischen Sprache gab es kaum Bemühungen der Immigranten, die Sprache des Einwanderungslandes zu lernen. Hieraus bezieht der vehemente Ruf nach restriktiven Einwanderungsgesetzen seine Popularität: Sie sollen die russischen Immigranten zwingen, die jeweilige Nationalsprache zu erlernen, wenn sie sich in der betreffenden Republik dauerhaft niederlassen wollen (14).

Die Gefahren liegen jedoch auf der Hand. Von solchen gesetzlichen Barrieren gegen Immigranten und vermeintliche „Überfremdung" bis zu rassistischen „Russen raus"-Parolen ist nur ein kurzer Weg.

Die Forderung nach Einwanderungsgesetzen und allgemein der lauter werdende Chauvinismus gegenüber den nicht-baltischen Bevölkerungsteilen veranlassen diese dazu, sich in eigenen Organisationen zusammenzuschließen. (14a)

Die Masseneinwanderung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Resultat einer über die Köpfe der ansässigen Bevölkerung hinweg betriebenen extensiven Industrialisierung, die das vorhandene Arbeitskräftepotential weit überfordert. (15) Die Frage ist aber, ob die Forderung nach Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Mißgriffen der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht

ven Industrialisierung, die das vorhandene Arbeitskräftepotential weit überfordert. (15) Die Frage ist aber, ob die Forderung nach Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Mißgriffen der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht

die Gefahr, daß von den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Bevormundung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

### Umweltbewegung

Im Zusammenhang mit den großangelegten Industrieprojekten ist der geplante flächendeckende Abbau von Phosphoriten in Estland als Rohstoff für die Düngemittelindustrie zu einer Zielscheibe der Umweltbewegung geworden. Diese verknüpft ihre Forderungen mit dem Ruf nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und Eigenbestimmung der weiteren Entwicklung der Republik.

Sie befürchtet, daß der Phosphoritabbau große Teile des Landes landschaftlich zerstören, den Grundwasserspiegel enorm absenken, große Teile des Trinkwassers verseuchen und die besten Böden unbrauchbar machen würde. (16) Die Folgekosten dieses Raubbaus, so rechnet die Opposition vor, würden die erzielten Gewinne bei weitem übersteigen. (17)

Radio Moskau beklagte sich noch am 23.8., daß *„ungeachtet der verschiedenen Beschlüsse und der Proteste der Öffentlichkeit, trotz der sich ständig verschlechternden ökologischen Lage, die Ministerien und Behörden den Naturschutz nach wie vor als etwas Nebensächliches betrachten".* Auch das neue System der Umstellung der Betriebe auf Rentabilität ändere nichts daran, daß die Unternehmen nach wie vor nichts in den Umweltschutz, sondern alles in technische Modernisierung und Lohnerhöhungen (sprich: Prämien, um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten oder anzulocken) investieren. (18)

Die Kritik hat Alibifunktion, denn die Betriebe praktizieren genau das, was sie praktizieren sollen: nach dem Profitsystem zu funktionieren, ohne Rücksicht auf die langfristigen gesellschaftlichen Folgekosten. In Litauen konzentriert sich der Widerstand auf den Bau eines dritten Reaktorblocks im AKW Ignalina. Die Umweltbewegung hat am 2.8.88 fast 500.000 Menschen mobilisiert, die gegen Ignalina, den geplanten Bau eines Wasserkraftwerks bei Kaisiadorys und gegen die katastrophale Luft- und Wasserverschmutzung des Landes protestierten. (19)

Der Bau des dritten Blocks im AKW Ignalina ist einstweilen verschoben, „bis alle Sicherheitsfragen geklärt sind". (20)

Auch die lettische Umweltbewegung hat schon einen Erfolg verbuchen können: Bereits um die Jahreswende 1987/88 beschloß die Moskauer Regierung, den Bau des Wasserkraftwerks bei Daugavpils einzustellen. (22)

### Die Volksfronten

Ein Teil der bisher nur durch lockere Kontakte zusammengehaltenen Initiativen und Organisationen hat sich vor einigen Wochen in den drei Republiken als „Volksfronten" formiert. Sie sind Zusammenfassungen mehr oder weniger diffuser Trends, die auf Veränderung drängen, die Reformappelle der KPdSU teils skeptisch, teils enthusiastisch begrüßen und sich aus KP-Mitgliedern, Christen, Umweltorganisationen, Bürgerrechtsbewegungen, Dissidenten und politischen Clubs rekrutieren. Die Forderungen sind weitgehend der Thematik der Perestroika angepaßt: mehr Markt, mehr Demokratie und Selbstbestimmung, Menschenrechte, Umweltschutz, Lösung des Sprachproblems, restriktive Einwanderungsgesetze und wirtschaftliche Autonomie.

In einem Bericht über die Gründung der estnischen Volksfront brachte TASS ihre Charakterisierung auf folgenden griffigen Nenner: „Bürgerinitiative zur Unterstützung der Perestroika" und schrieb dazu: *„Die politischen Veränderungen haben von oben ihren Anfang genommen, und die Volksfront ist die Antwort von unten auf den Kurs der Partei."* (24) Die aktuellen Massenproteste in den baltischen Republiken gegen die Änderungen der UdSSR-Verfassung drohen dieses lockere Bündnis von Volksfront und Moskauer Perestroika-Projekt wieder zu zerbrechen.

Der bedeutendste Affront (der auch in Georgien und Armenien erheblichen Widerstand hervorrief) ist das Vorhaben, das Austrittsrecht der Republiken aus der UdSSR aus der Verfassung zu streichen. Gerade Lenin hat jahrelang mit harten Bandagen um die Anerkennung dieses Rechts gekämpft (24a).

Die Streichung dieses Rechts wäre Resultat der Angst gegenüber separatistischen Trends vor allem in Armenien und Estland (einschließlich deren KPs).

Gerade aus Estland kam in den letzten Monaten (weitgehend unterstützt von der KP) die immer lauter und prägnanter formulierte Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Autonomie, was von Moskau entschieden abgelehnt wird: unionsweite Gesetze sollen nur noch nach Verabschiedung durch den Obersten Sowjet der betreffenden Republik in Kraft treten, Naturressourcen und Produktionsmittel von Republikunternehmen in ausschließliches Republikanereigentum übergehen; eine eigene Währung, eigene Staatsbürgerschaft, internationale Vertretung und ausschließlich republikeigene Streitkräfte werden gefordert. (23)

### Das Ende des großrussischen Chauvinismus?

Unter der Käseglocke der Breschnew-Ära, die jetzt gelüftet wird, haben sich über lange Zeit Widersprüche aufgestaut, die jetzt in demokratischen Forderungen und einem manifesten Nationalbewußtsein aufbrechen. Der Widerstand gegen die bis heute praktizierte Nationalitätenpolitik hat das offizielle Bild vom harmonischen Zusammenleben der Völker der UdSSR zerstört: Von den Kämpfen der Krimtataren für die Rückkehr in ihre Heimat bis zu den Demonstrationen in Alma-Ata (Kasachstan) gegen die Ersetzung eines angeblich unfähigen Parteichefs durch einen Russen Ende 1986.

*„Wie dramatisch läßt er uns manchmal im Stich — dieser Hang zu stereotypen Phrasen ... Jahrelang wurden Phrasen über Kasachstan als ‚Laboratorium der Völkerfreundschaft' ... unermüdlich von*

Heimat bis zu den Demonstrationen in Alma-Ata (Kasachstan) gegen die Ersetzung eines angeblich unfähigen Parteichefs durch einen Russen Ende 1986.
*„Wie dramatisch läßt er uns manchmal im Stich — dieser Hang zu stereotypen Phrasen ... Jahrelang wurden Phrasen über Kasachstan als ‚Laboratorium der Völkerfreundschaft' ... unermüdlich von*

*einer Rede in die andere übernommen. Wir haben uns eingelullt im Glauben, daß eine Aussage aus eigener Kraft Realitäten schafft, wenn man sie nur lautstark proklamiert"*, schrieb TRUD am 14.1.87.

Die Ursachen der gegenwärtigen Unruhe liegen aber nicht im Schweigen der Breschnew-Ära, sondern in der Nationalitätenpolitik der Stalinzeit, die auch in den Jahren nach dem „Tauwetter" (Mitte bis Ende der 50er Jahre) nie wirklich korrigiert wurde. Daß gerade in den baltischen Republiken sich Massenbewegungen für Demokratie, Umweltschutz und Selbstbestimmung bilden, alles eingetaucht in ein überschwengliches Nationalgefühl, das hängt mit der Geschichte dieser Republiken zusammen.

Bis 1917 Teil des russischen Reiches, brachte ihnen die Oktoberrevolution und der nachfolgende Bürgerkrieg die Unabhängigkeit. In Lettland und Estland konnten Bolschewiki für kurze Zeit die Macht ergreifen. Der Einmarsch britischer Truppen machte hier der Sowjetmacht 1919/20 ein Ende. Die Sowjetregierung in Litauen hielt sich nur bis April 1919, dann wurde sie von polnischen Truppen beseitigt. (25)

Bis 1939 wurden diese Staaten von autoritär-bürgerlichen Regimes beherrscht (in der sowjetischen Geschichtsschreibung werden sie als faschistisch bezeichnet).

Die Okkupation 1940 ging mit brutalen Mitteln vonstatten: Verhaftung und Deportation Zehntausender, Unterdrückung jeder nationalen und sozialen oppositionellen Regung. Die Besetzung durch deutsche Truppen 1941 rief zwar auch Widerstand, zunächst aber vor allem Kollaboration hervor. Baltische Verbände beteiligten sich am Krieg gegen die UdSSR; Teile der Bevölkerung wirkten aktiv mit an antijüdischen Massakern; baltische SS-Formationen wurden gebildet. Diese Kolla-

Fortsetzung nächste Seite

**Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag**
Der Vertrag zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland vom 23.8.1939, unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen, sicherte die Nichteinmischung der UdSSR im

**Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag**

Der Vertrag zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland vom 23.8.1939, unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen, sicherte die Nichteinmischung der UdSSR im künftigen Krieg Deutschlands mit Polen, Großbritannien und Frankreich und betonte den Willen beider Seiten, eventuell auftretende „Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches" zu regeln.

Für die baltischen Staaten bedeutsam war das geheime Zusatzprotokoll des Vertrages, worin „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten" die Interessensphären gegeneinander abgegrenzt wurden. Weiter umriß das Protokoll den ungefähren Grenzverlauf bei der beabsichtigten Aufteilung Polens zwischen beiden Staaten. Ein zweites geheimes Zusatzprotokoll vom 28.9.39 überließ den litauischen Staat, der am 23.8. noch zur deutschen Interessensphäre gerechnet worden war, der Interessensphäre der UdSSR. Bis heute leugnet die sowjetische Regierung die Existenz dieser Protokolle.

Im Herbst 1939 wurden die baltischen Staaten von der UdSSR gezwungen, der Stationierung sowjetischer Truppen auf ihrem Territorium zuzustimmen und ein Beistandsabkommen mit der UdSSR abzuschließen. Nach einigen (möglicherweise provozierten) Zwischenfällen marschierten weitere sowjetische Truppen ein. Der Rest lief fast von selbst: die Regierungen dankten ab; die neuen, der UdSSR freundlich gesinnten Regierungen ließen sich durch „Volksabstimmungen" legitimieren (mit mehr als 90% Pro-Stimmen) und beantragten im Sommer 1940 die Aufnahme ihrer Republiken in die UdSSR, was natürlich prompt bewilligt wurde.
(Weitere Hintergrundinformationen: AK 250, S 24ff.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

boration war ein Grund für erneute Säuberungen und Deportationen nach der Rückkehr der Roten Armee 1944.

Die gegenwärtige Verklärung der Unabhängigkeitsjahre als „Zeit der heilen Welt" durch separatistische Teile der Nationalbewegungen, die durch sie produzierte Feindschaft gegen die ansässigen Russen (Zitat: „Einen Russen töten, das ist wie einen jungen Baum pflanzen") (25a) paßt in die reaktionären Traditionen der baltischen Republiken. Im Kampf gegen diese (noch wenig relevanten) Trends im Konglomerat der Nationalbewegungen hätte deren progressivster Flügel die Aufgabe, jenen durch kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Unabhängigkeit und des Faschismus 1941-1944 entgegenzutreten — auch wenn diese Perioden jahrzehntelang dafür herhalten mußten, die sowjetische Okkupation als Befreiung zu rechtfertigen.

Anders als in den übrigen Sowjetrepubliken ist die Erfahrung, Teil der UdSSR zu sein, *nur* mit der Erinnerung an den brutalen großrussischen Chauvinismus der stalinistischen Nationalitätenpolitik verknüpft. Und die unterschied sich erheblich von der Politik der noch jungen Sowjetmacht nach 1921 (Ende des Bürgerkrieges).

Deren erste Prämisse in der Nationalitätenpolitik war der Internationalismus, die Betonung der Gleichheit aller Völker der UdSSR, die vorbehaltlose Verurteilung der zaristischen Kolonialpolitik als Imperialismus, die Wertung des Widerstands der okkupierten Nationen als fortschrittlicher Akt. Es gab auch in den 20er Jahren genug praktische Beispiele, wo grob an nationale Empfindlichkeiten gerührt wurde, insbesondere in den islamischen Republiken. Aber gerade in dieser Periode zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen um kulturelle und politische Gleichberechtigung durch die Praxis der Nationalitätenpolitik; bis hin zu den Anstrengungen, jeder noch so kleinen Nationalität die Entwicklung ihrer Kultur zu ermöglichen und „Russifizierungen" jeder Art zu vermeiden. Nach 1930 begann ein anderer Wind zu wehen. Statt der Gleichheit aller Völker wurden die russische Nation, ihre Kultur und ihre Sprache in den Rang eines „Primus inter pares", die Traditionen zaristischer Kolonialpolitik in den Rang „zivilisatorischer Maßnahmen" gehoben; der Widerstand gegen die Okkupation, ein Widerstand, der auch als Teil der historischen Identität der Völker fungierte, wurde an den Rand gedrängt.

men" gehoben; der Widerstand gegen die Okkupation, ein Widerstand, der auch als Teil der historischen Identität der Völker fungierte, wurde an den Rand gedrängt.
(26)

Heute ist der Führung der KPdSU wohl klar geworden, daß das Schweigen der Breschnew-Zeit mit dem Anspruch von Glasnost kollidiert, daß Unnachgiebigkeit das ganze Perestroika-Projekt diskreditiert und die nationalistischen Stimmungen in eine Massenbewegung für nationale Unabhängigkeit umzuschlagen drohen. Ob die gegenwärtige Entwicklung — wie behauptet — mit einer Rückkehr zur leninschen Nationalitätenpolitik zu tun hat, bleibt fraglich. Diese Partei und dieser Staatsapparat haben mehr als 50 Jahre die Nationalitätenpolitik verkörpert und praktiziert, vor deren Scherben sie jetzt stehen. Trotzdem zeigen sich heute erste Tendenzen eines Kampfes, dessen Aufgaben Lenin gut ein Jahr vor seinem Tode so formulierte: *„Gen. Kamenev! Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen."* (27)

**AK/E**

**Anmerkungen**

1) „Nach fremdem „Drehbuch", in: Komsom. Prawda, 26.8.87
2) Radio Free Europe Research (RFE), 26.8.88, S. 3/Zeit, 14.10.88, S. 18
3) ebd., S. 4
4) taz, 25.8.87
5) Zeit, 7.10.88, S. 17
6) Moscow News, 31.7.88, zit. nach RFE, 30.8.88, S. 3
7) Zeit, 14.10.88, S. 18
8) RFE, 9.9.88
9) ebd.
10) ebd.
11) entfällt
12) RFE, 2.9.88, S. 3
13) taz, 10.10.88
14) Zeit, 14.10.88, S. 18/Frankf. Rundschau, 15.10.88
14a) Moskau News 12/88
15) ebd.
16) Kultur ja Elu, zit. nach: Nachrichten aus dem Baltikum116/117-1987, S. 23-28
17) ebd.
18) Monitor-Radiodienst der Dt. Welle, 26.9.88, S. 22
19) RFE, 9.9., S. 22
20) ebd., S. 23ff.
21) entfällt
22) taz, 26.8.88
23) Monitor, 13.10.88, S. 12
23a) Zeit, 25.11.88, S. 7
24) Monitor, 3.10.88, S. 15, 16
24a) LW 26, S. 162-164
25) E.H. Carr, The bolshevik revolution, t. 1, S. 317, 319
25a) Zeit, 25.11.88
26) C. Bettelheim, Les luttes de classes en URSS, III, 1, S. 241/H.-C. d'Encausse, Risse im roten Imperium, Wien/München 1979, S. 25ff.
27) LW 33, S. 358

## Angola:

# Regionale Konfliktbereinigung — ein Ende des Krieges?

**Im Zeichen des sowjetischen Neuen Denkens ist vielfach der Eindruck entstanden, als könnten auf dem Verhandlungswege und ausgerüstet mit der neuen Offenheit zum Teil jahrzehntealte Konflikte beseitigt werden. Die Frage, auf wessen Kosten solche Lösungen gehen und ob die Konflikte damit aus der Welt geschafft sind, scheint dabei nicht besonders ernst genommen zu werden. In diesem Artikel soll untersucht werden, über was derzeit zwischen Angola, Kuba und Südafrika verhandelt wird. Wie es dazu gekommen ist, und was für Perspektiven sich für Angola daraus eröffnen.**

### Was ist bisher erreicht worden?

Im Mai begannen Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika; die USA spielen Vermittler. Südafrika war durch seine militärischen Mißerfolge an den Verhandlungstisch gezwungen worden, nachdem es Anfang des Jahres erklärt hatte, nur mit der Sowjetunion direkt verhandeln zu wollen. In der im Juli verabschiedeten *Grundsatzerklärung* wurden im wesentlichen drei Punkte vereinbart:

1. Umsetzung der UN-Resolution 435 (Unabhängigkeit Namibias) von 1978 durch „freie und faire Wahlen", deren Zeitpunkt aber nicht definiert wurde.
2. Zunächst Verlegung kubanischer Truppen nach Norden, dann deren schrittweiser Totalabzug.
3. *„Nichteinmischung in interne Angelegenheiten von Staaten".* Das bedeutet nach Vereinbarungsdefinition: Respektierung von Grenzen und Souveränität, Unterlassung von Drohungen und Gewalt, sowie *„nicht zu erlauben, daß ihr Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird."*

Die USA wurden in ihrer Vermittlerrolle bestätigt, obwohl sie sofort erklärten, die „Freiheitskämpfer" der UNITA auch weiterhin zu unterstützen.

le bestätigt, obwohl sie sofort erklärten, die „Freiheitskämpfer" der UNITA auch weiterhin zu unterstützen.

Anfang August wurde eine zweite Erklärung vereinbart, die die *Grundsatzerklärung* teilweise konkretisierte:

1. Sofortiges Inkrafttreten eines Waffenstillstandes.
2. Beginn der Verwirklichung der UN-Resolution 435 (Namibia betreffend).
3. Stufenweiser völliger Abzug der kubanischen Truppen nach einem für alle Seiten akzeptablen Zeitplan.

Neuen Meldungen zufolge soll Südafrika am 22.11 einem noch geheimgehaltenen Abkommen über den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola und die Unabhängigkeit Namibias formell zugestimmt haben. Der Vertrag ist damit allerdings noch nicht perfekt, da die Frage der Durchführung und deren Überwachung noch viele Möglichkeiten des Scheiterns offen läßt.

In den bislang vereinbarten Erklärungen haben Angola und Kuba weitgehende Zugeständnisse in zwei Fragen gemacht: Erstens ist durch die Vereinbarungen eine faktische Gleichsetzung zwischen Kubanern in Angola und Südafrikanern in Namibia hergestellt worden. Zweitens war es bislang Position Angolas und Kubas gewesen, daß die kubanischen Truppen das Land nicht verlassen, bevor Südafrika und die USA ihre Hilfe für die UNITA nicht einstellen. Das Gegenteil ist der Fall, denn die USA hat die UNITA im Nachbarland Zaire für die verlorengegangenen Stützpunkte im Süden Angolas entschädigt. Der größte Stützpunkt dieser Art ist Kamina, nahe der angolanischen Grenze. Es entsteht dort ein zentrales Contra-Lager für das südliche und mittlere Afrika. Von dort wird die UNITA mit Nachschub versorgt und dort werden auch UNITA-Kräfte ausgebildet. Im Rahmen der Anstrengungen der USA, Zaire zu einem neuen Aufmarschgebiet zu machen, fanden bereits gemeinsame Militärmanöver der USA und Zaires statt.

Ein weiterer Schwachpunkt der Erklärungen ist die Tatsache, daß Südafrikas Rückzug aus Angola und Namibia nicht festgeschrieben wurde, wohl aber der Rückzug der Kubaner. Der Rückzug Südafrikas aus Angola ist zwar Ende August erfolgt, hatte allerdings eindeutig militärische Gründe. Das gilt in der Form nicht für Namibia; dort ist Südafrika noch nicht *gezwungen*, das Feld zu räumen. Namibia wird also vorerst im Destabilisierungskalkül Südafrikas weiter eine Rolle spielen.

Die bislang getroffenen Vereinbarungen bedeuten keineswegs das Ende der Kampfhandlungen in Angola. Die UNITA kontrolliert noch immer weite Teile im Südosten des Landes; dazu kommen die neuen Stützpunkte und Nachschubwege über Zaire und nicht zuletzt die Unterstützung der UNITA durch Südafrika und deren eigene Aktivitäten von Namibia aus.


Südafrikanische Truppen beim Rückzug aus Angola

### Auswirkungen für ANC und SWAPO

Für den ANC wird sich eine Einigung zwischen Angola und Südafrika wahrscheinlich negativ auswirken. Südafrika drängt auf die Schließung der ANC-Ausbildungslager auf angolanischem Boden. Für den Fall eines Abkommens wird Südafrika Garantien von Angola verlangen. Der ANC weist im Hinblick auf solche Vereinbarungen darauf hin, daß Südafrika in der Vergangenheit noch keinen einzigen Vertrag, den es mit den Frontstaaten geschlossen hatte, gehalten hat. Für die SWAPO gilt, daß sie bislang an keinen Verhandlungen beteiligt war. Sie käme erst zum Zuge, wenn Südafrika „freie und faire" Wahlen zuließe. An der Namibia-Frage kann ohnehin der Verhandlungsweg noch platzen.

### Verhandlungen waren militärisch erzwungen

Die militärische Niederlage Südafrikas in den südlichen Provinzen Angolas vom März und April dieses Jahres war von entscheidender Bedeutung für seine Bereitschaft, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. Vor der Niederlage hatte es Südafrika kategorisch abgelehnt, sich mit Angola und Kuba an einen Tisch zu setzen. Südafrika war in den letzten Jahren immer häufiger gezwungen, zugunsten der UNITA direkt militärisch zu intervenieren. Mitte 1987 begann Angola eine Offensive gegen die UNITA im Südosten des Landes. Im September geriet UNITA bei Navinga in große Bedrängnis. Ziel der Regierungstruppen war die Einnahme des UNITA-Hauptquartiers in Jamba.

bei Navinga in große Bedrängnis. Ziel der Regierungstruppen war die Einnahme des UNITA-Hauptquartiers in Jamba.
Die Offensive konnte im Verbund von südafrikanischen-namibischen und UNITA-Truppen gestoppt werden, doch im Unterschied zur Vergangenheit wurde die südafrikanische Präsenz nicht geheimgehalten. Südafrika habe vor der Alternative gestanden, „die Niederlage der UNITA zu akzeptieren oder die russische Aggression zum Halten zu bringen." (Verteidigungsminister Malan).

Die Präsenz ließ sich einerseits durch die zahlreichen südafrikanischen Opfer nicht mehr geheimhalten; andererseits nahm die Unruhe in den namibischen Truppenteilen aufgrund der außerordentlich hohen Verluste zu, und es gab Fälle von Meuterei. Aus dieser Ausgangssituation entwickelte sich die bisher schwerste Niederlage Pretorias im angolanischen Konflikt. Im Oktober 87 griffen 9.000 südafrikanische und gleichviel UNITA-Truppen die Stadt Cuito-Cuanavale an. Bei ihrem Angriff wurden 150 Panzer, schwere Artillerie und Bombenflugzeuge eingesetzt.

Dezember 87: Die Regierungstruppen hielten sich, doch ihre Lage wurde immer bedrohlicher. Der Belagerungsring wurde immer enger, so daß der Nachschub gefährdet war. In dieser Situation griffen die Kubaner in die Kämpfe ein. Im Januar wurden per Luftbrücke 10.000 Mann Infanterie, Geschütz- und Panzerverbände eingeflogen. Die kubanische Luftwaffe griff verstärkt ein. Der Einsatz der Kubaner brachte die Wende. Mit Hilfe von neuen sowjetischen Flugzeugen gegenüber älteren Mirage-Bombern der Südafrikaner wurde die Luftüberlegenheit erobert.

März 88: Der Belagerungsring konnte gesprengt werden, die südafrikanische Truppen zogen sich überstürzt zurück. Bei diesen Kämpfen verloren die Südafrikaner etwa 300 Mann.

April 88: Die angolanisch-kubanischen Verbände, unterstützt von SWAPO-Einheiten, befreiten große Teile Südangolas und stießen bis an die namibische Grenze vor. Dieses Gebiet war jahrelang von UNITA- und südafrikanischen Truppen kontrolliert worden.

Juni-Juli 88: Die Südafrikaner versuchten wiederholt Gegenschläge, doch werden sie bei den Versuchen, Brückenköpfe zu errichten, schwer geschlagen. Nach Einnahme des südlichen Angolas wurden Verteidigungsanlagen ausgebaut. Im Juli waren bereits zwei 3,5 km lange Landebahnen erstellt. Diese neuen Stützpunkte weit im Süden der ursprünglichen Verteidigungslinie schwächten die Position Südafrikas in jeder Hinsicht. Pretoria verzichtete auf die Verhandlungsteilnahme der UNITA. Im August wurde schließlich der vollständige südafrikanische Truppenabzug und ein Waffenstillstand vereinbart.

Die Chronologie der militärischen Auseinandersetzungen belegt eindeutig, daß Südafrika in erster Linie auf militärischem Feld geschlagen wurde und nicht durch die „Entschärfung eines Regionalkonfliktes" mittels Verhandlungen. Nicht Entschärfung, sondern Zuspitzung der Auseinandersetzung hat Angola vorläufig von der direkten militärischen Anwesenheit Südafrikas befreit.

### In die Arme des Imperialismus getrieben?

In die Arme des Imperialismus getrieben?

Nach dem Befreiungskrieg konnte die MPLA nur die Ruinen einer ohnehin rückständigen Kolonialwirtschaft übernehmen. Das Handelssystem war weitgehend zerstört, das Transportwesen zusammengebrochen, und die Industrie stand still. Die nationale Intelligenz war von der Kolonialmacht Portugal kaum in die Wirtschaft integriert worden; die meisten weißen Fachkräfte flohen nach der Unabhängigkeit. 1975 gab es ca. 88 % Analphabeten. (Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt aus J. Becker: Angola, Mosambik und Zimbabwe im Visier Südafrikas) Das Bruttoinlandsprodukt war 1976 auf dem Tiefstand von real 53 % des Wertes von 1974 gesunken. 1980 wurden erst wieder 60 % des Wertes von 1974 erreicht. In der Landwirtschaft wurden 1979 erst 12 % des eigenen Nahrungsmittelbedarfs erreicht. Der hohe Devisenbedarf für die notwendigen Importe konnte durch die Ölexporte finanziert werden. Öl war der einzige wirkliche Aktivposten der angolanischen Wirtschaft; es verschaffte dem Land trotz der ansonsten äußerst prekären Wirtschaftslage einen beträchtlichen außenwirtschaftlichen Spielraum.

1981 gab es einen tiefen Einschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung; von diesem Zeitpunkt an setzte ein dauerhafter Verfall des Ölpreises ein. Der Ölpreis fiel, deshalb mußte die Produktion gesteigert werden. Diese Steigerung konnte allerdings nur mit Hilfe vor allem US-amerikanischer Investitionen erreicht werden. Der Durchschnittspreis für ein Barrel Öl sank von 35,38 US-Dollar in 1981 auf 17,73 US-Dollar in 1987. Die übrigen Bereiche der Wirtschaft hatten sich nach der Revolution nur sehr schwach entwickelt. Mit einem Exportanteil von 2,6 % war Kaffee 1985 das zweitwichtigste Produkt; 1974 hatte sein Exportanteil noch 20,2 % betragen. Drittwichtigstes Exportprodukt waren 1985 Diamanten, mit einem Anteil von 1,6 % — im Vergleich zu 8 % 1974.

Das Jahr 1981 bedeutete nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht eine Zäsur, sondern auch in der Kriegsfrage. Südafrika eskalierte — ermuntert durch Reagans Amtsantritt — seine Aggressionen gegen Angola. Die Wirtschaftsentwicklung ist seit 1981 völlig durch den aufgezwungenen Krieg geprägt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen fanden nach einer Prioritätensetzung zugunsten der Verteidigung statt. Die Militärausgaben stiegen steil an und machten 1985 38 % des Haushalts aus. Die Importe in dem Jahr bestanden zu 53 % aus Militärausrüstung. Durch die südafrikanischen Aggressionen wurden beträchtliche Teile der mühsam aufgebauten Infrastruktur erneut zerstört. Die angolanische Regierung schätzte allein die Kriegsschäden der 75-76 auf 6,7 Milliarden US-Dollar. Die Auswirkungen des Krieges machen sich in allen Bereichen, besonders aber auf dem Land bemerkbar. Die Landwirtschaft hat sich praktisch bis heute nicht erholt. Die Kaffeeproduktion ist auf einen Bruchteil zusammengeschmolzen, und die Diamantenproduktion ist 1986 durch einen schweren UNITA-Angriff fast vollständig zum Erliegen gekommen. Am tiefsten ist die Krise in der Landwirtschaft. Der Hauptgrund der Schwierigkeiten liegt sowohl auf dem Gebiet der Produktion, wie der

Erliegen gekommen. Am tiefsten ist die Krise in der Landwirtschaft. Der Hauptgrund der Schwierigkeiten liegt sowohl auf dem Gebiet der Produktion, wie der
Vermarktung im Kriegszustand und in der Landflucht beträchtlicher Teile der verunsicherten Bevölkerung. Darüber hinaus liegt es aber auch an der Desorganisation der meisten staatlichen Agrarbetriebe. Der größte Teil der Landwirtschaft wurde verstaatlicht.

1986 fielen die Exporterlöse, trotz einer Steigerung der Ölförderung um 14 %, so daß Angola mit der Rückzahlung der Auslandsschuld bis zum Ende des Jahres in Verzug geriet. Gleichzeitig wurden zu dem Zeitpunkt viele Kredite der für Ende 86 mit 3,83 Mrd. Dollar angegebenen Auslandsschuld fällig.

Mit der Sowjetunion als dem größten Kreditgeber kam es zu einer Umschuldung, doch mit dem Westen gab es kein Übereinkommen in der Schuldenfrage. Unter dem Druck der westlichen Gläubiger beantragte Angola im Oktober 1987 die Aufnahme in den IWF. Über die Aufnahme ist bis heute noch nicht entschieden. Die MPLA-Regierung hat allerdings ihren eigenen, 1988-90 laufenden Plan zur wirtschaftlich-finanziellen Sanierung beschlossen. Kernpunkt diese Programmes sind die Reprivatisierung eines Teils der Industrie, des Handels und großer Teile der Landwirtschaft. Darüber hinaus soll das Land verstärkt für Auslandsinvestitionen geöffnet werden.

Die westlichen Gläubigerländer üben schon vor dem Beitritt Angolas zum IWF einen starken Druck in Richtung privatkapitalistischer Elemente aus.

Eine mögliche Alternative zu dieser Abhängigkeit gibt es für Länder wie Angola, Mosambik oder auch Äthiopien nicht. Diese Länder haben zwar wichtige Verbindungen zum RGW, können aber keine Vollmitglieder mehr werden. Im Falle Mosambiks und Äthiopiens gab es 1985 einstimmige Ablehnungen von Seiten des RGW.

**Offen geblieben in diesem Artikel ist die subjektive Seite der angolanischen Politik, z.B.: Was hat die MPLA für eine Politik in der Bauernfrage, oder aber in der Frage der nationalen Minderheiten betrieben? Die UNITA hat ja nicht ausschließlich von Südafrika und den USA existiert, sondern konnte sich auf den Tribalismus stützen. Nicht zuletzt wäre zu untersuchen, mit was für einem Sozialismusbergriff die MPLA angetreten ist, und wie sich das auf die Politik der nachrevolutionären Phase ausgewirkt hat.**

Ky

# Vom Protest zum Bürgerkrieg

## 20 Jahre Bürgerrechtsbewegung in Nordirland

*Im Herbst 1968 rieb sich der bundesdeutsche Fernsehzuschauer erstaunt die Äuglein: Auf seinem Bildschirm marschierten Demonstranten, die nicht den Vietcong hochleben ließen und das kapitalistische System zu stürzen gedachten, sondern simple wie für selbstverständlich erachtete Bürgerrechte einklagten. Die Existenz einer schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA war ihm bereits geläufig, aber diese Neger waren weiß und lebten in Westeuropa, genauer: in Nordirland, dem Vereinigten Königreich zugehörig. Des weiteren konnte er erfahren, daß es sich bei den Bürgerrechtlern überwiegend um Katholiken handele, während die Polizisten, die auf sie eindroschen, Protestanten seien. Dies verstärkte nur seinen Eindruck, daß hier irgendetwas nicht in Ordnung sei. Bürgerliche Demokratie galt ihm in Westeuropa — zumal im sogenannten „Mutterland der Demokratie" (was eben nicht stimmt; vielmehr muß es heißen „... des Parlamentarismus") — als längst verwirklicht. Und Religionskriege gehörten ohnehin der Vergangenheit an.*



### Der nordirische Staat und die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung

Die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung klangen tatsächlich so selbstverständlich, daß nahezu jeder, der 1968 auf die Straße ging, annahm, sie würden alsbald verwirklicht. Kaum jemand, viele der späteren Aktivisten der Provisional IRA eingeschlossen, ahnte, was er mit dem öffentlichen Postulieren dieser Forderungen auslösen würde und daß er mit diesen die britische Souveränität über Nordirland herausfordern und die nordirische Staatsräson hinterfragen würde. Noch heute schütteln viele Katholiken über ihre damalige Naivität den Kopf.

Die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung lauteten wie folgt:

1. Abschaffung des Mehrfachwahlrechts und Beendigung der manipulativen Ziehung von Wahlkreisgrenzen. Bis 1969 (wohlgemerkt: 1969 und nicht 1669!) war bei nordirischen Kommunalwahlen nur wahlberechtigt, wer Steuerzahler war und über Hausbesitz verfügte. Geschäftsleute besaßen gar bis zu sechs Stimmen. Dieses Wahlrecht bevorteilte die sozial besser gestellte protestantische Bevölkerungsgruppe, die sich gegenüber der britischen Herrschaft loyal verhielt. In Belfast bedeutete dieses Wahlrecht, daß ca. 10.000 junge katholische Ehepaare vom Urnengang ausgeschlossen blieben, da sie — aus finanziellen Gründen — noch bei ihren Eltern herbergten. In Städten, wo Katholiken/Nationalisten die Bevölkerungsmehrheit stellte, kamen durch die manipulative Ziehung von Wahlkreisgrenzen trotzdem protestantische Stadtratsmehrheiten zustande („Gerrymandering"). Das Paradebeispiel für diese Politik war die zweitgrößte nordirische Stadt Derry (Loyalisten sprechen von Londonderry), wo eine katholische Mehrheit von 2:1 existierte. Die Katholiken konzentrierten sich vorwiegend im Süden der Stadt, wo sie eine 9:1-Mehrheit bildeten. Ergo wurde dieses Gebiet von den restlichen Stadtteilen abgekoppelt, um ihm acht Abgeordnete zu gewähren. Im Norden der Stadt und im Waterside-Gebiet existierten knappere protestantische Mehrheiten von 61:39 bzw. 67:33. Diesen Gebieten, die als zwei Wahlkreise betrachtet wurden, gestattete man insgesamt zwölf Abgeordnete, so daß im Stadtrat eine loyalistische/protestantische Mehrheit von 12:8 herrschte. In der Grafschaft Fermanagh, wo sich das Verhältnis Katholiken zu Protestanten 53:47 gestaltete, hatte die Wahlkreismanipulation zur Folge, daß 36 Protestanten/Loyalisten und 17 Katholiken/Nationalisten gewählt wurden.

2. Abschaffung des Special Power Act, einem Notstandsgesetz, mit dem Nordirland seit seiner Gründung regiert wurde. Das Gesetz verlieh den protestantischen Polizeikräften ungemeine Macht wie etwa die Verhaftung von „Staatsfeinden" ohne Haftbefehl, die Durchsuchung von Häusern ohne Durchsuchungsbefehl etc. Das Special Power Act beinhaltete desweiteren die Möglichkeit der Internierung, die 1920-21, 1922-24, 1938-45, 1956-61, 1969 und 1971-75 angewandt wurde.

3. Faire Vergabe von kommunalen Wohnungen und Häusern und Beendigung der Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen. Über die von ihnen dominierten kommunalen Verwaltungen sorgten die Protestanten dafür, daß Mitglieder ihrer Bevölkerungsgruppe bei der Belegung freien Wohnraumes bevorzugt wurden, obgleich die Wohnungsnot der Katholiken weitaus größer ausfiel. In gleicher Weise wurde bei der Vergabe von Arbeitsplätzen verfahren. Bei Harland & Wolff, dem damals größten industriellen Arbeitgeber Nordirlands, waren 1970 nur 400 der 10.000 Beschäftigten Katholiken. In der Grafschaft Fermanagh, wo Katholiken die Bevölkerungsmehrheit stellten, beschäftigte der Country Council 338 Protestanten und 32 Katholiken. Von den 319 Verwaltungsposten, die die nordirische Regierung zu vergeben hatte, wurden lediglich 23 von Katholiken besetzt etc. Die soziale Diskriminierung verfolgte zwei Absichten: Zum einen sollte die Bevorteilung von Protestanten deren Loyalität gegenüber der eigenen herrschenden Klasse wie gegenüber der britischen Krone garantieren. Zum zweiten galt es, auf diese Weise die katholische Emigrationsrate auf hohem Niveau zu halten, um so deren höhere Geburtenrate zu neutralisieren und die deutliche protestantische Mehrheit zu bewahren.

4. Auflösung der „B-Specials". Die „B-Specials" waren eine Hilfstruppe der Polizei, die mehr einer militanten protestantischen Miliz entsprach. Eine „normale" Polizei, die sich Protestanten und Katholiken gleichermaßen verpflichtet fühlt und ihre Aufgabe ausschließlich in dem Schutz des Individuums und seines Eigentums betrachtet, hat in der Geschichte des nordirischen Staates nie existiert. Die Polizei war stets hochgradig politisiert und eher paramilitärischen Charakters. Den Kern der späteren Royal Ulster Constabulary (RUC) bildete bei Gründung des nordirischen Staates die Ulster Volunteer Force (UVF), eine der frühesten faschistischen Organisationen Europas. Man ging (und geht) in Nordirland zur Polizei, um den nordirischen Staat als Protestant State gegenüber „disloyalen Elementen" zu verteidigen. Dem entsprach (und entspricht), daß die RUC-Mitgliedschaft oftmals innerhalb von protestantischen/loyalistischen Familien weiter vererbt wurde (und wird).

### Die Rolle der Briten

Die britische Regierung störte der anachronistische und zutiefst antidemokratische Charakter Nordirlands so lange nicht, wie die protestantischen Statthalter für die Stabilität britischer Herrschaft garantieren konnten. Als London 1969 militärisch intervenierte, geschah dies nicht, um der bedrängten Minderheit zur Hilfe zu eilen, sondern weil die Streitkräfte der protestantischen Statthalter nicht dazu in der Lage waren, der Rebellion der Katholiken Einhalt zu gebieten. Schon bald versuchten die britischen Truppen, die Minderheit einseitig zu entwaffnen. Im August 1971 wurde die Internierung eingeführt, die einseitig auf Republikaner angewandt wurde. Einige Monate später, Ende Januar 1972, ereignete sich der sogenannte „bloody sunday" von Derry, an dem britische Soldaten 14 unbewaffnete katholische Zivilisten ermordeten. Der „bloody sunday" war keineswegs ein Unfall, sondern — wie sich später herausstellte — eine bewußt geplante Operation, die der Einschüchterung der Minderheit und der Vertreibung der Bürgerrechtsbewegung von den Straßen Nordirlands galt. Die Bürgerrechtsbewegung wurde zu einem internationalen Ärgernis für die britische Regierung, nachdem immer deutlicher wurde, daß sie genausowenig bereit und in der Lage war, den nordirischen Staat in substantieller Weise zu reformieren, wie ihr protestantisches/loyalistisches Klientel.

Es waren die Briten, die einen Kampf für demokratische Rechte zu einem Kampf um nationale und soziale Befreiung transformierten. Die Bürgerrechtsbewegung, die 1968 die Straße betrat, war an irischer Unabhängigkeit und Einheit zunächst nicht interessiert. Vielmehr trachtete man danach, in dem Sinne „britischer" zu werden, daß man die Gleichstellung mit den anderen Bürgern im Vereinigten Königreich einklagte. Die „irische Frage" schien „gegessen" zu sein, die innerirische Grenze war kein Thema, und als während einer Bürgerrechtsdemonstration ein Teilnehmer die irische Trikolore entrollte, erntete er von seiner Umgebung lediglich Gelächter. Die angestrebte Demokratisierung der Verhältnisse sollte bei Beibehaltung des nordirischen Separatstaates und innerhalb des Vereinigten Königreichs erfolgen. Vergessen war, daß der nordirische Staat zu dem Zwecke gegründet wurde, einen britischen Brückenkopf auf der irischen Insel zu behalten, und daß die Ziehung seiner Grenze von dem Kalkül bestimmt wurde, eine künstliche protestantische Mehrheit zu schaffen, deren probritische Loyalität wiederum durch Sektierertum zu garantieren war. So mußte jeder Anspruch, die katholische Minderheit mit der protestantischen Mehrheit gleichzustellen, an der Begründung dieses Staates rütteln. Zudem waren die Briten auch gar nicht in der Lage, die katholische Minderheit politisch wie materiell zu integrieren und zugleich das traditionelle Klientel weiter auszuhalten. Im Gegenteil: Die vermeidbare Verschlechterung der materiellen Situation von Teilen der protestantischen Gesellschaft mußte mit einer noch drastischeren Verschlechterung der Lage der Katholiken einhergehen, um so eine soziale Kluft zu konservieren, die eine Fortsetzung der Loyalität garantierte. Denn der Loyalismus basierte nicht auf einer angeblichen britischen Identität der nordirischen Protestanten, sondern auf der Deckung protestantischer Vorherrschaft durch das britische Establishment.

Spätestens nach dem „bloody sunday" dämmerte es den Katholiken, daß es für sie unter britischer Herrschaft keine Demokratie geben würde und der nordirische Staat mit seiner künstlichen protestantischen Mehrheit und seinem eingebauten Sektierertum unreformierbar war. Ein nordirischer Staat, der die vollständige politische und soziale Gleichstellung der Katholiken betreibt, würde sich selbst überwinden. Jede Begründung für die innerirische Grenze würde entfallen.

### Mythen und Wahrheiten

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der bundesdeutschen und der nordirischen 68er Bewegung bestand in deren jeweiligem sozialen Charakter. Auch in Nordirland spielten Studenten zunächst eine bedeutende und avantgardistische Rolle, namentlich die Peoples Democracy, eine offene sozialistische Formation, die von Kommilitonen der Belfaster Queens University gegründet wurde. Die mutigen Provokationen von Peoples Democracy nötigten die britische Regierung, den nordirischen Staat und die vorgeblichen unionistischen „Reformer" zum Offenbarungseid, den die reputierlichen Repräsentanten der katholischen Mittelklasse partout zu vermeiden trachteten. Doch schon bald sollte sich die Auseinandersetzung auf die urbanen katholischen Arbeiterviertel konzentrieren.

Die Bürgerrechtsbewegung wurde in der Vergangenheit oftmals als Ausdruck einer aufstrebenden und expandierenden katholischen Mittelklasse betrachtet, die nun eine ihrem sozialen und ökonomischen Status entsprechende Beteiligung am politischen Leben einklagte. Diese Sichtweise läßt sich statistisch kaum belegen. Im Gegenteil: Der nordirische Zensus von 1971 zählte lediglich 2.721 Katholiken als Angehörige der sozialen Kategorien A und B. Die Ausweitung der katholischen Mittelklassen erfolgte erst in den 70er Jahren und war dann nicht zuletzt einer gezielten britischen Integrations- und Spaltungspolitik geschuldet (s.u.).

Die Bürgerrechtsbewegung reflektierte vielmehr die Erwartungen der gesamten katholischen/nationalistischen Bevölkerung gegenüber einem britischen Staat, dessen Rolle im ökonomischen und sozialen Leben erheblich zugenommen hatte. Die sozialstaatlichen Reformen, die in Großbritannien unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg eingeführt wurden, kamen mit zeitlicher Verzögerung auch in

Fortsetzung nächste Seite

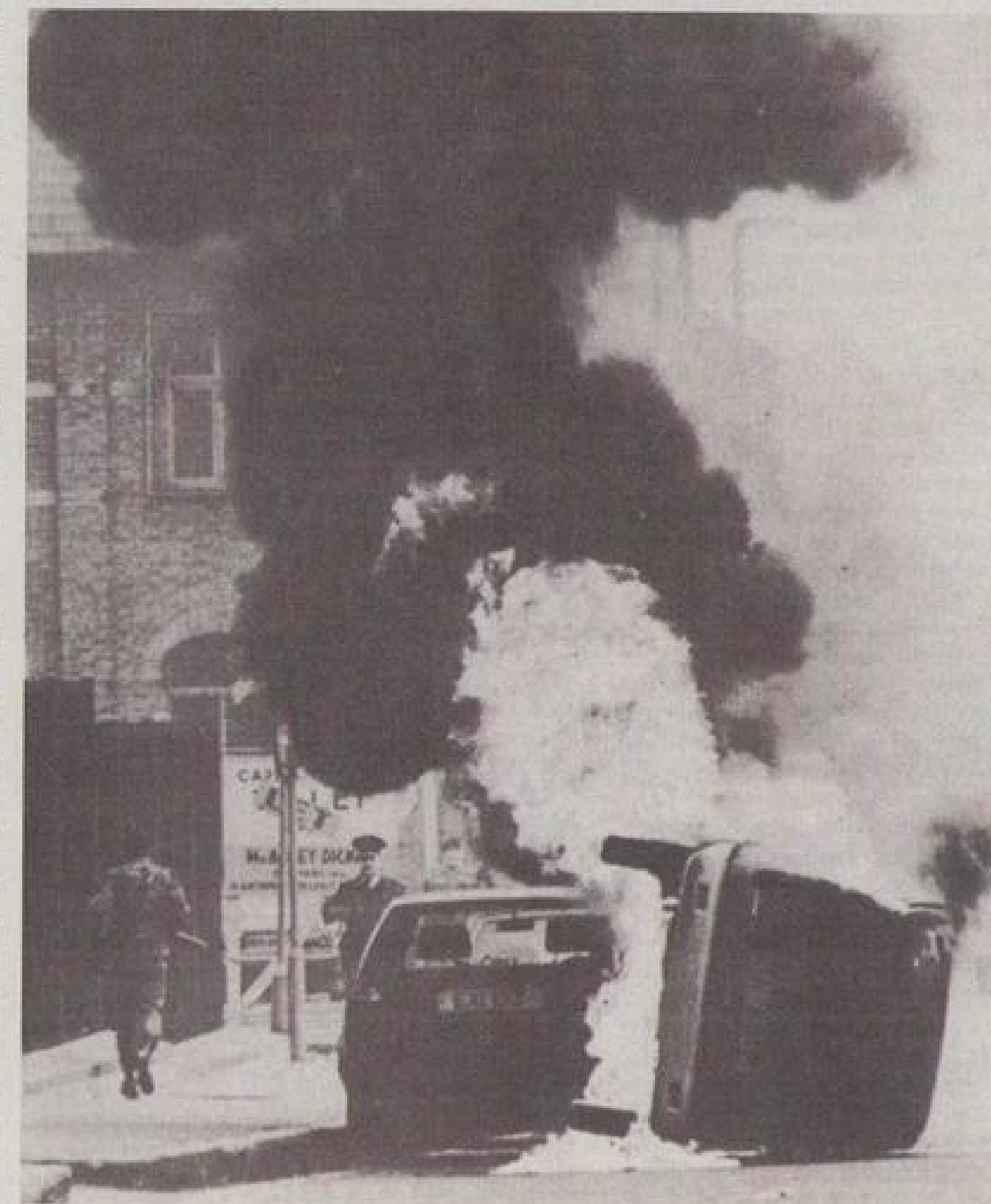
*„Diejenigen, die am 5. Oktober 1968 in Derry marschierten, unterzogen den Staat einem simplen und grundlegenden Test. Aber dieser Staat versagte, und dieser Staat hat immer in diesem Test versagt, seitdem er existiert.*

*Einige Leute, die vor 20 Jahren nicht dabei waren, fragten uns, ob unser Anliegen die folgenden Unruhen wert gewesen wären, als ob wir uns schuldig für das zu fühlen hätten, was sich seither ereignete. Was hätten wir getan? Wir fragten nach Häusern, wir fragten nach dem allgemeinen Wahlrecht, wir fragten nach einem Ende der repressiven Gesetzgebung, wir fragten nach Arbeit. Das war alles, wonach wir fragten, und wir sind heute hier, um nach den gleichen Dingen zu fragen. Mit dem Unterschied: Wir wollen Jobs, wir wollen Häuser, und wir wollen Bürgerrechte. Und wir wollen nach 20 Jahren auch unser Land zurück.*

*20 Jahre sind 20 Jahre zuviel. Es ist Zeit, daß sie uns verlassen. Aber sie werden uns nicht verlassen, wenn wir sie nicht dazu zwingen. Wir wollen diesen Krieg nicht, wir wollen keine Fortsetzung dieses Konfliktes, wir wollen nicht weiter den Beerdigungen unserer Genossen und Nachbarn folgen, und wir wollen auch nicht länger sehen, wie die Familien unserer Feinde deren Beerdigungen folgen. Aber die Wahl liegt bei ihnen.*

*Wir haben nirgendwo hinzugehen als vorwärts. Sie haben nirgendwo hinzugehen als nach Hause."*

Gerry Adams, Derry, Oktober 1988



Fortsetzung von vorheriger Seite

Nordirland zur Anwendung. Entgegen der Erwartungen der Minderheit, änderte die größere Rolle des Staates jedoch nichts am sektiererischen Charakter der nordirischen Realität. Zwar erfuhr die private Atmosphäre des protestantischen/unionistischen Sektierertums eine gewisse Auflösung, nicht zuletzt bedingt durch den Niedergang der traditionellen unionistischen Industrien und dem Eindringen internationaler Investoren, doch wurde der sektiererische Charakter auf höherer Ebene reproduziert, indem Sektierertum und Staatsinterventionismus eine Allianz eingingen. Der Staat beschloß den Aufbau eines zweiten ökonomischen Zentrums in der Provinz, doch anstatt das mehrheitlich katholische Derry, die nach Belfast zweitgrößte Stadt, mit entsprechenden Mitteln auszustatten, wurde zwischen den beiden mehrheitlich protestantischen Städten Portadown und Lurgan eine neue Stadt gegründet, mit dem Namen Craigavon. Auch die zweite Universität des Landes wurde nicht in Derry eröffnet, sondern in der protestantischen Kleinstadt Coleraine. Und die internationalen Investoren ließen sich nicht im strukturell unterentwickelten und mehrheitlich katholischen Westen Nordirlands nieder, sondern im mehrheitlich protestantischen Raum Belfast, der schon immer das ökonomische und industrielle Zentrum der Provinz war.

Auch die Bedeutung der eher moderaten Führung der Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) ist immer wieder überschätzt worden. Tatsächlich spielte die NICRA-Führung bei der Planung und Durchführung der bedeutendsten Märsche lediglich eine untergeordnete Rolle. Bei der Demonstration vom 5. Oktober 1968, die das internationale Medieninteresse für Nordirland weckte, war NICRA überhaupt nicht präsent. Die Initiatoren waren linke Aktivisten des Derry Housing Action Committee. Gleiches gilt auch für den großen Bürgerrechtsmarsch vom 16. November 1968, der vom Derry Citizens Action Committee organisiert wurde. Im Dezember rief die NICRA-Führung zu einem zeitlich limitierten Verzicht von Demonstrationen auf, aber der folgende Monat wurde mit 14 Märschen zum geschäftigsten der Bewegung. In diesem Monat ereignete sich auch der Angriff von Polizisten und militanten Loyalisten auf einen Peoples Democracy-Marsch bei Burntollet, ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der Auseinandersetzung. Die Verbindungen zwischen der NICRA-Führung und den lokalen Komitees waren in Wahrheit äußerst lose. Die NICRA-Führung hatte auf die Politik der lokalen Komitees, in denen das radikale und Unterklassenelement weit stärker vertreten war, kaum Einfluß.

weit stärker vertreten war, kaum Einfluß.

Zu den Mythen über die Bürgerrechtsbewegung zählt desweiteren die Rolle von Protestanten im Kampf um demokratische Reformen. Von ihrem Anspruch her war die Bürgerrechtsbewegung eine klar antisektiererische Angelegenheit, was dennoch nicht zur Folge hatte, daß die Protestanten sich in Massen ihr zuwandten. Die wenigen Protestanten, die sich in der Bewegung engagierten, wurden dort in ähnlicher Weise behandelt, wie CDU-Konvertiten durch die bundesdeutsche Friedensbewegung der 80er Jahre. Gerade weil es nur so wenige Protestanten waren, neigte man dazu, ihre Bedeutung völlig zu überhöhen. Die Realität wird schon eher durch eine Umfrage aus dieser Zeit wiedergegeben, die besagt, daß 69% der nordirischen Protestanten gegen ein gesetzliches Verbot der Diskriminierung waren.

Die Beschäftigung mit den Mythen ist deshalb von Bedeutung, weil in der bürgerlichen Betrachtung der vergangenen 20 Jahre — wie sie von der SDLP (Sozialdemokratische Partei) gefüttert und zugleich rezipiert wird — immer wieder zu lesen ist, die Bürgerrechtsbewegung habe als gewaltfreie und überkonfessionelle Bewegung begonnen, sei dann jedoch von der IRA übernommen worden, die diese dann in ein sektiererisches und gewalttätiges Fahrwasser geführt habe. Diese Behauptung ist allein schon deshalb falsch, weil das, was die Bürgerrechtsbewegung seinerzeit an Basis war, sich heute viel eher bei Sinn Fein und der IRA wiederfindet, als bei der SDLP. Und es waren die nordirische Polizei und die britische Armee, die die gewaltsame Eskalation betrieben. Der Aufstieg der Provisional IRA erfolgte, nachdem deutlich wurde, daß der britische Staat nicht dazu bereit war, für die physische Unversehrtheit der katholischen/nationalistischen Minderheit zu garantieren, sondern das Eintreffen der Armee deren Unsicherheit vielmehr noch verstärkte.

Daß auch noch die wenigen „Vorzeigeprotestanten" der Bewegung den Rücken zukehrten, hatte die folgenden Gründe: Zum einen hatte ihr Engagement für die Bürgerrechtsbewegung in der Regel kaum Einfluß auf ihre unionistische Position. Die Bewegung entwickelte sich jedoch von einer konstitutionellen, die eine Demokratisierung der Verhältnisse bei Beibehaltung des nordirischen Staates und dessen Einbindung in das Vereinigte Königreich anvisierte, zu einer nationalistischen und den gesamten Status Quo zur Disposition stellenden, als dieser Staat und die britische Regierung sich nicht dazu in der Lage und bereit zeigten, ihren Forderungen nachzugeben. Dies war nur logisch, und der Charakter britischer Herrschaft kann der Bewegung kaum zum Vorwurf gemacht werden. Zum anderen sahen sie sich der loyalistischen Reaktion ausgesetzt, die die Trennlinien innerhalb der nordirischen Gesellschaft wieder entlang der Konfessionszugehörigkeit wie der Frage Unionismus/Loyalismus versus Nationalismus zog. Die Rebellion bigotter Loyalistenführer wie Ian Paisley war keineswegs eine Antwort auf die Politik der IRA. Paisley betrat bereits die Bühne, als die Bürgerrechtsbewegung noch eine konstitutionelle Orientierung verfolgte und von der IRA weit und breit nichts zu sehen war. Paisley erfand seinerzeit eine IRA-Verschwörung, indem er die UVF dazu animierte, Bomben zu legen, die dann der republikanischen Guerilla in die Schuhe geschoben wurden. Auf diese Weise sollten liberalere und konzessionsbereitere Elemente im protestantischen/unionistischen Lager unter Druck gesetzt und eine Infizierung der „protestantischen Volksgemeinschaft" mit dem Anliegen der Bürgerrechtler verhindert werden. In mancherlei Hinsicht war die Situation im Nordirland der späten 60er Jahre der heutigen Situation in Südafrika gleich: Eine Regierung versucht den Protest der ausgesperrten Bevölkerungsgruppe zu kontrollieren, indem sie einige moderatere, liberalere und integrationistischere Töne anschlägt, die sie von den krudesten Formen des sektiererischen Apartheidsdenken absetzt, ohne jedoch an den Grundfesten des Systems zu rütteln. Dennoch provoziert dies den Widerstand von Teilen der eigenen Bevölkerungsgruppe, die bereits von den minimalsten Zugeständnissen eine Aufweichung der eigenen „Volksgemeinschaft" und eine Relativierung der sektiererischen — d.h. rassischen bzw. konfessionellen — Schranken befürchten. Auf der anderen Seite ist die Regierung nicht dazu in der Lage, der Rebellion der unterdrückten Bevölkerungsgruppe Einhalt zu gebieten, da sie die Grundstruktur der Apartheid untangiert läßt und untangiert lassen muß, da ihre Auflösung der Überwerfung des gesamten existierenden Herrschaftssystems gleichkäme. In Nordirland tummelten sich dazwischen noch einige liberal-unionistische Elemente, die den notwendigen Zusammenhang zwischen britischer Herrschaft und Apartheid in Nordirland nicht akzeptieren konnten und von daher — als die Situation eskalierte und an die Grenzfrage herankam — „zwischen allen Stühlen" saßen. Die heutige Position dieser Elemente gegenüber der katholischen/nationalistischen Minderheit, die später in der Alliance Party ihre politische Formation fanden, läßt sich als eine „arrogante Gönnerhaftigkeit" beschreiben.

Bezeichnenderweise ist die Alliance Party, die enge Beziehungen zur rechtsliberalen SDP von David Owen in Großbritannien pflegt, das liberalste, was man im protestantischen/unionistischen Lager Nordirlands heute antrifft. Zugleich ist die Alliance Party ungleich schwächer als die anderen beiden Parteien der Protestanten/Unionisten, bei denen es sich um die rechtskonservative Official Unionist Party (OUP) und die rechtsradikale Democratic Unionist Party (DUP) handelt.

Auch ist der Bürgerrechtsbewegung — und schon gar nicht ihrem radikalsozialistischen Flügel um Aktivisten wie die legendäre Bernadette Devlin-McAliskey — nicht vorzuwerfen, sie habe sich nicht genügend um die protestantische Arbeiterklasse gekümmert. Im Gegenteil: Im nachhinein müssen viele der Bemühungen, die in deren Richtung unternommen wurden, als geradezu naiv bezeichnet werden. Kaum eine Gelegenheit wurde ausgelassen, um die protestantischen Unterklassen von den Vorteilen einer „workers republic" und interkonfessioneller Arbeitereinheit zu überzeugen. Die richtigen Argumente, so der naive Glaube, würden nicht nur den Weg zu den Bürgerrechten, sondern auch zu den Ausgebeuteten und Erniedrigten der anderen Bevölkerungsgruppe bahnen. „Tories out, North and South" stand für die Absicht, den Establishments in beiden Teilen Irlands den Kampf anzusagen, und sollte unterstreichen, daß man keineswegs daran dachte, die protestantischen Unterklassen in einen katholischen Staat zu führen. Doch die oftmals nur minimalen oder gar lediglich angenommenen Privilegien, die die Union den protestantischen Unterklassen gegenüber ihren katholischen „Klassenkollegen" garantierte bzw. suggerierte, waren ihnen näher als die ferne Vision einer „workers republic". Von großen Teilen der protestantischen Arbeiterklasse wie der traditionellen protestantischen Mittelklasse wurde die Forderung nach Gleichstellung der Minderheit vielmehr als bedrohliche soziale Herausforderung begriffen.




• *The life which Britain has brought us*

Es war ein oftmals schmerzlicher Prozeß, bis die Linken einsahen, daß das Rühren der sektiererischen Trommel durch loyalistische Agitatoren noch immer genügte, um auch nur den kleinsten Ansatz von interkonfessioneller Unterklassensolidarität — und bestand deren Gegenstand auch nur im gemeinsamen Interesse an einem Gehweg oder einer Fußgängerampel — zu torpedieren. Der bigotte, rechtsradikale Pfaffe Ian Paisley verstand es allemal besser, an die Ängste und Bedürfnisse der protestantischen Unterklassen zu appellieren. Sympathiebekundungen gegenüber dem Anliegen der Bürgerrechtsbewegung kamen eher aus den modernen Sektoren der protestantischen Mittelschichten.

Es bleibt das Dilemma Sinn Feins und unabhängiger sozialistischer Republikaner, daß sie zwar objektiv nicht nur die Klasseninteressen der katholischen, sondern auch der protestantischen Unterschichten vertreten, jedoch nicht deren politische Interessen (Beibehaltung der Union etc.), die diese überlagern. Solange die britische Stütze des Sektierertums in Nordirland nicht restlos beseitigt ist, wird sich hieran kaum etwas ändern. Wie sehr man sich im Herbeireden einer interkonfessionellen Arbeiterbewegung und progressiver Elemente im Denken und Handeln der protestantischen Arbeiterklasse versteigen konnte, dafür stand hierzulande insbesondere der KBW. Seine „KVZ" schreckte 1974 nicht davor zurück, einen Massenstreik der loyalistischen Arbeiterklasse als emanzipatorischen Akt zu preisen, der von einer faschistischen Terrortruppe (UDA) angeführt wurde und der Verhinderung einer automatischen Beteiligung von Katholiken an der Machtausübung in Nordirland galt.

Die Tage dieses Streiks zählen zu den schrecklichsten Erinnerungen der katholischen/nationalistischen Ghettobevölkerung Nordirlands, die damals befürchtete, die loyalistischen Paramilitärs könnten einen Generalangriff auf ihre Wohnbezirke starten, um das „Katholikenproblem" einer Endlösung zuzuführen. Abgesehen davon, war dieser Streik alles andere als eine authentische Angelegenheit der protestantischen Unterklassen, sondern bezog seine Kraft nicht zuletzt aus der Kollaboration der „Sicherheitskräfte", die der UDA und ihren Verbündeten für einige Tage die Kontrolle über die Provinz überließ, und einer Rückendeckung durch die reaktionärsten und militaristischsten Teile des britischen Establishments.

## 20 Jahre danach

20 Jahre danach ist das Anliegen der Bürgerrechtsbewegung unverändert aktuell:

— Das Mehrheitswahlrecht wurde zwar abgeschafft und eine Neuordnung der Wahlkreise beendete die gröbsten Auswüchse des sogenannten „gerrymandering" (s.o.). Andererseits blieb der größere Rahmen und die entscheidendste Form des „gerrymandering" bestehen, nämlich die innerirische Grenze, die so oder so eine künstliche protestantische/probritische Mehrheit garantiert. Desweiteren mit der Einführung der Direktherrschaft (1972) ohnehin eine Zentralisierung der Machtausübung, weshalb die Mehrheitsverhältnisse auf kommunaler Ebene an Bedeutung verloren.

— An die Stelle des Special Power Act trat 1973 das moderne, indessen nicht weniger repressive Emergency Power Act (nur in Nordirland gültig), das durch das Prevention of Terrorism Act (im gesamten UK gültig) noch ergänzt wurde. Das Ausmaß der Repression seit 1969, dem Jahr des Eintreffens der britischen Truppen, mag aus den folgenden Zahlen ersichtlich werden: Bereits bis 1973 war jedes fünfte Haus in Nordirland durchsucht worden. Bis heute stieg die Zahl der Hausdurchsuchungen auf über 300.000 (in einem Land mit 1,5 Millionen Einwohnern, wobei der überwiegende Teil der Hausdurchsuchungen in katholischen/nationalistischen Gebieten stattfand; die Zahl der katholischen Bürger Nordirlands beträgt ca. 600.000). Über 50.000 Verhaftungen zwecks oftmals mehrtägiger Verhöre wurden getätigt, mehrere tausend Menschen wanderten durch die nordirischen und britischen Gefängnisse. Wenn das Gefängnis als Mikrokosmos der katholischen/nationalistischen Bevölkerung bezeichnet wird (es gibt kaum eine katholische Familie in Nordirland, die nicht irgendein Familienmitglied aufweisen kann, daß in den vergangenen 20 Jahren schon eine Zeit im Gefängnis verbrachte oder noch verbringt), ist dies ebensowenig falsch wie der an einer West Belfaster Mauer zu lesende Satz: „Bevor wir alle frei sind, werden wir alle inhaftiert sein."

— Zwar wurden in den 70er und 80er Jahren zahlreiche neue Häuser gebaut, doch besteht das Problem der Überbelegung von Häusern noch immer. Die Expansion im Wohnungsbau konnte die Nachfrage nach menschenwürdigem Wohnraum nicht annähernd befriedigen. Die Wohnungsnot der Unterklassen wird in den nächsten Jahren eine erneute Verschlechterung erfahren, da die Thatcher-Administration unlängst die diesbezüglichen Mittel drastisch gekürzt hat.

Die soziale Diskriminierung hat bestenfalls ihr Gewand geändert. Obgleich die protestantische Arbeitslosigkeit seit 1968 gestiegen ist, ist die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Beschäftigung heute größer als damals. Die männliche katholische Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 38-40%, und das Verhältnis der katholischen zur protestantischen Arbeitslosigkeit beträgt 2,5:1. Es sind keineswegs nur die traditionellen protestantischen/unionistischen Klein- und Mittelbetriebe, die Katholiken in ihrer Einstellungspraxis diskriminieren. Auch bei den internationalen Firmen, im staatlichen (!) Dienstleistungssektor und bei den mittlerweile verstaatlichten (!) industriellen Hauptarbeitgebern Shorts und Harland & Wolff sind Katholiken klar unterrepräsentiert. Dies läßt darauf schließen, daß der britische Staat ein Interesse daran hat, die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Beschäftigung zu bewahren. Würde die britische Regierung die benachteiligte katholische Bevölkerungsgruppe gezielt mit Jobs versorgen, so würde dies Unruhe unter dem traditionellen Klientel provozieren. Denn die Loyalität der Protestanten beruht nicht auf einer angeblichen „britischen Identität", sondern darauf, daß London für ihre Vorherrschaft garantiert. Für die Entwicklung des protestantischen Bewußtseins in den 70er Jahren war weniger entscheidend, daß die protestantische Arbeitslosigkeit zunahm, denn daß die soziale Kluft zwischen den „communities" trotzdem bestehen blieb.

Die Zunahme protestantischer Arbeitslosigkeit in den traditionellen Sektoren der nordirischen Ökonomie konnte teilweise durch die Expansion des „Sicherheitssektors" (RUC, UDR, Gefängniswesen und diesen zuarbeitende Privatbetriebe), der nahezu ausnahmslos Protestanten beschäftigt, kompensiert werden. Heute arbeitet jeder zehnte beschäftigte Protestant für die „Sicherheitskräfte". Mit ihrer Politik der „Ulsterisierung" schlug die britische Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits entlastete sie mit dem Ausbau der nordirischen „Sicherheitskräfte" die eigene Armee, während sie dadurch zugleich Arbeitsplätze für ihr protestantisches Klientel schuf.

ze für ihr protestantisches Klientel schuf.

— Die „B-Special" wurden zwar aufgelöst, doch trat an ihre Stelle das Ulster Defence Regiment (UDR), eine nordirische Einheit der britischen Armee, die zu über 90% aus Protestanten besteht.

Das UDR ist erheblich besser ausgerüstet als die „B-Specials". Aufgrund seines extrem sektierischen Charakters (viele ehemalige „B-Specials" wurden Mitglieder des Regiments) und seiner engen Verquickung mit den loyalistischen Todesschwadronen ist es bei den nordirischen

Fortsetzung nächste Seite

*„Der heroische Kampf der republikanischen Hungerstreiker in den H-Blocks (1) beantwortete mir eine Frage, die ich mir selbst gestellt hatte: Wer sind wir?*

*Vor 20 Jahren waren wir Bürger zweiter Klasse, weil wir vor 20 Jahren dachten, wir seien Bürger zweiter Klasse. Vor 20 Jahren fühlten wir uns und benahmen wir uns wie Bürger zweiter Klasse. Aber Ihr wißt, was wir heute sind? Wißt Ihr, was Maggie Thatcher, Charles Haughey (2), die britische Armee und die RUC tatsächlich aufgeschreckt? Sie wissen, daß wir wissen, daß in unserem Körper und in unserem Geist nicht ein Tropfen von ‚second class blood' ist. Als wir als Kinder zur Schule gingen und die Leute uns als Fenians (3) beschimpften, lehrten unsere Mütter uns, den Kragen hochzuschlagen und den Kopf zu senken. Wenn heute Leute unsere Kinder fragen, was sie sind, erzähle ich ihnen: Du bist ein Fenian, von einer langen, stolzen und radikalen Tradition.*

*Vor 20 Jahren hatten wir Angst. Aber heute haben wir keine Angst mehr vor der Regierung, keine Angst mehr vor der Kirche, keine Angst mehr vor der RUC, da sie uns nicht mehr antun können, als sie uns schon angetan haben. Sie haben uns verprügelt, sie haben uns erniedrigt, sie haben uns beschimpft, sie haben uns getötet. Und wir sind noch immer hier, aber wir sind anders: Wir sind die besten Bürger Irlands. Und wir wissen dies."*

**Bernadette Devlin-McAliskey**
**Derry, Oktober 1988**

1) 1981 starben 10 IRA- und INLA-Gefangene in einem Hungerstreik, der der Erlangung eines politischen Status galt. Die britische Regierung willigte später in die Forderungen der Gefangenen weitgehend ein. Der Hungerstreik führte zur größten Massenmobilisierung in der Republik Irland wie in Nordirland seit Ausbruch des Konfliktes. Der erste der Hungerstreiker, Bobby Sands, wurde im April 1981 in das britische Unterhaus gewählt. Im Süden gelang zwei Gefangenen ebenfalls der Einzug ins Parlament, was den Sturz der damaligen Regierung zur Folge hatte.
2) Charles Haughey ist Premierminister der Republik Irland.
3) Der Begriff „Fenian" geht auf die Hungerkatastrophen im Süden und Westen der irischen Insel in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts zurück. Die Hungerkatastrophen wurden durch die englische Kolonialpolitik verschärft. Über eine Million Menschen starben den Hungertod und weitere 1,5 Millionen wurden zur Emigration genötigt. Die „Fenians" waren ein revolutionärer Geheimbund, der von den in die USA emigrierten Iren unterstützt wurde und 1865 und 1867 vergebliche Aufstandsversuche unternahm. Bis heute ist „Fenian" ein Schimpfwort, mit dem Loyalisten Katholiken belegen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Katholiken/Nationalisten besonders verhaßt. Deshalb fordern auch moderate Nationalisten immer wieder seine Auflösung.

Unverändert existiert in Nordirland keine „normale" und sich aus beiden Bevölkerungsgruppen rekrutierende Polizei, an die sich Katholiken — beispielsweise nach loyalistischen Überfällen — „vertrauensvoll" wenden können. UDR und RUC sind hochgradig politisierte, paramilitärische Einheiten, die sich in einem Krieg um die Aufrechterhaltung des nordirischen Staates wähnen (die IRA sieht sich mit nicht weniger als 30.000 Kombattanten der britischen Armee, des UDR und der RUC konfrontiert, die einzig und allein ihrer Bekämpfung verpflichtet sind; für Verkehrsdelikte und „normale Kriminalität" fühlt sich die RUC kaum zuständig). Für Nordirlands Katholiken/Nationalisten existiert somit weiterhin eine Situation extremer Unsicherheit. Aus Furcht, daß sich ihre Lage dadurch nur noch verschlechtert, verzichten Katholiken/Nationalisten oftmals darauf, eine formelle Beschwerde bezüglich des Verhaltens der „Sicherheitskräfte" vorzubringen, was theoretisch möglich ist (allerdings in der Regel ohne Konsequenzen bleibt). Dennoch kann man in der nordirischen Presse tagtäglich Meldungen wie die folgenden lesen: UDR-Mitglieder verprügeln katholische Jugendliche, eine UDR-/RUC-Patrouille fragt Bürger über ihre Religion aus, ein RUC-Beamter verabschiedet einen Katholiken nach einer Straßenkontrolle mit der Äußerung, daß die Zeit kommen wird, an dem an dieser Stelle tagtäglich sechs Katholiken exekutiert werden etc. UDR- und RUC-Mitglieder versorgen die loyalistischen Todesschwadrone mit Waffen und Dossiers über Katholiken, lassen sie durch Straßensperren schlüpfen etc.

Die britische Regierung ist an der Etablierung einer interkonfessionellen Polizei nicht interessiert. Würde die britische Regierung beschließen, daß — gemäß ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung — ein gutes Drittel der Plätze in der RUC für Katholiken reserviert bleibt, so würde das eine Rebellion in der Polizei auslösen. Nordirlands Loyalisten verstehen RUC und UDR explizit als ihre — d.h. protestantischen/loyalistischen Streitkräfte. Ein Katholik, der der RUC beitreten will, hätte demnach zunächst seine nationalistische Identität aufzugeben. Abgesehen davon wäre eine interkonfessionelle Polizei als Statthalterstreitmacht kaum funktionsfähig. Eine interkonfessionelle Polizei käme der Überwindung des nordirischen Separatstaates gleich, der nur als sektiererischer Staat einen Sinn ergibt.

Doch hat sich gegenüber dem Jahr 1968

sektiererischer Staat einen Sinn ergibt.

Doch hat sich gegenüber dem Jahr 1968 auch einiges geändert:

— Der britischen Regierung ist es nicht möglich, das Regieren der Provinz und die Auseinandersetzung mit der nationalistischen, republikanischen und sozialistischen Opposition den Statthaltern zu überlassen, wie dies vor 1968/69 der Fall war. Ohne die über 10.000 britischen Soldaten, das SAS etc. hätten die nordirischen „Sicherheitskräfte" erhebliche Schwierigkeiten, das militärische Patt gegenüber der IRA zu halten. Das britische Engagement macht zudem deutlich, daß es sich bei dem Konflikt nicht um einen internen, sondern einen anglo-irischen handelt.

— Der Reformismus innerhalb der katholischen Bevölkerung ist heute ungleich schwächer, als dies 1968 der Fall war. Gedachte man seinerzeit die demokratischen Rechte innerhalb des nordirischen Staates und bei Beibehaltung der Union zu erlangen, so lautet heute die Erkenntnis: „Keine demokratischen Rechte ohne nationale Rechte." Bis 1968 waren Nordirlands Katholiken nicht nur Bürger zweiter Klasse, sie benahmen sich auch so. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein. Das Selbstbewußtsein insbesondere der katholischen Unterklassen hat in den 20 Jahren seit 1968 enorm zugenommen.

— Die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung verschärfte nicht nur die Polarisierung zwischen Staat und Minderheit, sondern auch innerhalb der katholischen/nationalistischen Bevölkerung selbst. Während größere Teile der Mittelklassen den Konflikt lieber gestern als heute beendet sehen würden, gibt die urbane katholische Arbeiterschaft und die ärmere katholische Landbevölkerung unverändert keine Ruhe. Der britische Staat hat es verstanden, die materiellen (weniger die politischen) Bedürfnisse der katholischen Mittelklassen weitgehend zu befriedigen, auch wenn deren Aufstiegschancen in vielen Berufen — allerdings auf höherem Niveau — oftmals beschränkt bleiben und das Sektierertum — allerdings mit erheblich weniger harten Konsequenzen als für die katholischen Unterklassen — auch für sie spürbar bleibt. Wenn die SDLP sich ab und an nationalistisch gebärdet, dann vor allem deshalb, um Sinn Fein nicht das Feld zu überlassen (zumal die SDLP-Basis tatsächlich noch relativ nationalistisch gesinnt ist).

Gegenüber einer Person wie Gerry Adams empfinden viele katholische Kirchen- und SDLP-Führer Haß und zugleich Respekt, was sich damit erklären läßt, daß dieser für die Emanzipation der katholischen Unterklassen gegenüber den ehemaligen mittelständischen und klerikalen Repräsentanten der „community" steht. Die Bürgerrechtsbewegung brachte die gesamte interne Hierarchie der katholischen „community" und ihr traditionelles Vertretungssystem durcheinander. Adams, Morrison, McGuiness und andere nordirische Führer der „Provos" haben ihre politische und intellektuelle Beschlagenheit nicht an der Universität erworben, sondern in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit dem britischen Imperialismus, ihre Jahre im Gefängnis einbegriffen. Die katholischen Unterklassen entwickelten eine eigene politische Führung und ein eigenes Vertretungssystem. „Provisionalism" ist heute eine fest verankerte Subkultur in der nordirischen Gesellschaft und die dominante Ideologie innerhalb der urbanen katholischen Arbeiterklasse und der ärmeren katholischen Landbevölkerung. In gewissem Sinne kommt die Klassenkampfkomponente jedoch zu früh: Sie erschwert das Zustandekommen einer nationalistischen Koalition, die als gemeinsames Ziel die Beendigung britischer Herrschaft und die Aufhebung der Teilung verfolgt. Sektierertum und Teilung, die Instrumentarien britischer Herrschaft, setzen der Entwicklung der Klassenkämpfe auf der irischen Insel Grenzen, weshalb auch Sozialisten und Kommunisten daran interessiert sein müssen. Daß auch schon der nationale Befreiungskampf Elemente einer anderen, sozialistisch organisierten Gesellschaft beinhaltet, verdeutlicht die Politik Sinn Feins, die faktisch sozialistische Realpolitik ist (im positiven Sinne des Begriffs ...).

## Solche und solche 68er

Vergleicht man die nordirischen 68er mit ihrem bundesdeutschen Pendant, so kommen einem die Tränen. Sicherlich hat die Unterschiedlichkeit, in der in Nordirland und in der BRD die Erfahrungen von damals verarbeitet werden, zahlreiche objektive Gründe: Die unterschiedliche Anatomie der Konflikte, die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Bewegungen, die zu keinem Zeitpunkt unterbrochene Tradition von Widerstand in Irland, die Nichtexistenz von bürgerlichen Fleischtöpfen, an die die Rebellen zurückkehren konnten (zumindest existierten diese nicht für die Rebellen aus den Unterklassen) u.a.m. Die ganze Unterschiedlichkeit wird deutlich, wenn man den seitherigen Werdegang einer Bernadette Dev-

lichkeit wird deutlich, wenn man den seitherigen Werdegang einer Bernadette Dev-

lin-McAliskey, die damals mit Daniel Cohn-Bendit, Rudi Dutschke u.a. in einem Atemzug genannt wurde, betrachtet.

„Bernie", seinerzeit Gründungsmitglied der radikalsozialistischen Peoples Democracy, wurde 1969 ins britische Unterhaus gewählt, mit 21 Jahren die jüngste Abgeordnete, die das britische Parlament bis heute gesehen hat. Wenige Monate später — im August 1969 — erfolgte die legendäre „Schlacht von der Bogside", als die katholische Ghettobevölkerung von Derry in einer heroischen Schlacht angreifende Polizeihorden aus ihrem Viertel fernhielt. Nach dieser Schlacht war offensichtlich, daß die nordirische Polizei der Bürgerrechtsrebellion nicht Einhalt gebieten konnte, und die britische Armee intervenierte. Durch die Weltpresse ging damals das Bild der „jungen Frau Abgeordneten", wie sie Jugendlichen beim Anfertigen von Benzinbomben half. Nach dem „bloody sunday" (Januar 1972, s.o.) erteilte „Bernie" im Unterhaus dem damaligen Innenminister Reginald Maudling für seine Lügen eine Ohrfeige.

Sie war während des Hungerstreiks der IRA- und INLA-Gefangenen von 1981 eine der führenden Personen im nationalen „Anti-H-Block/Armagh-Komitee" und kümmert sich auch heute noch um das Schicksal der republikanischen Häftlinge. Im gleichen Jahr wurde sie bei einem loyalistischen Attentat schwer verletzt. „Bernie" wurde zwar nie aktives Sinn Fein-Mitglied, unterstützte jedoch Sinn Fein-Kandidaten in deren Wahlkämpfen und distanzierte sich nicht von der IRA. Sie versteht sich unverändert als radikale Sozialistin und Republikanerin.

Ihre letzte „Tat" bestand in dem Aufbau eines „68er Komitees", das in den vergangenen Monaten auf der gesamten Insel öffentliche Veranstaltungen in Erinnerung an die damaligen Ereignisse abhielt. Nicht Abschied von der Vergangenheit, wehrige Distanzierungsrituale und Aufbruch zu bürgerlichen Ufern waren das Ansinnen des Komitees, sondern die politische Erziehung einer Generation, die im Bürgerkrieg aufgewachsen ist, ohne dessen Anfänge miterlebt zu haben, und die Diskussion von Widerstandsperspektiven. Die Säle waren meist rappelvoll, wenn Bernadette Devlin-McAliskey (s.o.), Gerry Adams (heute Sinn Fein-Präsident und damals Bürgerrechtsaktivist im proletarischen West Belfast), Michael Farrell (ehemaliges Gründungsmitglied der Peoples Democracy, Historiker und Autor mehrerer Bücher über den Konflikt wie „Immer-noch-Sozialist") und Eamonn McCann (damals einer der „linken Provokateure" innerhalb der Bürgerrechtsbewegung in Derry, „Immer-noch-Trotzkist" und der vielleicht begnadetste Sportjournalist auf der Insel) berichteten und diskutierten. Niemand auf dem Podium distanzierte sich von der IRA-Gewalt. Für einen bundesdeutschen Beobachter war es schon erstaunlich, auf welch hohem Niveau in West Belfast und Derry mit einem Publikum, das sich zu einem Großteil aus „einfachen Bürgern" bzw. Mitgliedern der katholischen Unterklassen zusammensetzte, diskutiert wurde. Die grüne Bundestagsfraktion hätte hier jedenfalls nicht mithalten können ...

Den Höhepunkt der Aktivitäten bildete im Oktober eine Demonstration in Derry, wo am 5. Oktober 1968 McCann und andere linke Aktivisten einen Bürgerrechtsmarsch veranstaltet hatten, der den sektiererischen Staat dazu provozierte, vor der Medienöffentlichkeit sein wahres und häßliches Gesicht zu zeigen.

Auf dem abschließenden Forum unterbreitete Gerry Adams — mit Blick auf den bevorstehenden zwanzigsten Jahrestag des Eintreffens der britischen Truppen in Nordirland (August 1989) — den Vorschlag der Formulierung einer Freiheitscharta nach dem Vorbild des entsprechenden Dokuments des südafrikanischen Widerstands. Der zentrale Gegenstand der Charta solle die Forderung nach irischer Selbstbestimmung sein. Sie solle desweiteren so gehalten sein, daß sie einen Keil zwischen den Führern der konstitutionell-nationalistischen Parteien im Norden und Süden (die SDLP bzw. Fianna Fail, die südirische Regierungspartei) treiben könne. Um diese Charta müsse eine offene, demokratische und den Süden wie den Norden erfassende Massenbewegung aufgebaut werden, die die bislang disparaten Stränge von Unzufriedenheit in Irland zusammenführe. Adams Vorschlag fand im Publikum wie auf dem Podium breite Zustimmung. Wenngleich das nationale Selbstbestimmungsrecht im Zentrum der Charta stehen wird, legt der bisherige diesbezügliche Diskussionsstand nahe, daß entsprechende Formulierungen weiter gefaßt sein und auch den Zusammenhang zwischen der Verweigerung nationaler Selbstbestimmung und der Verweigerung von Selbstbestimmung innerhalb der beiden irischen Staaten — wie der Verweigerung des Rechtes der Arbeiter, über den Produktionsprozeß und das von ihnen Produzierte selbst zu bestimmen, das Selbstbestimmungsrecht der Frau etc. (diese beiden Dinge wurden

stimmen, das Selbstbestimmungsrecht der Frau etc. (diese beiden Dinge wurden

in Derry explizit genannt) aufzeigen werden. Andererseits stellte gerade Bernadette Devlin-McAliskey klar, daß die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung keineswegs rückwärts gewandt sei: „Ich glaube, daß es eine progressive Forderung ist, die in Zusammenhang gebracht werden kann mit den alltäglichen Lebensbedingungen der Menschen und den Problemen, die sie bekämpfen."

Daß heute — stärker denn je — die Frage der nationalen Befreiung vom Joch des Kolonialismus (Nordirland) und Neokolonialismus (Südirland) im Zusammenhang mit sozialistischer Gesellschaftspolitik diskutiert wird, hat u.a. die folgenden Gründe: den enormen Politisierungsprozeß, dem die republikanische Bewegung in den vergangenen 20 Jahren unterzogen wurde und sich selbst unterzog, wie das unsektiererische Verhältnis, das viele nordirische Sozialisten ihr gegenüber heute pflegen. Bezüglich dieses Verhältnisses äußerte Bernadette Devlin-McAliskey einmal: „Es ist eine Tatsache, daß die Führung der antiimperialistischen Bewegung fest in den Händen von Sinn Fein liegt. Die Führung liegt deshalb in den Händen der ‚Provos', weil sie sich diese Position in den vergangenen 15 bis 20 Jahren erworben haben. (...) Es bleibt eine Tatsache, daß Sinn Fein den Kampf anführt und revolutionäre Marxisten manchmal Probleme haben, mit ihr mitzuhalten. So ist die wirkliche Welt nun mal. Du hast mit dieser Welt umzugehen, oder du kommentierst Geschichte lediglich, während sie an dir vorbeizieht."

Was die nordirischen 68er und die republikanische Bewegung in Nordirland überhaupt für einen Bundesdeutschen so liebenswert macht, das ist, daß hier kein Abschied von den Unterklassen und deren Bedürfnissen, kein Abschied vom Internationalismus, kein Abschied vom revolutionären Denken stattfindet. Und zugleich: Keine Stagnation, kein dogmatisches Verharren in eventuell überkommenen Denkmustern, sondern eine stete Weiterentwicklung politischer Theorie und Praxis.

„Wir sind die besten Bürger Irlands" (Bernadette Devlin-McAliskey). Ja, das seid ihr wirklich. Und nicht nur das.

**dsm**

Sri Lanka:

# Bewaffnete Auseinandersetzungen vor der Wahl

Weit über ein Jahr nach dem Eingreifen der indischen Armee in Sri Lanka schwelt nach wie vor ein Guerillakrieg im Norden der Insel. Seit Wochen gibt es im Süden zusätzlich bewaffnete Auseinandersetzungen und politische Morde unter Singhalesen, die eine für den 19. Dezember dieses Jahres geplante Präsidentschaftswahl in Frage stellen könnten.

Der am 29. Juli 1987 von Indiens Premier Rajiv Gandhi und Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene unterzeichnete „Friedensvertrag" hat die innenpolitischen Konflikte nicht gelöst, sondern die Lage noch verkompliziert. So gerät im überwiegend singhalesischen Süden die Regierungspartei UNP immer stärker unter Druck. Gerade in den letzten Monaten gewann die radikale, singhalesisch-chauvinistische JVP (Janatha Vimukthi Peruma) entscheidend an Einfluß. Allein in den letzten Monaten wurden nahezu 500 Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder linker und linksliberaler Parteien, aus politischen Gründen ermordet. Unter dem Slogan „Rettet das Vaterland" zeichnet sich eine rechte, singhalesische Allianz gegen die Regierung ab — gegen die rund 50.000 indischen Soldaten in Sri Lanka und gegen minimale Zugeständnisse an die tamilische Minderheit. Ohne die




JVP, die die singhalesische Bevölkerung schlicht in „Patrioten" und „Verräter" einteilt, geht bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl nichts mehr. An dem extremen singhalesischen Nationalismus und den anti-tamilischen Positionen der JVP wird kein Präsidentschaftskandidat vorbei können. So kündigten die beiden Kandidaten, Premierminister Premadasa (UNP) und Oppositionsführerin Bandaranaike (SLFP), bereits vor Tagen an, daß sie sich für einen Rückzug der indischen Truppen und für eine Modifizierung des „Friedensvertrages" einsetzen werden. Dies könnte aber den Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen noch einmal verschärfen.

Vor allem die Jugend scheint die Auswirkungen des von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond vor Jahren „empfohlenen" Wirtschaftsprogramms zu spüren. Um von der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und den sozialen Problemen abzulenken, hatte die Regierung ethnische Auseinandersetzungen geschürt. Sie hatte damit die militanten und chauvinistischen Monster selbst geschaffen, die jetzt den „Rückfall in die Barbarei forcieren", wie es eine Menschenrechtsorganisation in Colombo ausdrückte.

In der überwiegend von Tamilen bewohnten Nord- und Ostprovinz lieferten die separatistischen „Befreiungstiger" der LTTE den indischen „Friedenstruppen" heftige Gefechte. Diese führten zu hohen Verlusten auch in der Zivilbevölkerung. Nach neueren Berichten soll die Infrastruktur in den tamilischen Gebieten praktisch zusammengebrochen sein, andere sprechen gar von Seuchen und von Hungersnöten. Im Gegensatz zu anderen Separatistengruppen der Tamilen lehnte die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) den „Friedensvertrag" ab und sorgte damit für eine Niederlage der diplomatischen Bemühungen Rajiv Gandhis und für ein Fiasko der indischen Armee.

In Berlin bekräftigte am Wochenende ein führender Vertreter der LTTE, Dr. Anton Balasingam, die Ziele der tamilischen „Befreiungstiger". Die LTTE setze sich für die Selbstbestimmung der Tamilen ein, für einen säkularen, demokratischen Staat mit sozialistischer Wirtschaft, erklärte er. Dieser unabhängige Staat auf Sri Lanka mit dem Namen „Tamil Eelam" werde keine marxistische Diktatur sein, sondern pluralistisch. Da die meisten Führer der LTTE noch immer auf Sri Lanka lebten, sei es nicht notwendig, eine Exilregierung nach dem Vorbild Palästinas zu gründen. Der „Friedensvertrag" habe weder Erwartungen der Singhalesen noch die der Tamilen erfüllt, betonte der im Exil lebende LTTE-Sprecher, der gegenwärtig in mehreren Städten Europas für eine Unterstützung der LTTE wirbt.

Der bewaffnete Kampf der „tigers" sei erst aufgenommen worden, nachdem die demokratischen Strukturen zusammengebrochen und ein Genozid an der tamilischen Bevölkerung begonnen habe. Wenn die Regierung fortfahre, Tamilen zu unterdrücken, müsse die LTTE weiterkämpfen.

Gäbe es die Möglichkeit eines Föderalismus, würde dies auch die LTTE akzeptieren. Sie sei auch bereit, sich einer pluralistischen Wahl zu stellen, jedoch nur unter Bedingungen, die von Indien garantiert werden müßten. Die LTTE habe an den Provinzwahlen im letzten Monat nicht teilgenommen, weil sie auf ihren Bedingungen beharre.

Auf einer Pressekonferenz nahm Dr. Balasingam auch zu Vorwürfen gegen die LTTE Stellung. Darstellungen, nach denen in der BRD lebende tamilische Asylbewerber von der LTTE unter Druck gesetzt würden, wies Dr. Balasingam zurück. Die LTTE erpresse kein Geld von

setzt würden, wies Dr. Balasingam zurück. Die LTTE erpresse kein Geld von

tamilischen Asylbewerbern. Es gebe genügend Spenden aus der Bevölkerung, von den rund 50 Millionen Tamilen Südindiens und im Ausland. Ebenso wandte sich Dr. Balasingam gegen Kritiken, der bewaffnete Kampf der LTTE sei unrealistisch und treffe viele Zivilisten. Er verwies auf einen Propagandakrieg, der von den Medien und insbesondere von der Regierung Sri Lankas und Indiens gegen die LTTE geführt werde. Der bewaffnete Kampf der LTTE richte sich gegen die militärische Struktur des Staates, nicht gegen die Zivilbevölkerung.

Angesichts der vielen Gewalttaten im singhalesischen Süden bezweifelte Dr. Balasingam, daß die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember überhaupt stattfinden würden. Sollten diese Wahlen nicht „sauber" abgehalten werden, so seien weitere Gewaltakte im Norden und Süden zu erwarten.

Inzwischen meldeten Presseagenturen, daß das Abgeordnetenhaus am 20. Dezember (nach den Präsidentschaftswahlen) aufgelöst werden solle. Der 82jährige Präsident Jayewardene kündigte vorgezogene Neuwahlen zum Parlament für den 15. Februar 1989 an (Südasien Büro, Nov. 88; Pressekonferenz Dr. Balasingam 2.12.88; taz 5.12.88.)

**fh**



# DKP: Wählt die Mehrheit durch?

*„Bei der Neuwahl des Bundesvorstandes … muß sich die reale Vielfalt politischer Positionen der Partei widerspiegeln. Nicht der machtvolle Durchmarsch einzelner Strömungen ist jetzt gefragt, sondern die Fähigkeit zum produktiven Dialog und zu integrativer Arbeit“*, zitiert UZ-Kommentator Henner Michels zustimmend: *„so ist es“* (UZ, 6.12.88).

Die Rede in diesem Kommentar war von den Grünen, nicht vom bevorstehenden DKP-Parteitag (6.-9. Januar 1989, Frankfurt). Daß dort die reale Vielfalt in der DKP zum Zuge kommt, wird in der Partei bezweifelt. Nachdem auf der 13. Parteivorstandstagung (3./4. September) erstmals in der DKP-Geschichte zwei unterschiedliche Papiere zur Lage und Zukunftsentwicklung der Partei vorlagen, hat sich die Auseinandersetzung in der Partei an der Personalpolitik polarisiert. Die Minderheit der „Erneuerer“, mit starken Bastionen in den Bezirken Hamburg und Bremen, Widerstand dem Druck der Mehrheitslinie in der Partei, die über die Definition zweier Linien, mit deren *„Nebeneinander keine kommunistische Partei auf die Dauer leben“* könne (Herbert Mies), vermeintliche Schadensbegrenzung versuchte (vergleiche Darstellung und Dokumente in AK 298).

Mittlerweile hat der Parteivorstand auf seiner 15. Tagung (25.-27.11.) den Fahrplan für Frankfurt festgelegt: das Reformprogramm „BRD 2000“ und das umstrittene Papier „Zur Lage und zukünftigen Entwicklung der DKP“ sollen zwar diskutiert, aber nicht verabschiedet werden. Im Hinblick auf das, *„was sich inzwischen in der Partei getan hat“* sei es realistisch, so Herbert Mies vor dem Parteivorstand, zu beschließen, daß die Papiere *„nicht zur Verabschiedung stehen, da sich der innerparteiliche Meinungsstreit z.T. noch zugespitzt hat“* (UZ, 30.11.88). Bis spätestens Februar 1990 sollen die Papiere unter Dach und Fach sein. Im Mittelpunkt dürfte, auch wenn dies immer bestritten wird (Erfolgskriterium sei, wieweit Frankfurt „die Handlungsfähigkeit der Partei“ beweise), die innerparteiliche Machtverteilung stehen. Dabei sieht es für die Neuerer nicht gut aus. Der Parteivorstand wird dem Parteitag einen Vorschlag vorlegen, wonach Herbert Mies und Ellen Weber als Vorsitzender und Stellvertreterin wiedergewählt werden. Entscheidend geschwächt werden sollen die Neuerer im eigentlichen Machtzentrum, Präsidium und Sekretariat, die nicht vom Parteitag, sondern dem neugewählten Parteivorstand hinterher gewählt werden. Dort saßen sie bislang mit 4 von 24 Leuten. Im neuen, auf 18 Personen verkleinerten, soll demnach nur noch der Hamburger Wolfgang Gehrcke übrigbleiben. Werner Stürmann (Hamburg) scheidet wie Vera Achenbach aus, der vom ge-
ben. Werner Stürmann (Hamburg) scheidet wie Vera Achenbach aus, der vom ge-
schlossenen Mehrheitsbezirk Nordbayern (für den sie zuständig ist) das Mißtrauen ausgesprochen wurde, nachdem ihre Unterstützung des Minderheitspapiers bekannt wurde. *„Das ist bisher in politischen Auseinandersetzungen zwischen Bezirken und dem Sekretariat des Parteivorstands noch nicht vorgekommen“* (Vera Achenbach). Ausscheiden wird auch die SDAJ-Vorsitzende Birgit Radow. Die SDAJ wird erstmals in der DKP-Geschichte nicht in der Parteispitze sitzen. Neu ist immerhin, daß auf Druck der Neuerer das erste Mal vorab im Vorstand die geplante Umbesetzung bekannt gegeben wurde.

Der Parteivorstand soll wegen der Erhöhung des Frauenanteils von 93 auf 96 Personen erhöht werden. Der alte Vorstand schlägt dem Parteitag vor, 75 bisherige Mitglieder wiederzuwählen, 21 kämen neu hinzu. Von den 18, die ausscheiden, haben auf der 15. Tagung einige trotzdem wieder kandidiert (u.a. der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt). Dabei gab es eine Reihe kontroverser Abstimmungen, bei denen ein Drittel des Parteivorstands (22-23 Stimmen) gegen die Mehrheit von 45-50 stimmte.

### Kontroverse Delegierten-Konferenzen

Auf der 14. Parteivorstandstagung (15./16.10.) prallten die Positionen aufeinander. Dabei wurde auch deutlich, daß die Parteiauseinandersetzung mittlerweile mit harten Bandagen geführt wird, daß auf dieser Ebene die Auseinandersetzung sehr festgefahren ist. Hamburgs DKP-Vorsitzender Gehrcke verwies darauf, daß die *„Liniendiskussion in der Geschichte kommunistischer Parteien doch oftmals bei Ausgrenzung, Ausschlüssen, Abspaltung gelandet ist“*. Willi Gerns hatte sich in der Abgrenzung von der Minderheit am weitesten aus dem Fenster gehängt: nicht daß von zwei Linien die Rede sei, sondern daß dies erst jetzt geschähe, daß der Parteivorstand zugelassen habe, daß sich *„erst ein solches explosives Gemisch (…) in unterschiedlichen Papieren niederschlägt und verfestigt“*, sei das Problem. Parteipräsidiumsmitglied Gerns, einer der maßgeblichen Ideologen der DKP, wurde von seinem Parteikreis nicht einmal zum Delegierten für die Bremer Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) gewählt.

Nichtsdestotrotz hatte Herbert Mies die Abgrenzung noch einmal verdeutlicht. Die „Linie der Erneuerung durch Bruch“ (statt „Bewahren und Erneuern“) könnte die DKP möglicherweise *„sogar in einer reformistische Partei verwandeln“*. Daher dürfe es auch kein *„zurück auf den Weg der ‚Aussöhnung‘ der beiden Linien“* geben. (1)

Nach der Vorbereitung in den Kreisen tagten im November die Bezirksdelegiertenkonferenzen der Partei. Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch warnte in Auswertung der Kreismitgliederversammlungen in gewundenen Worten vor weiteren Personaldebatten und beklagte *„Ausgrenzungen von zumeist älteren Genossinnen und Genossen (…) als Signal für den Ernst der Lage der Partei“* (UZ, 3.11.88). Die 12 BDKs verliefen sehr unterschiedlich, sofern man den recht unterschiedlichen Darstellungen in der UZ folgen kann. Fast alle Konferenzen standen im Zeichen der inhaltlichen und organisatorischen (massive Mitgliederverluste: (mehrfach werden 10% und mehr erwähnt) Parteikrise. Eindeutig dominant war der Streit um die beiden Papiere zur Zukunft der Partei, während die Diskussion um das Reformprogramm „BRD 2000“ offenkundig eine geringere Rolle spielte. Durchgängig haben die DKP-Frauen innerparteilich überall dort einen großen Sprung nach vorn gemacht, wo die Neuerer dominieren. Die 50%-Quotierung wurde in
nach vorn gemacht, wo die Neuerer do-
minieren. Die 50%-Quotierung wurde in
Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen beschlossen und verwirklicht — in Hamburg eindeutig zugunsten der Frauen: 39:32 im Bezirksvorstand und sogar 42:28 Männer bei den Parteitagsdelegierten. In Rheinland-Westfalen wurde eine 45%-Quote beschlossen, 50% scheiterte knapp; in Ruhr-Westfalen wurde mehrheitlich eine Quotierung gemäß Mitgliederanteil beschlossen; aus anderen Bezirken wurden keine Angaben gemacht.



Stefan Siegert, UZ

### Ca. 20 Prozent Neuerer

Im Mittelpunkt der meisten Konferenzen stand allerdings die Parteidebatte und vor allem erstmalig in dieser Form in der DKP eine zum Teil heftige Personaldebatte um die Besetzung der Bezirksvorstände und der Delegierten für den Bundesparteitag, die streckenweise die Formen eines Machtkampfs angenommen hat. In der innerparteilichen Diskussion ebenso wie in der dominanten UZ-Berichterstattung wird dabei fast als Totschlageargument den Neuerern mehr oder weniger deutlich vorgeworfen, daß sie schuld daran seien, daß zuviel diskutiert und zu wenig gehandelt werde. Die „Schwächung der Kampfkraft der Partei“, der Vorwurf ausufernder Debatten werden in der UZ-Berichterstattung sowie in der Diskussion der wöchentlich in der UZ erscheinenden „Diskussionstribüne“ ungewöhnlich oft strapaziert. Einen Überblick über die Verteilung der Delegierten nach den beiden Hauptströmungen können wir nicht geben. Grob ergab sich, soweit die Berichterstattung zugänglich war, folgende Kräfteverteilung in den Bezirken, die nicht identisch ist mit den Delegiertenanteilen für Frankfurt, da nicht anteilig gewählt wurde:

Beinhart auf Mehrheitslinie scheint der *Bezirk Nordbayern* (dort wurden u.a. die Erlanger um Volker Einhorn ausgeschlossen). Kontroverse Diskussionen hat es anscheinend nicht gegeben, keiner der Bezirksvorstandskandidaten erhielt weniger als 90 Prozent der Stimmen, wird hervorgehoben (UZ, 25.10.88). Offenkundig steht der äußerste Norden, der *Bezirk Schleswig-Holstein*, dem Süden nicht nach. Unangefochten auch der *Bezirk Saarland*. Vorsitzender Mosler (112 von 115 Stimmen) begrüßte ausdrücklich Herbert Mies' deutlichen Verweis auf die Gefahren zweier Linien. Ohne nennenswerte Opposition der Neuerer scheint die BDK im *Bezirk Südbayern* verlaufen. Die Diskussion war *„freimütig und kontrovers, aber auch immer fair und kameradschaftlich“*, meldet die UZ (15.11.). Eine offenkundig etwa 15% starke Neuerer-Opposition stimmte im *Bezirk Baden-Württemberg* teilweise anders. Es war *„nicht zu übersehen, daß der Personalvorschlag des alten Bezirksvorstandes von einem Teil der Delegierten nicht akzeptiert wurde“*, berichtet die UZ (22.11.). Im *Bezirk Niedersachsen* dominierte die Haltung *„nicht reden und sitzen, sondern arbeiten und schwitzen“*, lobt der UZ-Korrespondent (22.11.). Wermutstropfen waren für ihn am zweiten Tag das *„überproportional zeitaufwendige Verfahren“* bei der Personaldiskussion, offenkundig als Vorwurf an die Adresse einer vermutlich 10%-Minderheit adressiert.

Auf Mehrheitslinie mit starker Opposition ist der *Bezirk Ruhr-Westfalen*. Sein Vorsitzender (der innerparteiliche „Held von Rheinhausen“) Heinz Czymek erhielt bei 354 Ja-Stimmen 120 Gegenstimmen und 25 Enthaltungen. Kontroverse Diskussionen, die *„sich auch teileweise in Form von Blöcken bei den Wahlergebnissen“* niederschlugen, registrierte die UZ (15.11.). Im größten Bezirk Rheinland-Westfalen hatten die Neuerer ca. ein Viertel der Delegierten hinter sich. Offenkundig „gemischt“, „zentristisch“ agiert der *Bezirk Hessen*, der in einer Resolution vor unproduktiver Diskussion warnte, wenn verschiedene Positionen *„vorschnell zu sich ausschließenden Linien abgegrenzt werden“* und sich dadurch verfestigen könnten. Hervorgehoben wird, daß bis zur Hälfte der Delegierten für KandidatInnen gestimmt haben, die als Basisvorschläge neu aufgestellt wurden.

„Harte“ Neuerer dominieren den Bezirk Hamburg. Der Vorsitzende Wolfgang Gehrcke wurde mit 319 von 359 Stimmen wiedergewählt. Die Anhänger der Parteivorstandsmehrheit stellten zwischen 5 und 8% der Delegierten. Bei etwa 10% dürfte ihr Anteil im *Bezirk Bremen* gelegen haben, in dem deutlich die Neuerer dominieren. In einer Resolution haben die Delegierten sich von dem Vorwurf zweier Linien in der Gegenüberstellung „revolutionär“ gegen „reformistisch“ gewehrt. Der Vorsitzende Dieter Gautier (einer der sechs Verfasser des Minderheitspapiers in der Partei) wurde mit 137 von 157 Stimmen wiedergewählt. „Gemäßigte“ Neuerer scheinen den Bezirk Rheinland-Pfalz zu dominieren. Die Diskussion sei „streckenweise zugespitzt und kontrovers“ verlaufen. UZ-Korrespondent Labudda hatte *„Einflüsse basisdemokratischer Vorstellungen“* und Anhänger des Mehrheitspapiers entdeckt, die Wahl der UZ-Chefredaktion durch den Parteitag sei beschlossen worden, die Konferenz habe ihre Not mit Initiativanträgen gehabt, *„die nicht sachlichen, aktuellen Erfordernissen, sondern spontanen Impulsen ihre Entstehung verdankten“* (UZ, 15.11.). Die Mehrheitsanhänger haben nur etwa ein Siebtel der Stimmen gehabt.

### Personelle Abstürze

Prominente nichtgewählte Neuerer sind beispielsweise der MSB-Spartakusvorsitzende Thomas Riecke, der Kölner Kreisvorsitzende Steffen Lehndorff, der bei den Bezirksvorstandswahlen durchfiel und nur knapp Parteitagsdelegierter wurde sowie Uwe Knickrehm aus Bonn, bislang beim Vorstand für Bündnispolitik/Friedensliste zuständig. Insbesondere im mitgliederstarken Bezirk Rheinland-Westfalen werfen die Neuerer der Parteimehrheit vor, habe diese „durchgewählt“. Demgegenüber verweist die Mehrheit auf die Nichtwahl Gerns' (Kurt Bachmann dazu: *„ein ganz hochqualifizierter, in der Welt anerkannter Kommunist (…) das muß man korrigieren, das darf man nicht zulassen“* (1). Herbert Mies hatte sich in Bremen persönlich für Willi Gerns eingesetzt (*„ich identifiziere mich, wie große Teile der Partei, mit dem Beitrag von Willi Gerns über das Wesen der unterschiedlichen Linien“* (UZ, 11.11.) Gerns wurde zumindest zum Delegierten für Frankfurt gewählt. In Leserbriefen an die UZ (10.12.) werfen Hamburger Anhänger der Parteimehrheit den Hamburger Neuerern vor, gegen Mehrheitsanhänger durchzuwählen: u.a. sei VVN-Generalsekretär Erlebach nicht als Parteitagsdelegierter (112 von 360 Stimmen) und der Vorsitzende der Schiedskommission, die Bezirkskassiererin und der Hafenarbeiter Kurt Hoff nicht wieder in den Bezirksvorstand gewählt worden. Kritiker des Bezirksvorstands, so ein Schreiber, hätten bei den Delegiertenwahlen 70-100 Stimmen weniger bekommen, *„als die, die es vorzogen, gegen Düsseldorf* (Sitz der Parteizentrale, Anm. AK) *zu agitieren.“*

Verhärtet haben sich die Fronten auch in der Diskussion in der Parteitagstribüne der UZ, wo neben inhaltlichen Einzelbeiträgen und Diskussionsbezügen zum Teil sehr scharfe und verletzte/verletzende persönliche Beiträge der KontrahentInnen veröffentlicht werden. Neuerer werfen der Parteiführung u.a. vor, daß sie immer wieder Beiträge unterdrückt. Aufmerksam wurde die äußerst knappe Berichterstattung der letzten, 15. Parteivorstandstagung registriert: ein uninformatives Kommunique, ein karger UZ-Bericht, eine gekürzte Mies-Rede, das ist alles, was der Partei von der Personaldiskussion bekannt wurde, erstmals seit der Einführung der DKP-Informationen vor gut einem Jahr wurden die Diskussionsbeiträge den Mitgliedern nicht bekannt gemacht. Die Klagen über UZ-Zensur häufen sich. Ein Bremer Beitrag, u.a. vom Vorsitzenden Gautier, der sich mit Gerns auseinandersetzte, wurde ebensowenig veröffentlicht, wie der Beschluß des Kölner Kreisvorstands, der Herbert Mies' Vorwurf an die Kölner, gegen den Demokratischen Zentralismus zu verstoßen, protestierte. Der hessische Beschluß zum „Sputnik“-Verbot in der DDR (siehe nebenstehend) ist bislang nicht erschienen. Wolfgang Gehrcke und Dieter Gautier sollen Richtig- bzw. Gegendarstellungen in der UZ verweigert worden sein.

**Anmerkungen**
1) Materialien zur 14. Parteivorstandstagung: UZ 17. und 18.10., DKP-Informationen 14, Okt. 88

## Bezirksdelegiertenkonferenz in Hamburg. 18.-20. November

Nichts war so, wie man die DKP sonst kennt, kaum Parteitagsritual. Bemerkenswert, daß bei der Eröffnung nicht nur der verstorbenen Mitglieder gedacht wurde, sondern auch der namentlich genannten Hamburger Kommunisten, die in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion umgebracht wurden.

Es ging los wie bei den Grünen: eine etwa viermal so lange GO-Debatte als eingeplant mit reihenweise Abstimmungsniederlagen der Antragskommission. Dann die Rede des Bezirksvorsitzenden Gehrcke, die mich — eingeladen als Redakteur des „Arbeiterkampf“, drei Tage neben Genossen des BWK sitzend — unwillkürlich da an alte Zeiten erinnerte, als er sagte, *„innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken Hamburgs sind wir als DKP die einzige organisierte marxistische Strömung“*. Man schmunzelt, es war nicht böse gemeint — nur was sind wir eigentlich? Baß erstaunt war ich auch, als — eingebettet in reformpolitische Vorstellungen, die sich in Teilen durchaus mit grünen Realo-Vorstellungen messen können — so nebenbei der Bezug auf den Widerstand in der Hafenstraße, gegen das Flora-Theater und, in der Linken nicht unumstritten, der gegen die Schicki-Kneipen in Ottensen mit den eigenen Politikvorstellungen verknüpft wurde. Standing ovations für Gehrcke signalisierten, welche Strömung im Tagungszelt dominierte, in das die Partei aus solidarischen und demonstrativ ökologischen Gründen (wegen Asbest in der vorgesehenen Gesamtschule) umgezogen war — jeweils einhundert Meter Luftlinie von der Müllverbrennungsanlage und der Autobahn entfernt. „Ökologisch“ war das meistgebrauchte, penetrant „kommunistisch besetzte“ Wort auf dieser Versammlung. Da kommt die GAL nicht mit.

Dann die Parteidebatte, volle Kante gegen Düsseldorf. Axel Lochner vom Bezirksvorstand eröffnet, grenzt sich scharf ab vom Bemühen, die Unvereinbarkeit zweier Linien herzustellen. Er kritisiert fehlende Signale für Zusammenhalt und Integration in der Partei seitens der Mehrheit. Viel Beifall. Natürlich hat Ellen Weber vom Vorstand keinen leichten Stand. Ihr methodisches Gesülze, daß man keine Hektik an den Tag legen, keine schnellen Entscheidungen treffen solle etc., ist eine Zumutung für die Delegierten, die ja alle wissen, daß es hinter den Kulissen erheblich schärfer zugegangen ist. Höflicher Beifall gemischt mit Unmut und verhaltenem Gebuhe. Thematisch bunt durcheinander die folgenden Beiträge. Immer wieder Kritik am Parteivorstand, was soll in Frankfurt passieren, werden die Neuerer im kommenden Vorstand berücksichtigt, warum begründet Ellen Weber nicht die Schädlichkeit der Hamburger Linie, Warnung vor Durchwahl.

Dann Willi Gerns vom Parteivorstand, der angesichts der Mehrheitsstimmung mutig seine Position der Existenz von zwei Linien vertritt, unter Buhrufen und Pfiffen, wie dies wohl noch keinem Präsidiumsmitglied auf einer Parteiversammlung passiert sein dürfte. Retourkutsche mit konkretem Beispiel an die Hamburger Mehrheit, daß sie gegen verdiente ältere GenossInnen durchwähle. Nur eine Minderheit klatscht Beifall.

Ellen Weber beschwert sich, daß man sie nicht auf die Kritik vorbereitet habe; Thomas Harms behauptet, daß die meistgestellte Frage in der Mitgliedschaft die sei, ob man nach Frankfurt noch in der Partei bleiben könne; Peter Schütt schildert seine Ladung zum Parteivorstand, da er nicht mehr auf dem Boden des Parteiprogramms agiere; Kurt Erlebach — endlich ein Hamburger „alter Denker“ — greift die Neuerer an, sie sollten nicht jammern, es werde diskutiert, dann abgestimmt, und die Minderheit ordne sich der Mehrheit unter; Ellen Weber findet Austrittsüberlegungen unsinnig, man bleibe auch dann Kommunist, wenn man in der Minderheit sei; Heino Hoffmann greift scharf Gerns an, man brauche keine Schiedsrichter für die Vergabe gelber oder roter Karten — viel Beifall; Gerns als Letzter versucht Rechtfertigungen und Richtigstellungen. Eine lebhafte, heftige, aber in diesem Zelt relativ einseitige Debatte.

In der mit großer Mehrheit (27 Gegenstimmen bei ca. 350 Anwesenden) verabschiedeten Entschließung zur Parteidebatte wird die Offenheit der weiteren Debatte auf der Grundlage eines „Marxistischen Meinungspluralismus“ gefordert, wonach auch Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen in der Partei möglich sein müssen und die Richtigkeit einer Position sich in der Praxis zu erweisen habe. Angenommen wurde ein Antrag, daß der Parteitag informiert werden soll, welche Person für welche Funktion in Präsidium und Sekretariat stehe; kritisiert wurde bei fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen das Hochtemperaturreaktor-Geschäft BRD/UDSSR; beschlossen wurde die Quotierung, für Hamburg und den Parteitag, die Einrichtung von Frauenarbeitskreisen, Frauenkonferenzen vor Parteikonferenzen. Nach langer Diskussion angenommen wurde ein Antrag „Zur zivilen Nutzung der Atomenergie“, der eine alternative Energiepolitik und den „weltweiten Ausstieg“ fordert und die DKP zu umgehenden Diskussionen mit den sozialistischen Bruderparteien hierzu auffordert. International soll ein Moratorium und AKW-Exportstopp als erster Schritt erfolgen, national wird das Abschalten aller AKWs als „möglich und notwendig: Sofort beginnen!“ angesehen.

Die DKP Hamburg hat tatsächlich eine interessante und sympathisch-offene Debatte begonnen, offen für andere Linke, aber auch offen für inhaltliche Neubestimmungen — auch wenn die Diskussion derzeit noch nahezu vollständig mit Blick auf die eigene Parteientwicklung geführt wird und nicht, wie vielfach beschworen, als Angebot an die Hamburger Linke. Dies bedeutet eine erhebliche Änderung gegenüber der bisherigen Linksausgrenzung. Man sollte nach Überschneidungen suchen.

**hr.**

## „taz“-intern:

# Gefahr erkannt? Gefahr gebannt?

**Die Westberliner „Tageszeitung“ hat sich alle Mühe gegeben, den Konflikt um sog. Wortspiele mit NS-Vokabular, die in ihren Spalten mehrfach aufgetaucht waren, rasch zu beenden (siehe AK 300). Auf einem Plenum am 3.12.88 wurde mit großer Mehrheit beschlossen, zwei Redakteurinnen zu kündigen, die solchen Sprachgebrauch („gaskammervoll“, „Euternasie“) rechtfertigten und z.T. zu verantworten hatten. Beinahe zwangsläufig werden bei der eiligen „Bewältigung“ Spuren verwischt und Fronten vermengt. Klaus Hartung brachte es fertig, die betreffenden Texte als „Originalprodukte des linken Gettos“ und „O-Ton der linken Szene“ zu bezeichnen, der in Zeitschriften wie „Konkret“, nicht aber in der „taz“ seinen Platz habe (taz, 15.11.88). Andere schlossen sich dieser Sicht an: Otto Kallscheuer (Rotbuch-Verlag) beispielsweise nennt die Provokationsexperten der „taz“ die „Linksradikalen vom Dienst“ (taz, 7.12.88). Hartung stolperte nicht einmal über die eigenen Worte: „Nun aber ist dieser Text in der taz erschienen.“ Nicht in „Konkret“, nicht im AK, nicht in der „UZ“. Auch früher sind in diesen Zeitungen solche Texte nicht erschienen. Aber seit 1979 ist Vergleichbares immer und immer wieder in der „taz“ zu finden gewesen. Während in dem aktuellen Streit so gut wie jede Fraktion in der „taz“ zu Wort kam, wurde ausgerechnet der einzige Debattenbeitrag zensiert, der sich ausdrücklich auf ein linkes Selbstverständnis beruft. Oliver Tolmein, der sich ziemlich einsam in der Zeitung fühlte, hatte sein Ausscheiden aus der „taz“ schon vor diesem Konflikt beschlossen.**

Die „taz“ ist träge in ihrer Wahrnehmung antisemitischer Tendenzen und Strömungen. Auch zu der aktuellen internen Auseinandersetzung wäre es ja ohne massive Interventionen von LeserInnen nicht gekommen. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis für die „taz“, es ist gleichzeitig Ursache für den merkwürdigen Verlauf der Debatte: So schweigsam die „taz“ tagelang war, so wuchtig und markig wird jetzt versucht, Position festzuschreiben — der Rahmen aber bleibt eng gesteckt. Die Schuldigen sind gefunden und sollen gekündigt werden — der Minimalkonsens, „daß der Mord an den Juden kein Anlaß für ein Wortspiel sein darf“ (Hartung), soll künftig das gute Image wahren, und die bis dahin geführte Debatte wird unter der Rubrik „wir können auch selbstkritisch sein“ dann doch wieder, irgendwie, positiv gesehen. So einfach, denke ich, sollte sich die „taz“ nicht aus der Diskussion stehlen können. Die Artikel von Kapielski, eine Wortschöpfung wie das Drostesche „Euternasie“, das Desinteresse einer Redakteurin an der deutschen Geschichte stehen nicht isoliert in der „taz“ — und sie kommen nicht aus dem Nichts.

Es gibt, entstanden während der laufenden Konzeptdebatte in der „taz“, ein umfangreiches Papier „Anmerkungen zur Verbesserung einer linken Tageszeitung“: Es ist von einzelnen RedakteurInnen geschrieben, basiert aber auf einem Konsens über Orientierung und Charakter der „taz“. Das Papier enthält auch einen Grundsatzartikel „Weiter denken!“ von Matthias Bröckers, der, damit voll auf Linie der „frechen taz“, gegen *„sozialkritischen Einheitssound und linksgestrickte Ärmelschonerprosa“* polemisiert und für eine *„ausgefeilte Schimpf-Kultur“* plädiert. In dem Artikel wird als wichtige Ursache für die *„eigentümliche Miesepetrigkeit“* der „taz“ genannt: *„Ihr dogmatisches Steckenpferd haben fast alle* (taz-MacherInnen, Anm.O.T.): *der eine schleppt die NS-Opfer im Gepäck, die andere 3.000 Jahre Unterdrückung der Frau, dem dritten gilt Rot/Grün als das allein Seligmachende, dem vierten die Guerilla in Lateinamerika... wo aber eine ganze Herde hochheiliger Kühe weidet, kann kein rauschendes Schlachtfest stattfinden.“*

Daß die Vorliebe für rot/grüne-Bündnisse hier in einem Atemzug mit dem Engagement für die Opfer der Nationalsozialismus genannt wird und beides unter die Kategorie des „dogmatischen Steckenpferdes“ fällt, hat seine Ursache nicht nur in mangelnder Sensibilität und Geschichtsunbewußtsein, sondern zu wichtigen Teilen auch in der politischen und ökonomischen Orientierung der „taz“. Ein in linken Kategorien denkender (und das ist ein geschichtsbewußter und antinazistischer), auf Interventionen in der Linken zielender Journalismus hat in der Zeitung nie eine entscheidende Rolle gespielt, den Schritt zum etablierten bürgerlichen Journalismus (der sich bestimmten Anstandsregeln verpflichtet weiß und Tabus kennt) hat sie nicht vollzogen: Für das erste fehlt dem überwiegenden Teil der „taz“-RedakteurInnen die Überzeugung, für das zweite fehlen subjektiv der kulturelle background und objektiv der Markt. Stattdessen versucht sich die „taz“ als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“: Propagandistin einer nicht näher qualifizierten „Schimpfkultur“ — und Spezialistin im Brechen vorzugsweise linker Tabus.

Auffallen tut not. Auffällig sind Porno-Seiten in der „taz“, Vergewaltigungsphantasien, ausländerdiskriminierende Sentenzen und Tiraden — am provokantesten aber ist und bleibt die sprachliche Normalisierung der Shoah, der Vernichtung der Juden durch Deutsche, durch Vergleiche, durch Wort-„Spiele“, durch offenherzig und bewußt vorgetragene Ignoranz. Das zu kritisieren, nach den Ursachen dafür aber nicht zu fragen und die Wege dorthin offenzuhalten — das ist kaum mehr als der Versuch, ein positives Image zu behalten, ohne wirklich etwas infrage stellen zu wollen.

Wo „rauschende Schlachtfeste“ in erster Linie stattfinden, damit die „taz“ einen eigenen Akzent hat, Profil gewinnt und damit Auflage, zählt vor allem die Stimmung. Ist die Stimmung gut, ist alles erlaubt, wird die Stimmung mies (gemacht) — aber auch wirklich erst dann — wird Einhalt geboten. Deswegen ist es auch keineswegs ein Betriebsunfall oder ein Zufall, daß die tazlerInnen selber weder verhindern konnten, daß die jetzt kritisierten Texte erschienen sind, noch es geschafft haben, die Diskussion darum selbst auf den Weg zu bekommen. Die Reaktion der „Zielgruppe“ ist zum alleinigen Maßstab geworden, es gibt keinen gemeinsamen, eigenen politischen, sprachlichen und moralischen Maßstab, der verhindert, daß Texte wie die jetzt geschriebenen überhaupt geschrieben und sogar veröffentlicht werden.

Die Auseinandersetzung um linken Antisemitismus, um sprachliche Verluderung, die Ausdruck politischer Verluderung ist, verträgt keine Halbheiten — sie muß konsequent geführt werden. Deswegen ist dieser Konflikt tatsächlich kein „taz-üblicher“, deswegen kann auch gegen Sanktionen, wie beispielsweise die Kündigung, nicht mit dem Verweis darauf, daß es um die lange geplante Ausschaltung der internen Opposition gehe, argumentiert und angegangen werden. Wer feststellt, *„wir alle lachen doch auch mal heimlich über Judenwitze“* oder bekennt, *„Ich beschäftige mich nicht mit deutscher Geschichte“* hat in einem linken Projekt — und es wird hier ja die angebliche Ausgrenzung der „Linken“ kritisiert — nichts verloren, grenzt sich selber aus.

Konsequent zu diskutieren, heißt aber mehr. Es geht darum zu verhindern, daß sich dieser Skandal wiederholt — es geht auch darum zu klären, auf welcher politischen Grundlage die Kündigungen jetzt ausgesprochen werden, was sie vom sonst so vollmundig kritisierten „Stalinismus“ unterscheidet. Bemerkenswert ist, daß hier arbeitsrechtliche Sanktionen gerade von den Leuten propagiert und gefordert werden, die sich ansonsten für eine unbedingte, ausgrenzungslose „Streitkultur“ stark machen — die unter anderem deswegen gegenüber sexistischen Provokationen (zuletzt bei der Porno-Seite) auffällig tolerant sind, die aber auch in der Diskussion um antifaschistische Strategien gegen jede Form von Repression argumentieren. Gegen ein Verbot neonazistischer Gruppen zu sein, in diesem Bereich ausschließlich auf Überzeugungsarbeit zu setzen und damit auch nazistische Propaganda in Kauf zu nehmen, andererseits aber in der internen Debatte schnell und entschlossen zu formalen Sanktionen wie Schreibverbot und Kündigung zu greifen, scheint mir ein politischer Widerspruch, der nicht stillschweigend übergangen werden kann, sondern erklärt und diskutiert gehört.

Und noch etwas gehört in die Diskussion, sollte das Engagement wirklich so ernst gemeint sein. Klaus Hartung schreibt: *„Wir gebrauchen nationalsozialistische Begriffe, um unsere Gegner zu treffen, um etwas politisch zu klären, um uns zu verteidigen. Wir sind nicht frei... Es kommt alles darauf an, aus dieser Erkenntnis kein psychologisches Phänomen zu machen... Ein Kodex wäre absurd, aber wie wäre es mit der Bereitschaft, sich auch öffentlich schämen zu können und persönliche Verantwortung für Beschämendes zu übernehmen?“* Ich gehöre nicht zu dem kollektiven Wir, das Hartung dort behauptet — aber er gehört tatsächlich dazu. 1986, nachdem die Alternative Liste (Westberlin) ihre KandidatInnen für den Bundestag benannt hatte, hat Klaus in der „taz“ die gewählten vier, die ihm das nötige Profil nicht zu haben schienen, als *„Parasiten der öffentlichen Hand“* bezeichnet. Diese Terminologie auf Menschen anzuwenden, das weiß Hartung und darauf ist er hingewiesen worden, ist nazistisch — die Implikationen liegen auf der Hand: Parasiten gehören ausgemerzt, vernichtet. 1986 war in der „taz“ keine Entschuldigung für diesen, nicht einmal eine Distanzierung von diesem Sprachgebrauch möglich. Heute scheint es mir das Geringste, daß gerade jemand, der in der aktuellen Antisemitismus-Diskussion sich mit großem Pathos in die Rolle des moralischen Gewissens der „taz“ begibt, auch Ernst macht mit seiner Aufforderung, „persönlich Verantwortung für Beschämendes“ zu übernehmen — und sich mindestens entschuldigt.

**Oliver Tolmein**

# Schwierigkeiten des Erinnerns und des Gedenkens

## Jutta Oesterle-Schwerin auf dem Antisemitismus-Kongreß, 6.11.88 in Frankfurt

Am 5./6.11.88 fand in Frankfurt ein Kongreß der GRÜNEN gegen Antisemitismus statt. Auf dem Abschlußplenum hielt Jutta Oesterle-Schwerin, Bundestagsabgeordnete für die GRÜNEN, einen Beitrag zum „Erinnern und Gedenken“, in dem sie gleichzeitig begründete, weshalb sie an der Bundestagsgedenkstunde nicht teilnehmen konnte und wollte. Wir dokumentieren im folgenden diesen Beitrag, den sie uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Die Art und Weise, wie die Erinnerung und das Gedenken an 12 Jahre NS-Herrschaft von offizieller oder halboffizieller Seite in der Bundesrepublik inszeniert werden, ist sowohl für die Nachkommen der Täter als auch für die Nachkommen der Opfer fast unerträglich: Sie ist durch drei Negativmerkmale gekennzeichnet:

Erstens durch die Täter-Opfer-Identifikation; zweitens durch die fast völlige Vernachlässigung des Widerstandes und dessen Reduzierung auf die „Männer des 20. Juli“ und drittens dadurch, daß immer nur einem *Teil* der Opfer gedacht wird und damit auch immer nur ein *Teil* der Verbrechen anerkannt wird.

Erstes Merkmal: Mit der Täter-Identifikation meine ich die Auffassung, die besagt, daß *alle* Deutschen, egal welcher Generation sie angehören, sich gefälligst schuldig zu fühlen haben. Man muß sich mal überlegen, wie grotesk es ist, daß man in den 50er und 60er Jahren einer ganzen Generation von sympathischen, netten, nach links tendierenden jungen Menschen gesagt hat, „Ihr seid schuldig“ oder wenigstens „mitschuldig“, und gleichzeitig den *wirklichen* Verbrechern erlaubt hat, frei herumzulaufen, wichtige Positionen zu besetzen, oder sie nur ganz geringfügig bestraft hat. Man muß sich mal klarmachen, welchen *Entlastungseffekt* die „Kollektivschuld“ für die wirklich Schuldigen gehabt hat.

Es gibt für die Unrecht Beschuldigten vier Möglichkeiten, damit umzugehen:

Die erste Möglichkeit ist es, den Vorwurf der Kollektivschuld zu akzeptieren. Dazu sind aber nur sehr wenige Menschen willens und in der Lage. Die meisten Menschen entscheiden sich für den zweiten Weg — sie verschließen sich dem Thema und wollen von ihm nichts oder „nichts mehr“ hören.

Die dritte Möglichkeit ist die Suche nach dem *Entlastungseffekt* — die Suche nach vermeintlichen Fakten, durch die bewiesen werden soll, daß die Opfer auch nicht viel besser sind als ihre Mörder.

Der vierte Weg, den ich für den gefährlichsten halte, ist die *Verinnerlichung*, die Täteridentifikation anzunehmen, sich mit den Täter zu identifizieren und dabei die Bereitschaft zu entwickeln, selbst zum Täter zu werden. In anderen Lebensbereichen nennen wir das *„Kriminalisierung“*.

Das Aufoktroyieren von Schuldgefühlen für die Taten der Väter und Großväter, die Identifikation *aller* Deutschen mit den Mördern ist für 90 Prozent aller Menschen äußerst kontraproduktiv. Sie verhindert meiner Meinung nach die Distanzierung von den Verbrechen und verbaut jegliche Chance dafür, daß dieses Volk eines Tages dazu in der Lage sein wird, ein neues Unglück zu verhindern. Ich denke, daß diejenigen, die Faschismus und Antisemitismus verhindern wollen, sich das noch mal ganz genau überlegen sollten.

Genauso unerträglich finde ich es allerdings, über längere Zeit hinweg als Opfer identifiziert zu werden. Es passiert mir mindestens zweimal im Jahr, daß ich von gutmeinenden Freundinnen oder Freunden gefragt werde, „warum bist Du nach Deutschland *zurück*gekommen“, „wie kannst *Du hier leben*“, oder „ich als Jüdin würde das nicht aushalten, hier zu leben, nach allem, was man *Euch angetan hat* ...“. In den ersten Jahren meines Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland reagierte ich noch relativ geduldig auf solche Einwürfe. Heute ist meine Geduld gerissen, und ich frage zurück: „Habt *Ihr* denn den Nazis ihre Verbrechen verziehen?“ „Wie könnt *Ihr* denn hier leben und arbeiten, nach allem, was passiert ist ...?“

Ein zweites Negativmerkmal des Erinnerns und des Gedenkens ist die fast völlige Ausblendung des Widerstandes. Es hat ja schon *wenig genug* Widerstand gegeben. Aber es hat mehr gegeben, als nur die „Männer des 20. Juli“. In der Bundesrepublik wird aber ein großer Teil des Widerstandes aus ideologischen Gründen ausgeblendet und ignoriert: Weil es Kommunisten und Sozialdemokraten waren oder aufmüpfige Christen oder Deserteure oder einfach kleine renitente Leute, die hier und da Gefangenen geholfen oder gar Juden versteckt haben. Dieser Widerstand, den es durchaus gegeben hat, wird von offizieller Seite fast völlig vernachlässigt, *weil man solche Vorbilder nicht haben will:*

Weil man an Kommunisten nichts Positives lassen will, weil Deserteure keine *Vorbilder* sein dürfen und weil man die Renitenz kleiner Leute gegen die Obrigkeit nicht loben oder gar fördern will.

Das ist das zweite Merkmal, durch das beispielsweise eine Gedenkstunde im Bundestag unerträglich wird, mit oder ohne Heinz Galinski als Redner.

Es ist doch wesentlich mehr als geschmacklos, wenn ein Mensch wie Jenninger, in dessen Bundesland Baden-Württemberg erst vor kurzem das Anbringen einer Gedenktafel für Lilo Herrmann (kommunistische Widerstandskämpferin, Stuttgart/Berlin) an der Uni Stuttgart verboten wurde, die Gedenkrede zum November-Pogrom im Bundestag hält. Oder?

Wenn man nur den Opfern gedenkt und nicht auch den wenigen, die Widerstand geleistet haben und dadurch Opfer gerettet haben oder selbst zu Opfern geworden sind, dann bringt man dadurch zum Ausdruck, *daß man selbst nicht gewillt ist, eine Wiederholung zu verhindern.*

Die fast völlige Ausblendung des Widerstandes verhindert die Entstehung von positiven Identifikationsmöglichkeiten.

In Israel, wo ich in die Schule gegangen bin, ist man in dieser Beziehung viel schlauer. Dort wird z.B. der Warschauer Ghettoaufstand, der innerhalb von 12 Jahren NS-Herrschaft in Wirklichkeit nicht mehr als eine kurze Episode war, überproportional hervorgehoben. Und zwar einfach deswegen, weil israelische Kinder und Jugendliche das Ausmaß des Elends und des Grauens, von dem sie in der Schule erfahren, gar nicht aushalten würden, wenn es nicht auch Figuren wie Mordechei Anilewitsch (Führer des Ghettoaufstandes) gegeben hätte. Ich selbst hätte es auch nicht ausgehalten, wenn ich mich als Mädchen nicht auch an Personen wie Channa Senesch und Chawiwa Reik hätte orientieren können, die in den 40er Jahren mit ihren Fallschirmen über Nazi-Deutschland abgesprungen sind und hier Sabotageakte verübt und Menschen rausgeholt haben.

Du hältst es doch sonst gar nicht aus. Es ist nicht nur die Täteridentifikation, sondern auch die Identifikation als Opfer auf die Dauer unerträglich.

Deswegen finde ich es ganz schrecklich, daß Jugendlichen in der Bundesrepublik die Möglichkeit vorenthalten wird, sich an Figuren wie Lilo Herrmann zu orientieren.

Das dritte Negativmerkmal, unter dem in der Bundesrepublik gedacht und erinnert wird, ist die Reduzierung des Gedenkens auf nur einen *Teil* der Opfer und die damit verbundene Ignorierung eines großen Teils der Verbrechen.

Die Verbrechen an den Juden werden heute nur noch von den ganz Unverbesserlichen geleugnet. Ich muß aber immer wieder darüber staunen, wie wenig über das bekannt ist, was sonst noch passiert ist. Ich muß immer wieder feststellen, daß es Menschen meiner Generation gibt, die die Namen Lidice und Oradour nicht kennen.

Auf einer wohnungspolitischen Reise in die Sowjetunion, an der SPDler, SEWler und GRÜNE teilnahmen, stellte ich erst vor ein paar Wochen betroffen fest, daß die Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht, die 900 Tage andauerte und bei der 600.000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erfroren oder verhungert sind, nur einem kleinen Teil dieser Linken-Reisegruppe bekannt war.

Natürlich hat auch diese Reduzierung des „Erinnerns und Gedenkens“ durchaus ihre Funktion: Ohne sie wäre beispielsweise der Aufbau der Bundeswehr nicht möglich gewesen.

Das sind die Gründe dafür, warum eine Gedenkstunde im Bundestag für mich unerträglich ist.

In Ulm, der Stadt, in der ich seit fast 20 Jahren lebe, gibt es dagegen die Gedenkstätte „KZ oberer Kuhberg“. Dort waren Kurt Schumacher und Lilo Herrmann und viele, viele andere eingesperrt, und dort treffen sich jedes Jahr ca. 300 Personen — Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden und deren Kinder und Enkelkinder. Bis vor ein paar Jahren hat auch Inge Scholl an dieser Gedenkfeier regelmäßig teilgenommen. An dieser Gedenkstunde nehme auch ich teil.

# Eine Aufforderung, Erich Fried zu lesen

## Anmerkungen statt eines Nachrufs

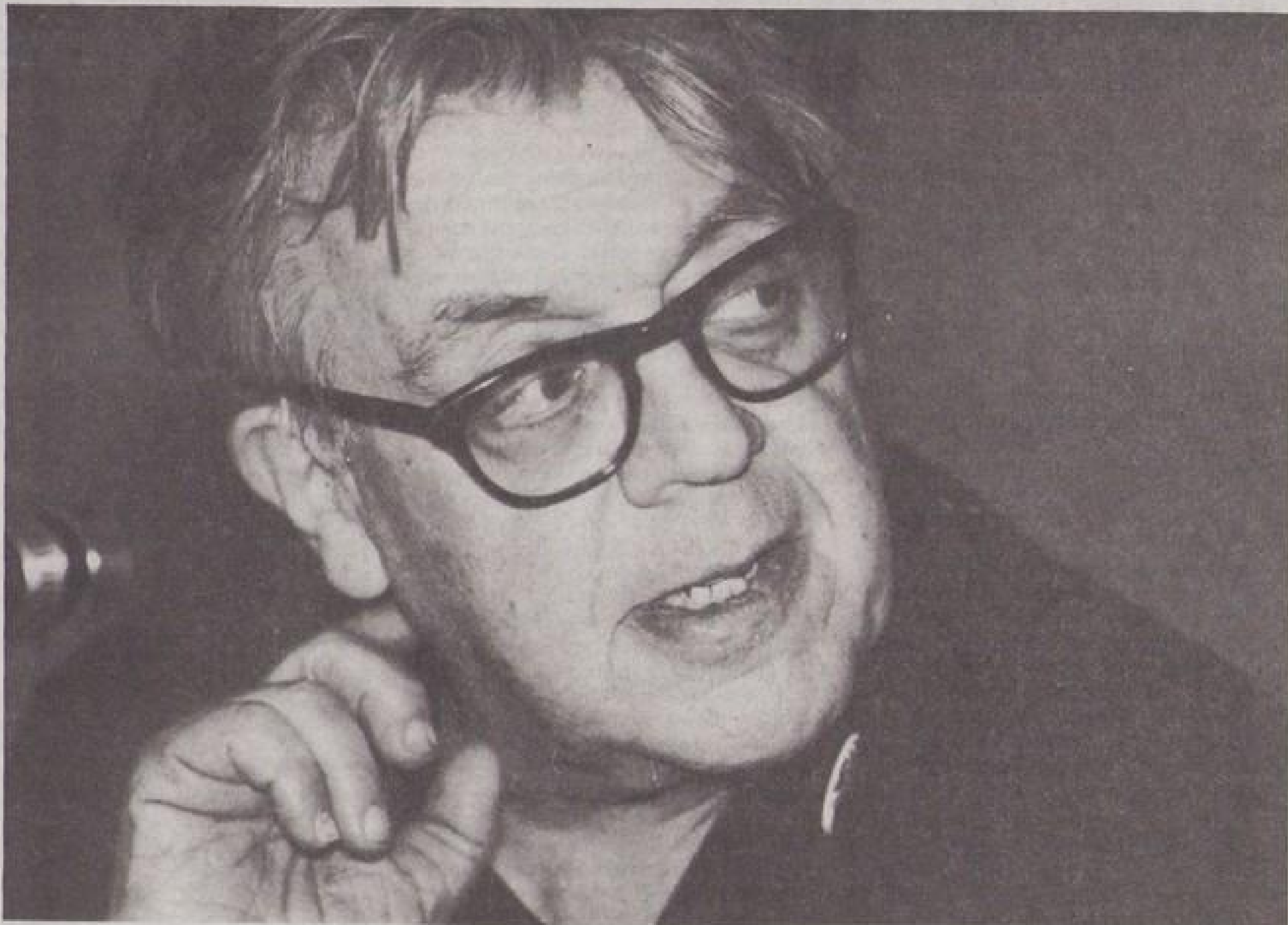


Foto: H. Wojahn

„100 Gedichte ohne Vaterland“ sagt/ er hat Angst// aber hab Angst/ vor wie Bambusstäbe oder wie Menschen

**„100 Gedichte ohne Vaterland“ heißt ein kleines, graues, 1978 publiziertes Buch mit gesammelten Arbeiten von Erich Fried. Heimatlos war Fried in mehrfacher Hinsicht: als Österreicher in Deutschland, als Deutscher in der Emigration und als Jude in der Welt. Und auch die Heimat, die Fried nach Meinung des „FAZ“-Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki gefunden hat, die westdeutsche Linke, hat ihm kaum eine zuverlässige Basis und einen angenehmen Unterschlupf geboten — eher war er jemand, auf den nach Bedarf und sehr selektiv zurückgegriffen wurde. Paßte seine scharfe Kritik am Staat Israel ins eigene Konzept, wurden seine Gespräche mit dem Neonazi Michael Kühnen ignoriert; wurde seine Überzeugung, daß Ulrike Meinhof ermordet wurde, zitiert, geriet seine scharfe Kritik an der RAF schnell aus dem Blickfeld; gefielen seine aphoristischen politischen Sentenzen, erschienen die Liebesgedichte als unnütz — und so sehr Frieds Attacken gegen den Imperialismus berechtigt erschienen, so folgenlos blieb zumeist seine Kritik am Umgang unter GenossInnen: „Feinde/ sind zu weit entfernt/ und meistens/ zu gut gesichert// Drum ernenne Freunde/ zu Feinden/ und schlag ihnen/ die Fresse ein// Machst du sie dadurch/ erfolgreich/ zu Gegnern/ so kannst du dich rühmen:// Ich war der erste/ der aufstand/ und losschlug/ im Kampf gegen sie“ (Anleitung zur Erhaltung der Schlagkraft in: „Unter Genossen“).**

In einem Interview mit dem „Arbeiterkampf“ hat Erich Fried 1984 auf die Frage nach seiner Identität in dem „Kuddelmuddel der westdeutschen Linken“ gesagt: *„Ich bin nicht identisch mit mir, sondern ich wackle, ich gucke verzweifelt nach überall hin, wo man einen Halt und einen Anhaltspunkt gewinnen könnte, um wirksam zu werden. Aber davon findet man nicht viele. Die ganzen Bestrebungen um eine neue Lebensqualität sind potentielle Rebellionen, die zum Teil in Handwerkelei und Theoriemangel steckenbleiben, aber nicht unbedingt daran ersticken müssen.“*

Frieds außergewöhnliche Offenheit, seine Suche in alle Richtungen, seine Kritik an dogmatisch verhärteten Positionen hatte nie etwas mit Unentschlossenheit zu tun — seine Parteilichkeit stand so wenig außer Frage, wie die Intensität seines Engagements. Aber er beharrte auf dem Recht zum Irrtum und der Pflicht zum Zweifel: *„Zweifle nicht/ an dem/ der dir sagt/ er hat Angst// aber hab Angst/ vor dem/ der dir sagt/ er kennt keinen Zweifel“* (aus: „Unter Genossen“). Diese, nach Brecht, Arbeit am nächsten Irrtum, Frieds keineswegs reuige oder demutsvolle, sondern höchst selbstbewußte, permanente Selbstkritik, aber auch seine Lust, andere zu kritisieren und zu korrigieren, machen einen wesentlichen Wert seiner Arbeit aus: das poetische Verfahren und die politische Absicht lassen sich dabei nicht voneinander trennen.

Am offensichtlichsten wurde die Radikalität, mit der Fried bereit war, seine eigene Arbeit in Frage zu stellen, als er anläßlich einer Neuveröffentlichung früherer Gedichte 1968 diesen jeweils „Gegengedichte“ entgegensetzte, die alte Positionen revidierten. Wie uneitel und die eigene Schreibarbeit genau bewertend Fried denkt, hat er seitdem immer wieder deutlich gemacht. Beispielsweise auf einer Veranstaltung im November 1987 nach der Verleihung des Georg-Büchner-Preises in Darmstadt, als es um ein Gedicht von ihm zum Mord an den Polizisten an der Startbahn-West ging: *„Das Gedicht ist nicht gut, und auch das Wort Ausgewogenheit ist schlecht, denn auch die Ausgewogenheit der Gewalt wäre eine Katastrophe. Ich habe das nur in der ersten Empörung über dieses Tamtam geschrieben, damals“.*

### und Vietnam und

Das Schreiben aus der keineswegs nur reflexartigen, sondern — wie das meist in den Gedichten verarbeitete Material zeigt — reflektierten Empörung heraus hat Fried Mitte der sechziger Jahre zu einem der wichtigsten Autoren der Linken gemacht: Sein Konzept des aufklärenden, in die politischen Auseinandersetzungen intervenierenden Gedichts, das ästhetische Methoden der gerade modernen konkreten Poesie mit dem Engagement der aufkommenden Revolte verknüpfte, hat eine ganze Generation von SchreiberInnen inspiriert und zahllose NachahmerInnen gefunden. Mit dem 1966 veröffentlichten Gedichtband „und Vietnam und“ beschritt er aber nicht nur literarisches Neuland, sondern trug auch zu einem Gutteil zur Information über die anfangs geleugnete militärische Aggression der USA in Vietnam bei. Eines der berühmtesten und seine Methode charakterisierenden Gedichte ist „17.-22. Mai 1966“: *„Aus Da Nang/ wurde fünf Tage hindurch/ täglich berichtet:/ Gelegentlich einzelne Schüsse// Am sechsten Tag wurde berichtet:/ In den Kämpfen der letzten fünf Tage/ in Da Nang/ bisher etwa tausend Opfer.“*

So wie Fried den offiziellen Nachrichten mißtraut, genau hinhört, mit seinen Gedichten Widersprüche aufdeckt und dadurch einen Erkenntnisprozeß in Gang setzt, spürt er auch seinem Arbeitsmaterial, der Sprache, und ihren Veränderungen und Implikationen nach: nach dem Nicht-Gesagten im Gesagten und Geschriebenen. *„Warum warst du nicht wie der Baum Trung Quang?/ sagt ein Mädchen// Das heißt/ ihr Geliebter ist einer von den Verbrannten// Die Blätter des Baumes Trung Quang fangen nicht Feuer/ wie Bambusstäbe oder wie Menschenhaut// Fauler Hund/ heißt eine eiserne Kreuzung/ von Fliegerbombe und Dumdumgeschoß/ Sicherheitszünder/ heißt ein Bauer den man vorantreibt/ an einem Strick über ein Minenfeld …“* („Was alles heißt“).

Fried, der sich schon in den Anfängen gegen den Vietnamkrieg der USA engagiert hatte, beschränkte sich auch damals nicht auf Intervention durch das Verfassen von Gedichten: Er verstand sich als Teil der Bewegung, nahm an Veranstaltungen teil, reiste herum, diskutierte auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß 1968. Er kündigte die Solidarität mit den GenossInnen auch nicht auf, als diese Wege beschritten, die er als fatal falsch analysierte. Die Motivation der Gruppen, die den bewaffneten Kampf gegen den BRD-Staat aufnahmen, war für ihn allemal ehrenwerter, als das Moralisieren der Herrschenden gegen den „Terrorismus“. Als sich über die Jahre, angesichts verstärkter Repression, zunehmender Aussichtslosigkeit des bewaffneten Kampfes in der Metropole und fragwürdiger Aktionen der RAF, beispielsweise gegen das Springer-Hochhaus in Hamburg, immer mehr Linke von dieser Fraktion distanzierten, nahm sich Fried das Recht, auch weiterhin genau hinzusehen, Feinde als Feinde zu bezeichnen und das staatliche Vorgehen scharf zu kritisieren: *„Aber seht die Behafteten/ und ihre verwaffneten Verwacher/ und was die Gerichte bezapfen/ vor die man sie stellt/ Seht euch diese Verweisbefahren an/ die Haftverfehle/ und Bestöße gegen das Grundrecht/ die Bedrehungen und ausweichenden Verscheide/ dann die Hauptbehandlungen/ und die begnügten Verichterstatter/ und zuletzt die Beurteilten/ und die vergnadigten Kronzeugen“* (Verstandsaufnahme aus: „Fast heiter“). Fried stand als Gesprächspartner, aber auch als Unterstützer abgetauchter Illegaler zur Verfügung. Er, der selbst vor den nazistischen Machthabern 1938 nach England geflohen war, half jetzt GenossInnen wie Astrid Proll, sich der Verfolgung zu entziehen, die oft genug im „Vorbeugemord“ (Fried über die Erschießung Georg von Rauchs durch die Polizei) endete.

In der bürgerlichen Öffentlichkeit führte die vermutete Sympathisantenschaft zu wütenden Attacken gegen den *„Verschwörungsneurotiker“* (Theo Sommer in der „Zeit“), der *„Mörderpoesie“* schreibe (die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nach Frieds Gedicht über den erschossenen Generalbundesanwalt Buback, das auch von der „Zeit“ heftig angegriffen wurde). Als eine Bremer Lehrerin im Deutschunterricht das Fried-Gedicht „Die Anfrage“ diskutierte, kam es zum Eklat: Protestierende Eltern wurden vom Vorsitzenden der bremischen CDU-Bürgerschaftsfraktion Bernd Neumann unterstützt, der öffentlich äußerte: *„Ja. So etwas würde ich lieber verbrannt sehen, das will ich Ihnen einmal ganz eindeutig sagen.“* In der lokalen Presse waren über Wochen Überschriften wie folgende zu lesen: *„Fried-Gedicht bleibt Streitobjekt. Kinder nach Wochen noch unter Schockeinwirkung“* oder *„Gedicht-Affäre bringt SPD und Liberale ins Zwielicht“.*

1977 markiert auch eine Veränderung in Frieds Schreiben. Nach seiner Gedichtsammlung „So kam ich unter die Deutschen“ veröffentlichte er noch im gleichen Jahr „Die bunten Getüme“. Es folgten „Liebesgedichte“, ein Band mit dem Titel „Lebensschatten“, „Zur Zeit und Unzeit“. *„Wenn es in den Vietnam-Gedichten, mit zielbewußter Radikalität, um die Politisierung der Poesie, um die Erschließung der öffentlichen Dimension gegangen war, so geht es in Frieds Lyrik der achtziger Jahre, in eher vorsichtigen Suchbewegungen um die Erschließung jener Bereiche, die bislang in stillschweigender Übereinkunft, auch gerade auf Seiten der Linken, aus dem Bereich des Politischen ausgeblendet worden waren. Es geht, mit anderen Worten, um einen Begriff des Politischen, der unmittelbar aus der Lebenswelt der Menschen entwickelt und auf sie bezogen erscheint und ihr nicht bloß als mehr oder weniger abstraktes Regelsystem gegenübergestellt wird“*, schreibt Hanjo Kesting in einer umfassenden Würdigung Frieds 1985. Was Kesting als Abschied von einem alten Konzept und Hinwendung zu einem neuen beschreibt, wirkt bei Lektüre der Gedichtbände seitdem eher wie eine Erweiterung der Themen und Methoden: Fried hat auch in den Jahren nach 1977 immer wieder heftig und engagiert mit seinen Gedichten (und ohne sie, wie beispielsweise durch seine Besuche beim damals noch inhaftierten Michael Kühnen) interveniert und versucht, Zeichen zu setzen.

### „Höre, Israel!“

„Höre, Israel!“

Die Kontinuität seines Interesses ist am deutlichsten nachzulesen in seinen Gedichten gegen die herrschende Politik des Staates Israel. Seine Parteilichkeit gegen das Unrecht an den Palästinensern hat ihm hierzulande heftige Kritik und, wie zu vermuten ist, viele falsche Freunde eingetragen: Frieds kompromißlose Position ist in der öffentlichen Auseinandersetzung nämlich zumeist verkürzt und aus dem Zusammenhang seiner Arbeit gerissen wahrgenommen worden.

Schon in der Einleitung zu „Höre,Israel!“ stellt Fried klar, daß sich seine Gedichte *„ebenso gegen den Zionismus wie gegen das Regime in Jordanien oder Saudi-Arabien und gegen alle (wenden), die durch Verfolgung von Juden und antisemitische Schikanen den Zionisten Zuzug entwurzelter und verzweifelter Menschen schaffen“.* Auch die von ihm in etlichen Texten gezogenen Parallelen zwischen israelischer und NS-deutscher Politik hält er in der „Einleitung“ für erklärungsbedürftig: *„Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche ziehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut; auch die Entstehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entziehen sich dem Vergleich. Aber weil viele Israelis deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergebens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde von gestern zeigen, drängt sich dieser häßliche Vergleich manchmal auf und kann auch in den Gedichten nicht ganz fehlen, gerade weil sie verhindern helfen wollen, daß er in Wirklichkeit immer gültiger und zwingender wird.“*

Der Band beginnt mit einem Kapitel über „Judenfragen“ — vor die Kritik an der israelischen Politik stellt Fried Überlegungen zum Antisemitismus und die Erinnerung an die Vernichtung: *„Nach neunzehn Jahrhunderten/ wurde in Rom verkündet/ daß Israel nicht Kollektivschuld/ am Tode Christi trägt// Nun werden auch/ die toten Juden erklären:/ Wir wurden niemals erschlagen/ von Christenhand“* („Fortschritt“). Hieran schließen sich Gedichte an, die zionistische Texte von Theodor Herzl und Max Nordau in Verse zerlegen, gefolgt von dem titelgebenden Zyklus zum 6-Tage-Krieg (*„Nicht als Fremder und nicht als Feind/ von Haß gegen Euch entzündet/ ich spreche als einer von euch/ der auch Irrwege kennt// In den Gaskammern und in den Öfen/ wo eure Familien vergingen/ wurden auch meine Verwandten/ vergast und verbrannt“*). Im vierten Teil bringen die „Trockenen Gedichte“ neben der Erinnerung an die Massaker an Palästinensern auch ein bemerkenswertes poetisches Selbstverständnis zum Ausdruck: *„Ich weiß, daß diese Gedichte/ trocken sind/ vom Staub des Unrechts bedeckt/ das sie bekämpfen// Aber bleibt mir die Wahl/ von anderen Dingen zu schreiben“.*

Fried erinnert durch die Übersetzung eines Gedichts von Mordechay Avi Shaul auch an die innerisraelische Opposition und warnt, wenn auch nicht explizit an die Adresse der westdeutschen Linken gerichtet, vor einer neuerlichen nationalistischen Sicht auf den Konflikt um Israel: *„Die Türken waren/ eure Unterdrücker/ aber Nazim Hikmet war Türke/ und er war nicht euer Unterdrücker./ Vergeßt nicht: es war kein Kampf/ gegen alle Türken// Die Israelis/ sind eure Unterdrücker/ aber Mordechay Avi Shaul/ und Israel Shahak/ sind Israelis/ und sind nicht eure Unterdrücker/ Vergeßt nicht es ist kein Kampf/ gegen alle Israelis// Die Imperialisten/ sind eure Unterdrücker/ aber die Imperialisten/ haben keinen Israel Shahak/ keinen Mordechay Avi Shaul/ und keinen Nazim Hikmet/ Vergeßt nicht es ist ein Kampf/ gegen alle Imperialisten“* („Vergeßt nicht!“).

### „Darmstadt ist roma-rein“

In Frieds Werk ist die Kritik an Israel mit der Erinnerung an den deutschen Nationalsozialismus und mit der Aufdeckung bitterer und gefährlicher Kontinuitäten untrennbar verknüpft — und alles zusammen hat ihn immer wieder zur Aktivität, zur Analyse, zum Angriff gegen Selbstberuhigung getrieben. Hier ist auch der Grund dafür zu suchen, daß Fried allen Ehrungen und allem Respekt zum Trotz, die er empfing, nie zu einem etablierten Schriftsteller wurde. Ihn zu würdigen, blieb für die Würdengeber immer ein Risiko: Konventionen nahm Fried zum Anlaß, die dahinter versteckten Interessen und Machtstrukturen zu entdecken. Er ließ seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen nicht institutionalisieren, versuchte immer dort, wo ihr durch Vereinnahmung die Spitze gebrochen werden sollte, einen neuen Angriff zu entwickeln.

Zum letzten großen Eklat kam es, als er 1987 einen der renommiertesten Literatur-

Zum letzten großen Eklat kam es, als er 1987 einen der renommiertesten Literaturpreise erhielt, die im deutschsprachigen Raum vergeben werden, den Georg-Büchner-Preis. Er nutzte die Preisrede, um festzustellen, daß Büchner die Gewalt der Revolutionäre als Gegengewalt aufgefaßt und gerechtfertigt hatte und *„sich wahrscheinlich in unserer Zeit zur ersten Generation der Baader-Meinhof-Gruppe geschlagen hätte … Büchner hatte das Glück, zu einer Zeit, in der es noch ein barmherzigeres Asylrecht gab als heute, fliehen zu können und zu sehen, daß man mit dem bewaffneten Kampf in einer nichtrevolutionären Zeit nicht weit kommt. So wie das in unserer Zeit Peter Jürgen Boock eingesehen hat, dem aber seine mutige Wendung gegen den individuellen Terror wenig genützt hat.“* Fried thematisierte die Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion von Stammheim, griff den wachsenden Antisemitismus in der Bundesrepublik an und ließ die Festveranstaltung beinahe platzen, als er massiv die Darmstädter Stadtverwaltung kritisierte, deren Politik eine systematische Vertreibung der Roma aus der Stadt bedeutete: *„Darmstadt“*, so Fried *„ist roma-rein. Das Wort ist dem Wort judenrein nachgebildet. Obwohl solche Vergleiche immer hinken. Während die Juden nach 1945 immer Wiedergutmachung bekamen, erhielten die Angehörigen von vergasten Roma nichts dergleichen …“*

Henryk M. Broder hat vor einiger Zeit im „Spiegel“ das unermüdliche Engagement Frieds als „Trauerarbeit vom lyrischen Fließband“ denunziert: *„Was Fried vermittelt, ist das Gefühl, an Auseinandersetzungen, Klassenkämpfen und Revolutionen teilzunehmen, immer auf der richtigen Stelle der Barrikade und dabei mittendrin in der alternativen Wohnküche mit Che- und Rudi-Posters an der Wand. Er ist die Mutter Terese für den kritischen Studienrat mit SDS-Erfahrung.“* Diese herablassende Bewertung, die den Fehler macht, von Frieds Bewunderern auf seine Lyrik zu schliessen und ansonsten vor allem Ausdruck von Broders Bewertung des Friedschen Engagements für die PalästinenserInnen ist, korrespondiert auf deprimierende Art und Weise mit der Geringschätzung, die Frieds Engagement und lyrische Arbeit in etlichen der Nachrufe auf ihn erfahren hat: Demnach wäre er in erster Linie ein guter, wahrscheinlich ziemlich naiver Mensch gewesen, ein bemühter Lyriker und manchmal treffsicherer Aphoristiker. Dem Versuch der verharmlosenden Verniedlichung des bei aller Bereitschaft zum Zweifel äußerst streitbaren Lyrikers Fried ist seine poetische Arbeit entgegenzusetzen. Diese ist in den letzten Jahren — daran läßt sich kaum rütteln — angesichts vieler von ihm verfaßter und durch ihn unterstützter Erklärungen und Resolutionen, Meinungsbekundungen und Diskussionsbeiträge, aber auch aufgrund eines zunehmenden Desinteresses an der Politik der Poesie, an engagierter und nicht nur resignierter, verinnerlichter Lyrik viel zu wenig wahr- und ernstgenommen worden. Statt Frieds Gedichten scheint mehr das Klischee über Frieds Gedichte rezipiert worden zu sein.

**Fassanbass**

# Abwarten bis etwas schiefgeht?

## Eine Antwort auf die Kritiken in AK 300 zur Diskussion um die Gentechnologie

Vorweg ein Wort zur Methode:
Nehmen wir Dr. Saedlers, kürzlich namens der Max-Planck-Gesellschaft gestellten Freisetzungsantrag (1):

Die Petunien, an denen er die Wirkung des „springenden Gens" studieren möchte, scheinen harmlos, ganz wie HH. meint, *„nicht per se"* gefährlich. Notfalls werden sie untergepflügt, ließ Saedler verlauten. Inzwischen hat sich erwiesen, daß zum Transport des harmlosen noch ein zweites bakterielles Gen in die Pflanze eingeschleust wurde, dessen Eingreifen in das Stoffwechselgeschehen als mögliches bakterielles Resistenzgen den FreisetzerInnen aber nicht eine Minute Forschungszeit wert gewesen ist. (2) Und schon ist nicht mehr nur die Petunie, sondern die unbekannte Wirkung möglicher bakterieller Resistenzen der Petunie auf ihr ökologisches Umfeld das Problem. Vor diesem Hintergrund bekommt Saedlers Antrag, man wolle mit dem Experiment *„die Diskussion über den Anbau gentechnologisch veränderter Pflanzen initiieren"*, erst seinen rechten Klang. Mit der gezielten Schaffung eines Präzedenzfalles kommt so zur ökologischen die politische Dimension. Der Teufel steckt im Detail. Wohl wahr! Aber wie könnte das Detail ohne den Zusammenhang zum Ganzen beurteilt werden? Den Ansatz für einen solchen ganzheitlichen Zugriff zu liefern, war der Sinn meiner „Anregungen..." in ak 299. (3)

### Über den Umgang mit Widersprüchen

In den „Anregungen..." steht Pro gegen Contra, Ängste gegen Hoffnungen, fundamentale Kritik gegen Kritik von Fundamentalismus, Propagierung eines „sozialistischen Imperativs" gegen Kritik des Realsozialismus usw. Manches mag auch noch unklar sein. Aber dies alles ist nicht so, um systematisch dramatische Stimmung zu erzeugen, wie Mi. meint, sondern aus der Natur der Sache selbst, deren Widersprüchlichkeit sich hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzt. Und dies landauf, landab, gefärbt nach jeweiligen Grundpositionen. Am Thema „Gentechnologie" kommen so ziemlich alle Fragen gesellschaftlichen Seins hoch wie ein Fischernetz am Korken. Hier liegen Problem und Chance der Diskussion nah beieinander. R. Scheller nannte es in der Fragen gesellschaftlichen Seins hoch wie ein Fischernetz am Korken. Hier liegen Problem und Chance der Diskussion nah beieinander. R. Scheller nannte es in der DKP-Diskussion hoffnungsvoll „produktive Verwirrung". (5) Ich würde mir wünschen, daß er recht hat. Auch für den KB.

Die Widersprüchlichkeit resultiert zum ersten aus der materiellen Natur der neuen Entwicklung. Stichwort: Chancen und Risiken. Schon die Menge der Beispiele, die meine Kontrahenten, genauer HH., bringen, zeigt die Breite und die Komplexität des Themas. Dabei decken die Beispiele nicht einmal alle Forschungs- und Anwendungsbereiche ab. Gleichzeitig wird deutlich, wie mensch sich auch, ja gerade in der Beschränkung auf die Einzelfalldiskussion in Widersprüche verstricken muß.

So, wenn HH. keine Bedeutung der neuen Technologie für die Energiewirtschaft sieht, weil sie heute *„nicht zur Anwendung parat"* stehe, zugleich aber zugesteht, daß heiße *„natürlich"* nichts über *„Forschungen heute und mögliche spätere Zeiten"*.

So, wenn er die generelle genetische Menschen„verbesserung" als nicht machbar einstuft, sich aber damit konfrontiert sieht, daß sie in der Humangenetik *„im Einzelfalle möglich"* ist und konsequenterweise vor der Gefahr der Eugenik warnt.

So, wenn er ausgerechnet die Max-Planck-Gesellschaft, berüchtigt für ihre eugenische Vergangenheit und Kontinuität, als Kronzeugin für die Unmöglichkeit der humangenetischen Manipulation zitiert. (6)

So, wenn er genetisches Screening als Scharlatanerie einordnet, zugleich aber als *„weitere Methode der Beherrschung der unteren Klassen"* kennzeichnet.

So, wenn er meint, der Auspowerungsprozess der Agrarwirtschaft der Länder der „3. Welt" sei *„nun mal gelaufen"*, aber in Klammern dazusetzt, er könne *„höchstens beschleunigt"* werden.

So wenn er gentechnisch gewonnene Pharmaka wie Insulin oder Interferon „nur" wegen der rationelleren Herstellung und der *„paar Lebensjährchen"*, die man unter den gegebenen Bedingungen diesen Medikamenten verdanke, für erwähnenswert hält, andererseits vor *„Schindluder"* auf dem Drogenmarkt warnt. Wieso das? Wenn's, doch „nur" rationell ist?

So, wenn er die Manipulation mit Retroviren mit Blick auf AIDS und ähnliche neue Erreger für gefährlich erklärt, dazu aber nicht mehr sagt als: *„Gentechnik funktioniert nach dem Prinzip ‚trial and error'. Da kann es denn bei gefährlichen Stoffen eben schiefgehen."*

Die Widersprüche resultieren zum Zweiten aus der Schwierigkeit, die Natur des zur Diskussion stehenden Prozesses in die richtigen Begriffe und Kategorien zu fassen, solche vielleicht angesichts der realsozialistischen Realitäten gar neu entwickeln zu müssen.

Begriffe wie „Genetik", „Gentechnik", „Gentechnologie", „Mikrobiologie", „Biotechnologie", „Bioenergetik" werden heute von unterschiedlichen politischen Kräften mit unterschiedlichen, sich z. T. überschneidenden, z. T. ausschließenden Bedeutungen gebraucht, z. T. in verharmlosender Absicht, etwa wenn die Problematik auf Gentechnologie eingeengt wird, z.T. aus Konfusion, wenn Gentechnik synonym mit Reproduktions-, Zell- oder Immuntechnik, bzw. auch Biotechnik insgesamt benutzt wird. Die Begriffe sind in Bewegung wie die Entwicklung selbst.

Vor dem Hintergrund dieser Begriffsunsicherheit und gegen eine falsche Einengung der Vorstellungen auf „Gentechnologie" habe ich den Begriff Biokybernetik, gleich technologische Biosteuerung, zur Kennzeichnung des Gesamtprozesses vorgeschlagen. Andere Begriffe wie „Biotechnologie", „Bioenergetik" oder sonstwas sind ebenso möglich, wenn damit die wachsende mikroelektronische Steuerungstechnologie biologischer Prozesse gemeint ist und zur Wachsamkeit demgegenüber aufgefordert wird.

Die Widersprüche resultieren zum dritten aus den widersprüchlichen Konsequenzen für die Entwicklung kritischer Strategien zur Sache: Weder im Grundsätzlichen, noch im Konkreten sind die KritikerInnen sich einig. Definitionen, Bewertungen und Schlußfolgerungen gehen in alle Richtungen, von genereller Ablehnung über Modelle demokratischer Kontrolle bis zur Teilung des Problems seitens der Staatssozialismen (und seiner Parteigänger quer durch die traditionellen linken Lager) in gute = realsozialistische und schlechte = kapitalistische Biotechnologie. Von Einigkeit kann nicht die Rede sein.

Ob aus bloßer Verwirrung „produktive Verwirrung", aus Einzeluntersuchungen technologie. Von Einigkeit kann nicht die Rede sein.

Ob aus bloßer Verwirrung „produktive Verwirrung", aus Einzeluntersuchungen ein Gesamtbild, gar ein Impuls zur notwendigen Erneuerung einer marxistischen Strategie entspringt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, den Charakter der neuen Technologie auch theoretisch zu erfassen.

### Marxistische Fragestellung erneuern

Worüber sprechen wir? HH. behauptet: *„Wissenschaftliche Revolutionen haben traditionell die Gemüter erhitzt (...) Aber beim heutigen Stand der Entwicklung heißt das nicht (mehr) automatisch, daß sie die Gesellschaft, den Imperialismus, den realen Sozialismus und unsere Utopie grundlegend revolutionieren muß".*

Seine und Mi's Argumente dafür: Die Atomwissenschaft habe auch nicht gebracht, was man sich davon versprochen habe. Die atomgetriebene Taschenlampe gebe es bis heute nicht. Das Mondprogramm habe nur bis zur Teflonpfanne geführt. Die *„damaligen Fantastereien um die Atomenergie"* erscheinen HH. *„vollkommen mit der heutigen Debatte um die Gentechnologie vergleichbar"*. Auch die Aufregung um die Computerisierung sei der stillschweigenden Akzeptanz gewichen.

Mag sein, mag nicht sein. Darüber wird weiter unten noch zu streiten sein. Aber zunächst frage ich: Wieso beim heutigen Stand *„nicht mehr"*? Und was heißt *„nicht automatisch"*? Welche Utopie ist mit *„unsere"* gemeint?

Halten wir fest: „Wissenschaftlich-technische Revolution" ist nichts anderes als der heute übliche, mehr verschleiernde als klärende Sprachgebrauch für Produktivkraftentwicklung. Seine Grundlage ist die bereits von Marx skizzierte tendenzielle Verwissenschaftlichung der Produktion im Prozess ihrer objektiven Vergesellschaftung.

Hören wir Marx: *„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung"*, schrieb er 1859 im Vorwort zu seiner *„Kritik der Politischen Ökonomie"*, *„geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein."*

Allerdings: *„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind."* (7)

*„Die Produktivkraft der Arbeit"*, so Marx' Definition, *„ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse."* Und genauer: Der Mensch könne in seiner Produktion nur *„verfahren, wie die Natur selbst, d.h. nur die Formen der Stoffe ändern. Noch mehr. In dieser Arbeit der Formung selbst wird er beständig unterstützt von Naturkräften."* (8) Die Produktion schreite von der bloßen Nutzung über die partielle Einbeziehung isolierter Naturkräfte und ihrer Wirkgesetze zur Anwendung komplexer Naturprozesse im Rahmen industrieller Anlagen voran. Der Mensch trete dann *„neben den Arbeitsprozess, statt sein Hauptagent zu sein"*. Diese Stufe könne auch als Anwendung *„industrieller Naturprozesse"* bezeichnet werden, die ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur beschreibe. (9)

Der Weg dahin ist allerdings auch in Marx' Analyse schon steinig: *„Die Kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."* (10)

Unsere Frage lautet also: Sind oder werden vor unsern Augen in Gestalt dessen, was ich Biokybernetik genannt habe, neuartige Produktivkräfte ausgebrütet? Stoßen sie an die Grenze der bestehenden Produktionsverhältnisse? Welches wären die Fesseln und ihre Auswirkungen? Wird damit eine Epoche der Revolutio- Stoßen sie an die Grenze der bestehenden Produktionsverhältnisse? Welches wären die Fesseln und ihre Auswirkungen? Wird damit eine Epoche der Revolutio- nen eingeleitet? Geschieht das „automatisch" oder nicht? Und schließlich: Was wäre der Inhalt einer solchen Umwälzung, also „unserer" Utopie? Muß sie sich angesichts der bisherigen sozialistischen Realitäten erneuern oder nicht und wenn wie? Klar gesagt: Zu sprechen ist über Fragen der Erneuerung revolutionärer Perspektiven auf der Grundlage der Analyse der realen Produktivkraftentwicklung.

Wieso die von Marx formulierten Gesetzmäßigkeiten beim „heutigen Stand nicht mehr" gelten sollen, wäre nachzuweisen. Der bloße Verweis auf die Atomtechnologie, die auch nicht habe halten können, was sie versprach, reicht da nicht. Umgekehrt wird ein Schuh draus:

Erstens hat die Atomtechnologie sehr wohl die an sie gehängten „Fantastereien" erfüllt, ja übertroffen — mit Hiroshima und Nagasaki und der seitdem entstandenen Realität des atomaren „Gleichgewichts des Schreckens" nämlich! Die Reduzierung auf die atomgetriebene Taschenlampe und die Teflonpfanne bekommt da einen zynischen Klang.

Zweitens bauen die „wissenschaftlichen Revolutionen" mit wachsender Intensität aufeinander auf und verbinden sich mit den neuen Erkenntnissen der Biologie erkennbar zu einer neuen Stufe der Integration von Wissenschaft, Produktion und Naturkräften. Eine evtl. gegenläufige Bewegung müßte auch hier bewiesen werden.

Im Gegensatz zur Atomtechnologie kommt Biokybernetik nicht mit der Bombe zur Welt, der die „friedliche Nutzung" nur nachgeschoben wurde, sondern sie erscheint zuerst als neue Produktivkraft mit breiten potentiellen Nutzungsmöglichkeiten, die sich auch in der Anwendung schon seit Jahren entwickeln und weiter zu entwickeln versprechen und kann *auch* zu militärischen Zwecken herangezogen werden. Zudem zielt biokybernetische Produktion bei zentraler Steuerung schon vom Ansatz her nicht auf großtechnische, sondern auf dezentrale Forschungs- und Produktionsanlagen und vielfältige konkrete Umsetzung bis hinein in den Gesellschaftskörper.

In all dem liegt im Gegensatz zur punktuellen Konzentration der Atomtechnologie einerseits die besondere Schwierigkeit, den aktuellen technologischen Schub sachlich zu erfassen und in konkrete politische Strategie umzusetzen. Dies spiegelt sich in den zerfahrenen, von immer neuen Forschungs- und Anwendungsrealitäten überholten Debatten darum wieder. Hier unterscheidet sich die aktuelle Gentech-Debatte diametral von den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung, die nach relativ schnell erreichtem Ablehnungskonsens in der Frage der Atomtechnologie konzentriert zur Tat schritt. Andererseits werden in dem Charakter der neuen Technologie materielle Chancen sichtbar, die, in Verbindung mit der Angst vor Fehlentwicklung und Mißbrauch unter den gegebenen Verhältnissen, durchaus neue Kräfte für die Debatte um längerfristige, tendenziell sozialistische Perspektiven freisetzen und so den Impuls der Anti-AKW-Bewegung auf einer neuen Stufe vertiefen und verbreitern könnten.

Für die Gewinnung von Klarheit und Abgrenzung ist es sicher fruchtbarer, die Unterschiede zwischen den Technologieschüben herauszuarbeiten, statt sie zu nivellieren. Das schließt die Computerisierung mit ein.

Was die „Automatik" betrifft: Wann kamen Revolutionen je „automatisch"? Oder soll das nur heißen, es gebe noch genügend Entwicklungsspielraum im Rahmen des Kapitalismus oder Realsozialismus? Dann soll man das konkret benennen, wie es die DKP tut.

Und warum sollte sich „unsere" Utopie nicht verändern, und sei es nur, daß sie sich über Kapitalismus und Realsozialismus hinaus konkretisieren müßte?

Fragen über Fragen, die sicher nicht mit optimistischen Hochrechnungen aktueller Forschungsprogramme zu Anwendungsrealitäten, aber auch nicht mit bloßer Skepsis gegenüber den Marktchancen der nächsten 5 oder zehn Jahre zu beantworten sind. Es geht wohl mindestens um den für ein Lebensalter überschaubaren Zeitraum? Oder brauchen wir uns als SozialistinnEn über die Planungsperspektiven des Kapitals, selbst über die „2000"er Programme des Realsozialismus hinaus keine Gedanken zu machen? (11)

### Beschleunigung — „banale Tatsachen"?

Beschleunigung — „banale Tatsachen"?

Mi. nennt „Biokybernetik" einen *„Orakelbegriff"*. Er bestreitet vor allem den besonderen Zusammenhang zwischen Computer- und Gentechnologie sowie die neue Qualität dieser Verbindung. Das sei *„bis auf die banale Tatsache, daß heute Computer sinnvollerweise in jedem Forschungsbereich eingesetzt werden, (...) frei erfunden. Petrischalen, Mikrospritzen, Zentrifugen und Mikroskope sind für die Genforschung viel wichtiger als Computer."* Ihn erinnert die Debatte um Gentechnologie im übrigen an die *„seinerzeitige Dramatisierung der Computertechnologie, die heute einer genauso unbegründeten Akzeptanz gewichen ist."*

*„Unbegründete Akzeptanz"*, aber doch *„sinnvoll"*? Als ob mit der Akzeptanz, noch dazu einer „unbegründeten", die widersprüchliche Dynamik dieser Technologie erledigt wäre!? Das Gegenteil ist der Fall: Diese Dynamik potenziert sich heute in der mikroprozessorgesteuerten Gen- und weiteren Biotechnologie, in der planmäßigen Roboterisierung durch „intelligente Systeme" zum einen, der Technisierung der Biologie zum andern, der Unifizierung des Bewußtseins durch die Massenmedien und die elektronische Normierung des gesellschaftlichen Wissens zum dritten uam. Mi's Kritik, es gebe keine zunehmend integrierte Entwicklung von Mikroelektronik, (Computer) und Gen-, bzw. Biotechnologie, gekoppelt mit der Behauptung ihres genauen Gegenteils, das sei nur „sinnvoll" und „banal", spielt gleich doppelt herunter: zum einen die Gentechnologie auf das Niveau des Petrischalenexperiments, zum zweiten die — selbstverständlich auch von ihm gar nicht zu leugnende (12) — Verbindung von Mikroelektronik und Biotechnologien zur „Banalität".

Wenn Marx und Engels so an die Phänomene des englischen Frühkapitalismus herangegangen wären, könnten wir heut noch auf „Das Kapital" warten. Sie begriffen sie aber exemplarisch und bemühten sich, daran die *„Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft"* herauszuarbeiten, um die *„Geburtswehen"* der neuen Gesellschaft abzukürzen. Für seine deutschen ErstleserInnen betonte Marx, das industriell entwickeltere Land zeige dem minder entwickelten nur das *„Bild der eigenen Zukunft."* (13) Ein bißchen „Spekulation" schien schon damals zum marxistischen Handwerk zu gehören, wie mensch sieht.

Weiter: Zwar bringt Mi. keine Argumente für die von ihm bestrittene Möglichkeit der Beschleunigung. Dafür aber HH.: Prinzipiell, räumt HH. ein, stünden die Handwerkszeuge der Genmanipulation bereit. Aber letztlich sei es ein Spiel mit zu vielen Unbekannten, eben *„trial and error"*, es *„klappt nicht"*. Häufig werde das Versuchsobjekt sogar zerstört. Bei gefährlichen Stoffen könne es *„eben schiefgehen"* wie bei Experimenten mit Retroviren u.ä. *„Philosophisch gesehen"*, folgert er, stünden wir vor der Situation, *„daß der Mensch einen achten Schöpfungstag hinten dran hängen kann."* Das sage aber *„rein gar nichts darüber aus, was mit Genmanipulation erreichbar ist."*

Wieso „Philosophisch"? Gemeint ist doch nur: Im Prinzip. Und so ist es! Im Prinzip ist der Übergang von der natürlichen Züchtung lebender Organismen zur künstlichen Mutation unter Umgehung des individuellen Ausreifungsprozesses und Überspringens der biologischen Artenschranken bei gleichzeitiger massenhafter Verfielfältigung genetisch einheitlicher Individuen technisch möglich. Gegenüber herkömmlichen, selbst neueren reproduktionstechnologischen Züchtungsverfahren wie künstlicher Besamung, „Embryotransfer" uam. bedeutet dies mindestens eine Mutationsbeschleunigung um den Faktor der eingesparten individuellen Reifezeiten von der Entstehung, bzw. Geburt eines Organismus bis zu seiner Fortpflanzungsfähigkeit, von der Umgehung der Artgrenzen und möglichen seriellen Klonierung noch ganz zu schweigen.

Die modernen Zuchttechniker müssen nicht mehr warten, bis ihre jeweilige Kreatur zur Fortpflanzungsfähigkeit aufgewachsen ist, sondern nehmen die Veränderungen bereits im Keim vor. Diverse neue Mikroorganismen, Pflanzen- und Tier-Chimären sind auf diese Weise zunächst als Laborkreaturen erzeugt worden. Transgene Kartoffel-, Tomaten, Weizen-, Reis- und Sojakeimlinge, transgene Schweine und Kühe warten inzwischen auf ihren Einsatz zur „Verbesserung" der land- und ernährungswirtschaftlichen Erträge. Mehrere hundert Patentanträge auf gentechnisch manipulierte Mikroorganis- auf ihren Einsatz zur „Verbesserung" der land- und ernährungswirtschaftlichen Erträge. Mehrere hundert Patentanträge auf gentechnisch manipulierte Mikroorganis- men, Pflanzen und Tiere liegen z.Z. allein beim europäischen Patentamt.

Auch wenn die Grenzen dieser Art „Verbesserung" in der Anfälligkeit der neuen Kreaturen ins Auge fallen, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß es sich in diesem Prozess um eine letztlich in Zahlen gar nicht ausdrückbare Beschleunigung der Evolution durch künstlich hervorrufbare Mutation handelt. Mensch mag sich damit beruhigen, daß es letztlich doch *„nicht klappt"*, *„eben schiefgeht"* u.ä. Aber braucht's erst ein biotechnologisches Hiroshima, Harrisburg oder Tschernobyl, um den Beweis für die Grenzen der neuen Fähigkeit anzutreten?

Die prinzipiellen Grenzen der möglichen Manipulation sagen zudem nichts über ihre graduelle Nutzung. Im Gegenteil, im Unterschied zu früheren Stadien der Wissenschaftsgeschichte, speziell auch noch der Atomtechnologie wurden Gentechnologie und die übrigen biotechnologischen Mikroverfahren ja bereits im technologischen Verbund mit der Produktion und dies in sich auch jetzt ständig weiter beschleunigender Weise „anwendungsbezogen", wie es so schön deutsch heißt, entwickelt. Wenn HH.'s Beispiele zu gentechnisch erzeugten „Stoffen" etwas zeigen, dann dies: Die bisherige Produktion solcher Stoffe wird, im Fall des Wachstumshormons z.B. um das 500.000fache, beschleunigt. Die Beschleunigung wird als das Wesen der neuen Produktivkräfte sichtbar.

### „Menschenzüchtung"? — ein Popanz wird erlegt...

Mit Warnungen vor vorgeburtlicher Manipulation und Hinweisen auf das Credo der neuen Eugeniker würde ich, meint Mi., zum *„Anhänger einer Position, nach der der Mensch durch seine Gene an die gesellschaftlichen Verhältnisse anpaßbar sei... Kai steht damit nicht allein. Es ist merkwürdigerweise gerade auch unter linken Gentechnik-Gegnern üblich, unter*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

*kritischem Etikett an der Restauration eines biologistischen Menschenbildes mitzuwirken."*

Ähnlich HH., wenn er zuerst vermeintliche Technikgläubigkeit widerlegt: Gentechmanipulation *„klappt bei den meisten Versuchen nicht, sondern ruft stattdessen Zerstörungen hervor und gezielt ist es auch nicht möglich"*, um dann fortzusetzen, es sei *„nun wirklich nicht die Aufgabe des Protestes, jetzt päpstlicher als der Papst für den Erhalt des ‚natürlichen' oder ‚gottgeschaffenen' Lebens einzutreten,"* zumal wenn Menschen"verbesserung" in einer Gesellschaft ohne Unterdrückung *„nicht ausgeschlossen"* werde. Laut Mi. wird sie von mir unter solchen Umständen sogar *„für etwas durchaus Sinnvolles gehalten"*.

Vor allem andern: Die Gene sind es selbstverständlich *auch*. Mit einem billigen entweder-oder werden wir nicht davonkommen. Dann aber: gezielte technische „Menschenzüchtupg" halte ich genauso wenig für möglich wie Mi. und HH. Ihre Polemik zu diesem Punkt hat eher den Charakter, sich das Feld für Entdramatisierung durch Umschlagen eines selbstausstaffierten Popanzes freizumachen.

Ich halte „Menschenzüchtung" aber nicht schon deswegen für unmöglich, weil Genmanipulation heute „nicht klappt" oder die 50.000 — 200.000 Genmarker nicht auf eine Diskette paßten. Das könnte sich ja immerhin ändern.

Nein, prinzipieller: Erstens ist der Mensch Teil der Natur und seine Aktion setzt neben vorhersehbaren auch immer unvorhersehbare Reaktionen in Gang — gleich auf welchem noch so hoch erreichbaren Erkenntnisstand und technologischen Eingriffsvermögen in lebendige Prozesse. Die Visionen der (N)eugenetiker auf eine 100%ige Steuerung einer Natur- und Menschen"verbesserung" werden sich schon deshalb nicht erfüllen.

Zum zweiten: Selbst wenn die Genmarker von Pflanzen, Tieren und Mensch lokalisiert und auf einer Diskette erfaßt werden könnten, so ist damit noch gar nichts über ihre Wechselwirkung mit den Umweltbedingungen und -kräften ausgesagt, in deren Zusammenhang sich die konkrete Entwicklung der individuellen Lebewesen, im besonderen der Menschen vollzieht, ganz zu schweigen von der Rück-

über ihre Wechselwirkung mit den Umweltbedingungen und -kräften ausgesagt, in deren Zusammenhang sich die konkrete Entwicklung der individuellen Lebewesen, im besonderen der Menschen vollzieht, ganz zu schweigen von der Rück-

wirkung des Bewußtseins auf die Biologie. Dies wie das unter erstens Gesagte gilt für auch für jeden denkbaren Sozialismus. Es erstaunt mich, daß dies unter uns zum Gegenstand von Polemik gemacht wird. Aber es zeigt, wie tief die Unsicherheiten gehen.

Die prinzipielle Unmöglichkeit einer solchen Steuerung kann jedoch so wenig beruhigen, wie die prinzipiellen Grenzen der Pflanzen- und Tier"verbesserung", denn der Weg in diese Richtung ist eine Asymptote, d.h. eine sich beschleunigende unendliche Annäherung — die nicht vom großen Durchbruch, sondern von den Annäherungen an das Endziel lebt: von der hektischen Suche nach resistenten Nutzpflanzen bis zur gentechnischen Alltags-Eugenik. Technisch wie biologisch sind es nur graduelle Schritte von der Virus- zur Keimbahnmanipulation an Pflanzen und Tieren und von da zum Menschen.

Es ist kein individuelles, sondern ein statistisches und kollektives, d.h. auch ein den Staat betreffendes Problem. Die Frage nach Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Menschenverbesserung wird nicht schon dadurch beantwortet, ob *prinzipiell* in die Keimbahn des Einzelindividuums steuerbar eingegriffen wird oder nicht, sondern ob die Erbsubstanz der Menschheit gentechnisch insgesamt *graduell* „angehoben", bzw. auch gezielt gesenkt werden kann — nach welchen Kriterien und von wem und mit welchem Ergebnis! Hier ist es dann schon ein Unterschied, ob Kapitalismus, Realsozialismus oder eine Gesellschaft frei assoziierter Individuen die Eingriffe vornehmen — soweit sie überhaupt machbar sind.

Unter den genannten Gesichtspunkten ist mir HH.'s Spott über das großsprecherische Genomprogramm der USA zu billig.

Erstens hat dieses Programm inzwischen (ergänzende) Konkurrenz in Japan und der EG. Auch die UdSSR beteiligt sich. Das mit 30 Mio. veranschlagte EG-Programm z. B. projektiert unter Hinweis auf *„umweltbedingte Risikofaktoren"*, die für absehbare Zeit nicht auszuschalten seien, und mit Blick auf *„Kostendämpfung im Gesundheitswesen"* eine *„Art prädiktiver Medizin"*. Es sollen dabei *„Aspekte wie die Privatsphäre eines Menschen, einschließlich des Rechts auf Wissen oder Nichtwissen, gegen allgemeine Überlegungen zur Gesundheitsvorsorge abgewogen werden."* (14) Das ist ein klares eugenisches Programm.

Zweitens: 1986 waren 50 Marker für angeblich genetisch bedingte Krankheiten bekannt (15), *„Einzelfälle"*, laut HH. Stimmt, aber ab wann wird aus Einzelfällen eine Reihe, aus Quantität eine Qualität? Die Aussage: *„Es klappt nicht"* ist nur richtig in Bezug auf die nicht erreichbaren Maximalvorstellungen der „Menschenzüchtung". In Bezug auf Teilziele stimmt sie nicht. In Bezug auf die Maximalziele ist auch das Problem der Zerstörung (sei es aus Unachtsamkeit, als technischer Fehler oder aus Unwissen) nur von untergeordneter Bedeutung — für die erreichbaren Teileingriffe dagegen ist es von umso höherer Brisanz, je größer die biologische und soziale Eingriffskapazität wird.

Konkret: Wenn die projektierten Genkarten auch nur zwei oder drei weitere Dutzend angeblich genetisch lokalisierbare Krankeiten erbringen, wird die „humangenetische Beratung" damit arbeiten. So ein „Mißerfolg" ist mir bereits zuviel Erfolg.

Wer vor diesem Hintergrund Manipulations-Befürchtungen äußert, wird dadurch weder gleich zum Technikfeteschisten, noch zur/m VertreterIn eines neuen Biologismus, sondern trägt zunächst der Tatsache Rechnung, daß eine gentechnische Medizin zu einer Anpassung der Menschen an den sozialen status quo führen könnte, statt der Veränderung dieses Status'. Wir haben allen Anlaß zu solchen Warnungen — historisch wie aktuell.

Es besteht natürlich die Gefahr des Abrutschens in eine rechte Lebensschutzargumentation und unfreiwillige Stärkung biologistischer Strömungen. Aber Mi.'s Formulierung, ich arbeitete mit an der Restauration des Biologismus, kann ich nur einem Unverständnis für die Funktion von Polemik zuschreiben.

## ... und dann zurücklehnen?

*„Wenn wir wirklich die Position teilen"*, lautet Mi.'s Schlußfolgerung, die ich hier jetzt vollständig zitiere, *„daß soziale Ungleichheiten nicht biologisch determiniert sind, wie können wir es dann gleichzeitig für möglich halten, daß soziale Anpassung, geklonte Sklaven oder ein 'vor Unruhe von unten gesichertes Gemeinwesen' (Kai Ehlers) auf genetischem Wege determinierbar sein könnten? Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen platzen"*.

*determinierbar sein könnten? Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen platzen"*.

Nein, nein, nein und noch mal nein! Die Realität ist nun einmal widersprüchlich. Soziale Ungleichheiten sind nicht biologisch determiniert, sehr wohl aber durch Geburt, Geographie, Hautfarbe, Geschlecht, körperliche und seelische Ausgangsbedingungen beeinflußt und beeinflußbar. Die Auflehnung gegen die Festschreibung dieser Unterschiede zu sozialen Festlegungen, Klassen-, Rassen-Geschlechterdiskriminierung usw. ist doch kein Automatismus, sondern ihrerseits eine Sache des politischen Kampfes! Da warten wir keineswegs gelassen ab, bis die Planungen an der Realität der gesellschaftlichen Kämpfe zerplatzen, sondern wir versuchen, Bewußtsein für die Notwendigkeit solcher Kämpfe zu schaffen, solche Kämpfe zu initiieren, ihnen eine Richtung zu geben usw., kurz: Wir lassen die Menschenzüchter weder schwelgen, noch ausprobieren „bis eben etwas schiefgeht" wie HH es mit Blick auf die Viruszüchtung formuliert, sondern wir fallen ihnen in den Arm, soweit wir es können, *bevor* etwas schiefgeht, *damit* ihre Pläne zerschellen.

## Konkretisierungen?

Entziehe man meinen Thesen die *„aufgebauschte Dramatik"* und den *„Aspekt der Menschenzüchtung"*, bilanziert Mi., *„bleiben Fragen nach den politischen, militärischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Auswirkungen, deren Beantwortung zum größten Teil im Bereich des Spekulativen angesiedelt ist ... Hier gelten nach wie vor ausschließlich die Gesetze des politischen Kampfes."*

Laut gebrüllt, Löwe! Nur, welche Gesetze? Welcher Kampf? Um welche Ziele? Wer gegen wen? Warum kommen jetzt keine Argumente? Mi.'s Artikel endet da, wo er anfangen müßte. Immerhin wäre zu beweisen, warum die „Gentechnologie" *keine* Beschleunigung bringt, warum Eugenik *keine* Gefahr ist und vor allem, was „vorsichtig handhaben" bedeuten soll.

An HH.'s Beispielen dagegen, auch wenn, ja gerade wenn er sich bei Humangenetik, Krebsforschung und Pharmaproduktion nicht entscheiden kann, ob er vor eugenischen Tendenzen warnen oder ob er entwarnen soll, lassen sich einige Fragen weiter konkretisieren.

**— Stichwort: Energie- und Rohstoffgewinnung**
HH.'s Behauptung, Bioenergie sei für 30 Jahre nicht in der Vorplanung, aber in der aktuellen Forschung für *„mögliche spätere Zeiten"*, klärt wenig zur tatsächlichen Entwicklung.

Nehmen wir Biosprit: Seine Herstellung läge z. Zt. bei 1,30 Mark je Liter. (16) Bei den derzeitigen und mittelfristig erwarteten Ölpreisen bedürfte es ziemlicher Subventionen, um ihn konkurrenzfähig zu halten. Damit wäre Biosprit wohl tatsächlich out — *wenn* ein stabiler Ölmarkt auf Dauer vorausgesetzt und *wenn* nicht effektivere Verfahren entwickelt werden könnten.

Dazu erstens: Mindestens drei Variable des Ölmarkts sind nicht ohne weiteres auf 30 Jahre festzuschreiben: der politische Zugriff der erdölverbrauchenden auf die erdölproduzierenden Länder, der in den letzten Jahren geringere Bedarf durch Energieeinsparungen, die Ertragsfähigkeit der Erdölfelder. Bei unvorhersehbaren politischen oder wirtschaftlichen Schwankungen kann Biosprit schnell wieder in den Bereich der Konkurrenzfähigkeit, bzw. autarkieorientierten Subventionswürdigkeit kommen. Vor diesem Hintergrund werden die Forschungen nach Bioenergien von den großen Ölkonzernen aktuell ja auch betrieben.

Zweitens: Angesichts der wachsenden Beschleunigung, mit der wissenschaftlich-technische Innovationsprozesse heute stattfinden, auch in der „Züchtung" transgener „nachwachsender Rohstoffe" für Zucker, Fettproduktion u.a. sind 30 Jahre gleichbedeutend mit einer unüberschaubaren Generationenreihe technischer Verfahrenserverbesserungen, bzw. -erneuerungen. Das ist die paradoxe Entwicklung: Einerseits werden Planungen heute wichtiger, andererseits veralten sie schneller. Forschung kann immer weniger als erst für „mögliche spätere Zeiten" wichtig der Planung entgegengestellt, sondern muß zunehmend als Bestandteil der Planung und mögliche Realität von morgen begriffen werden. Forschungspolitik muß daher mit ins Zentrum der Untersuchung gerückt werden.

**- Stichwort: „3. Welt".**
Der Prozess der Auspressung werde *„höchstens"* beschleunigt, meint HH. Er wird beschleunigt! Das Ende ist noch keineswegs erreicht!

Beschleunigung heißt Zuspitzung: Vor der „Grünen Revolution" waren einige Entwicklungsländer durch die Segnungen von „verbesserten" Hybridweizen, — mais- und -reis betroffen. Die gentechnologische „Verbesserung" zielt jetzt auf praktisch alle Kulturen, inklusive Hülsen-

der „Grünen Revolution" waren einige Entwicklungsländer durch die Segnungen von „verbesserten" Hybridweizen, — mais- und -reis betroffen. Die gentechnologische „Verbesserung" zielt jetzt auf praktisch alle Kulturen, inklusive Hülsen-

früchten, Gemüse, Agro-Exportpflanzen (z. B. Ölpalmen, Vanille, Kakao) Gewürzen in der ganzen Welt. Zur Agrarkommt die „Verbesserung" der übrigen Ernährungs-, insbesondere Viehwirtschaft durch neue „transgene" Eigenschaften hinzu. Die Konzentration des wissenschaftlich-technischen Knowhows samt Produktionszugriff in den Industriemetropolen wird zu einer enormen Verschärfung der Abhängigkeit der jetzt schon abhängigen Länder von den Metropolen und einer Erweiterung der Zahl dieser Länder führen. Schon jetzt hat z. B. die Entwicklung von Süßstoffen den Weltmarkt für Zucker fast zusammenbrechen lassen. Zwischen 15 — 20 Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab. (16) Wer behauptet, da sei „schon alles gelaufen", verharmlost die Entwicklung (17), statt sie zu nutzen, um internationalistische Fragestellungen daran zu erneuern.

**— Stichwort: Marktchancen**
Nicht zu bezweifeln: Der Gründungsboom, nach Zulassung von Patentierungen durch das oberste US-Gericht 1980 hat sich beruhigt.

Andererseits zeigt z.B. die BRD-Industrie breite Aufbruchstimmung. Anläßlich der Verabschiedung des Entwurfes für ein Gentechnologie-Gesetz durch das Kabinett Ende November bezeichnete Forschungsminister Riesenhuber Gentechnologie erneut als „Schlüsseltechnologie", auch wenn sich die Märkte nicht so schnell entwickelt hätten wie erwartet. (18)

Den Wirtschaftsseiten der Tagespresse entnehmen wir: Zwar werde kühler gerechnet, aber: Boehringer-Tochter Thomae stelle seit einem Jahr Herzinfarktmittel her. In Ulm und Hannover starte US-Multi Monsanto. Die Insulin-Anlage von Hoechst werde ab März nächsten Jahres produzieren. Fünf weitere Anträge auf Herstellung von Medikamenten lägen beim Bundesgesundheitsamt und seiner Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) vor. Im Mittelpunkt stehe die Pharma- und Chemie-Industrie:

Mit 700 Mio. DM im Jahr 1988 sei letztere dabei, ihren Forschungsrückstand aufzuholen. 230 Millionen lege Bonn dazu, Universitäten und andere Quellen geben weitere Millionen. Aller Augen seien auf Dr. Saedlers bevorstehende erste Freisetzung gerichtet. Und mehr: *„Doch schon beginnt man bei der Preussag über den Einsatz solcher ‚Biofabriken' zum Abbau von Erzen nachzudenken. Bei Henkel sollen sie Enzyme als neuartige Super-Weißmacher in Waschmitteln produzieren und bei Krupp das Abwassser von Schwermetall-Schadstoffen reinigen. Hoechst will sie in die Zellen von Getreidepflanzen einschleusen, damit diese ihr Super-Pestizid ‚Basta' unbeschadet überstehen (...) Tatsächlich kaufen Unternehmen wie Shell oder Hoechst sich gegenwärtig weltweit in Saatgutfirmen ein, um Pakete aus herbizidresistenten Pflanzen und den dazu gehörenden Unkrautvertilgern anbieten zu können."* (16) Konzerne wie Bayer, BASF, Hoechst, Merck u.a. drohen mit Auslandsinvestitionen, um beschleunigte Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren durchzusetzen.

Die Aufzählung zeigt: Der Markt lockt, die Konkurrenz drückt. Verläßliche Zahlen aber gibt es kaum, zumal niemand genau weiß, welcher Markt beschrieben wird: ein gen- oder erweiterter biotechnologischer, ein Pharma- oder Nahrungsmittelmarkt, gar der Markt der Mikro- und der Zuliefterertechnologien? Hier muß Polemik enden. Der Markt ist in Bewegung, nur das ist sicher und bedarf gründlicher Untersuchung.

**- Stichwort: Risikoprüfung**
Statt Gentechnologie zur *„existenziellen Gefahr für die Menschheit"* zu erklären, komme man nicht umhin, meint HH., *„die Risiken im Einzelnen und realistisch darzulegen"*.

Ja, aber was ist „realistisch"? Dr. Saedlers „per se" ungefährliche Petunie, ist, wie wir bemerkten, erstens nicht erwiesenermaßen ungefährlich, zweitens wird sie benutzt, um weitere Freisetzungen zu legitimieren. Weiter: Die Produktionsgenehmigung für ein „per se" ungefährliches, ja sogar nützliches Insulin durch Hoechst wird benutzt, um weitere Experimente und Produktionen ohne Prüfungsverfahren nachzuziehen. (19) Oder: eine „per se" ungefährliche, ja für die Einzelnen sogar u. U. hilfreiche pränatale Beratung wird benutzt, um eugenische Strategien im Alltag der Bevölkerung zu verankern usw. Die isolierte Einzelfallbewertung ist nicht von ungefähr das Lieblingskind der (sozialdemokratischen) Befürworter, der verharmlosenden „Technikfolgeabschätzung" der Enquètekommission u.ä. Und nicht von ungefähr wird das Thema von den Medien bis zur Unkenntlichkeit atomisiert. Das alles zeigt: Eben nicht „an sich", sondern „in Wechselwirkung" muß das Grundkriterium der Risikoprüfung lauten. Die Frage so zu stellen, ist unser Job.

lichkeit atomisiert. Das alles zeigt: Eben nicht „an sich", sondern „in Wechselwirkung" muß das Grundkriterium der Risikoprüfung lauten. Die Frage so zu stellen, ist unser Job.

***— Stichwort: Retroviren.***
*Retrovirenforschung ist gefährlich, meint HH. D' accord! Aber das weiß man öffentlich eben auch erst seit AIDS! Frage also: ab wann und nach welchen Kriterien werden biotechnologische Manipulationen als gefährlich von uns eingestuft? Halten wir es mit den Richtlinien von Asilomar, nach denen nur Organismen manipuliert werden durften, die außerhalb des Labors nicht überleben können und nach denen Rekombinationsforschung mit Krebsviren grundsätzlich ausgeschlossen wurde? (20) Oder halten wir es mit denen von London 15 Jahre später, die mit der Begründung angeblicher bisheriger Unfallfreiheit für die Forcierung von Freisetzungsexperimenten eintrat? (19) Angesichts der Tatsache, daß biokybernetische Manipulationen die natürliche Evolution nicht nur beschleunigen, sondern mit dem Überspringen der Artengrenzen, der individuellen Reifeprozesse und der individuellen Variationen zugleich neue biologische Realitäten schaffen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit biologischer Zwischenfälle enorm. Ich halte die Richtlinien von Asilomar daher für das Minimum.*

***— Stichwort: irreversibel.***
*Wenn das Prinzip „trial and error"* schiefgehe, meint HH., dann sei das *„absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wieso das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht."*

Einmal freigesetzt, sind alle drei Energien als konkrete Katastrophen irreversibel! Das halten wir fest! Aber als technologische Entwicklung ist allein Biotechnologie irreversibel, während die Atomtechnologie (AKWs wie Atombomben) auf dem — ggflls. erreichten Stand — **technisch** anzuhalten ist. Die Irreversibilität der neuen Technologie liegt in der Selbstvermehrung unbekannter techno-**biologischer** Kombinationen begründet, deren Entwicklung in dem Maße weniger kontrollierbar ist wie ihre Komplexität zunimmt.

Hieraus ergibt sich zwingend, daß die „trial-and-error"-Realität des biokybernetischen Experiments im Gegensatz zur schon landläufigen und weiter absehbaren Praxis auf keinen Fall unmittelbar in Produktions- und soziale Wirklichkeit übergehen darf, sondern einer gesellschaftlichen Kontrolle ausgesetzt werden muß, welche die Ergebnisse von Experimenten soweit lenkbar machen muß, daß plötzliche Gleichgewichtsstörungen der biologischen und ökologischen Lebensräume, einschließlich der sozialen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft vermieden, im Gegenteil die Angleichung unterschiedlicher Niveaus gezielt gefördert werden können. Dies dürfte eins der, wenn nicht das Hauptkriterium sein, an dem künftiger technologischer, insbesondere biokybernetischer Fortschritt sich messen lassen muß. Das ist gleichbedeutend mit einem „sozialistischen Imperativ", weil nur ein gesamtgesellschaftlicher Zugriff, nicht wie auch immer geartete Teilkontrollen „von unten", letztlich solche Kontrolle gewährleisten kann. Hier ist der Clinch u.a. mit Sozialdemokraten und Realsozialisten zu suchen.

Halten wir fest: HH.'s Beispiele beweisen ebensowenig wie seine und Mi.'s vorherige Ausführungen, was sie beweisen sollen, nämlich Banalität und relative Ungefährlichkeit der neuen Entwicklung, sondern das genaue Gegenteil: deren Breite sowie widersprüchliche und die soziale Kontrolle unter den gegebenen Verhältnissen tendenziell überrollende Dynamik, die die bereits vorhandenen politischen, sozialen und ökologischen (Welt)Probleme schon jetzt verschärft und weiter erheblich verschärfen wird. Sie beweisen die Unsicherheit und, von HH. ausdrücklich bilanziert, die allgemeine Ratlosigkeit im politischen Umgang mit dieser Entwicklung, auch wenn er dies nur als Argument gegen mich versteht. Kurz: Sie unterstreichen, gerade in ihrem Versuch der Entdramatisierung, daß die politische Auseinandersetzung mit dem Ziel der Erarbeitung einer Strategie zu diesen Fragen zwingend auf der Tagesordnung steht. Das schließt konkrete Untersuchungen am Einzelfall nicht aus, sondern ein. Nicht Abwarten, sondern Eingreifen ist angesagt.

Ich will nur noch anmerken, daß unter den Kritiken von Mi. und HH. eine Auseinandersetzung mit meiner Sicht der neuen Technologie im Realsozialismus ebenso fehlt wie mit dem von mir skizzierten „sozialistischen Imperativ" einschließlich der darin enthaltenen Forderung nach Entwicklung einer marxistischen Ökologie, die über Kapitalismus und Realsozialismus hinaus weist. Dies wird aber unvermeidlich Bestandteil der Debatte sein müssen.

## Schrittweise ... — oder nicht?

*„Gegen die schrittweise Dramatisie-*

## Schrittweise ... — oder nicht?

*„Gegen die schrittweise Dramatisie-*

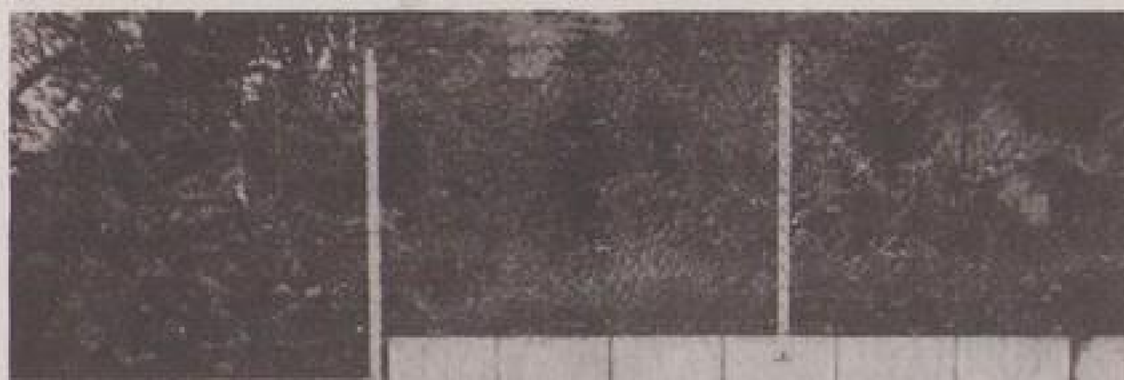
*rung..."* hat Mi. seine Polemik überschrieben. Ältere Ak-LeserInnen fühlen sich an die Parolen von der „schrittweisen Faschisierung" erinnert. Jüngere vielleicht an unsere Auseinandersetzungen um diese Parole seit der sog. Wende.

*„Die Furcht vor Eingriffen in das Lebewesen Mensch ist die Quelle der in dieser Debatte hochschießenden Ängste, Irrationalitäten und der politischen Manipulationsmöglichkeiten. Hier tut Abgrenzung not, statt sich (...) demgegenüber offen zu zeigen,"* meint HH. Er wendet sich damit gegen die Aufforderung zum Aufgreifen der Zukunftsängste, die ich meinen „Anregungen..." in der Form eines Zitates vom KB-Kongreß 1982 vorangestellt hatte.

Dagegen setze ich: Die Furcht, daß die neuen Produktivkräfte unter den z. Zt. auf dem Globus gegebenen Verhältnissen noch weiter, bzw. mit katastrophalem Ende in Destruktion umschlagen, ist nur allzu berechtigt. Die Gefährdung ist schon jetzt allgemein und gewinnt durch die neuen Technologien weiter an Sprengkraft. Aufs Ganze gesehen, ist die Situation mit „5 vor 12", wie schon auf dem KB-Kongreß 1982 formuliert, durchaus richtig beschrieben. In Abgrenzung zu früheren (Miß)verständnissen aber füge ich deutlich hinzu: Das meint ebensowenig „automatisch" eine akute „Faschisierung", wie eine direkte Weltkriegsvorbereitung, auch nicht die unaufhaltsame Apokalypse. Es kennzeichnet eine Zeit des sich zuspitzenden krisenhaften Übergangs in eine mögliche neue Phase der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft — über die jetzt bekannten Formen von Kapitalismus und Realsozialismus hinaus. Die sichtbare Produktivkrafterweiterung ist die Grundlage dafür. Im dem sich verschärfenden Widerspruch von möglichen Erweiterungen des gesellschaftlichen Reichtums für alle, aber wirklicher Bedrohung des vorhandenen Bestands durch Wenige, seien es Besitzer oder Verfüger, liegt die politische Sprengkraft. Der Übergang, auch wenn er geschafft wird, kann wohl kaum ohne weitere Erschütterungen, ggflls. auch globale Kriege abgehen, aber ohne daß dies z. Zt. nach Zeit, Ort und Ablauf *konkret* prognostizierbar wäre.

Statt sich als erstes von den aus dieser Situation resultierenden Ängsten abzugrenzen, gilt es zunächst, die Berechtigung dieser Ängste als spontanen Reflex der Entwicklung anzuerkennen, die Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung aufzuspüren, in der öffentlichen Diskussion zu vertreten und die Suche nach Lösungen theoretisch wie praktisch zu fördern, soweit wir können. Die notwendige Ab-

Fortsetzung nächste Seite



# Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

## Eine Richtigstellung von HOECHST

Im AK 293, S. 9, vom 5.4.88, hatten wir unter dem Titel „Giftgasangriff gegen Kurden" den irakischen Giftgaseinsatz in Halabjah am 16. und 18.3.88 und die Verwicklung bundesdeutscher Firmen in den Aufbau von Giftgasanlagen im Irak beschrieben. Dieser Artikel wurde dann von „Medico International" in einem Flugblatt nachgedruckt.

Auch der Iran behauptet seit 1987, Produktionskapazitäten für chemische Waffen zu besitzen. Zu diesem Thema hieß es in dem Artikel: *„Inzwischen heißt es auch, daß die Hoechst-Tochter Lurgi entsprechende Anlagen im Iran aufbauen soll".* Die Quelle für diese Aussage war eine Tageszeitung in der BRD, die wir im Artikel genannt haben.

Die Hoechst-AG erklärt uns nun, daß sie an Lurgi und somit logischerweise an deren Anlagenbau im Iran nicht beteiligt sei. Wir werden bei der entsprechenden Tageszeitung erkunden, was sie dazu zu sagen hat.

**HH**

## Unhistorisch

**Betr.: AK 300, „Gegen die schrittweise Dramatisierung ..."**

M. hat völlig recht in seiner Kritik an Kai Ehlers bezüglich der unkritischen Übernahme von Jeremy Riffkins Positionen und bezüglich des Glaubens vieler Alternativer, die Genetiker könnten uns Menschen tatsächlich so formen, wie sie es wollten. Er schließt diese Kritik mit dem Satz: *„Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen zerplatzen."*

Davon abgesehen, daß irreale Planungen (was immer M. darunter verstehen mag) nicht schon allein durch das Vorhandensein gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen zerplatzen, sondern daß es immer noch darauf ankommt, wer in diesen Kämpfen die Oberhand behält und dem Sieg näher ist; abgesehen davon, daß die „Menschenzüchter" als pervers etikettiert werden und zu beweisen wäre, wo in der Normalität der genetischen Wissenschaft denn die Perversion liegt: M. blendet historische Erfahrungen aus, die seine These widerlegen könnten. Ein paar Beispiele aus dem von Kai Ehlers empfohlenen Buch „Die Gene sind es nicht ..." von Lewontin/Kamin/Rose (1988) machen schnell die Unhaltbarkeit seiner Aussage klar:

1. Der von Binet entworfene Intelligenztest wurde in den USA dazu benutzt, die geistige „Minderwertigkeit" von Arbeiterkindern zu manifestieren. Weder der Intelligenzbegriff noch die Testpraxis waren real mit der gesellschaftlichen Komplexität und anderen, nichtdiskriminierenden wissenschaftlichen Aussagen über menschliche Verhaltensweisen verknüpft. Trotzdem wurden diese „irrealen Planungen" letztendlich staatlich verwertet. 1927 wurden die Sterilisierungsgesetze gegen „Vergewaltiger, Trinker, Schizophrene" etc. vom Supreme Court ausdrücklich als verfassungsgemäß erklärt.
2. Ähnlich war es mit den Zwillingsforschungen Cyril Burts. Sie waren im wahrsten Sinne des Wortes irreal; er hatte „überhaupt keine Daten erhoben". Diese nicht realen Forschungen trugen in England dazu bei, die „eleven-plus-Prüfungen" einzuführen. Diese garantierten die Ausgliederung von Arbeiterkindern in Schulen mittleren Ranges, von denen praktisch kein Zugang zu Universitäten möglich war.
3. Über die wissenschaftlichen Grundlagen der rassischen und eugenischen Tendenzen, die zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" führten, braucht im AK nichts gesagt zu werden. Hier gilt auch: Die Opfer dieser Maßnahmen werden kaum etwas davon haben, wenn man ihnen heute sagt (falls sie noch leben), daß die wissenschaftlichen Grundlagen, die zu ihrer Sterilisierung führten, irreal waren.

Die unhistorische Betrachtungsweise von M. trägt nichts dazu bei, die realen Gefährdungen, die von wissenschaftlichen Forschungen ausgehen, zu erkennen. Da hilft kein Abwarten in aller Gelassenheit, sondern praktischer Kampf im Wissenschaftsbetrieb. Daß dieser Kampf vielfältige Formen annehmen kann, zeigen die Aktionen gegen humangenetische Beratungsstellen.

**Klaus W.**

## Betrunken?

**Betr.: AK 300, „Da ist Musik drin"**

Liebe GenossInnen,
war ich betrunken, als Ihr mich um einen Geburtstagsgruß gebeten habt oder hatte ich ein Red-out? Oder solltet Ihr mich gar nicht — aber nein, das wage ich nicht mal zu denken. Ihr seid ja nicht die taz. Wahrscheinlich habt Ihr mein Double erwischt — denn wo „GEIL" rauskommt, ist bestimmt kein echter Tolmein drin. Merkt Euch das. Als Strafe müßt Ihr meinen nächsten Artikel abdrucken.

**Gruß, O.**

## Assoziation

**Betr.: AK 300, „Peter-Weiss — Kunst als Widerstand"**

*zu Peter Weiss (und Maria Schneider):*
Wenn du, P.W.,,Schuldgefühle' hast,
weil du „Auschwitz überlebt hast",
ehrt es deine Gefühle,
und in der Betrachtung der konkreten
historischen Situation muß es Freude,
Glück und Last der Verantwortung
bedeuten für alle, die überlebt haben.
Das ist 40 Jahre her.

Wenn ihr, die ihr alle in Westeuropa lebt,
Schuldgefühle hättet,
weil ihr vom Hunger, Tod und Elend der
Dritten Welt profitiert,
würde es den Opfern nichts nützen,
und in der Betrachtung der konkreten
Situation müßt ihr euch Verrat, Kumpanei
und Scheinheiligkeit vorwerfen lassen
alle, die hier tatenlos überleben.
Das ist heute.

**Nov., Essen**

## Sichtweisen

**Betr.: AK 300, Leserbrief zur Anti-IWF-Kampagne**

(...)
H. beschwert sich in seinem Brief über die „Unverfrorenheit", mit der der KB „durch eine die Tatsachen verdrehende, entstellende Berichterstattung insbesondere Aktionen und Diskussionen von autonomen und antiimperialistischen Gruppen abkanzelt". Dem setzt H. seine Darstellung und Bewertung der Ereignisse, offensichtlich ungetrübt von dem Bedürfnis, über den eigenen Tellerrand zu blikken, entgegen. Solcherart die Welt als Wille und Vorstellung erfaßt, ordnet sich Protest und Widerstand alsdann in zwei große Lager: Auf der einen Seite Autonome und Antiimperialisten, auf der anderen Seite Grüne, Jusos, SEW und ähnliches. „Ne Ausnahme in der Person von T. Ebermann" scheint allerdings einsam zwischen den Welten zu segeln. Solch wohlwollende Betrachtung erfährt der KB seitens H. nun leider nicht. In seiner festgefügten Blocklogik werden wir unbeschwert den Reformern zugeschlagen: „Im Gegensatz zum KB haben wir bereits vorher gesagt, Schuldenstreichung als Lösung der Weltwirtschaftskrise ist keine Lösung." Nanu, wann hätte der KB dies je gesagt oder geschrieben? Abgesehen von der ausführlichen Auseinandersetzung mit Schuldenstreichungskonzepten in mehreren ak-Artikeln hat der Westberliner KB ein Flugblatt verteilt, das sich kritisch mit dem Bündnis-Demo-Aufruf befaßt und in dem zu lesen ist, daß „die Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" wohl doch etwas „mit dem weltweit notwendigen Kampf gegen die von den Konzernen und Staatsapparaten gemeinsam organisierte globale Unterwerfung von Mensch und Natur unter das grenzenlose Verwertungsinteresse des Kapitals"zu tun habe (abgedruckt in ak Nr. 298). „Aus diesen kurz angerissenen Gründen", so nun wieder H., „haben wir die Plattform für die Bündnisdemo und den Gegenkongreß nicht mitunterschrieben." Wir auch nicht, lieber H. Und da wir uns auch sonst nicht Deinem übersichtlichen Weltbild fügen, mag es zwar fast richtig sein, daß der KB „nun ganz und gar keinen Einfluß auf die linksradikale Bewegung in WB hat" — daß wir uns „in Westberlin nur in Form von ak-Handverkäufern und als Unterzeichner von Aufrufen hervortu(n) und ansonsten zumeist als U-Boot im AL-Basissumpf stecke(n)", ist doch arg verkürzt. Hör Dich doch mal um, denn hinterm Horizont geht's weiter ...

Zurück zur Zwei-Lager-Theorie, denn an ihr ist ja insofern etwas dran, als es im Vorfeld der Anti-IWF-Kampagne tatsächlich (wenn auch nicht alleine) zwei große Lager gab. H. schreibt: „Das (,Reformer'-)Bündnis wollte mit den (autonomen) Aktionstagen nichts zu tun haben" (Klammersätze von uns). Dem war leider weitgehend so, genauso wie es auch umgekehrt galt. Im Gegensatz zu uns findet H. das allerdings prima: „So lange also nicht klar wird, gegen wen sich eine ,Lösung der Krise' richtet, welche neuen Klassenbündnisse von unten geschlossen werden müssen ... solange kann es von unserer Seite kein Bündnis geben." Und an anderer Stelle: „Wir haben im Vorfeld der Kampagne immer wieder betont: Wir halten ein Bündnis bei den fundamentalen politischen Gegensätzen für alle Beteiligten ... für alle Beteiligten nur schädlich."

Gewagt, gewagt. Angesichts der bescheidenen Übermacht von Staat und Kapital war der KB noch niemals begeistert von dem Motto ,Wir sind die stärkste der Parteien' . (Zumal solcherlei Selbstbewußtsein zumeist mit sektiererischen Positionen erkauft ist, wie sie sich auch bei H. andeuten: „Bestätigt hat sich leider auch die Skepsis gegenüber einigen Befreiungsbewegungen wie der FMLN oder der FSLN, die, wenn sie sich überhaupt zum IWF äußerten, eher die Position von Castro oder der Sozialistischen Internationale übernahmen." Auf Grund der ungünstigen Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft (aber nicht nur deshalb) ist der KB ganz eindeutig ein Befürworter von Bündnissen, wenn auch nicht um jeden inhaltlichen Preis. (Siehe dazu auch die Stellungnahme des KB in „Zahltag" Nr. 7) Dementsprechend haben wir auch im Vorfeld der IWF-Tagung im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten agiert.

Wir haben uns daher auch über die Großdemo am 25.9. und die breite Beteiligung daran gefreut: Von Naturschützern über die Jusos, Mittelamerikagruppen bis zu einem „Antiimpi"-Block, in welchem die Genossinnen und Genossen ihre Vermummung durchsetzten, war wirklich alles, was sich als links versteht, dabei. Korrekt ist deshalb die im ak vollzogene Bewertung einer „bunten, phantasievollen und kämpferischen Demonstration". H. hingegen bemängelt dies und spricht von einer „Latschdemo".

Aber am meisten regt sich H. doch darüber auf, daß der ak, wie er meint, den Autonomen den Erfolg der Aktionstage streitig machen wolle: „Eine unbeteiligte Leserin gewinnt den Eindruck, als wenn die Aktionstage *auch* von den Autonomen mitgetragen wurden. Ganz schön starker Tobak! Tatsache ist, daß drei Monate ca. 100 Menschen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum und ca. 50 Frauen und Lesben in der Frauenkoordination die Aktionstage vorbereitet haben."

Ja, die Welt kann so ungerecht sein! Da ackern sich Frauen und Männer intensiv bei der Vorbereitung der Aktionstage ab, die Aktionen „waren nicht mit dem Bündnis abgesprochen" — und dann tauchen plötzlich nicht-autonome Menschen und Gruppen auf und beteiligen sich ebenfalls intensiv an Gestaltung und Durchführung der Aktionstage. H. muß feststellen: „Sehr viele Aktionen von sehr vielen, politisch sehr unterschiedlichen Gruppen wurden ohne gemeinsame Plattform organisiert ..." Nichts anderes hat der ak ausführlichst beschrieben, aber das stört H., weil er offensichtlich nicht gut findet, was nicht nur der ak beobachtet hat: „Das Wichtigste: Während der Aktionstage hat es die gegenseitige Anpisserei, die Abgrenzerei, die Frage, wer das richtige Widerstandskonzept hat usw. nicht gegeben. Autonome, Leute aus sogenannten Soli-Gruppen, die AL, Grüne, Friedensmenschen, Kirchenmenschen haben dazu beigetragen, daß zu einem guten Teil das Konzept aufgegangen ist ...

Wir Autonome mußten gerade in diesen Aktionstagen lernen, wie blödsinnig es gewesen war, die Reformer abzutun als Leute, mit denen wir nie etwas zu tun haben wollten, weil sie einfach für uns Revolutionäre zu wenig revolutionär sind. Die Aktionstage, ursprünglich die Idee der Autonomen in der Widerstandsplanung gegen den Kongreß der Schweine, wurden zu einem großen Teil getragen von den Reformern. Nicht,daß nur diese auf der Straße waren, keineswegs, aber gerade Aktionen, wie die zahlreichen des Büros für ungewöhnliche Maßnahmen brachten immer wieder viele Leute auf die Beine und initiierten damit mittelbar oder/und unmittelbar weitere Straßenaktionen in der City." (Autonome Stellungnahme nach „Interim" Nr. 24 v. 14.10.)

Diese Tatsachen, die H. nur merkwürdig widersprüchlich zur Kenntnis nehmen kann (Brille absetzen!), werden im ak (wenn auch sehr zurückhaltend,wie manche fanden) bewertet, so wie das eben in Zeitungen so üblich ist.

Nun gut, H. mag diese Bewertung nicht, er schreibt: „Weil es keine gegenseitig lähmenden Bündnisabsprachen gab, konnten sich so ,bunte, phantasievolle, kämpferische' Demos (also doch?) und Aktionstage entwickeln. Vielleicht ein Lehrbeispiel für zukünftige Kampagnen." Also: Zersplittert werden wir immer stärker? Allein machen sie dich ein, hieß es mal vor längerer Zeit, doch auch H. will ja weiter kommen: „Wenn wir ... dort die Kräfte bündeln können, wo Gemeinsamkeiten in der Praxis sich entwickeln ... dann können wir stärker zusammen sein ..." Da sind wir ausnahmsweise mal mit H. einer Meinung, aber das liegt wohl daran, daß „bündeln" und „Bündnis" denselben Wortstamm haben.

Zum Schluß noch einige Richtigstellungen:

1) Unser „Berliner Mitarbeiter D." konnte gar nicht „schon im Vorfeld des IWF-Kongresses durch reichlich selektive Artikel über den Stand der Anti-IWF-kampagne" glänzen, denn im Vorfeld hat er gar nicht über die Kampagne berichtet.
2) Die Stereotypen, mit denen der ak nach H.s Ansicht die Autonomen bedenkt und mit denen der ak sich mit „Siebenmeilenstiefeln" der taz annähere (orientierungslos, führungslos, im Kopf nix als Randale, schwarz bekleidet), sind Erfindungen von H., die er aus dem schlichten ak-Zitat ableitet: „In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime, ,dabeisein ist alles'." Also nicht der ak hat „mit der taz gleichgezogen", sondern H. zieht mit „Bild" gleich.
3) „Völlig ausgegrenzt" oder „unterschlagen" hat der ak weder die Aktionen der Frauen- und Lesbengruppen, als auch die militanten Aktionen gegen Banken, Bankerkarossen usw. Richtig ist sicherlich, daß über den Frauenprotest ausführlicher hätte berichtet werden müssen.
4) „Authentisch" wiedergegeben werden vom ak allerdings Positionen der Grünen, freilich meistens kritisch kommentiert (was dagegen?). Authentisch war auch der Artikel von D. Hartmann in ak 298, pünktlich zum IWF-Kongreß, ohne redaktionellen Vorspann und ohne kritische Kommentierung.

**Einige ak-Handverkäufer aus Westberlin**

---

Fortsetzung von vorheriger Seite

grenzung von irrationalen Wendungen der Fortschrittskritiken muß in der Auseinandersetzung, nicht durch Leugnung der von solchen Strömungen benannten Realitätsaspekte erfolgen.

Gegen die manipulative Erzeugung und demagogische Nutzung von Zukunftsängsten seitens der Besitzer der Produktionsmittel im Kapitalismus und seitens deren Verfüger im Realsozialismus muß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. Das trifft sowohl die Erzeugung von apokalyptischer Apathie als auch die Propaganda für die besinnungslose Beschleunigung des Fortschritts unter nicht einhaltbaren Zukunftsversprechungen. Beides sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Unsere potentiellen PartnerInnen sind *alle KritikerInnen*, die sich aktiv für eine gesellschaftliche Kontrolle der Biotechnologien einsetzen. Sie sind nur z. T. aus herkömmlichen Traditionen festschreibbar. Gesellschaftliche Gruppen wie die Bauern, Verbraucherverbände uam. auch die Frauen kommen in neue Konflikte. Wer wie in Bewegung kommt, ist offen. Politische Gruppen müssen ihre Positionen erst finden, nicht anders als wir. Und der von mir vorgeschlagene „Minimalkonsens" konkreter Aktionsziele wäre tatsächlich Unsinn, wenn mensch ihn als Ausgrenzung weitergehender Ziele begriffe.

Die Bündnisfronten, nach denen HH. fragt, sind tatsächlich diffus, z. T. sogar konfus. Konkret sind sie beschrieben durch den GRÜNEN und feministischen Fundamentalismus zum einen, zu dem z. Zt. auch Teile der neudenkenden DKP, ja sogar der Gewerkschaften neigen, sowie der sozialdemokratischen, einschließlich realsozialistischen Akzeptanz auf der anderen. Zwischen new age und Realdemokratismus, bzw. Sozialrealismus werden wir unseren Weg in dieser Frage zu suchen haben. Niemand soll sich aber einbilden, eine Abgrenzung vornehmen zu können, bevor die Auseinandersetzung überhaupt begonnen hat! Die Klarheit kann nur am Ende, nicht am Anfang dieser Diskussion stehen.

**Kai**

**Anmerkungen**

(1) Siehe „ak" 297, S. 30: „Von der Kritik zur Akzeptanz".
(2) Siehe G.I.D., Nr. 37, 10/88, S. 2.
(3) Für mich ist „ganzheitlich" keine Kampfansage an analytisches oder gar dialektisches Denken, wie Mi. glaubt, sondern die Aufforderung zur Wiederbelebung von Dialektik.

Eben darum habe ich Bezug genommen auf das Buch „Die Gene sind es nicht...". Darin wird „Reduktionismus" nämlich ganz im Geiste des auch von Mi. zitierten Engels (4) als Abkehr von der Dialektik durch Ausschluß des Gesamtzusammenhangs, insbesondere der sozialen Realität, einer scharfen Kritik unterzogen — und zwar sowohl gegen den „Holismus" des new age wie die realsozialistische Trennung von Theorie und Wirklichkeit gewandt.

Der in dem Buch vorgetragene Angriff auf das zentrale Dogma der herrschenden Genetik, die „ontologische Priorität" der Gene vor individuellen und sozialen Bestimmungen, ist der zweite, höchst aktuelle Bezug zur „Gentechnologie", auch wenn, wie Mi. richtig festgestellt hat, das Wort selbst dort nicht vorkommt. Ich brauchte den Zusammenhang also keineswegs zu „konstruieren", wie Mi. meint.

So wenig wie das Wort „Ganzheitlichkeit" fürchte ich auch solche wie „Natur", „Kosmos", „Sinn des Lebens" usw., noch die Lektüre nichtmarxistischer (ggflls. auch realsozialistischer) AutorInnen, wo ihre Kritik brauchbares Material und Anregungen liefert. So habe ich in ak 295 tatsächlich, wie Mi. kritisiert, J. Rifkin, in ak 296 G. Corea empfohlen, soweit es ihre Kritiken des Kapitalismus betrifft. J. Rifkins Entropie- und Evolutionsbegriff, seine Vernunftkritik und Strategie der Rückkehr zum einfachen Leben habe ich dagegen als unannehmbar, G. Corea's Kuh-Analogien und blinden Feminismus als demagogisch und anti-emanzipatorisch kritisiert. Nur blind kann mensch das überlesen.
(4) So im „Anti-Düring", und so in „Dialektik der Natur", alles MEW, Bd. 20.
(5) Ruben Scheller: „Fünf Aufgaben einer marxistischen Bewertung der Gentechnologie" in „Marxistische Blätter", 10/88 und 11/88 (wird fortgesetzt in 12/88).
(6) Siehe: „Der Griff nach der Bevölkerung — Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik", Hrg. von Heidrun Kaupen-Haas, Delphi Politik, Greno, 1986.

Die MPG kam Mitte der 80er u.a. gerade wegen ihres Engagements in der Embryo- , d.h. Keimbahnforschung in die öffentliche Kritik. Vor diesem Hintergrund beweist das von HH. vorgebrachte Zitat vor allem eins: die aktuelle BeruhigungsPR der MPG. Genausogut könnte mensch NUKEM-ALKEM als Kronzeuge für die friedlichen Absichten der Nuklearwirtschaft zitieren.
(7) Vorwort zur „Kritik der Politischen Ökonomie", MEW 13, S. 9.
(8) K. Marx in „Das Kapital", MEW, Bd. 23, S. 54 und 57/58.
(9) Karl Marx in „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", DDR, 1953, S. 592 und 593, nach IMSF. Jahrbuch 13, S. 14.
(10) K. Marx in „Das Kapital", MEW, Bd. 23, S. 530.
(11) AK 300, S. 31: „DKP und Gentechnologie", einschl. Dokumentation zur Praxis der Biotech-Programme in RGW/DDR.
(12) Ich verzichte hier auf Details, verweise stattdessen exemplarisch auf das in ak 300, S. 31 im Anhang zum Artikel „DKP und Gentechnologie" abgedruckte DDR-Dokument zur Entwicklung der „Biotechnologien".
(13) K. Marx im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital, MEW 23, S. 17.
(14) siehe G.I.D., Nr. 38, 11/88, S. 2 ff.
(15) Siehe F. Hansen: „Probleme der Humangenetik an der Grenze zwischen Prävention und Selektion", in „Humangenetik — medizinische, ethische, rechtliche Aspekte", Reihe: Gentechnologie — Chancen und Risiken 8, Hrg. Ev. Akademie Hofgeismar, J. Schweitzer Verlag, München.
(16) FR, 26.11.88.
(17) siehe Iz3w, 5/88: „Biotechnologie für die Dritte Welt — Nutzen oder Bedrohung?" und

G.I.D., 35/88, „Schwerpunktthema: Dritte Welt", Joachim Spangenberg.
(18) siehe div. Tagespresse vom 1.12.88.
(19) Siehe AK 298, 9/88, S. 25: „Gentech: Herbstvorlese".
(20) Zur Konferenz von Asilomar siehe „ak" 297, S. 30: „Von der Kritik zur Akzeptanz".

Zur „ersten internationalen Konferenz über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt", kurz REGEM: siehe „ak" 298, S. 25: „Gentech: Herbstvorlese".

★

***Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe erstmals das Spendenkonto „Waffen für El Salvador". Wie in AK 297 beschrieben, haben verschiedene El-Salvador-Komitees an die „taz" die Forderung gestellt, das Konto einem neuen Trägerkreis zu übergeben. Die „taz" hat dies verweigert bzw. hat hierzu noch immer keine endgültige Entscheidung gefällt. Verschiedene Zeitungen (siehe Anzeige) haben sich jetzt bereit erklärt, den Aufruf in der vorliegenden Fassung regelmäßig zu veröffentlichen.***

## 3. KB-Kongreß

Am 14. und 15. Januar 1989 veranstaltet der KB seinen 3. Kongreß in Hamburg. Mitglieder und Sympathisanten des KB sind hierzu herzlich eingeladen. Desgleichen Freunde und Ehemalige aus dem KB, die wir um Anmeldung bitten.

Politische Organisationen laden wir gesondert ein.

Zur Debatte stehen die Rechenschaftslegung und Bilanz der innen- wie außenpolitischen Entwicklung und der Stand der Linken in der Bundesrepublik.

**Anmeldungen** an:
*Kommunistischer Bund, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/43 53 20*

## Spendenaufruf

Weihnachten naht und der KB desgleichen. Mit dem kommunistischen Klingelbeutel. Da wir wissen, daß ihr alle nicht besonders konsumgeil seid, einige von euch zudem noch Weihnachtsgeld bekommen, bitten wir um eure politische Mildtätigkeit gegenüber einem Zeitungsprojekt wie dem AK.

Im Ernst: Wir müssen unserer Finanzlage entsprechend an eure Spendenbereitschaft appellieren. Um die Zeitung in Machart und Umfang ein weiteres Jahr zu gewährleisten, benötigen wir mindestens 40.000 DM zusätzlich zu den Subventionen, mit denen wir aus Mitgliedsbeiträgen sowieso schon das politische Projekt AK bezuschussen.

Spenden auf das Konto:

**Heinrich Eckhoff**
**Postgiroamt Hamburg**
**Bankleitzahl 200 100 20**
**Kontonummer 4645 84-204**

## Spenden-Ergebnis

**In AK 300, am 14.11.88 haben wir dazu aufgerufen, auch in diesem Jahr 40.000,- DM zum Erhalt des AK zu spenden. Seither sind folgende Beträge eingegangen.**

| | |
|---|---|
| Urs, Schweiz | 400,- |
| Cl., Kinderbereich | 150,- |
| Uli., Hamburg | 1.000,- |
| J.P., Hamburg | 250,- |
| U.K., Pinneberg | 100,- |
| Kl., Hamburg | 500,- |
| Th.Ch., Hamburg | 300,- |
| Gu.M., Westberlin | 400,- |
| KB Bonn | 500,- |
| Fr.St., Westberlin | 100,- |
| G.P., Elmshorn | 100,- |
| R.S., Ahlen | 50,- |
| A.F., München | 50,- |
| U.B., Bochum | 500,- |
| J.R., Hamburg | 200,- |
| U.K., Hamburg | 200,- |
| Hz., Hamburg | 500,- |
| Zelle 13 | 260,- |
| Hei., Hamburg | 300,- |
| P.P., Hamburg | 100,- |
| Bj., Hamburg | 200,- |
| He Ki, Hamburg | 500,- |
| R.B., Frankfurt | 200,- |
| W.P., Rickling | 1.000,- |
| R.M., Hamburg | 100,- |
| **Summe seit AK 300** | **7.460,-** |



# INHALT